

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 33

Rosa-Luxemburg-Stiftung

SYLKA SCHOLZ (HRSG.)

**»Kann die das?«
Angela Merkels Kampf
um die Macht**

Geschlechterbilder und Geschlechterpolitiken
im Bundestagswahlkampf 2005

Karl Dietz Verlag Berlin

Sylka Scholz (Hrsg.):

»Kann die das?« Angela Merkels Kampf um die Macht.

Geschlechterbilder und Geschlechterpolitiken im Bundestagswahlkampf 2005

(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 33)

Berlin: Karl Dietz Verlag 2007

ISBN 978-3-320-02103-0

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung einer Bildsequenz aus dem TV-Duell zwischen Angela Merkel und Gerhard Schröder in der ARD am 4. 9. 2005

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Sylka Scholz <i>Geschlechterbilder und Geschlechterpolitiken im Bundestagswahlkampf 2005. Eine Einleitung</i>	7
Philine Erfurt, Anja Haase und Julia Roßhart <i>Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005</i>	25
Sandra Noack <i>»... damit am Ende so ein Ost-Dornröschen kommt.« Merkel und der mediale Diskurs um ihre Herkunft</i>	37
Julia Schimeta und Marina Kaykhanidi <i>Familienpolitik = Frauenpolitik? Geschlechterpolitische Konzeptionen der Parteien zur Bundestagswahl 2005</i>	44
Julia Chojecka <i>Doppelspitze und Doppelmoral. Zu den Personaldebatten bei den Grünen und der Linkspartei.PDS</i>	74
Doreen Fantke, Olga Schmidt und Anett Zeidler <i>»Nur weil sie eine Frau ist?« Merkel und die Geschlechterfrage</i>	81
Brigitte Friederike Gesing <i>Politik machen und Brötchen kaufen. Frauenzeitschriften und die Konstruktion normativer Weiblichkeit im Bundestagswahlkampf 2005</i>	97

Sylka Scholz »Männer reden Merkel klein.« <i>Männlichkeitskritiken im Bundestagswahlkampf 2005</i>	103
Karin Böttcher »Säbel, Florett und Pistole.« <i>Geschlechteraspekte im »Kanzlerduell«</i>	117
Roman_a Klarfeld und Lena Mann <i>Eine kritische Auseinandersetzung mit der »Elefantenrunde« oder die momentanen Risiken und Nebenwirkungen von Rücken und Hosen</i>	132
Anett Zeidler <i>Die Macht der Medien und das utopische Potential Merkels</i>	142
<i>Autor_innenverzeichnis</i>	151

Die hier benutzte Form für eine geschlechtergerechte Sprache, der Unterstrich bzw. »Gap«, steht für die Komplexität von Geschlechterkonstruktionen; diese Benennungspraxis umfasst nicht nur Männer und Frauen, sondern auch weitere kulturelle Konstruktionen von Geschlecht, die nicht in der normativen Zweigeschlechtlichkeit aufgehen wie etwa Transgender oder Queer.

Geschlechterbilder und Geschlechterpolitik im Bundestagswahlkampf 2005. Eine Einleitung

Überraschend sowohl für die eigene Partei als auch für die Wähler und Wählerinnen verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder nach dem Wahlsieg der CDU/CSU in Nordrhein-Westfalen am 22. 05. 2005 Neuwahlen. Er wolle im Bundestag die »Vertrauensfrage« stellen und sich, wenn diese positiv beantwortet werden würde, im Herbst 2005 erneut zur Wahl stellen. Am nächsten Tag wurde Angela Merkel von der CDU/CSU zur Kanzlerkandidatin gekürt. Damit bewarb sich in Deutschland erstmals eine Frau um die höchste Machtposition in der Regierung. Ausgerechnet die konservative CDU/CSU, die sich als letzte der großen Parteien für eine geschlechtliche Quotierung von Führungspositionen ausgesprochen hatte (Claas 2000), und in weiten Kreisen immer noch ein traditionelles Frauen- und Familienleitbild vertritt, nominierte als erste Partei eine Frau für das Kanzleramt. Wie würde die mediale Öffentlichkeit auf die Kandidatur einer Frau reagieren? Welche Bedeutung würde das Geschlecht für die Wahlchancen spielen? Würde eine Kanzlerkandidatin ein Signal für mehr Gleichstellungspolitik sein?

Der Studiengang Gender-Studies an der Humboldt-Universität eröffnete mir die Möglichkeit, im Rahmen eines Lehrauftrages den aufgeworfenen Fragen gemeinsam mit Studierenden nachzugehen. Motiviert von der Aktualität des Ereignisses und seiner möglichen Bedeutung für die Gleichstellung der Geschlechter wurde bei allen Beteiligten ein höchst produktiver Forscherinnen-Drang freigesetzt, so dass ich nun im Rahmen dieser Publikation die Ergebnisse unserer Analysen präsentieren kann. Im Folgenden stelle ich zunächst kurz die zentralen theoretischen Annahmen zum Zusammenhang von Politik und Medien sowie Medien und Geschlecht dar, die den Ausgangspunkt unserer Analysen bildeten. Anschließend erläutere ich das methodische Vorgehen und die Materialbasis unserer Untersuchung. Dem folgt ein ausführlicher Überblick über die einzelnen Beiträge, der die jeweils wichtigsten Forschungsergebnisse darstellt, welche in einem Resümee abschließend zusammengefasst werden.

Die mediale Konstruktion von Politik und Geschlecht

Um die Frage zu untersuchen, wie die Medien auf die Kandidatur einer Frau reagierten und welche Geschlechterbilder im Wahlkampf von den Medien entworfen wurden, bedurfte es zunächst einer Klärung, in welchem Zusammen-

hang Medien und Politik stehen und in einem nächsten Schritt, welche Bedeutung Medien für unsere Geschlechtervorstellungen haben. Deshalb setzten wir uns zu Beginn des Projektes mit politikwissenschaftlichen Analysen zum Verhältnis von Medien und Politik sowie Konzepten aus der kommunikationswissenschaftlichen Geschlechterforschung auseinander. Die für uns zentralen Ausgangspunkte werden im Folgenden dargestellt.

Die hier benutzte Form für eine geschlechtergerechte Sprache, der Unterstrich bzw. »Gap«, steht für die Komplexität von Geschlechterkonstruktionen; diese Benennungspraxis umfasst nicht nur Männer und Frauen, sondern auch weitere kulturelle Konstruktionen von Geschlecht, die nicht in der normativen Zweigeschlechtlichkeit aufgehen wie etwa Transgender oder Queer (vgl. zu diesem Aspekt Hermann). Medientheoretiker_innen gehen davon aus, dass die Wahrnehmung der Individuen heutzutage wesentlich durch die Massenmedien bestimmt wird: »Das Fernsehen und die anderen Massenmedien durchdringen allgegenwärtig den modernen Alltag. Der Zeichen- und Wahrnehmungsraum, der durch die Medien umschrieben wird, definiert den Menschen, ihre Selbstverständlichkeiten und Normalitäten.« (Dörner 2005, 4) Auch das Wissen über Politik stammt vorrangig aus den Medien. Sie entscheiden, welche politischen Themen und Personen relevant sind und worüber die Wähler_innen informiert werden. Medien sind somit nicht Transporteure der (Parteien-)Politik, sondern gestalten den politischen Raum aktiv mit (Hardmeier; Klöti 2004). Sie initiieren Ereignisse wie Meinungsumfragen, selektieren das Berichtenswerte und vermitteln bestimmte Deutungen über Personen und Inhalte.

Es ist eine offene Frage in der Medien- und Politikwissenschaft, ob die zunehmende Verflechtung von Medien und Politik für die Qualität der Demokratie problematisch ist. Thomas Meyer warnt vor einer »Kolonialisierung von Politik durch die Massenmedien« (Meyer 2001). Andreas Dörner hingegen argumentiert, dass die Medien neue Identifikationsprozesse der Bürger_innen mit der Politik eröffnen (Dörner 2001; 2005).

Bedeutsam für die Analyse war es, sich die unterschiedlichen Logiken von Politik und Medien zu vergegenwärtigen. Nach Meyer ist die Durchsetzung von politischen Handlungsprogrammen in einer Parteiendemokratie ein ausgesprochen langwieriger und kleinteiliger Prozess, an dem nicht nur die Parteien selbst beteiligt sind, sondern auch die »intermediären Akteure« (Meyer 2001, 39), etwa Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Das Kräftefeld der intermediären Akteure hat im politischen Prozess die wichtige Aufgabe, die Mehrheitsfähigkeit politischer Problemlösungen durch voranschreitende Diskurse und Aushandlungsprozesse herzustellen. Die Logik der Massenmedien gestaltet sich gänzlich anders. Sie funktioniert nach Kriterien der betriebswirtschaftlichen Rationalität, deren Ziel es ist, möglichst viele Marktanteile zu erreichen, deshalb erfolgt die Auswahl von politischen Ereignissen entsprechend der Nachfrage der Zuschauer_innen. Aus der Fülle der politischen Ge-

schehnisse muss eine »drastische Auswahl« (ebd., 46) getroffen werden und dazu dient ein »Filtersystem« (ebd.). Zentral für die Auswahl ist der zugeschriebene Nachrichtenwert eines Ereignisses, dabei kommen bestimmte Kriterien ins Spiel: die Ereignishaftigkeit, der Überraschungswert, eine mögliche Personalisierung, d. h. das Ereignis sollte mit konkreten, am besten bekannten Politiker_innen in Bezug gesetzt werden können, und es sollte nur von kurzer Dauer sein. Die ausgewählten Bruchstücke werden anschließend zusammengesetzt und so präsentiert, dass sie größtmögliche Aufmerksamkeit erlangen. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Medien, etwa zwischen der Qualitäts- und der Boulevardpresse einerseits und zwischen Presse und Fernsehen andererseits. Die selektierten Wirklichkeitsbruchstücke werden insbesondere nach den Repräsentationsregeln des Theaters zusammengesetzt, die den Eindruck erwecken, als würde hier tatsächlich »ein Stück aus dem politischen Leben [ge]spiegelt« (ebd., 49). Insofern wird Politik heutzutage medial inszeniert.

Andreas Dörner (2001) macht in seinen Analysen zu Politik und Medien darauf aufmerksam, dass es in dieser Inszenierung zunehmend zu einer engen Verkoppelung zwischen Politik und Entertainment, politischer und unterhaltender Kommunikation kommt, die neu ist. Er fasst diese Entwicklung mit dem Begriff des Politainment. Darunter versteht Dörner »eine bestimmte Form der öffentlichen, massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität montiert werden« (Dörner 2001, 31). Diese neue Realität konstituiert den Erfahrungsraum, in dem den Bürgern_innen heutzutage typischerweise Politik zugänglich ist; das Bild, welches Wähler_innen und Publikum sich von der Politik machen, ist maßgeblich durch das Politainment geprägt.

Mit der zunehmenden Inszenierung von Politik hat sich auch das politische System selbst verändert (Meyer 2001). Im Laufe der 1990er Jahre verloren die politischen Parteien zunehmend an Bedeutung sowohl als Machtfaktor im politischen Prozess als auch hinsichtlich des Einflusses im gesellschaftlichen Diskurs. Meyer argumentiert, dass politische Ideen, Absichten, Texte und Projekte, die nicht als »Ereignis« präsentiert werden können, kaum mehr eine Chance haben, in die Medien zu kommen. Hintergrund dieser Entwicklung war vor allem die Einführung der privaten Fernsehsender und der damit einsetzende Kampf um Marktanteile, dem sich auch die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten nicht entziehen konnten. Im Vordergrund steht jetzt die Person der/des Spitzenkandidat_in als »Kunstfigur«, während die Programme der Parteien in den Hintergrund treten. Zentrales Kriterium für den Erfolg von Berufspolitiker_innen ist nun ihre Fähigkeit zur medialen Selbstinszenierung, ihre »Medienfitness« (Meyer 2001, 155; vgl. auch Schwinger 2000; Dörner 2001). Es herrscht, wie Meyer das ausdrückt, »Medienzeit«

(Meyer 2001, 155). Längerfristige politische Entscheidungen können nicht abgebildet werden, stattdessen werden Anfangsmeinungen und Stimmungen festgehalten und bestärkt. Parteien und intermediale Akteure treten in den Hintergrund, weil ihre politische Zeit mit der medialen Zeit im Konflikt steht. Eine weitere Folge dieser Entwicklung ist, dass die Parteien von den Spitzenkandidat_innen marginalisiert werden. Dies zeigt sich nicht nur, aber besonders stark in Wahlkämpfen, die heutzutage vorrangig in den Medien stattfinden.

In der Wahlforschung wird davon ausgegangen, dass Wahlkämpfe in den letzten Jahren auf Grund gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse eine höhere Bedeutung gewinnen, da sich die relativ festen Bindungen von Wählergruppen immer weiter gelockert haben (vgl. u. a. Holtz-Bacha 2003; 2006). Deshalb muss um die Wählerschaft intensiv geworben werden; das politische Feld nimmt damit zunehmend die Dynamik eines Marktgeschehens an. Der 14. Bundeswahlkampf 1998 gilt als ein erster Höhepunkt in einer Entwicklung, die mit dem Schlagwort »Amerikanisierung« bezeichnet wird. »Amerikanisierung« steht für eine Personalisierung von Politik, hinter der die inhaltlichen Programme vollkommen zurücktreten. In der Kommunikations-/Medienwissenschaft wird seit Jahren debattiert, wie stark dies auf Deutschland mittlerweile zutrifft, die Positionen gehen dabei auseinander. Unstrittig ist jedoch, dass Elemente des amerikanischen Wahlkampfes eine große Rolle spielen (vgl. u. a. Dörner 2001; Holtz-Bacha 2003; 2006). Dies betrifft vorrangig die Personalisierung, das heißt, eine Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Person des Kandidierenden geht zu Lasten von Sachthemen. Damit verbunden sind eine Privatisierung und Emotionalisierung. Gattinnen, Kinder, Enkel und Cousins werden in den Wahlkampf zur Imagewerbung eingespannt, um positive Gefühle bei der Wählerschaft zu wecken. Der Wahlkampf wird zunehmend als ein Wettkampf (horse race) der Kandidat_innen gestaltet und ist als Angriffswahlkampf (negative campaigning) konzipiert, der auf eine symbolische Destruktion des Gegners setzt. Des Weiteren ist eine Professionalisierung zu konstatieren, die ihren Ausdruck im Einsatz von Kommunikationsfachleuten, Werber_innen, PR-Expert_innen etc. findet.

Wenn Medien als eigenständige Konstrukteure sozialer Wirklichkeit betrachtet werden, so gilt dies auch für die Herstellung von Geschlecht. Margareth Lünenborg unterscheidet in dieser Hinsicht drei verschiedene Aspekte (Lünenborg 2005, 2). Erstens liefern Medientexte Aussagen über die gesellschaftliche Relevanz von Frauen und Männern; sie zeigen, wer wichtig ist. Das leisten primär die non-fiktionalen Texte, allen voran der Journalismus. Medientexte liefern zweitens Geschlechterrollenskripte; primär in fiktionalen Medientexten werden Definitionen und Entwürfe von Männlichkeit und Weiblichkeit produziert. Und schließlich drittens enthalten Medientexte Identifikationsangebote. Vor allem Serienfiguren oder Spielfilmhelden und -heldinnen erzählen, wer attraktiv, begehrenswert und erfolgreich ist.

Im Wahlkampf kommt den Massenmedien eine »Gatekeeper-Funktion« (Hardmeier; Klöti 2004, 12) zu, sie bestimmen mit, welcher Politiker, welche Politikerin überhaupt Zugang zu den Medien hat, und sie haben damit wichtigen Einfluss auf die Gewinnchancen. Dabei werden Politiker und Politikerinnen nicht nur als Träger_innen politischer Ideen dargestellt, sondern auch als Personen und damit als Männer und Frauen. Regine Gildemeister spricht in dieser Hinsicht von einem »Zwang zur kategorialen und individuellen Identifikation« (Gildemeister 2001, 73). Die medialen Geschlechterkonstruktionen können sich auf Rollenvorgaben beziehen, aber auch auf die Zuordnung von Politikfeldern als »männlich« oder »weiblich«. Was als »männlich« oder »weiblich« gilt, ist jedoch nicht festgeschrieben, sondern wird hergestellt (Doing Gender). Gegebene Geschlechtervorstellungen können in den Medien reproduziert, aber auch verändert und transformiert werden. Unser Augenmerk richtete sich gerade auf diese Möglichkeit einer Transformation von Geschlechterbildern.

Obwohl unser Forschungsprojekt vorrangig von einer konstruktivistischen Perspektive geprägt war, spielten auch der so genannte Gleichheits- und der Differenzansatz eine Rolle. Wir folgten in dieser Hinsicht der Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Klaus, die dafür plädiert, die verschiedenen Ansätze nicht gegeneinander zu stellen, sondern ihnen eine sich gegenseitig ergänzende »Kontroll- und Korrekturfunktion« (Klaus 2001, 35) zukommen zu lassen. Der Gleichheitsansatz fundiert die Forschung normativ und benennt als Ziel der wissenschaftlichen Bemühungen, zur Gleichberechtigung beizutragen. In den Forschungen stehen die weiterhin andauernden Diskriminierungen von Frauen im Zentrum. Der Differenzansatz hingegen fragt danach, inwieweit Frauen »anders« handeln als Männer, untersucht ihr Wirken im Mediensystem, spürt Alternativen nach und kann leise Ausdrucksformen eines vom Status quo abweichenden Medienhandelns von Frauen emphatisch beschreiben und Möglichkeiten widerständigen Handelns lokalisieren.

Die Frage nach der Differenz muss dabei nicht mit der Annahme eines wesensmäßigen biologisch fundierten Unterschiedes zwischen den Geschlechtern verbunden sein, wie dies in Untersuchungen aus den 1970er und 1980er Jahren oft der Fall war. Sie lässt sich, wie die Studie über die Handlungsspielräume von Berufspolitikerinnen von Birgit Meyer zeigt, durchaus mit einem konstruktivistischen Ansatz verbinden. Meyer konzeptionalisierte Geschlecht und Politik als »historisch-kulturell kontingent« (Meyer 1997, 37). Auf Grund der Geschlechterpolarisierung in modernen Gesellschaften entwickeln Frauen und Männer jedoch unterschiedliche Stile und Orientierungen in der Politik als »Ergebnis der patriarchalen Vergesellschaftung« (ebd., 37). Während Untersuchungen in den achtziger Jahre davon ausgingen, dass Frauen auf Grund ihrer wesensmäßigen Andersartigkeit einen anderen und besseren Politikstil entwickeln, eine Hoffnung, die bereits nach den ersten Studien relativiert werden musste (vgl. ebd.,

32), untersuchte Meyer mittels eines rekonstruktiven Verfahrens, ob die Politikerinnen einen je eigenen Politikstil gefunden haben und ob sich in diesem Stil Gemeinsamkeiten finden lassen, die darauf beruhen, dass Frauen »historische ›newcomer« (ebd., 31) im Feld der Politik sind. Die Fragen, welche Handlungsspielräume die erste Kanzlerkandidatin im Bundestagswahlkampf 2005 hatte und welche Veränderungspotentiale sich mit einer Frau als Regierungschefin im Feld der Berufspolitik langfristig vollziehen könnten, waren solche, die uns immer wieder bewegten. Sie werden auch in einer Reihe der hier vorliegenden Artikel diskutiert.

Untersuchungsmaterial und -methoden

Material der Analyse waren erstens Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, insbesondere längere Artikel/Reportagen über den Bundestagswahlkampf. Der Analysezeitraum begann mit Bundeskanzler Schröders Ankündigung von Neuwahlen am 22. 05. 2005 und endete mit der Vereidigung der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel am 22. 11. 2005. Das Untersuchungsmaterial umfasste 207 Artikel aus Tageszeitungen, insbesondere der Berliner Presse, den Wochenzeitungen *Die Zeit* und *Freitag*, dem Wochenmagazin *Der Spiegel* sowie den Boulevardzeitungen/-zeitschriften *Bild*, *BZ*, *Berliner Kurier* und *Superillu*. Einbezogen wurden auch Interviews, die Angela Merkel in Frauenzeitschriften wie *Brigitte* und *Freundin* gab und die Debatte in der feministischen Zeitschrift *Emma*. Ziel war es, ein breites Spektrum an Positionen zu erfassen; bisher konzentrieren sich die deutschen Analysen nur auf die seriöse Tagespresse (vgl. Schaeffer-Hegel et al. 1995; Pfannes 2004). Zweitens wurden als Analysematerial zehn TV-Sendungen einbezogen, die in der Presse viel diskutiert wurden, wie das Fernsehduell zwischen Schröder und Merkel und die *Berliner [Elefanten-]Runde* am Wahlabend. Alle Zitate aus dem Untersuchungsmaterial sind zur leichteren Erkennbarkeit kursiv gesetzt.

Die Dokumente wurden qualitativ untersucht, dabei orientierten wir uns an den Regeln der rekonstruktiven Sozialforschung (Bohnsack 2000; Rosenthal 2005) und der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (Lamnek 2005). Zunächst entwickelte ich im Laufe des Bundestagswahlkampfes sukzessive aus dem Material heraus ein Kategoriensystem mit folgenden Dimensionen:

- (1) Die mediale Geschlechterpräsentation der Kandidatin;
- (2) Der Machtkampf zwischen Merkel und Schröder;
- (3) Merkel und die Machtfrage in der CDU/CSU;
- (4) Merkel und die »Frauenfrage«;
- (5) Merkel und die »Ostfrage«;
- (6) Frauen-/Geschlechterpolitik im medialen Wahlkampf.

Diese Kategorisierung galt nur als vorläufige Zuordnung, strukturierte zunächst die Bildung von Arbeitsgruppen und wurde im Verlauf der Unter-

suchung verfeinert und präzisiert. Methodisch wurde die qualitative Inhaltsanalyse mit einer rekonstruktiven Fallanalyse verknüpft, das heißt einzelne Artikel, die sich in Bezug auf die jeweilige Kategorie als besonders aussagekräftig erwiesen, wurden sequentiell analysiert.¹

Theoretisch bezogen sich die einzelnen Gruppen nicht nur auf die oben dargelegten Prämissen, sondern es flossen weitere Theorien ein, die die Studentinnen entweder aus ihrem bisherigen transdisziplinär angelegten Studium mitbrachten oder sich im Zuge der Forschung aneigneten. Entsprechend eines rekonstruktiven qualitativen Vorgehens kam den einzelnen theoretischen Ansätzen die Funktion von »sensibilisierenden Konzepten« (Kluge; Kelle 1999, 27) zu. Anders als in der quantitativen Forschung, die vorab aus den theoretischen Konzepten Hypothesen formuliert und diese am empirischen Material überprüft, werden in der qualitativen Forschung theoretische Begriffe und Konzepte genutzt, um die »relevanten Daten« überhaupt zu »sehen« (ebd., 25) und in Auseinandersetzung mit dem empirischen Feld zu konkretisieren.

Als besonders ertragreich für die Erforschung von medialen Geschlechterkonstruktionen erwies sich Karin Hausens Konzept von den polaren Geschlechtscharakteren (Hausen 1976).² Hausen zeigt in ihrer historischen Analyse, wie sich im Laufe des 19. Jahrhunderts im Zuge der Trennung von außerhäuslicher öffentlicher Erwerbsarbeit und innerhäuslicher privater (und unbezahlter) Familienarbeit die Vorstellung von zwei sich ausschließenden, zugleich aber ergänzenden Geschlechtscharakteren entwickelte. Männer und Frauen galten nun als mit bestimmten Charakter- und Verhaltenseigenschaften ausgestattet, die sich polar gegenüberstanden: aktiv, rational, vernünftig etc. galten als männlich und passiv, emotional, unvernünftig etc. als weiblich (vgl. dazu ausführlicher den Beitrag von Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Band).

Die Anwendung dieses Konzeptes ist aber mit der Gefahr verbunden, dass das, was erforscht werden soll, bereits kategorial vorausgesetzt wird: Die Zweigeschlechtlichkeit von Individuen und damit die Geschlechterdifferenz werden als gegeben angesehen und so reproduziert. In der Frauen- und Geschlechterforschung wird dieses Phänomen als »Reifizierung« (Gildemeister; Wetterer 1992, 201) bezeichnet. Dieses Dilemma, welches sich im Übrigen auch für Untersuchungen von Generationen, Klassen, Milieus, Ethnien etc. stellt, ist nicht zu lösen, es kann nur reflexiv bearbeitet werden (Kelle 2001). Dabei gilt es, die verwendeten Begriffe und Konzepte immer wieder kritisch zu reflektieren. Die vorliegenden Analysen belegen eine sehr hohe Reflexionsfähigkeit der Studentin-

1 Zur Verknüpfung von Inhaltsanalyse und rekonstruktiver Fallanalyse vgl. Rosenthal 2005.

2 Die von Hausen konstatierte rigorose Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre wurde mittlerweile von vielen Historiker_innen kritisiert (einen Überblick über die aktuelle Forschung bietet Erhard 2005). Dass das System der Geschlechtscharaktere jedoch als hegemoniales Leitbild in der bürgerlichen Epoche fungierte, ist unumstritten. Hinterfragt wird die individuelle Aneignung und die konkrete Ausgestaltung im Alltag, die vielfältige Grenzverwischungen aufweist.

nen; immer wieder hinterfragten sie die eigenen Erkenntnisinstrumente und verwendeten Geschlecht als eine »analytische Kategorie« (Dölling 1999, 22). Auch die in diesem Buch ausgesprochenen, vielfältig verwendeten männlichen und weiblichen Schreibweisen zeugen von einer im transdisziplinären Studium ausgeprägten Reflexionsfähigkeit und wurden aus diesem Grunde nicht vereinheitlicht.

Überblick über die Artikel

Die zentrale Fragestellung in dem Beitrag *Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005* von *Philine Erfurt, Anja Haase und Julia Roßhart* lautet, welche geschlechtlich kodierten Zuschreibungen durch die Kandidatur einer Frau in den Medien ins Spiel kamen und wie diese verhandelt wurden. Für die Analyse nutzten sie das historische Konzept der Geschlechtscharaktere (s. o.) als eine »kritische Vergleichsfolie«, um zu untersuchen, was sich in der Darstellung der Kontrahenten Merkel und Schröder mit den historisch gewachsenen Geschlechterbildern noch deckt, was sich verändert hat und wie diese vergeschlechtlichten Eigenschaften und Handlungsweisen verhandelt wurden.

Das zentrale Ergebnis der Medienanalyse ist, dass die Darstellung Merkels sich zwischen weiblichen und männlichen Zuschreibungen bewegte, damit höchst widersprüchlich war und »Irritationen« auslöste. Auf der einen Seite erfolgte eine Zuschreibung traditionell weiblicher Eigenschaften wie Fleiß, Wankelmut, Anpassungsfähigkeit und Liebenswürdigekeit, mittels derer Merkels Politikfähigkeit in Frage gestellt wurde. Die immer wieder gestellte und auch diesem Buch den Titel gebende Frage lautete dementsprechend: »Kann die das?« Auf der anderen Seite wurden Merkels Zielgerichtetheit, ihre (Willens-)Stärke, ihre rationale Denkweise betont und ihr somit historisch männlich kodierte Eigenschaften zugeschrieben. Diese Zuschreibungen führten jedoch dazu, dass Merkel nicht als »richtige« Frau oder als nur »zur Hälfte präsente Frau« (Berliner Zeitung) wahrgenommen wurde.

Abschließend fragen die Autorinnen danach, was die widersprüchlichen Zuschreibungen auslöste und diskutieren die These, dass die Ursachen für die Irritationen in den ambivalenten Erwartungen der Medien lagen, die wiederum daraus folgen, dass die erste Kanzlerkandidatin an einem »mehrfachen Maßstab« gemessen wurde: Ihre politischen Leistungen wurden an einer männlichen Norm abgeglichen, ist doch Politik ein historisch männliches Handlungsfeld. Gleichzeitig wurde erwartet, dass Merkel als Politikerin den gängigen Weiblichkeitsbildern entspricht. Durch diese widersprüchlichen Anforderungen erwiesen sich für die »Medienfigur Merkel« sowohl die männlichen als auch die weiblichen Zuschreibungen als problematisch: Die männliche Darstellung führte zu Irritationen, weil sie die Grundannahme zweier

abgegrenzter Geschlechter unterließ; die Zuschreibung weiblicher Eigenschaften, weil diese in der männlichen Politik fehl am Platz schienen. Gerade in dieser Irritation liegt aber auch das Potential, das Denken in den Kategorien männlich – weiblich aufzuweichen und ins Wanken zu bringen, und so die Verknüpfung von Männlichkeit und Politikfähigkeit vers. Weiblichkeit und Politikunfähigkeit aufzulösen.

Für Irritation sorgte nicht nur die Geschlechtszugehörigkeit der Kanzlerkandidatin, sondern auch ihre ostdeutsche Herkunft. Diesem Aspekt geht *Sandra Noack* in ihrem Beitrag »... damit am Ende so ein Ost-Dornröschen kommt.« *Merkel und der mediale Diskurs um ihre Herkunft* nach. Ost und West sowie ostdeutsch und westdeutsch versteht sie im Anschluss an identitätspolitische Analysen als »symbolisch diskursive Produkte«. Ebenso wie das symbolische System der Zweigeschlechtlichkeit hat auch das symbolische System Ost-West eine lange europäische Geschichte und ist mit einer dichotomen Zweiteilung, Stereotypisierungen und Hierarchisierungen verbunden. In der Geschichte der beiden deutschen Teilstaaten hatte sich eine spezifische Verknüpfung herausgebildet; in vielen Bildern und Karikaturen wurden sie als heterosexuelles Paar gezeigt. Dabei wurde die DDR bzw. Ostdeutschland als Frau dargestellt, während die BRD bzw. Westdeutschland als Mann ins Bild gesetzt wurde.

Davon ausgehend, analysiert die Autorin, ob Merkels ostdeutsche Herkunft ähnliche Irritationen im männerbündischen System Politik auslöste wie ihre Geschlechtszugehörigkeit. Sie zeigt, dass analog der Geschlechterkonstruktionen sowohl in sich widersprüchliche ost- und westdeutsche Stereotypisierungen und Hierarchisierungen eingesetzt wurden. Und ebenso wie die Geschlechtszugehörigkeit warf die ostdeutsche Herkunft die Frage nach Merkels Politikfähigkeit auf, gelten doch Ostdeutsche in der öffentlichen Darstellung als weniger demokratiefähig als Westdeutsche.

War Merkel zunächst in ihrer Karriere als »Kohls Mädchen« gestartet und entsprach damit dem Bild des »weiblichen Ostens«, hatte sie sich im Laufe ihrer Karriere jedoch Schritt für Schritt von ihrem Ziehvater emanzipiert. Mit ihrer Kandidatur für das Kanzler_innenamt negierte sie die bisherige Ost-West-Hierarchie in »einzigartiger Art und Weise«, die irritiert. Auch in dieser Irritation steckt Potential, die immer noch vorhandene hierarchische Zweiteilung in Ost- und Westdeutsche ins Wanken zu bringen.

Während Geschlechterbilder einen zentralen Platz in den medialen Debatten einnahmen, spielte Geschlechterpolitik im 16. Bundestagswahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Wurde sie medial verhandelt, so das Ergebnis der Analyse von *Julia Schimeta* und *Marina Kaykhanidi*, so nur unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und des demographischen Wandels. In dieser Hinsicht unterschied sich die Thematisierung in den Medien nicht von der in den Parteien. In ihrem Beitrag *Familienpolitik = Frauenpolitik? Gleichstellungspolitische Konzeptionen der Parteien zur Bundestagswahl 2005* untersuchen

die Autorinnen die Gleichstellungspolitik der fünf großen Parteien in ihren Wahlkampfprogrammen. Ein Vergleich mit den Wahlkampfprogrammen von 2002 zeigte erstens, dass Geschlechterpolitik in allen Programmen einen geringeren Stellenwert einnahm als bei der vorherigen Bundestagswahl. Die thematische Gegenüberstellung belegte zweitens eine Verschiebung weg von Gleichstellungspolitik und Frauenförderung hin zu Vereinbarkeitsproblematik und Familienpolitik.

Trotz dieser allgemeinen Tendenz zeigten sich auch Unterschiede zwischen den Parteien: So setzten die Regierungspartei SPD und Bündnis 90/Die Grünen weiter auf die Strategie des Gender Mainstreaming, während die Linkspartei.PDS eine klassische Frauenförderpolitik betrieb. In den Programmen von CDU/CSU und FDP fehlte die Gleichstellungsthematik fast gänzlich. In Anbetracht dessen, dass die CDU/CSU eine recht starke Tradition der Frauen- und Gleichstellungspolitik hat, fragen die Autorinnen, ob eine Frau an der Spitze für die Partei bereits Frauenpolitik sei. Sie diskutieren die »neuartige Leerstelle« im Wahlprogramm der CDU/CSU und stellen die wichtige Frage, ob der Zugewinn an repräsentativer Macht von Frauen mit einem Verlust von Definitionsmacht bei den Inhalten einhergeht.

Im Gegensatz zur programmatischen Geschlechterpolitik der Parteien spielte die praktische Umsetzung bei der Besetzung der Spitzenpositionen bei Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei.PDS in den Medien eine wichtige Rolle. *Julia Chojecka* rekonstruiert in ihrem Beitrag *Doppelspitze und Doppelmoral. Zu Personaldebatten bei den Grünen und der Linkspartei.PDS* die Besetzungsstrategien beider Parteien und analysiert das Medienecho. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen, die im bundesdeutschen Parteienspektrum für eine starke Gleichstellungspolitik und eine strenge Quotierung stehen, sahen sich durch die Kandidatur von Merkel unter Druck, auf den sie einerseits mit einem negative campaigning gegen die konservative Geschlechterpolitik der CDU/CSU reagierten und andererseits Merkels Aufstieg als Resultat der »Grünen Vorarbeit« verstanden und wissener wollten. Im Gegensatz dazu standen jedoch die Besetzung der Position des Spitzenkandidaten mit Joschka Fischer und der Verzicht auf die übliche gemischgeschlechtliche Doppelspitze. Diese Politik löste nicht nur intern bei den Grünen Kritik aus, sondern auch eine »unwillkommene große mediale Präsenz«. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Grünen diese Praxis bereits im letzten Bundestagswahlkampf einsetzten. Diesmal kritisierten die Medien jedoch durchgängig Fischers ungerechtfertigte patriarchale Machtansprüche, was Chojecka auf Merkels Kandidatur zurückführt. Diese produzierte für beide Parteien ein »Glaubwürdigkeitsproblem«. Deutlich wurde, dass die Gleichstellungspolitik in Bezug auf die Spitzenpositionen in den eigenen Reihen nur rhetorisch ist und es sich damit um eine »Doppelmoral« handelt.

Doreen Fantke, Olga Schmidt und Anett Zeidler wenden sich ihrem Beitrag »Nur weil sie eine Frau ist?« Merkel und die Geschlechterfrage den Artikeln zu, die

sich mit der so genannten Frauenfrage befassen. Wurde in einem großen Teil der Presseartikel der Geschlechtszugehörigkeit der Kandidatin die Bedeutung für ihre Wahlchancen abgesprochen (vgl. auch Lepperhoff 2006), so wurde in den analysierten Presseartikeln Merkels Frau-Sein in den Vordergrund gestellt. Protagonistin der »Frauenfrage« war die Herausgeberin der feministischen Zeitschrift *Emma* Alice Schwarzer, die für ihr Engagement im Bundestagswahlkampf 2005 als »Journalist des Jahres« ausgezeichnet wurde. Die Frauenfrage wurde im Weiteren von bekannten kritischen Journalistinnen debattiert und auch anerkannte Frauenforscherinnen meldeten sich zu Wort.

Die Autorinnen rekonstruieren diese Debatte und zeigen, dass die Frauenfrage auf zwei sehr konträre Weisen diskutiert wurde: Forderten die einen, Merkel müsse sich auf Grund ihrer Geschlechtszugehörigkeit für Frauenpolitik einsetzen (Identitätspolitik), so sahen die anderen allein in dem Fakt, dass eine Frau Kanzlerin werden würde, einen Beitrag zur Emanzipation der Frauen, weshalb sich Merkel auch nicht dezidiert für Frauenpolitik einsetzen müsse (Symbolische Politik).

Im Anschluss an die Rekonstruktion der Debatte stellen die Autorinnen die Frage: »Und was macht Merkel?« Mit Rückgriff auf vorliegende feministische Analysen argumentieren sie, dass Merkel keine andere Wahl hatte, als sich *nicht* für Frauenpolitik einzusetzen, da sie sonst ihre Chance, gewählt zu werden, riskiert hätte. Sie zeigen, dass die Debatte um die »Frauenfrage«, sowohl in ihrer identitätspolitischen als auch in ihrer symbolpolitischen Ausrichtung selbst in die Falle einer Essentialisierung von Geschlecht tappt und plädieren deshalb für einen erweiterten Blick von der Frauen- auf die Geschlechterfrage, die nicht nur Anliegen der Frauen, sondern »aller Geschlechter« ist.

Überraschend für viele Beobachter_innen gab Angela Merkel kurz vor der Bundestagswahl verschiedenen Frauenzeitschriften Interviews. Diesen Interviews wendet sich *Brigitte Friedericke Gesing* in ihrem Beitrag zu: *Politik machen und Brötchen kaufen. Frauenzeitschriften und die Konstruktion normativer Weiblichkeit im Bundestagswahlkampf 2005*. Einen herausragenden Stellenwert misst sie dem Interview in der »klassischen« und bekanntesten Frauenzeitschrift *Brigitte* zu, da dieses mit der offiziellen Homepage der Kanzlerkandidatin verlinkt war und damit im Kampf um die Wählerinnen bewusst als ein Forum der »Frauenöffentlichkeit« für die Präsentation der Kandidatin genutzt wurde.

Die Autorin arbeitet im Anschluss an kommunikationswissenschaftliche Analysen heraus, dass Frauenzeitschriften auf der einen Seite die Individualisierung von (weißen, mittelständischen, heterosexuellen) Frauen partiell unterstützen, gleichzeitig jedoch einen normativen Anspruch auf die Definition angemessener weiblicher Lebensentwürfe erheben und somit Weiblichkeit normalisieren. Gerade dieses Spannungsverhältnis erwies sich als »geradezu passgenau« für die Selbstpositionierung der Kanzlerkandidatin, der es über

das Medium Frauenzeitschrift gelang – anders als in so vielen anderen Kontexten –, sich als »normale« Frau zu entwerfen, die ebenso wie ihre Leserinnen Brötchen kauft und den Geschirrspüler ausräumt und gleichzeitig eine politische Karriere macht. Merkel berief sich in diesem frauenspezifischen Kontext auf den Symbolwert einer ersten Kanzlerin, der sie zugleich von einer politischen Verantwortung für »die Frauen« freisprechen soll, und war auch in dieser Hinsicht anschlussfähig an den Geschlechterdiskurs der Frauenzeitschriften. Diese setzen sich zwar parteiisch für Frauenrechte ein, argumentieren jedoch nicht explizit frauenpolitisch; die widersprüchlichen gesellschaftlichen Anforderungen an Frauen werden subjektiviert und damit als individuell zu lösende Probleme behandelt. Die Leserin sieht sich vor die gleichen Probleme wie die Kanzlerkandidatin gestellt, die ebenso Beruf (Politik) und Haushalt (Brötchenkauf) persönlich vereinbaren muss.

In meinem eigenen Beitrag »*Männer reden Merkel klein.*« *Männlichkeitskritiken im Bundestagswahlkampf 2005* diskutiere ich die These, dass durch die Kanzlerkandidatur einer Frau die Männlichkeit von Politik in einem bisher unbekanntem Maß öffentlich thematisiert wurde. Während die Geschlechtszugehörigkeit der beiden männlichen Kandidaten im Wahlkampf 2002 keine Rolle spielte, galt doch das Männliche in der Politik bisher als das Selbstverständliche, erfolgte in diesem Wahlkampf in einer Reihe von Presseartikeln eine Demaskierung des Allgemein-Menschlichen als Männliches. Diese Debatte wurde vor allem von männlichen Journalisten geführt und stellte damit das Gegenstück zu der vorrangig von weiblichen Journalistinnen geführten Diskussion um die »Frauenfrage« dar (s. o.).

Im Zuge des Wahlkampfes geriet das bisher gültige männliche Politikerleitbild immer mehr in die Kritik. Merkels so genanntes Girlscamp und die Vorgehensweisen der CDU-Mitglieder des männerbündischen Andenpakts sorgten bereits seit einer längeren Zeit für Kritik an den männlichen Rekrutierungsstrategien in der Politik. Mit ihrem Griff nach der höchsten Position in der Regierung löste Merkel jedoch eine neue Dynamik in diesem Prozess aus. Fokussierte sich die Kritik zunächst auf das machohaftes Auftreten von Bundeskanzler Schröder, insbesondere in der so genannten Elefantenrunde am Wahlabend, weitete sie sich mehr und mehr auf männliche Spitzenpolitiker aus, die als Verkörperung des hegemonialen Politikerideals angesehen werden können. Kritisiert wurden an der Politikermännlichkeit folgende Aspekte: persönliches Machtstreben vor politischen Inhalten und Parteieninteressen; undemokratischer Alleinvertretungsanspruch (»Basta Politik«); männliches Dominanzgebaren; selbstverliebte Medieninszenierung und Nichtakzeptanz von Politikerinnen. Zugleich wurde in diesem Prozess medial ein neues Leitbild eines Berufspolitikers kreiert, das insbesondere durch einen demokratischen Führungsstil, Pragmatismus und eine neue Sachlichkeit gekennzeichnet war. Zwar galt Angela Merkel über den gesamten Untersuchungszeitraum als Vertreterin eines neuen

politischen Stils, jedoch erst gemeinsam mit Matthias Platzeck, dem »Anti-Basta-Mann«, konnte sie den neuen Typus verkörpern, was auf die immer noch bestehende männliche Codierung von Politik verweist.

In ihrem Beitrag »Säbel, Florett und Pistole«. *Geschlechteraspekte im Kanzlerduell* analysiert Karin Böttcher vor dem Hintergrund des historischen Duell-Rituals mit Methoden der kognitiven sprachbegleitenden Gestenforschung das TV-Duell zwischen Schröder und Merkel. Das Duell war ursprünglich ein Zweikampf unter adligen Männern um die männliche Ehre. Davon ausgehend, versteht sie Schröders an Merkel gerichtete Herausforderung zu einem Rededuell als Schritt hin zur Geschlechtergleichheit, erkennt er doch so eine Frau als gleichrangiges Mitglied des »Politadels« an, mit dem er sich duellieren will. Formal, so die Autorin, war Merkel akzeptiert, doch wie stand es mit der »gelebten Gleichberechtigung« im TV-Duell?

An ausgewählten Filmszenen zeigt sie Merkels ambivalente Positionierung in diesem bisher männlichen Ritual. Nicht nur für Schröder, sondern auch für die männlichen Moderatoren in ihrer Rolle als Sekundanten stellte diese Konstellation eine Herausforderung an ihre Gender-Performance dar. So versuchte der RTL-Moderator Kloepfel, der Kanzlerkandidatin bei einem Angriff auf ihre Ehre in der Rolle des »weißen Ritters« beizuspringen und sie gegenüber Schröder zu verteidigen. Merkel wurde aus dem folgenden Rededuell zwischen Kloepfel und Schröder vollkommen ausgeschlossen, intervenierte aber auch nicht und nahm so die »historische Frauenrolle« ein: Der Kampf um die weibliche Ehre ist eine Sache unter Männern. In einer anderen Situation, als Kloepfel wiederum die Verteidigung »seiner Dame« übernehmen wollte, wies Merkel ihn jedoch strickt zurück und nahm die Waffe selbst in die Hand. Mit einer Geste, die Böttcher als Pistole deutet, »erschoss« die Kanzlerkandidatin nicht nur Schröder, sondern auch die Sekundant_innen. Insofern war Angela Merkel und nicht, wie Zuschauerumfragen und Medienberichte nahe legten, Gerhard Schröder, Siegerin dieses Duells.

Neben dem TV-Duell erlangte die so genannte Elefantenrunde, offiziell *Berliner Runde*, die am Wahlabend in der ARD ausgestrahlt wurde, große mediale Aufmerksamkeit. Roman_a Klarfeld und Lena Mann analysieren in ihrem Beitrag *Eine kritische Auseinandersetzung mit der Elefantenrunde oder die momentanen Risiken und Nebenwirkungen von Röcken und Hosen* dieses Dokument mit Rückgriff auf die Theorie männlicher Herrschaft von Pierre Bourdieu und queer-feministischen Blicktheorien. Ausgangspunkt ihrer Analyse waren zwei Phänomene: Im Mittelpunkt des Medienechos stand der, wie die damalige Kanzlergattin Doris Schröder es ausdrückte, »suboptimale« Auftritt von Gerhard Schröder, während der Tatbestand, dass die CDU und damit Angela Merkel, wenn auch mit knapper Mehrheit, die Wahl gewonnen hatten, kaum eine Rolle spielte. Eine genaue Analyse zeigt zweitens, dass Angela Merkel in Bezug auf die Anzahl der gesprochenen Worte sowie die Logik und den sachlichen Stil ihrer Ar-

gumentation eigentlich die »rhetorische Siegerin« des Abends war, jedoch von den Zuschauer_innen und den Medien nicht als solche wahrgenommen wurde.³

Mit Rekurs auf Bourdieu zeigen die Autorinnen, dass Merkel von den anderen Männern nicht als gleichwertige Mitspielerin in diesem männlichen Spiel um Macht wahrgenommen wurde und wiederum Männer, hier Stoiber und Westerwelle, sich in der Pflicht sahen, Merkels Machtansprüche gegenüber Schröder durchsetzen zu müssen. Indem Merkel sich jedoch nicht in die männlichen Machtspiele einmischte und nicht wie die Männer zeterte und geiferte, was ihr im Gegensatz zu den männlichen Politikern ohne Zweifel das Etikett: weiblich-emotional-hysterisch eingebracht hätte, benahm sie sich ganz wie eine zurückhaltende Dame. Auch hier wird wiederum der Double Bind deutlich, in dem die erste Kanzlerin Deutschlands steckt. Mit Rekurs auf queer-feministische Blicktheorien gehen die Autorinnen dieser Falle genauer nach und zeigen, wie und warum Zuschauer_innen und Medienmacher_innen im Wahrnehmungssystem der Zweigeschlechtlichkeit gefangen sind, und somit mehr Merkels »weibliche« Zurückhaltung als ihren rhetorischen Sieg feststellen. Die Autorinnen plädieren für eine konsequente Dekonstruktion der zweigeschlechtlichen Wahrnehmung verbunden mit der Hoffnung, die eingeschriebene Rangordnung zu Gunsten von Männern/Männlichkeit überwinden zu können; auf dass, symbolisch gesprochen, das Tragen von Röcken und Hosen für alle Geschlechter ohne hierarchisierende Bewertungen möglich ist.

Um die mediale Wahrnehmung der Kanzlerkandidatin geht es auch *Anett Zeidler* in ihrem Beitrag *Die Macht der Medien und das utopische Potential Merkels*. Ihr Ausgangspunkt sind die Thesen des Medientheoretikers Andreas Dörner. Nach Dörner kommt es zu einer zunehmenden Verschmelzung von Politik und Unterhaltungskultur (Politainment), die zu einer Fiktionalisierung des Politischen führt; Politiker_innen werden in diesem Prozess zu mächtigen »hyperrealen Medienfiguren«, als deren perfekte Verkörperung der ehemalige »Medienkanzler« Gerhard Schröder gilt. Die Autorin zeigt anhand des Medienechos auf den Wahlparteitag der CDU, auf dem Merkel als »Angie« inszeniert wurde, dass die Kanzlerkandidatin nicht zu einer hyperrealen Medienfigur avancierte, und damit verbunden auch keine ihrer Position entsprechende Macht innehatte. Die Ursache sieht Zeidler darin, dass sich um die Person Merkel kein einheitliches mediales Bild ergeben hat. Neben den Irritationen löste Merkel mit ihrer Kandidatur und ihrem Machtanspruch jedoch auch Utopien von einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft aus. Zeidler formuliert abschließend die politische Utopie einer geschlechterneutralen Sprache, die

3 Eine Ausnahme bildet hier die Analyse von Birgit Kienzle in der Zeitschrift *Emma*, die zu einem ähnlichen Resultat kommt (Kienzle 2005).

es ermöglicht, Politiker_innen jenseits ihrer Geschlechtszugehörigkeit und den damit verbundenen Zuschreibungen an ihren Kompetenzen zu bewerten. Damit verbunden ist auch die Hoffnung einer Konzentration auf politische Inhalte, statt wie gegenwärtig auf die Persönlichkeit der Politiker_innen.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Geschlechterbilder im Gegensatz zur Geschlechterpolitik im Bundestagswahlkampf 2005 eine wichtige Rolle spielten. Durch die Kandidatur einer Frau für das Amt des Bundeskanzlers wurde zum einen die männliche Geschlechtszugehörigkeit von Bundeskanzler Schröder hervorgehoben und sein machohaftes Auftreten gegenüber seiner Herausforderin massiv kritisiert. Dennoch erwies sich das Geschlechterbild, das von Schröder in den Medien entworfen wurde, als in sich geschlossen: dass es sich bei Schröder um einen »richtigen« Mann handelt, daran ließen die Medien keinen Zweifel. Im Gegensatz dazu changierten die Zuschreibungen im Geschlechterbild von Merkel zwischen männlichen und weiblichen Verhaltensweisen und Charaktereigenschaften und waren in sich höchst widersprüchlich. Als Schlüsselkategorie unserer Untersuchung kann deshalb die Irritation benannt werden.

Als ausgesprochen gewinnbringend erwies sich das qualitativ rekonstruktive Vorgehen. Mit einer quantitativen Methode kann nur untersucht werden, ob männliche oder weibliche Zuschreibungen in den Medien eingesetzt werden und wenn ja, in welchem Umfang. So erhält man einen mengenmäßigen Überblick über die Präsenz solcher Vorstellungen (vgl. exemplarisch Pfannes 2004). Die aufgefundenen Widersprüche lassen sich jedoch nur mit einem rekonstruktiven Verfahren ermitteln. Darüber hinaus erwies sich auch die Ausweitung des Samples über die aktuelle politische Berichterstattung in der seriösen Tagespresse als lohnend. Denn während geschlechtliche Zuschreibungen dort in den vergangenen Jahren weniger geworden sind (vgl. ebd.), finden sie sich in anderen Printerezeugnissen überaus stark. Es bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten, hier stärker zwischen den unterschiedlichen Medien zu differenzieren.

Als Ursache für die Irritation um die Kanzlerkandidatin Merkel lässt sich unsere Verhaftung in einem zweigeschlechtlichen Sehen und damit verbunden in der Zuordnung von bestimmten Verhaltensweisen und Tätigkeiten an je ein Geschlecht identifizieren. Auch wenn sich geschlechtsspezifische Zuschreibungen permanent verändern können, zeigt die genaue Analyse doch eine enorme Beharrlichkeit von traditionellen weiblichen Zuschreibungen, die wiederum als nicht passfähig für die Arbeit im politischen Feld gelten. Das zweigeschlechtliche Sehen führt des Weiteren dazu, dass bestimmte Aspekte in den Vordergrund der Wahrnehmung rücken, wie etwa Merkels vermeint-

lich »weibliche« Zurückhaltung. Andere Aspekte hingegen treten in den Hintergrund, wie etwa das emotionale mit Weiblichkeit kodierte Verhalten von Schröder.

Die in verschiedensten Medien geäußerte Hoffnung auf die Signalwirkung einer weiblichen Kanzlerin für ein Mehr an Geschlechterpolitik hat sich in diesem Wahlkampf nicht erfüllt. Die Untersuchung zeigt, dass die Handlungsoptionen der ersten Kanzlerin in dieser Hinsicht äußerst beschränkt waren und sie in einer geschlechterhierarchisch strukturierten Welt zu viel aufs Spiel gesetzt hätte, wenn sie sich dezidierter für eine solche Politik eingesetzt hätte. Dies gilt auch für ein emotionales und (vermeintlich) weibliches Auftreten. Denn forderten die Medien auf der einen Seite ein solches ein und kritisierten die »Kälte« der Kanzlerkandidatin, so ließen sie doch auf der anderen Seite keinen Zweifel daran, dass Emotionalität und Weiblichkeit noch immer nicht passfähig für politische Führungspositionen sind.

Obwohl Merkel selbst das Geschlechterthema weitgehend aussparte, hat kein anderes Thema in den vergangenen Jahren die Geschlechterdebatte so stark angeregt wie ihre Kandidatur.⁴ Dies verweist auf die enorme symbolische Kraft, die einer ersten deutschen Kanzlerin innewohnt und auf die in den meisten Artikeln verwiesen wurde. Da das System der Zweigeschlechtlichkeit ein symbolisches Ordnungssystem ist, ist es, darauf macht nicht nur Pierre Bourdieu in seiner Analyse männlicher Herrschaft aufmerksam, nur durch eine symbolische Revolution (Bourdieu 2005) zu verändern. Und diese symbolische Revolution liegt im »Fall Merkel« gerade in den widersprüchlichen geschlechtsspezifischen Zuschreibungen und in der Irritation, die langfristig einen Beitrag zur Auflösung von solchen Zuschreibungen leisten könnten, auf dass sich die Frage »Kann die das?« für Politikerinnen zukünftig nicht mehr stellt.

Abschließend möchte ich allen Studentinnen, die am Projektseminar teilnahmen, sehr herzlich für ihre hochmotivierte Mitarbeit danken. Bedanken möchte ich mich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, insbesondere bei Dr. Eva Schäfer, die dieses Projekt von Anfang an unterstützt hat und ermöglichte, dass wir im April 2005 unsere Forschungsergebnisse im Rahmen einer Veranstaltung erstmalig außerhalb der Universität zur Diskussion stellen konnten, was ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu dieser Publikation war. In dieser Hinsicht bedanke ich mich bei Karin Böttcher, die den mühsamen Weg der Manuskripterstellung gemeinsam mit mir gegangen ist. Und nicht zuletzt hoffe ich, dass diese Publikation anderen Lehrenden Ansporn ist, sich trotz der Umstrukturierung der Universitäten hin zu Bachelor und Masterstudiengängen und damit verbunden der zunehmenden Separierung von Forschung und Lehre, dennoch nach Verknüpfungen zu suchen und gemeinsam mit Studierenden zu forschen.

4 Vgl. zu diesem Aspekt auch die Analyse des Journalistinnenbundes o. J.

Literatur

- Bohnsack, Ralf (2000): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung, Opladen
- Bourdieu, Pierre (2005): Männliche Herrschaft, Frankfurt am Main
- Claas, Babette (2000): Gleichberechtigt in den Parteien? Der Gleichstellungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Herbolzheim
- DJI (2005): Gender-Report. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Auftrag des BFSFJ/Herausgeberin: Waltraud Corneließen
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main
- Dörner, Andreas (2005): Politik als Fiktion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7, S. 3-11
- Erhart, Walter (2005): Forschungsbericht. Das zweite Geschlecht: »Männlichkeit« interdisziplinär, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Deutschen Literatur, Heft 30, S. 156-232
- Gildemeister, Regine (2001): Soziale Konstruktion von Geschlecht: Fallen, Missverständnisse und Erträge einer Debatte, in: Rademacher, Claudia; Wiechens, Peter (Hrsg.): Geschlecht, Ethnizität, Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz, Opladen, S. 65-90
- Gildemeister, Regine; Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika (Hrsg.): Traditionen Brüche, Freiburg, S. 201-254
- Hardmeier, Sybille (2004): Repräsentationen, in: Rosenberger, Sieglinde; Sauer, Birgit (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven, Wien, S. 149-169
- Hardmeier, Sybille; Klöti, Anita (2004): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003, www.frauenkommission.ch/pdf/33_hardmeier-kurz_d.pdf (gesichtet am 01. 03. 2006)
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Stuttgart, S. 363-393
- Hermann, Steffen, Kitty: Performing the gap: Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung, <http://arranca.nadir.org/arranca/article.do?id=245> (gesichtet am 25. 04. 2006)
- Holtz-Bacha, Christa (2006): Strategien des modernen Wahlkampfes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7, S. 11-19
- Holtz-Bacha, Christa (Hrsg.) (2003): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2002, Opladen
- Journalistinnenbund (o.J.): Is' was, Kanzlerin? Das Besondere an weiblicher Macht oder wie Männer wieder richtige Männer wurden. Eine Analyse des Journalistinnenbundes zur Darstellung von Angela Merkel in den Medien, www.journalistinnenbund.de/aktuell/pdf/journalistinnenbund_angelawatch.pdf (gesichtet am 07. 12. 2005)
- Kelle, Helga (2001): »Ich bin der, die das macht« Oder: Über die Schwierigkeit, »doing gender«-Prozesse zu erforschen, in: Feministische Studien, Heft 2, S. 39-56
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (1999): Vom Einzelfall zum Typus, Opladen
- Kienzle, Birgit (2005): Den Schröder geben, www.emma.de.05_5_inhalt.html (gesichtet am 01. 11. 2006)
- Klaus, Elisabeth (2001): Ein Zimmer mit Ausblick? Perspektiven kommunikationswissenschaftlicher Geschlechterforschung, in: Klaus, Elisabeth; Röser, Jutta; Wischermann, Ulla (Hrsg.) (2001): Kommunikationswissenschaft und Gender Studies, Wiesbaden, S. 20-41
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch, Betz
- Lepperhoff, Julia (2006): Der Aufstieg von Angela Merkel. Über Frauen in der Politik, in: femina politica, Heft 1, S. 103-107
- Lünenborg, Margreth (2005): Öffentlichkeit und Geschlecht, <http://web.fu-berlin.de> (gesichtet am 10. 03. 2006)
- Mersmann, Rita (1995): Die Präsenz der Berliner Senatorinnen in der Tagespresse, in: Schaeffer-Hegel, Barbara et al.: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler, S. 221-242
- Meyer, Birgit (1997): Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt am Main; New York
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt am Main
- Pfannes, Petra (2004): »Powerfrau«, »Quotenfrau«, »Ausnahmefrau«...? Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse, Marburg

- Rosenthal, Gabriele (2005): Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung, Weinheim; München
- Schaeffer-Hegel, Barbara et al. (1995): Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler
- Schwinger, Elke (2000): »Politisches Handeln«: Ein Beruf? Eine Frage des Geschlechts oder etwa eine Frage spezifischer Handlungskompetenz?, in: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1/2, S. 81-100
- Weber, Ulla; Esch, Marion; Schaeffer-Hegel, Barbara (1998): Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23, S. 3-11

Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005

»Die Frau, die zur Macht griff, irritiert mächtig« (Journalistinnenbund o. J., 1). Seitdem sich eine Frau in den »run« zum obersten Posten in Deutschland einmischte, hatten die Medien eine neue Aufgabe zu bewältigen. Da war plötzlich eine »Henne« im Korb, und das irritierte doch mächtig – nicht nur die Herren Politiker, sondern auch die Medienvertreter_innen.

In unserem Artikel setzen wir uns mit der medialen Geschlechterrepräsentation am konkreten Beispiel von Angela Merkel und Gerhard Schröder während des Wahlkampfes 2005 auseinander. Eine neue politische Situation war eingetreten, als eine Frau für den Posten des Regierungsoberhauptes der BRD kandidierte. Der Fokus in unserer Analyse lag auf der Konstruktion von Geschlecht in den Medien. Im Zentrum stand die Frage, welche geschlechtlich kodierten Zuschreibungen ins Spiel kommen und wie diese verhandelt werden. Dabei ging es uns nicht darum, das Selbstbild von Angela Merkel zu interpretieren, sondern ihre Darstellung in den Medien – ganz unabhängig von ihrer Selbstwahrnehmung – zu analysieren. Auffallend war, dass Geschlechterstereotype in den Medien wiederbelebt werden, wenn in (politischen) Prozessen Frau und Mann »gegeneinander« antreten (vgl. Scholz 2006).

Vorwegnehmen und darauf hinweisen möchten wir, dass in diesem Beitrag verwendete Begriffe wie »männlich« und »weiblich« oder Zuschreibungen, die im Zusammenhang mit Geschlecht stehen, immer als gesellschaftliche Konstruktionen zu verstehen sind. Unsere Analyse basiert auf der Reflexion feministischer Wissenschaftskritik. Uns ist daher bewusst, dass Wissen und Wahrnehmung nicht kontextfrei, das heißt losgelöst von gesellschaftlichen Zusammenhängen und kulturellen Vorstellungen, produziert werden. Es gibt keine Neutralität, und somit wird unser wissenschaftliches Arbeiten durch unser Wissen und unser Sehen beeinflusst.

Medien und Geschlecht

Medien spielen keine unwichtige Rolle, wenn es um das Entwerfen von Frauen- und Männerbildern in der Gesellschaft geht. Damit werden Geschlechterrollen geliefert, die oft auf traditionelle Geschlechterdefinitionen Rekurs nehmen (Klaus 1998). Deshalb ist es wichtig, die Medien als Kontext unserer Analyse genauer zu betrachten.

Medien haben sich zu einem öffentlichen Raum entwickelt, in dem nicht nur Politik neu verhandelt wird (»Mediendemokratie«; »Politainment«), sondern auch Geschlechteridentitäten verstärkt inszeniert und konstruiert werden. Über eine Stereotypisierung von Frauen und Männern mit Hilfe konventioneller Zuschreibungen und Attribute hinaus werden Politiker_innen auch in ihrer Präsentation den scheinbar geschlechtsspezifischen Lebenssphären zugewiesen. Frauen werden in den Medien nicht nur bedeutend weniger repräsentiert – ihr Anteil in Medienberichten liegt in Deutschland unter 20 Prozent (Global Media Monitoring Project 2005, in: Portraying Politics 2006, 15), sondern Politikerinnen kommen in den Nachrichten auch doppelt so oft in Beiträgen zu sozialen Themen als in Beiträgen über Politik, Wirtschaft und Regierung vor (Who Makes the News? op.cit, in: Portraying Politics 2006, 22).

In der Inszenierung von Geschlechterrollen in den Medien werden im Sinne des Politainments Identifikationsangebote unterbreitet, um »einen emotionalen Zugang zur politischen Welt« zu eröffnen und durch vertraute Bilder »Politik sichtbar und erfahrbar« zu machen (Dörner 2001, 33). Besonders durch die Personalisierung der Kandidat_innen in unzähligen Beiträgen über Privatsphäre und Aussehen – besonders bei Frauen – soll um die Wähler_innenschaft unter Bezugnahme von klassischen Rollenbildern für Wahlkampf und Politik geworben werden.

Was passiert nun aber, wenn sich eindeutige Geschlechtszuweisungen verschieben und ungewohnte Modelle ins Spiel kommen? Was passiert, wenn plötzlich eine Frau zum ersten Mal den Anspruch auf die Führung eines männlich kodierten Feldes erhebt? Und was entsteht, wenn diese Person nicht einmal in die »klassischen Schubladen« der Weiblichkeit zu passen scheint?

Karin Hausens »Geschlechtscharaktere« als Sensibilisierungskonzept

Um die Darstellung von Merkel und Schröder in den Medien zu analysieren, haben wir ausschließlich Texte in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften¹ ausgewertet. Dazu war es notwendig, ein theoretisches Konzept zur Sensibilisierung und Reflexion zu nutzen, um unsere Recherchen klarer ordnen zu können. Wir haben nach einer Grundlage gesucht, um auch implizite Geschlechterkonstruktionen erkennen zu können und deren historische gewachsene Gültigkeit zu überprüfen. Es ist uns ein Anliegen, keine Geschlechtszuschreibungen zu reproduzieren, die auf einem unreflektierten »Alltagswissen« basieren, sondern uns kritisch und auf theoretischer Ebene mit denselben auseinanderzusetzen.

1 Zum Sample vgl. die Einleitung von Scholz in diesem Band.

Um die Vorstellungen von »Männlichkeit« und »Weiblichkeit« in den Mediendarstellungen in der Analyse explizit zu machen, diente Karin Hausens Konzept der »Geschlechtercharaktere« (Hausen 1976, 363 f.), das im Folgenden erläutert werden soll.

Tabelle 1

Mann	Frau
Außen Weite Öffentliches Leben	Innen Nähe Häusliches Leben
Aktivität Energie, Kraft, Wille	Passivität Schwäche, Ergebung, Hingebung
Festigkeit Tapferkeit, Kühnheit	Wankelmut Bescheidenheit
Tun Selbstständig Strebend, zielgerichtet, wirksam Erwerbend Gebend	Sein Abhängig Betriebsam, emsig Bewahrend Empfangend
Durchsetzungsvermögen Gewalt Antagonismus	Selbstverleugnung, Anpassung Liebe, Güte Sympathie
Rationalität Geist, Vernunft, Verstand, Denken, Wissen, Abstrahieren, Urteilen	Emotionalität Gefühl, Gemüt, Empfindung, Empfänglichkeit, Rezeptivität, Religiosität, Verstehen
Tugend	Tugenden: Schamhaftigkeit, Schicklichkeit, Liebenswürdigkeit, Taktgefühl, Verschönerungsgabe
Würde	Anmut

Tabelle 1; nach Karin Hausen 1976

Der Begriff der »Geschlechtscharaktere« bildete sich im 18. Jahrhundert heraus und beschrieb seit dem 19. Jahrhundert die angenommene Übereinstimmung der Physiologie der Geschlechter mit der Psychologie von Mann und Frau. »Der Geschlechtscharakter wird als eine Kombination von Biologie und Bestimmung aus der Natur abgeleitet und zugleich in das Innere der Menschen verlegt« (Hausen 1976, 369). Die so genannten Wesenseigenschaften von Frauen und Männern wurden dabei naturalisiert und Geschlechterrollen qua Natur und Biologie zu- und festgeschrieben. Es zeigt sich eine Konstruktion von Gegensätzen: männlich – weiblich, allgemein – besonders, zentral – marginal, aktiv – passiv, rational – emotional, einflussreich – einflusslos, politisch – karikativ. Auf Grund der so genannten natürlichen Wesensmerkmale und deren komplementären Zuweisungen an Frauen und Männer wurde der geschlechtsspezifische Wirkungskreis legitimiert: Die rational-kreative Männlichkeit bildet sich im öffentlichen Bereich von Erwerbsleben und politischer Teilhabe aus, die emotional-passive Weiblichkeit entfaltet und verwirklicht sich im Bereich des Hauses, der Ehe, Familie und Mutterschaft (vgl. Schöler-Macher 1994, 21 und Bublitz 1995, 61). Was in der hiesigen Gesellschaft der BRD auch heute noch als »weiblich« und als »männlich« gilt, basiert auf historisch gewachsenen Konstrukten. Betonen möchten wir hierbei aber, dass das Konzept der »Geschlechtscharaktere« das biologische Geschlecht (sex) als »naturegebene« Komponente unhinterfragt lässt, wir dagegen auch »sex« als Konstruktion betrachten.

In unserer Analyse gleichen wir die Darstellung Merkels und Schröders in den Medien mit den *gängigen* Vorstellungen von »Männlichkeit« und »Weiblichkeit« ab, wie sie von Karin Hausen expliziert wurden. Das Konzept diene uns somit als kritische Vergleichsfolie und als Sensibilisierungskonzept. Mit diesem konnte veranschaulicht werden, was sich in der Darstellung der Kanzler_innenkandidaten im Wahlkampf mit den historisch gewachsenen Rollenbildern noch deckt, was sich eventuell verändert hat und wie diese vergeschlechtlichten Eigenschaften und Handlungsweisen verhandelt werden.

In der Ausarbeitung haben wir daraufhin folgende Thesen formuliert: Es bestehen Irritationen um Angela Merkel als erste deutsche Kanzlerin, weil

1. sie als »Frau« das männlich kodierte Feld der Politik betritt und den politischen Posten an der Spitze Deutschlands beansprucht.
2. Merkels Mediendarstellungen vielfach nicht den gängigen »weiblichen« Geschlechterstereotypen entsprechen.

Zwischen männlichen und weiblichen Zuschreibungen. Die Analyse des Materials

Unsere beiden Thesen entstanden durch die Arbeit am Material. Die erste Durchsicht der Tageszeitungen in den Wochen vor der Wahl führte uns bereits zu einer ersten Grundthese: Angela Merkel ruft Irritationen in den Medien

hervor. Eklatante Widersprüche in der Charakterisierung Merkels (vgl. dazu auch Journalistinnenbund o. J.) und Ratlosigkeit angesichts ihres Aufstieges kennzeichneten die Artikel jener Zeit. Merkel wurde zur großen Unbekannten, ihr Aufstieg zum Rätsel. »Merkel ist den meisten Deutschen fremd geblieben, man könnte auch sagen, sie ist ihnen bisher ein Rätsel«, konstatierte etwa *Der Spiegel*. Er sprach gar von einem »Experiment«, das die Bürger im Falle ihrer Wahl eingingen, da sie über die Kandidatin Merkel nicht viel mehr wüssten, »als dass sie es in ziemlich kurzer Zeit erstaunlich weit gebracht hat« (*Der Spiegel*, 11. 07. 2005, 45, 40). Nicht selten wurde die Ratlosigkeit in mystifizierende Umschreibungen umgemünzt: Da war die Rede von der »wie zur Hälfte präsenten Frau«, die von »gewisser Unwirklichkeit« sei und sich »als Erlösungsfigur« für die Krise der Konservativen eigne (*Berliner Zeitung*, 12. 09. 2006, 3). Die Charakterisierung Merkels reichte von der durchsetzungsstarken Politikerin, die ihre Konkurrenten berechnend aus dem Weg geräumt hat und antritt, die Politik grundlegend zu reformieren, bis hin zu einer unbeholfenen, nur durch glückliche Umstände mächtigen Frau, der nicht nur Führungsstärke, sondern auch das politische Programm fehle.

In Bezug auf mediale Geschlechterrepräsentationen zeichneten sich zwei Irritationsmomente ab, die sich in der Logik konträrer Geschlechtszuschreibungen widersprechen: zum einen die Darstellung Merkels als männlich oder unweiblich, die in ihrer Bezeichnung als »*Neutrum*« oder als »*das Merkel*« gipfelten (*Neon*, *Titanic* zitiert nach Journalistinnenbund o. J.), und zweitens der Eintritt einer Person mit weiblichen Zuschreibungen in das männlich kodierte Feld der Machtpolitik.

Diese Irritationsmomente, die von geschlechtlichen Zuschreibungen herühren, ließen sich mit Hilfe des Konzeptes der Geschlechtscharaktere von Karin Hausen erschließen. Dabei zeigte sich, dass sich für die Medienfigur Merkel sowohl die weiblichen als auch die männlichen Zuschreibungen als problematisch erwiesen: Die männliche Darstellung Merkels führte zu Irritationen, weil sie die Grundannahme zweier abgrenzbarer sozialer Geschlechter unterließ.² Die mediale Zuschreibung weiblicher Eigenschaften führte zu Irritationen, weil sie in der männlichen Politik fehl am Platz schienen.³

»Kann-di-dat?« *Ist Weiblichkeit politikfähig?*

»Kann-di-dat?« (*Süddeutsche Zeitung* zitiert nach Journalistinnenbund o. J.) drückte als prägnantestes Beispiel das grundsätzliche Misstrauen aus, das im damaligen Mediendiskurs gegenüber der Politikfähigkeit Merkels bekundet wurde. Die Zuschreibung von – im Sinne der Geschlechtscharaktere – weiblichen Eigenschaften funktionierte dabei zu weiten Teilen als Abwertung dieser

2 Zur Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit zum Beispiel: Gildemeister 2001, 65-87.

3 Zur Verknüpfung von Männlichkeit und (Parteien-)Politik siehe Schwinger, 2000, 81-100.

Politikfähigkeit. *Stärke* als männlich kodiertes Charakteristikum wurde hier konkret in Bezug auf Merkels Führungsstärke in Frage gestellt: »Und besitzt sie am Ende die Führungsstärke, jene notwendige Mischung aus Härte und Gewitztheit, um gegen Widerstände auch in den eigenen Reihen bestehen zu können?« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 40). Die Feststellung »Wo sie öffentlich auftritt, offenbart sie zuweilen eine erstaunliche Schwäche« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 45) rekurrierte zudem auf die geschlechtlich kodierte Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit. Öffentlich sein, das kann sie nicht. Und das wolle sie auch nicht: »Angla Merkel redet nicht gerne über sich« (Superillu 1/2005, 21). Schröder hingegen wurde – durchaus kritisch – als Medienkanzler schlechthin stilisiert, als Erfinder der Mediokratie (vgl. u. a. Dörner 2001).

Merkels Aufstieg wurde als Ergebnis verschiedener äußerer Umstände dargestellt und nicht auf Merkel selbst zurückgeführt. Ihr »Durchmarsch« basiere auf einer »hochentwickelten Form von Politikverdrossenheit« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3), auf der Verzweiflung der Wähler_innen (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 40), auf ihrem »Frau-Sein« (Freitag, 29. 07. 2005, 11), oder auf ihrem Status als »Kohls Mädchen« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 45). Sie profitiere von der Konkurrenz zwischen Wulff und Koch (Berliner Zeitung, 07. 10. 2005, 3) oder von ihrer Osterkunft, insofern sie »keinem der vom Spendenskandal diskreditierten konservativen Milieus« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3) entstammt. Ihr kometenhafter Aufstieg wurde zum »Resultat ihrer DDR-Sozialisierung« (Welt am Sonntag, 19. 06. 2005, 10). Schröder hingegen »schafft sich selbst«. »Er hatte keine Förderer und keine Beziehungen.« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2005, 3)

Betont wurde Merkels *Fleiß* – eine weibliche Zuschreibung –, der es ihr erst ermöglicht habe, in der Männer-West-Politik Fuß zu fassen. Während Schröder als Politiker qua Geburt und als »Vollblutpolitiker« mit Instinkt beschrieben wurde, hatte Merkel »das politische System der Bundesrepublik Stufe um Stufe geknackt. Sie lernt und lernt, wo andere sich längst zufrieden geben« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3). Doch nicht nur Schröder fungierte als Gegenbild des instinkthafteren Politikers; ähnlich fiel auch der Vergleich mit Wulff aus: »Er verkörpert, was Merkel fehlt: Er ist in der Partei groß geworden, kennt die Befindlichkeiten. Er weiß, was er sagen und wen er anrufen muss, um die Parteiseele zum Schwingen zu bringen.« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 46) Im Bild der Fremden, die sich in das Feld Politik erst hineinlernen muss, schwingt der Geschlechterdiskurs implizit mit, ohne benannt zu werden. Explizit wurde die Notwendigkeit des politischen Lernens allein auf Merkels Osterkunft zurückgeführt: Das Vokabular der freien Marktwirtschaft klänge bei Merkel »wie das, was es ist: angelernt« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3). Als Gegenkonzept zum politischen Instinkt der West-Männer fungierte nicht nur Merkels Lernfähigkeit und -notwendigkeit, sondern auch ihr ebenfalls weiblich kodierter (politischer) *Wankelmut*. Hier war die Rede von einer »Frau, die zaudert und sich für nichts richtig begeistern kann«, von ihrer »Unentschlossenheit« und ihrem »Unbehagen, sich zu früh

zu klar festzulegen« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 49, 45). In der Rezension der Merkel-Biographie von Gerd Langguth wurde Merkels »politische Wurzellosigkeit« zitiert sowie ihre Heimatlosigkeit in der eigenen Partei. Im Grunde, so die Argumentation, sei ihre Parteienzugehörigkeit zufällig. Damit war zugleich eine negativ konnotierte *Anpassungsfähigkeit* angesprochen, die sich in der Bezeichnung »formbare Tochter« und in der Rede von der »Assimilationsleistung« Merkels wiederfand (Freitag, 29. 07. 2005, 11). Positiv formuliert, besäße Merkel ein hohes Maß an politischer Beweglichkeit (Welt am Sonntag, 19. 06. 2005, 10).

Merkels Charme, ihre *Liebenswürdigkeit* stellten in der Mediendarstellung ein umkämpftes Terrain dar. Konstatieren lässt sich, dass auf diese Zuschreibungen auch klar positiv Bezug genommen wurde. In der Zuschreibung liebenswürdiger – »weiblicher« – Eigenschaften wird zugleich die Problematik deutlich, die in der Verknüpfung von stereotyper Weiblichkeit und den Erwartungen an die Repräsentant_innen männlicher Politik liegt. »Sie ist kollegial und witzig, sie albert und parodiert gern herum« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2005, 3) – ist dementsprechend als durchaus sympathische Charakterisierung lesbar. Sie lässt sich aber kaum mit den gängigen Erwartungen an das Auftreten eines Regierungsoberhauptes zusammendenken. Ähnliches gilt für die folgenden Beschreibungen ihres Verhaltens: »Sie kichert oft, wiegt den Kopf pantomimisch bei schwierigen Journalistenfragen, kann charmant gequält mit den Schultern zucken, wenn sie überfragt ist.« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3) Auch die Rede von ihrem »Lächeln, Schmunzeln« und der einen oder anderen »Flapsigkeit« (Berliner Zeitung, 07. 10. 2005, 3) ist in diesem Zusammenhang – nicht nur, aber auch – problematisch.

Die zur Hälfte präsente Frau. Merkel und die Männlichkeit

In anderen Artikeln fanden sich Aussagen, die den beschriebenen weiblichen Zuschreibungen in mancher Hinsicht diametral entgegenstehen. Da war von der »Frau, die regieren will« die Rede und vom »Reformmeister« und »Durchsetzungsvermögen der Frau aus dem Osten« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 46). Es klingt nach *Zielgerichtetheit und Stärke* – beides männliche Zuschreibungen –, wenn es heißt: »Merkel verlangte nichts weniger als eine andere Republik: dynamischer und schneller, aber auch härter und kälter.« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 44) Und auch, dass sie bisher mit jedem fertig geworden sei, »der sich ihr in den Weg gestellt hat« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 45), dass sie erst Kohl und Schäuble »ausmanövriert« (Welt am Sonntag, 19. 06. 2005, 10) und sie zusammen mit Merz »beiseite geschoben« habe, mag nicht so recht zu der liebenswürdigen – und ungefährlichen – Person passen, zu der Merkel an anderer Stelle stilisiert wurde. Die *Superilla* bescheinigte Merkel nicht nur »Zielstrebigkeit« und »Willensstärke«, sondern auch einen eisernen Willen zur Macht. Ihr Aufstieg wurde in der Metaphorik des Kampfes beschrieben, bei dem Seehofer, Merz und Schäuble gegen die »eiserne Angela« den »Heldentod« starben (Superilla 1/2005, 19).

Die Betonung von Merkels *rationaler* Denkweise schließlich bildete das stärkste Motiv gegen eine als stereotyp weiblich wahrgenommene Kandidatin Merkel: »Sie schaut auf die Politik wie auf eine Welt sich verschiebender Moleküle und Operatoren – ohne politische Großphilosophie, denkbar in jeder der großen Parteien.« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3) Sie handle mit der »Präzision einer mathematischen Gleichung«, sei »Pragmatikerin, nicht Idealistin« und besäße die »einer Naturwissenschaftlerin eigene rationale Sicht der Dinge« (Welt am Sonntag, 19. 07. 2005, 10). Merkel wurde mit Bezug auf ihre rationale Denk- und Handlungsweise als neuer Politikertypus gefeiert, der sich positiv abhebt vom »Alleinvertretungsanspruch jener vierschrotigen Kerle, die Politik geradezu tierhaft verkörpernten« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2005, 3): »Man hat genug von den Politikern, die sich selbstverliebt und arrogant vor dem Mikrofon aalen, auch wenn sie menschlicher und berechenbarer wirken. Die Kandidatur Merkels stellt nicht zuletzt die Fragen nach der Erlernbarkeit von Politik, nach ihrer Rationalität.« (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3) Ganz der Logik zweier konträrer Geschlechtertypen folgend, wurde Merkel – quasi als Preis für ihre Rationalität – die Emotionalität abgesprochen: »Mit Stimmungen und Traditionen, mit ideologischen Gemengenlagen aus Gefühlen, Mentalitäten und Konventionen kann sie, anders als ihr Widersacher Schröder, schlecht umgehen.« (ebd.) Damit ging ein Verlust an Sympathie einher: »Merkel wirke kalt, verschlossen und spröde« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2005, 3; Der Spiegel, 11. 07. 2005, 48).

Aus dem ständig wiederholten Verweis auf Merkels Rationalität, die – neben ihrer Osterkunt – als entscheidender Schlüssel zu ihrem Politik- und Weltverständnis gilt, spricht Verwunderung, das Gefühl einer Sensation. Zu sehr beißt sich der Ethos der reinen Vernunft mit den weiblichen Geschlechterstereotypen, an denen Merkel gemessen wurde.

Umgekehrt stiftete die Emotionalität Schröders keine Verwirrung: Schröders heteronormative Männlichkeit wurde bereits ausreichend unter Beweis gestellt – als »echter Kerl von ganz unten«, »Machtmensch«, »Kämpfer«, »Raubein«, »Fußballer«, »Alphatier« und »liebender Ehemann« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2005, 3). Die Zugabe von Emotionalität stellte daher seine Männlichkeit nicht in Frage. Sylka Scholz spricht in diesem Zusammenhang auch von »maskuliner Emotionalität« (Pantti 2005, 17 nach Scholz 2006, 60). Bis zu einem gewissen Grad sind Geschlechterkonstrukte »strapazierbar«, bevor Verwirrung entsteht. Bei Merkel schien dieser Punkt überschritten zu sein.

Widersprüchliche Erwartungen im Hahnenkorb. Ein Fazit

Verunsicherungen, Rätselhaftigkeit, Ambivalenzen und Widersprüche prägten die Darstellungen der Kanzlerkandidatin vor der Wahl in den Medien. Doch was machte die Irritation über die erste deutsche Kanzlerkandidatin aus und wie kam diese eigentlich zustande?

Festgehalten werden kann zunächst, dass Angela Merkel als erste deutsche Kanzlerin ein Novum ist, für das es noch keine Vergleichsmöglichkeiten gibt. In diesem Zusammenhang wird sie nicht selten als das »Andere« und als Außenseiterin markiert. Verschiedene Berichte machen dies deutlich, z. B. wenn Angela Merkels Schritt ins Kanzleramt als historisches Ereignis dargestellt wird. Der Frauenanteil im Parteiensystem in Deutschland macht mittlerweile etwa 30 Prozent aus, aber eine Frau auf einer mächtigen Spitzenposition im Kanzleramt ist eine Neuheit. Politik bleibt ein männlich kodiertes Feld, das weiter von männlicher Hegemonie und Definitionsmacht geprägt ist (Schaeffer-Hegel 1990).

Offensichtlich ist auch, dass die Ursachen für die Irritationen um Angela Merkel in den ambivalenten Erwartungen und Beschreibungen zu finden sind. Sie wurde in diesem Zusammenhang an einem mehrfachen Maßstab gemessen, der in sich widersprüchlich ist:

Erstens wurde nach ihren Leistungen gefragt, das heißt, wie sie ihre Aufgaben in der Politik erfüllt. Diese Anforderung ist ein grundsätzliches Kriterium in unserer Gesellschaft, führt aber bei der Wertung über Angela Merkel zum Problem. *Da Politik und insbesondere die »harten« Ressorts ein traditionell männliches Feld sind*, in dem die Maßstäbe bisher nur von Männern gesetzt wurden, wird sie an einem männlichen Maßstab gemessen. Bei einer Frau als Novum wird folglich zuerst gefragt: »*Kann-di-dat?*« (Süddeutsche Zeitung, zitiert nach Journalistinnenbund o. J., 3) Frauen in der Politik werden immer wieder mit Vorurteilen konfrontiert, welche sich vorrangig auf ihr Geschlecht beziehen. So halten sich in den Köpfen vieler Menschen die Stereotype über Frauen in politischen Ämtern hartnäckig: mangelndes Durchsetzungsvermögen, fehlende Erfahrungen in der Politik, Herrschsüchtigkeit in höheren Positionen, Gefühlsorientiertheit etc. Politikerinnen unterliegen einem doppelten Legitimationsdruck: Sie müssen sich als Frau und als Politikerin beweisen, während Männer ausschließlich durch ihre politischen Fähigkeiten überzeugen müssen. Da Männer die Norm im Politikfeld sind, wird ihre Kompetenz nicht auf Grund ihrer Geschlechtszuordnung in Frage gestellt. Sie sehen sich selten mit Vorurteilen, in Bezug auf ihre Fähigkeit Politik zu machen, konfrontiert. »Während Männer als ungeschlechtlich erscheinen, *haben* Frauen ein Geschlecht« (Harding 1990, 94). Vermeintliche »weibliche« Haltungen wie Freundlichkeit, Fürsorglichkeit, Tendenzen der Konfliktvermeidung, fehlende Aggressivität usw. passen nicht in den männlich normierten Hahnenkorb und stehen den für politische Arbeit scheinbar notwendigen Kompetenzen wie Durchsetzungs- und Streitfähigkeit entgegen (vgl. Schwarting 1995, 26).

Zudem wird *zweitens* erwartet, dass Angela Merkel als Politikerin den gängigen Weiblichkeitsbildern entspricht. Der Journalistinnenbund schreibt dazu: »Nichtsdestotrotz wird bis heute die Checkliste sämtlicher Weiblichkeitsklichs an Angela Merkel abgefragt – mit dem Ergebnis, dass Angela Merkel

den meisten Journalisten und Journalistinnen ein Rätsel geblieben ist, wie die Fülle einander widersprechender Beschreibungen belegt« (Journalistinnenbund o. J., 2).

Durch die Dopplung der sich widersprechenden Maßstäbe kommt hier der so genannte Double Bind ins Spiel, denn weibliche Kandidierende geraten zwischen divergierende Zuschreibungen von Weiblichkeit und Führungsstärke (Hardmeier 2004, 159). Dieser Widerspruch führt dazu, dass Angela Merkel als kämpferisch und zielstrebig wahrgenommene Kandidatin weibliche Stereotype nicht bestätigt und dadurch Verunsicherung verursacht.

Der *dritte Maßstab* ist im Bereich der ihr zugeschriebenen Themen zu finden. Angela Merkel wird als Frau mit »Frauenthemen« und »Frauenfragen« personifiziert (vgl. die Beiträge von Fantke, Schmidt, Zeidler, Schimeta und Kaykhanidi in diesem Buch). Nur auf Grund ihres Geschlechts wird erwartet, dass sie Partei für Frauen ergreift. Doch wäre sie Kanzlerin geworden, wenn sie sich so klar positioniert hätte? Auch wenn Frauen in der Politik als frauenpolitische Hoffnungsträgerinnen fungieren können, darf nicht vergessen werden, dass Politikerinnen keine homogene Gruppe mit einheitlicher »weiblicher Identität« sind. Nicht alle Personen, die sich zum so genannten weiblichen Geschlecht zählen, legen automatisch die Bereitschaft an den Tag, frauenpolitische und/oder feministische Anliegen in die politischen Institutionen zu tragen. Und nicht jede Frau, die in die Politik geht, tut dies mit dem reflektierten Bewusstsein über Geschlechterverhältnisse und deren Auswirkungen. Mit dem Eintritt in die patriarchalen Strukturen der Politik muss es nicht Anliegen von Frauen sein, diese feministisch »unterwandern« zu wollen. Möglich ist in diesem Kontext auch, dass feministische Zielsetzungen von Politikerinnen keine oder wenig Beachtung finden, sondern dass die »Männerpolitik« von Frauen getragen wird und »Frauenpolitik« auf diese Weise ins Abseits gerät. Allein das Vordringen von Frauen in die Führungsebenen der Politik – mit sensibilisierter Wahrnehmung in Bezug auf Geschlecht und andere Strukturkategorien – ist noch kein Garant für Veränderungen (vgl. Weber 1995, 171, 172).

Diese inkompatiblen Maßstäbe und Erwartungen in einem binären Geschlechtersystem lassen sich beispielsweise daran deutlich machen, wie Angela Merkels Erfolg und ihre Durchsetzungsfähigkeit in den Medien verhandelt wurden: Ihr Weg zur Kanzlerin wurde entweder dargestellt, als wäre ihr die Kanzler_innenschaft zugeschoben worden: »Kohl's Mädchen« (Der Spiegel, 11. 07. 2005, 45), »Merkels Aufstieg hat mit glücklichen Umständen zu tun« (Superillu 1/2005, 17), oder als hätte sie aus dem Hinterhalt agiert: »Sie ist eine Meisterin im Tarnen und Täuschen« (ebd.). Die eigene Leistung und Willensstärke, für die Schröder steht, wird ihr als Frau in Zeiten des Wahlkampfes abgesprochen.

Die traditionellen Geschlechterstereotype, die zur Darstellung Angela Merkels im Wahlkampf 2005 in den Medien angewandt wurden, waren bei Angela Merkel im Zuge ihrer Kandidatur für das Kanzler_innenamt nicht passfähig –

es kam zu Irritationen. Mit dem Konzept der Geschlechtscharaktere konnte gezeigt werden, dass sich die mediale Inszenierung von Angela Merkel im Wahlkampf nicht mit traditionellen Klischees und Rollenbildern der Geschlechter deckte. Verschiebungen in Rollenzuschreibungen wurden gerade bei Frauen mit Misstrauen behandelt und gaben »Rätsel« auf, wo hingegen eine neue »männliche Emotionalität« bei Schröder mit Interesse verfolgt wurde. Zukünftige Forschungen könnten untersuchen, wie unterschiedlich in der Presse mit Irritationen um Merkel umgegangen wurde. Ein grober Blick über das Material lässt vermuten, dass das Geschlechterthema in der »seriösen« Presse heruntergespielt wurde. Möglicherweise gab Merkel deshalb so viele »Rätsel« auf. In der Boulevardpresse dagegen wurde Merckels »Frausein« offener thematisiert, was teilweise auch als Ärgernis und Skandal verhandelt wurde.

Generell blieb für unsere Analyse die Verwendung des Sensibilisierungskonzeptes von Karin Hausen problematisch, da damit ein komplementäres Denken zwischen Männlichkeit und Weiblichkeit nicht vermieden werden kann. Dennoch sollte weiter beobachtet werden, ob durch eine erste deutsche Kanzlerin Geschlechterkonzepte ins Wanken geraten können, und dadurch die Polarität von Männlichkeit und Weiblichkeit aufweicht.

Aus einer konstruktivistischen Perspektive könnten sich Chancen aus der problematischen Geschlechterdarstellung Merckels ergeben: Im Sinne Judith Butlers sind Geschlechterdarstellungen immer »fehlerhaft« (Butler 1995), so dass es zu einer ständigen Irritation und Verschiebung dessen kommt, was unter Männlichkeit und Weiblichkeit verstanden wird. Eben diese Art der Irritation findet sich in der medialen Darstellung Merckels; die ausgeprägte Irritation sowie die breite mediale Öffentlichkeit lassen ein hohes Potential an Geschlechterverwirrung vermuten.

Literatur

- Blublitz, Hannelore (1995): Lektion IV. Geschlecht., in: Korte, Hermann; Schäfer, Bernhard (Hrsg.): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen, S. 61-78
- Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht, Berlin
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main
- Gildemeister, Regine (2001): Soziale Konstruktion von Geschlecht. Fallen, Missverständnisse und Erträge einer Debatte, in: Rademacher, Claudia; Wiechens, Peter (Hrsg.): Geschlecht, Ethnizität, Klasse. Zur sozialen Konstruktion von Hierarchie und Differenz, Opladen, S. 65-87
- Harding, Sandra (1990): Feministische Wissenschaftstheorie, Hamburg
- Hardmeier, Sibylle (2004): Repräsentation, in: Rosenberger, Sieglinde K.; Sauer, Birgit: Politikwissenschaft und Geschlecht, Wien, S. 149-170
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Neuzeit Europas, Stuttgart, S. 363-393
- Journalistinnenbund (o. J.): Is' was, Kanzlerin? Das Besondere an weiblicher Macht oder wie Männer wieder richtige Männer wurden. Eine Analyse des Journalistinnenbunds zur Darstellung von Angela Merkel in den Medien, www.journalistinnen.de/aktuell/pdf/journalistinnenbund_angelawatch.pdf (gesichtet am 20. 07. 2006)
- Klaus, Elisabeth (1998): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus, Opladen; Wiesbaden
- Kroll, Renate (Hrsg.) (2002): Metzler Lexikon. Gender Studies, Geschlechterforschung, Stuttgart; Weimar
- Langguth, Gerd (2005): Angela Merkel, München
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt am Main
- Pantti, Mervi (2005): Portraying Politics. Gender, Politik und Medien, <http://portrayingpolitics.org/research.php> (gesichtet am 20. 07. 2006)
- Schaeffer-Hegel, Barbara (1990): Eigentum, Vernunft, Liebe. Paradigmen des Ausschlusses von Frauen aus der Politik, in: dies. (Hrsg.): Vater Staat und seine Frauen. Erster Band. Beiträge zur politischen Theorie, Pfaffenweiler, S. 149-165
- Schöler-Macher, Bärbel (1994): Frauen in der »Männerwelt« der Politik – theoretisch – konzeptionelle Überlegungen, Weinheim
- Scholz, Sylka (2006): Von »Rüpel« und »Testosteronbomben« und einem »Engel ... der über Leichen geht«. Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005, in: femina politica, Heft 2, S. 56-66
- Schwarting, Frauke (1995): »Manchmal hast du das Gefühl, du stimmst nicht ganz«. Erfahrungen von Frauen in Parlamenten, Münster
- Schwinger, Elke (2000): »Politisches Handeln«: Ein Beruf? Eine Frage des Geschlechts oder etwa eine Frage spezifischer Handlungskompetenzen?, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1+2, S. 81-100
- Weber, Ulla (1995): Hoffnungsträger Hexenfrühstück, in: Schöler-Macher, Bärbel (u. a.): Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler, S. 169-198

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Berliner Zeitung, 12. 09. 2005: Die Leninistin der Marktwirtschaft. Angela Merkel hat das System der Bundesrepublik Stufe um Stufe geknackt. Sie lernt und lernt, wo andere sich längst zufrieden geben (Jähner, Harald), S. 3
- Berliner Zeitung, 14. 09. 2005: Ein offenes Buch mit sieben Siegeln (Sylvester, Regine), S. 3
- Berliner Zeitung, 07. 10. 2005: Zwei vor, eins zurück (Vates, Danila), S. 3
- Freitag, 29. 07. 2005: Das Mündel will Trümmerfrau werden (Streeruwitz, Marlene), S. 11
- Der Spiegel, 11. 07. 2005: Reformerin light (Afhüppe, Sven u. a.), S. 38-50
- Superillu Sonderheft 1/2005, Wahl 2005: Die Frau, die sich traut, S. 12-20
- Welt am Sonntag, 19. 06. 2005: Angela Merkels zweierlei Welten (Reuth, Ralf Georg), S. 10

»... damit am Ende so ein Ost-Dornröschen kommt«¹ Merkel und der mediale Diskurs um ihre Herkunft

Angela Merkel, die 51-jährige ostdeutsche CDU-Politikerin schickte sich an, die erste Kanzlerin der Republik zu werden. Für die Medien war dieser Wahlkampf wie jeder andere ein willkommenes Ereignis im Kampf um Einschaltquoten (Dörner 2001). Die Tatsache, dass mit Angela Merkel zum ersten Mal eine Frau Kanzlerin werden wollte, und der Fakt, dass eben diese Frau in Ostdeutschland aufgewachsen ist, was ebenfalls ein Novum auf dem politischen Parkett darstellte, versprach für interessante Beiträge zu sorgen und war als Thema entsprechend präsent.

Während bei den vergangenen vier gesamtdeutschen Bundestagswahlen die Herkunft der Kanzlerkandidaten aus Westdeutschland keine Rolle gespielt hatte, galt ihre westdeutsche Herkunft doch als »normal« und »selbstverständlich«, lautete bei der 16. Bundestagswahl die zentrale Frage an die Kanzlerkandidatin: »Doch wie viel Osten steckt noch in ihr?« (Superillu Sonderheft 1/2005) Die Antwort auf diese oft gestellte Frage lag in der Perspektive: Merkel hat eine von der deutschen Teilung geprägte Vergangenheit, eine sozusagen deutsch-deutsche Biographie. Während sie laut Presseberichten von Westdeutschen vor allem als »ostdeutsche Newcomerin« angesehen wurde, beklagten Ostdeutsche hingegen häufig, dass überhaupt nichts Ostdeutsches mehr in ihr stecke. Die Kanzlerkandidatin selbst äußerte sich sehr wenig zu diesem Thema, und es war schon eine Ausnahme, wenn sie im Wahlkampf betonte, sie sei sehr stolz darauf, dass sie als »gesamtdeutsche« Kandidatin wahrgenommen werde.²

Diese Ambivalenz, mit der Merkels Herkunft in den Medien verhandelt wurde, wirft folgende Fragen auf: Löste die Tatsache, dass mit Angela Merkel eine Ostdeutsche Kanzlerkandidatin wurde, eine ähnliche Irritation im männerbündischen System der Politik aus, die schon bezüglich ihres Geschlechts auffiel (vgl. den Text von Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Band)? Finden sich ähnlich wie bei den Geschlechterkonstruktionen eine dichotome Zweiteilung, hier in ost- und westdeutsch, und Markierungen der Ostdeutschen als »Anderere« sowie Stereotypisierungen und Hierarchisierungen? Ich folge bei meiner Analyse der Annahme von Hark, Weiblichkeit und Männlichkeit seien »symbolisch diskursive Produkte, die unter patriarchalen Machtbedingungen

1 Zitiert in: Die Zeit, 08. 09. 2005, S. 13.

2 So zum Beispiel im TV-Duell zwischen Schröder und Merkel (vgl. Anlage zum Artikel von Böttcher in diesem Band).

zustande gekommen sind, verankert in historisch konkreten gesellschaftlichen Figurationen« (Hark 2001, 156 zitiert in Dietzsch 2005, 93). Im Folgenden wird der These nachgegangen, dass es sich auch bei der Zweiteilung in Ost- und Westdeutsche um ein symbolisch diskursives Produkt handelt. Zunächst stelle ich die theoretischen Grundlagen dieser These dar und analysiere anschließend das Material.

»Die DDR war eine Frau.« Theoretische Ausgangspunkte

Der Text »Die Erfindung der Ostdeutschen« von Ina Dietzsch beginnt mit der Frage: »War die DDR eine Frau?« (Dietzsch 2005). Dieser zunächst ungewöhnlichen Frage liegt die Analyse einer Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften zugrunde, welche die deutsche Vereinigung mit dem Bild des heterosexuellen Paares beschrieben haben, wobei der DDR bzw. dem Osten der weibliche Part zugeschrieben wurde. Wie kommt es zu dieser durchgängigen Verknüpfung von ostdeutsch und weiblich bzw. DDR und Frau?

Auch bei Ost und West bzw. Ostdeutschen und Westdeutschen handelt es sich, so Dietzsch, um ein symbolisch diskursives Produkt mit langer europäischer Tradition. Nach Peter Niedermüller bildet der Osten historisch betrachtet die Grenze, an der die Idee des zivilisierten, fortgeschrittenen und hochentwickelten Westeuropas einem zurückgebliebenen, unzivilisierten und barbarischen Osteuropa gegenübergestellt wird (Niedermüller 1997). Dietzsch zu Folge ist die damit verbundene Hierarchie zwischen Ost und West auch tief ins Klassifikationssystem Ostdeutsch – Westdeutsch eingeschrieben, wobei die Definition dessen, was als »östlich« bzw. »ostdeutsch« gilt, beim Westen liegt.

Sie argumentiert, dass in der DDR die Emanzipation der Frau vom Staat benutzt worden sei, um gerade die Fortschrittlichkeit des Ostens gegenüber dem Westen hervorzukehren. Die Frauenemanzipation sei Teil des Selbstverständnisses der DDR gewesen: Der Zustand der sozialistischen Gesellschaft sollte sich am Grad der Gleichberechtigung der Geschlechter messen lassen. Insofern wurde die sozialistische Modernität in besonderer Weise von Frauen verkörpert. Ebenso zeigt Dorothee Wierling (1994) in einer Analyse sehr unterschiedlicher Materialien, dass die DDR sowohl im Selbst- als auch im Fremdbild als »weiblich«, als eine »Frau« wahrgenommen wurde.

Auch nach der Wende ist diese weibliche Konnotation erhalten geblieben. Dies zeigt sich einerseits an den bereits genannten Bildern und Karikaturen zur Vereinigung, in denen das beliebteste Motiv das des heterosexuellen Paares war, wobei die DDR ausdrücklich als Frau und der Westen als Mann benannt oder graphisch dargestellt wurden (ebd.; Dietzsch 2005). In diese Analogiebildung ist zugleich eine Hierarchie eingeschrieben: Der weibliche Osten ist dem männlichen Westen gleich doppelt unterlegen, gilt doch in unserer

symbolischen Kultur das Männliche gegenüber dem Weiblichen ebenso als überlegen wie das Westliche gegenüber dem Östlichen.

Analyse des Materials

Im Folgenden wird das Material unter den drei genannten Aspekten analysiert: erstens Zweiteilung und Markierung als »Andere«; zweitens Stereotypisierungen und drittens Hierarchisierung. Die *Markierung* Merkels als Außenseiterin, als die »Andere«, zieht sich wie ein roter Faden durch die Berichterstattung. So heißt es etwa in der *Superillu*: »Bald wird Deutschland von einer Frau aus Ostdeutschland regiert.« (Superillu, 13. 10. 2005) Obwohl die Begriffswahl Deutschland zunächst impliziert, das Land sei eine Einheit, wird mit der Benennung Ostdeutschland ein klarer Unterschied zum Ausdruck gebracht. Explizit hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang auch, dass es sich um eine Frau handelt, was die Markierung als »Andere« im männlichen Feld der Politik noch unterstreicht.

Auch in folgendem Zitat: »Frau Merkel ist eine Frau mit ostdeutscher Biografie, die es aber nicht durch Betonung dieses Profils in diese Position geschafft hat« (Superillu, 13. 10. 2005), wird Merkel doppelt markiert: als Frau und Ostdeutsche. Wobei jedoch darauf hingewiesen wird, sie habe dieses Profil nicht betont. Dies könnte ein unterschwelliger Hinweis auf die von Männern oft kritisierte Quotenregelung sein, die Merkel in doppelter Hinsicht (als Frau und als Ostdeutsche) in Anspruch hätte nehmen können.

Die Benennung als »Andere« zeigt sich ebenfalls in der Thematisierung ihrer Position innerhalb der eigenen Partei. »In der Union hat sich die Frau aus dem Osten gegen eine gestandene Riege von West-Männern durchgesetzt.« (Superillu Sonderheft 1/2005) Die *Superillu* bescheinigt Merkel Durchsetzungsvermögen, ohne zu erwähnen, dass hinter der gestandenen Männerriege mehr steckt als eine Gruppe zufälliger Parteigenossen. Männerbünde mit ihren ganz speziellen Verhaltensformen und Idealen (vgl. dazu Sombart 1996) sind unerlässlich auf dem politischen Parkett. Zu ihnen bleibt Merkel der Zugang gleich doppelt versperrt: Als Frau und als Ostdeutsche muss sie ohne Netz und doppelten Boden, ohne die Netzwerker und Männerbünde im Rücken auskommen. Dies kommt ebenso in folgenden Zitaten zum Ausdruck: »Merkel wird mehr als ihren Mann stehen. Gerade weil sie aus dem Osten ist.« (Superillu, 13. 10. 2005) »Die Willensstarke – ihr Machtwille zeigt sich sehr deutlich [...] Das von westdeutschen Männern dominierte Partei-Establishment fügt sich murrend.« (Superillu Sonderheft 1/2005) Es scheint aber keine Schande »... im Kampf gegen die eiserne Angela den Heldentod [zu] sterben« (Superillu Sonderheft 1/2005). Die *Berliner Zeitung* betonte: »Merkel musste das Westdeutsche lernen [...] wie es geht, wie man kämpft, wie man um Seilschaften, in die man nicht hineinkommt, herumkommt. Sie beherrscht das inzwischen sehr gut.« (Berliner Zeitung, 21. 06. 2005) Merkel habe

sich auf ihrem Weg eigene Netzwerke vertrauter Personen geschaffen. Das Netzwerk ihrer engsten Mitarbeiterinnen wird jedoch als »Girls Camp« (u. a. Die Zeit, 25. 08. 2005) bezeichnet, was als eine Verniedlichung und Abwertung interpretiert werden kann.

Es lässt sich also feststellen, dass die Markierung der Kanzlerkandidatin als die »Andere« zwei Ebenen hat. Merkel ist zum einen die Ostdeutsche die »so weit gekommen [ist] wie keine Politikerin zuvor in Deutschland«, zum anderen ist sie die Frau »an der Spitze der CDU, einer überwiegend männlichen, überwiegend katholisch geprägten, westlichen Partei« (Der Spiegel, 11. 07. 2005).

Zu den Stereotypisierungen in der medialen Berichterstattung lässt sich zunächst sagen, dass sich die mediale Fremdwahrnehmung der Ostdeutschen in den vergangenen 15 Jahren allmählich verschiebt weg vom unmodernen, rückständigen »Jammerossi« und vielfältiger, differenziertes wird. Dies zeigt sich an verschiedenen Phänomenen wie den Ost-Shows im Fernsehen oder der Literatur junger ostdeutscher Autor_innen.³ Im »Fall Merkel« jedoch finden zahlreiche Stereotypisierungen weiterhin Verwendung.

»Mit Angela Merkel wird der Durchschnittsbürger Ost Bundeskanzler.« (Die Taz, 01. 06. 2005) Diese Verallgemeinerung der Ostdeutschen quasi als »Zwangskollektivierung« (Bisky zitiert in Dietzsch 2005) lässt keinen Platz für persönliche Biographien und Entwicklungen. »Nachteilig ist zudem Merkels Verschlossenheit, ihr tief verwurzeltes Misstrauen. Da schlägt offenbar ihre DDR Vergangenheit durch.« (Superillu Sonderheft 1/2005) Dieser Vorwurf der »Misstrauenskultur« wird Merkel häufig, sowohl seitens ihrer Parteifreunde als auch ihrer Kritiker, gemacht. Die einzige Erklärung hierfür scheint nur in ihrer Herkunft liegen zu können. Auch Politiker_innen aus dem Osten werden entsprechend dieser Logik vereinheitlicht: »Spitzenpolitiker aus dem Osten sind pragmatischer, unideologischer, kreativer. Und sie sind mutiger, wenn es darum geht, neue Wege einzuschlagen.« (Superillu, 01. 12. 2005; vgl. auch Der Spiegel, 07. 11. 2005 und den Beitrag von Scholz in diesem Band)

Gleichzeitig werden Merkel Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben, die nicht den gängigen Charakterisierungen Ostdeutscher entsprechen: »Ihr Selbstbewusstsein hat sie noch nie im Stich gelassen.« (Superillu Sonderheft 1/2005) Solche und ähnliche Aussagen spiegeln deutlich die Ambivalenz wieder, mit der Merkel wahrgenommen wird und »Das wiederum macht sie etwas unheimlich« (Der Spiegel, 11. 07. 2005). Diese Zitate beinhalten eine Art der Verunsicherung darüber, dass Merkel sich eben nicht so einfach einordnen lässt.

Hierarchisierungen sind in der Medienberichterstattung insofern präsent, als dass Merkel ihre Politikfähigkeit ständig neu beweisen muss. Ihre Kompetenz wird erst einmal in Frage gestellt; ihr Erfolg und die Karriere auf dem politi-

3 Vgl. zu diesem Aspekt die Analysen von Ina Dietzsch (2005).

schen Parkett gelten als zufällig und verwunderlich, was besonders augenfällig in der Bezeichnung als »Kohls Mädchen« (bspw. Der Spiegel, 11. 07. 2005) zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig heißt es aber auch: »Das ist unbestritten die steilste Ost-Karriere im vereinten Deutschland.« (Superillu, 13. 10. 2005) Die Betonung auf Ost in Zusammenhang mit Karriere impliziert, es handle sich um eine Ausnahme von der Regel. Besonders interessant hinsichtlich des Ausnahmecharakters ist das folgende Zitat: »Der Aufstieg von Angela Merkel [...] ist der Beweis, dass jeder Ostdeutsche, wenn er mit Beharrlichkeit, Ausdauer und Intelligenz sein Ziel verfolgt, im wiedervereinigten Deutschland seine Chance hat.« (Superillu, 13. 10. 2005) Die Verwendung des Begriffs »jeder« in diesem Zitat scheint zunächst den Ausnahmecharakter aufzuheben, die folgende Einschränkung »wenn« impliziert allerdings, dass Ostdeutsche über Eigenschaften verfügen müssten, die ihnen in anderen Zusammenhängen auf Grund der ostdeutschen Herkunft abgesprochen werden. Und auch Merkels Aufstieg wird im folgenden Zitat eingeschränkt und abgewertet: »Ob Merkel [...] und andere aus dem Osten jetzt schon das sind, was sie werden wollen, bleibt abzuwarten.« (Superillu Sonderheft 1/2005)

Schlussfolgerung

In Bezug auf die Ausgangsfragen lässt sich konstatieren, dass die Berichterstattung über das »Ost-Dornröschen« (Die Zeit, 08. 09. 2005) den gleichen Mustern folgt wie die Darstellungen über ihr Frausein. Die Ambivalenz, die schon in Bezug auf die Darstellung der Weiblichkeit von Angela Merkel aufgefallen ist, lässt sich also auch auf ihr Ostdeutschsein erweitern. Merkel irritiert in zweierlei Hinsicht: Nicht nur, weil sie als Frau die klassische, männerbündische Karriere umgeht, sie muss sich auch der besonderen Problematik ostdeutscher Politikerinnen stellen. Sie hat die doppelte Beweislast zu erbringen: hinsichtlich ihrer politischen Kompetenz als Frau und hinsichtlich ihrer demokratischen Kompetenz als Ostdeutsche. Denn Politiker_innen, die ihre Kindheit und Jugend in Ostdeutschland verbracht haben, verfügen zwar über Erfahrung im Umgang mit grundsätzlichen Veränderungen und Systemwechseln, unterliegen aber immer noch den gängigen Stereotypisierungen und müssen somit ihre Kompetenz stets erneut unter Beweis stellen (vgl. die Studie von Weber et al. 1995).

Laut der medialen Darstellung hatte Merkel zunächst ihre Karriere nur der Förderung des Altkanzlers Kohl zu verdanken. Sie galt lange als »Kohls Mädchen«, und in diesem Bild kommt die beschriebene Vereinigungsmetapher bestens zum Ausdruck: Das ostdeutsche »Mädchen« an der Seite des westdeutschen männlichen Beschützers und Gönners. Doch, so geht die Geschichte weiter, war sie mutig, als es im Zuge der Parteispendenaffäre darauf ankam, aus seinem Schatten zu treten. Jedoch: »Viele hatten gedacht, Merkel sei

ein Provisorium. Sie behandelten sie wie eine Übergangskandidatin, die irgendwann von einem jungen Westler abgelöst würde.« (Der Spiegel, 11. 07. 2005) Merkel emanzipierte sich Schritt für Schritt aus dieser Position und wurde so nicht nur zur Frau an der Spitze einer konservativen Partei, sondern zur ersten Kanzlerkandidatin im wiedervereinigten Deutschland. Ein Weg, der an Symbolik nicht zu übertreffen ist: Eine Ostdeutsche, die aus dem Schatten des Ziehvaters aus dem Westen – dem »Kanzler der Einheit« – tritt, als würde sie die innere Einheit für Deutschland vollziehen. Damit wurde eine Erfolgsgeschichte konstruiert, die jedoch auf Grund von Herkunft und Geschlecht zugleich in Frage gestellt wird und somit als illegitim erscheint. So heißt es etwa in der Zeit: *»... damit am Ende so ein Ost-Dornröschen [kommt], das in seiner DDR nichts anderes gemacht hat, als Energie zu tanken, um dann in halber Zeit doppelt so weit zu kommen.*« (Die Zeit, 08. 09. 2005) Merkels Aufstieg erscheint in diesem Zitat als gänzlich unberechtigt.

Sowohl Männlichkeit und Weiblichkeit als auch Ost(deutsch) und West(deutsch) als symbolische Systeme zu begreifen, öffnet auch einen Weg, Merkels eigene mediale Darstellung zu verstehen. Merkel konnte weder Kanzlerin eines Volkes werden, wenn sie zu sehr Frau ist, noch wenn sie zu sehr Ostdeutsche ist. Es kann vermutet werden, dass sie sich deshalb selbst in Bezug auf beide Positionen während des Wahlkampfes sehr zurückgehalten hat. In diesem Zusammenhang wäre es interessant, genauer zu untersuchen, inwieweit sich die aktuelle Berichterstattung der Medien aus Ost- und Westdeutschland hinsichtlich der Stereotypisierungen und der durch Merkel hervorgerufenen Irritationen unterscheiden. Eine Medienanalyse, die Antwort auf diese Fragen gibt, würde auch die hier aufgeworfene Perspektive der Überschneidung beider symbolischer Systeme gewinnbringend erweitern.

Literatur

- Dietzsch, Ina (2005): Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Schäfer, Eva; Dietzsch, Ina; Drauschke, Petra; Peinl, Iris; Penrose, Virginia; Scholz, Sylka; Völker, Susanne (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse in Deutschland seit der Wende, Münster, S. 93-106
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main
- Niedermüller, Peter (1997): Postsozialismus, Kultur und Alltag im »wilden Osten«. Zur kulturellen Repräsentation Osteuropas. Manuskript der Antrittsvorlesung zur Professur am 29. 01.1997
- Sombart, Nicolaus (1996): Männerbund und politische Kultur in Deutschland, in: Kühne, Thomas (Hrsg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte, Frankfurt am Main; New York, S. 136-155
- Weber, Ulla; Esch, Marion; Schaeffer-Hegel, Barbara (1998): Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23, S. 3-11
- Wierling, Dorothee (1994): War die DDR eine Frau?, in: Berliner Debatte Initial, Heft 5, S. 165-173

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Berliner Zeitung, 21. 06. 2005: Ossi? Wessi? Merkel! (Fehrle, Brigitte), S. 4
- Der Spiegel, 11. 07. 2005: Reformerin light (Afhüppe, Sven et al.), S. 38-50
- Der Spiegel, 07. 11. 2005: Das Experiment (Berg, Stefan et al.), S. 24-50
- Superillu Sonderheft 1/2005, Wahl 2005: Die Frau, die sich traut, S. 12-20
- Superillu, 13. 10. 2005, Wir sind Kanzler, S. 10-13
- Superillu, 01. 12. 2005: Die sympathischen Sieger aus dem Osten, S. 10-11
- Die Taz, 01. 06. 2005: Die Eiserschülerin (Decker, Kerstin), S. 11
- Die Zeit, 08. 09. 2005: Kann die das? (Ulrich, Bernd), S. 13-14
- Die Zeit, 25. 08. 2005: Girls ja, Camp nein (Krupa, Matthias)

Familienpolitik = Frauenpolitik? Gleichstellungspolitische Konzeptionen der Parteien zur Bundestagswahl 2005

Gleichstellungspolitik spielte in den Medien im Bundestagswahlkampf 2005 nur eine untergeordnete Rolle; wurde sie medial verhandelt, dann fast ausschließlich unter folgenden Aspekten: zum einen unter dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum anderen unter dem Stichwort »demographischer Wandel«. Dabei wurde Gleichstellungspolitik zu einem Unterpunkt der übergeordneten Familienpolitik. Wenn es um den oft zitierten demographischen Wandel ging, war jedoch nicht klar, welches gesellschaftliche Phänomen damit bezeichnet werden sollte, und so transportierten sich auch gleichstellungspolitische Fragestellungen mit. Dabei wurde häufig als Problem beschrieben, dass zu wenige Frauen in der BRD Kinder bekommen und die meisten Kinder in bildungsfernen Schichten geboren werden (Stichwort: »kinderlose Akademikerinnen«). Jedoch wurde das Thema nur selten explizit als eine Frage der Geschlechterverhältnisse begriffen, wie in der *Zeit* vom 11. 08. 2005, die auf Seite 3 titelte: »Kinder, Küche, Karriere? Nicht bei uns. Deutschland hat weltweit eine der niedrigsten Geburtenraten. Und es sind vor allem die Akademikerinnen, die sich auf ein Leben ohne Kinder einstellen. Helfen kann nur ein neuer Geschlechtervertrag.«

Bereits ein erster Blick auf Parteienwerbung im Bundestagswahlkampf 2005 zeigt, dass auch in den Parteien die Themen Familienpolitik und demographischer Wandel zentral waren.





Die folgende Analyse konzentriert sich maßgeblich auf gleichstellungspolitische Konzeptionen in den Wahlprogrammen der fünf untersuchten Parteien. Analysematerial waren die folgenden Wahlkampfprogramme: *Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD* (SPD), *Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm 2005* (Bündnis 90/Die Grünen), *Regierungsprogramm 2005-2009* (CDU/CSU), *Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005* (FDP) und *Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005: Für eine neue soziale Idee* (Linkspartei.PDS). Um Veränderungen beschreiben zu können, wurden des Weiteren die Wahlkampfprogramme zur Bundestagswahl 2002 untersucht. Für die Analyse wurde Geschlechterpolitik nicht vorab definiert, sondern ein Begriff entwickelt, welcher der Logik der Wahlprogramme immanent war. Ein systematischer Vergleich der Wahlkampfprogramme 2005 und 2002 findet sich in tabellarischer Form im Anhang am Ende des Artikels.

Mit Gender Mainstreaming zur Gleichstellung. Die Programme der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen stützten sich strategisch auf ihre Maßnahmen aus der Regierungsarbeit: Die rot-grüne Bundesregierung begründete 2000 die Einführung der gleichstellungspolitischen Strategie Gender Mainstreaming¹ in Deutschland und trug damit einem inter-

1 Gender Mainstreaming besteht in der Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen in allen Politikbereichen und Arbeitsbereichen einer Organisation. Das Ziel von Gender Mainstreaming ist es, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen (vgl. Europäische Union 1999, S. 4).

nationalen Paradigmenwechsel in der Gleichstellungspolitik Rechnung. Seit der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking wurde die Einführung des aus der Entwicklungszusammenarbeit stammenden Gender Mainstreaming Prinzips als zentrale gleichstellungspolitische Forderung verhandelt. Bald fand Gender Mainstreaming die entsprechende Verankerung im EU-Recht (Amsterdamer Vertrag 1997), mit deren nationalstaatlicher Umsetzung die rot-grüne Regierung in Deutschland begann. Der Paradigmenwechsel unter der Überschrift »Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming« lässt sich an einigen Punkten verdeutlichen: Gleichstellungspolitische Interventionen sollen in den Mainstream einer Organisation gelangen. Gender Mainstreaming geht dabei strategisch vor und begibt sich in die Logik des jeweiligen Systems, es arbeitet in den Institutionen, die es verändern möchte. Es sollen keine separaten Strukturen mehr geschaffen werden, an die dann Gleichstellungspolitik delegiert wird. Gender Mainstreaming ist ein Top-Down-Ansatz und zielt auf alle EntscheidungsträgerInnen in Organisationen, auch – und vor allem – auf Männer ab. Die Strategie wird als Querschnittsaufgabe definiert. Gender Mainstreaming soll zudem durch die Implementierung des Gender-Begriffes eine größere Komplexität der Geschlechterpolitik transportieren. Dabei wird die soziale Konstruktion der Kategorie Geschlecht und deren Verknüpfung mit anderen sozialen Merkmalen wie Race, Class, sexual Orientation etc. betont.

Zum Konzept des Gender Mainstreaming und dessen Umsetzung gibt es seither in der BRD energische Debatten: Für die einen ist Gender Mainstreaming *die* neoliberale Ökonomisierung der Gleichstellungspolitik und eine rein rhetorische Erneuerung (vgl. Nohr; Veth 2002; Wetterer 2002). Für die anderen ist es *die* Erfolg versprechende umfassende Gleichstellungsstrategie der Zukunft (vgl. Stiegler 2002; Baer; Kletzing 2004).²

Zentrale gleichstellungspolitische Forderung im Wahlprogramm der SPD war nun die Umsetzung von Gender Mainstreaming. Im Kapitel 12 des Wahlmanifests: »Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind« hieß es dazu: »Frauen- und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit in allen politischen Bereichen konsequent angewandt wird« (SPD: Wahlkampfprogramm 2005, 43).

Darüber hinaus betonte die SPD die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben. Folgende Maßnahmen sollten die betriebliche Gleichstellungspolitik fördern:

- Netzwerke und Mentoring-Programme sollten das Berufswahlspektrum junger Frauen erweitern. Diese Maßnahme sollte der horizontalen geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation entgegenwirken.

2 Für eine Zusammenfassung der Debatte in der BRD vgl. Stiegler 2003.

- Die Frauenerwerbsquote sollte auf über 60 Prozent gesteigert werden.
- Frauen sollten gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen erhalten.
- Die betriebliche Weiterbildung von Frauen sollte ausgebaut werden.
- Das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit« (ebd., 43) sollte umgesetzt werden. Vor allen anderen Maßnahmen sollte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessert werden. Darauf wurde im Wahlmanifest dezidiert in den Kapiteln zu Familienpolitik und Bildungspolitik eingegangen. Ein Novum war die Betonung der Ansprüche erwerbsloser Frauen:
- Bei den Reformen des Arbeitslosengeldes II sollten die Auswirkungen auf Frauen besonders beachtet werden.
- Die Weiterbildung erwerbsloser Frauen sollte erweitert werden.
- Der Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutz sollte auch für erwerbslose Frauen gewährleistet sein.

Als grundlegendes Element des Gender Mainstreaming Prozesses forderte die SPD, alle Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten geschlechtsspezifisch differenziert zu erheben, um die unterschiedlichen Auswirkungen von Maßnahmen auf Frauen und Männer zu erfassen. Eine weitere Besonderheit im Wahlprogramm der SPD ist die Forderung nach einer starken Institutionalisierung von Gleichstellungspolitik zu nennen. Zum einen wurde die Bedeutung des GenderKompetenzZentrums bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming und gleichstellungspolitischen Strategien betont; zum anderen wurde die Einrichtung eines europäischen Genderinstituts gefordert. Aber auch Frauenministerien, Frauenausschüsse, Gleichstellungsstellen und Frauenbeauftragte müssten als »durchsetzungsfähige Kontroll- und Umsetzungsinstanzen« (ebd., 43) gefördert werden.

Bündnis 90/Die Grünen, die – wie die Linkspartei.PDS – sich selbst als eine der fortschrittlichsten Parteien in Sachen Geschlechterpolitik verstehen und in ihren Wahlprogrammen »traditionell« die Frauen- und Gleichstellungspolitik prioritär behandeln, schickten paradoxerweise trotz der fest verankerten Quotenregelungen in ihren Statuten nicht nur den männlichen Spitzenkandidaten ins Wahlrennen (vgl. den Artikel von Chojecka in diesem Band), sondern sie ließen auch ihre ursprünglich lange Liste mit den weitreichenden gleichstellungspolitischen Forderungen zu Gunsten der Lösung der Vereinbarkeitsproblematik um einiges schrumpfen.

Verglichen mit dem Wahlkampf 2002 wurde in den Wahlprogrammen aller fünf untersuchten Parteien die so genannte herkömmliche Geschlechterpolitik im Sinne von Gender Mainstreaming und Gleichstellung von Mann und Frau im Wahlkampf 2005 größtenteils auf die Problematik von Vereinbarkeit von Familie und Beruf reduziert. Diese Feststellung basiert auf dem Vergleich der Wahlprogramme aus den Bundestagswahlkämpfen 2002 und 2005 (vgl. Tabelle I und II im Anhang).

Im Wahlkampf 2005 konzentrierten sich die Grünen neben den arbeitsmarktpolitischen Reformen zunehmend auf eine kinder- und familienfreundliche Politik³, die auch in den Wahlprogrammen anderer untersuchter Parteien zur übergeordneten Kategorie für die Frauen- und Gleichstellungspolitik avancierte.

Die Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen, die sich in der rot-grünen Koalition als »Motor der Gleichstellungspolitik« (Bündnis 90/Die Grünen: Wahlkampfprogramm 2005, 82) verstand, betonte in ihrem Wahlprogramm »Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm 2005« die Relevanz »einer solidarischen Modernisierung der Gesellschaft«, die es ohne konsequente Umsetzung von Gender Mainstreaming und ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht geben kann (vgl. ebd.). Die Grünen verpflichteten sich im Wahlprogramm zu »einer offensiven Gleichstellungspolitik«, die als ein »Querschnittsthema« begriffen wird, das »in allen Politikfeldern, auf allen Ebenen und auch in den Haushalten verankert werden soll« (ebd., 82-83).

Mit der Forderung »einer solidarischen Modernisierung der Gesellschaft« gingen die Grünen in ihrem Wahlprogramm wichtige Aspekte des sich vollziehenden Geschlechterrollenwandels an, die im Kontext des demographischen Wandels als eine verdeckte Debatte über Frauen- und Männerrollen hinsichtlich familiärer Aufgaben verhandelt wurden: Im Kapitel »Gleiche Rechte – Gleiche Chancen – Konsequente Geschlechterpolitik« wurde die paritätische und gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufgaben als Ziel der grünen Politik formuliert. Ziel war es, »dass Frauen die Hälfte der Macht [...] bekommen« (ebd., 82). Darüber hinaus betonten die Grünen in ihrem Wahlprogramm die Relevanz einer unverzüglichen Umsetzung europäischer und internationaler Richtlinien zur Gleichstellung, um die tatsächliche Gleichstellungspolitik auf allen Ebenen voranzutreiben (ebd., 83). Zu den weiteren Maßnahmen einer »offensiven Gleichstellungspolitik« zählten im Programm der Grünen unter anderem:

- Die Forderung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft.
- Die Forderung einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen, damit diese »die Vereinbarkeit von beruflichem und familiärem Erfolg als Selbstverständlichkeit leben können« (ebd., 84).
- Die »Umsetzung des Rechts auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie gleiche Zugangschancen zu allen Arbeitsbereichen« (ebd.) inklusive zu den Führungspositionen in den politischen Entscheidungsgremien.

3 Im Wahlprogramm der Grünen wurden z. B. die Fragen einer familien- und kinderfreundlichen Politik in einem fast zehn Seiten langen Kapitel behandelt, wo »die Vorfahrt für Kinder« gefordert wurde (78). Im darauffolgenden Kapitel, das viel magerer ausfiel als das Kapitel davor, wurden die »konsequente Geschlechterpolitik« und »die Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema« thematisiert. (82-83)



Mit der Forderung »Männer [sollen] die Hälfte der Verantwortung bekommen« (ebd., 82) thematisierten die Grünen die Problematik von Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus der Perspektive eines sich erweiternden Rollenspektrums für Männer. Hierin heben sie sich von den anderen Parteien ab. Neben der allen fünf Parteien gemeinsamen Forderung nach einer besseren Kinderbetreuung verlangten die Grünen als einzige Partei eine konsequente Förderung von Männern im reproduktiven Bereich, die ihnen »den Zugang zur Sorge- und Familienarbeit erleichtern soll« (ebd.).

Als Markenzeichen des grünen Wahlprogramms kann weiterhin die Existenz eines eigenen Kapitels »Frauenrechte sind Menschenrechte« genannt werden. Während die anderen untersuchten Parteien auf die Thematisierung von Frauenrechten im Kontext von Gewalt in einem Extrakapitel gänzlich verzichteten, standen im Mittelpunkt des Kapitels vor allem der Ausbau und die Verbesserung des Schutzes für die Opfer von Gewalttaten inklusive der Verbesserung von aufenthaltsrechtlichen Bedingungen für Migrantinnen sowie eine bessere strafrechtliche Verfolgung der Gewalttäter. Als einzige Partei thematisierten die Grünen in einem Extrakapitel solche Formen von Gewalt wie Zwangsverheiratungen, »Ehrenmorde«, Genitalverstümmelung, Zwangsprostitution und Frauenhandel und forderten deren konsequente Bekämpfung.

Im Wahlkampf setzten die SPD und die Grünen nicht nur auf ihre Programme und die so genannte Vertrauensstrategie (Holtz-Bacha 2006, 18): Die Hervorhebung der Erfolge gemeinsamer Regierungsarbeit sollte den Wählern und Wählerinnen den Eindruck von Sachlichkeit und Kompetenz vermitteln. Sie bedienten sich aber auch des »negative campaigning«: Eine Kampagne der SPD titelte: »Angela Merkel macht keine gute Frauenpolitik. Gerhard Schröder und die SPD machen die bessere Frauenpolitik.« Dabei sollte betont werden, dass Gleichstellungspolitik im Programm der Union schlichtweg nicht vorhanden war. Die Kampagne der SPD formulierte, dass die CDU/CSU zur Wahl mit einem Programm antrete, »in dem die Themen ›Frauen‹ und ›Gleichstellung‹ als Politikbereiche überhaupt nicht vorkommen«⁴. Auch das Wahlplakat der Grünen lenkte die Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler ausgerechnet auf die frauen- und gleichstellungsferne Unionspolitik. Mit den Worten »Wir haben eine Kanzlerkandidatin – und Ihr könnt wieder an den Herd!« wies Bündnis 90/Die Grünen ihre Wählerinnen und Wähler auf die bloße Formalität der Aufstellung von

4 Plakat »Angela Merkel macht keine gute Frauenpolitik«.

Angela Merkel als Kanzlerkandidatin hin (vgl. den Beitrag von Chojecka in diesem Band).

Mit Schlagwörtern wie »Merkel-Steuer« wurde die Inkompetenz und Untauglichkeit der Gegenkandidatin angeprangert. Vor allem auf der Bildebene wurde erkennbar, dass sich die SPD auf dem Endspurt für eine nicht gerade geschlechtsneutrale Strategie entschieden hatte. Der Wahlkampf der SPD ähnelte immer mehr und mehr dem offenen Wettbewerb à la »Er oder Sie«.



Vom Kampf gegen das Patriarchat. Das Programm der Linkspartei.PDS

Die linke Opposition in Form der Linkspartei.PDS, die in ihrem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 »Für eine neue soziale Idee« die Gleichstellung von Mann und Frau vor allem im Kontext von besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf begriff⁵, setzte stärker auf die so genannte klassische Frauenpolitik. Dies allein wurde schon an dem in ihrem Wahlprogramm verwendeten Gender-Vokabular sichtbar.

So hieß zum Beispiel das entsprechende Kapitel zur Geschlechter- und Gleichstellungspolitik ganz im klassischen Sinne »Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung«. Im selben Kapitel forderte die Linkspartei.PDS gesetzliche Regelungen zur Frauenförderung und zum Diskriminierungsschutz, die der »patriarchal geprägten politischen und wirtschaftlichen Macht, dem patriarchalen Selbstbild von Mann und Frau und ihren jeweiligen Rollen in der Gesellschaft«

5 »Die Gleichstellung von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt ist überfällig. Für Väter und Mütter müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Kindererziehung und Beruf vereinbaren zu können.« In: Die Linkspartei.PDS: Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005: Für eine neue soziale Idee, 16.



(Die Linkspartei.PDS: Wahlprogramm 2005, 25-26) entgegenwirken sollen. Dabei betonte die Linkspartei das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit und den Kampf gegen patriarchale Strukturen: »Die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts wollen wir aufheben. Dieser Prozess der Veränderung und der Selbstveränderung beginnt mit Gleichberechtigung und Frauenförderung. Zurzeit wird Frauenförderung abgebaut. Wir wollen frauenspezifische Strukturen in Politik und Gesellschaft erhalten und ausbauen. Wir brauchen Gleichstellungsgesetze, auch für die Privatwirtschaft, und Frauenförderungsprogramme« (ebd.).

Frau an der Spitze = Frauenpolitik?

Das Programm der Oppositionskoalition CDU/CSU und FDP

Im Programm der Union sucht man vergeblich nach gleichstellungspolitischen Themen oder Gender-Sensibilität. Worte wie Gleichberechtigung, Geschlecht oder Gender sind nicht zu finden. Auch der mögliche Koalitionspartner der CDU/CSU, die FDP, tat sich nicht durch ausgereifte gleichstellungspolitische Konzeptionen hervor. Die Liberalen leisteten es sich mit der Union als einzige der Parteien, kein Kapitel zu Gleichstellung in ihrem Programm zu haben. Liberale Frauenpolitik zielte auf das bestmögliche Ausschöpfen des weiblichen Arbeitsvermögens. Es sollte darum gehen »Qualifikationen, Stärken und Leistungsbereitschaft von Frauen« (FDP: Wahlkampfprogramm 2005, 35) besser zu nutzen. Die Argumentation wurde dabei stark differenztheoretisch geführt: Frauen hätten spezielle »weibliche Potentiale« (ebd.) und brächten »besondere Perspektiven, Wissen und Erfahrungen« (ebd., 36) mit, die ökonomisch genutzt werden könnten. Der Begriff Gender Mainstreaming blieb im Programm der FDP eine leere Hülle. Er wurde als Querschnittspolitik beschrieben, im Folgenden dann allerdings nur einzelnen Politikbereichen zugeordnet und auf diese beschränkt.

Die Union hat aber durchaus eine programmatische Tradition von Gleichstellungspolitik, wenn man die Wahlprogramme der letzten Bundestagswahlkämpfe durchsieht. Im Programm von 2002 gab es unter dem Themenkomplex »Ein menschliches Deutschland gestalten« ein eigenes Kapitel mit dem Titel: »Gleichberechtigung verwirklichen.« Neben der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden hier die Lohngleichheit und der Abbau von Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben gefordert. Ebenso sollte die gleiche

Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gefördert und herkömmliche Rollenverständnisse überwunden werden (vgl. Tabelle 2 im Anhang).

Diese neuartige Leerstelle im Wahlprogramm von 2005 wirft die Frage auf, ob und warum mit der Kanzlerkandidatin Angela Merkel, einer Frau als Spitzenkandidatin, die Gleichstellungspolitik aus dem Programm fiel. Kritik wurde auch in Merkels eigener Partei laut. »Das ist ein geschlechtsneutrales Programm« (Emma, Sept./Okt. 2005) bemängelte Rita Süßmuth mit einigen anderen gleichstellungspolitisch engagierten Frauen in der CDU/CSU.

Mögliche Erklärungen für diese neuartige Leerstelle, die wir hiermit zur Diskussion stellen, sind:

1. Angela Merkel legt einfach keine Priorität auf Gleichstellungspolitik.
Gleichstellungspolitik ist für Merkel kein relevantes oder zentrales Politikfeld. Sogar in ihrer Zeit als Frauenministerin (1990-1994) konnte sie sich kaum mit gleichstellungspolitischen Themen identifizieren.
2. Angela Merkel befürchtet einen Nachteil in einer Übermarkierung als Frau.
Als »weibliche« Kandidatin für das Bundeskanzleramt wird Angela Merkel als Frau unter Männern als das »Besondere«, »Exotische« markiert. Ihr schlichtes »Frau-Sein« fällt im immer noch sehr männlich dominierten Politikfeld auf. Würde sie nun noch Themen, die in der öffentlichen Wahrnehmung hauptsächlich Frauen zugeschrieben werden (wie Gleichstellungspolitik) besetzen, würde sie eine verstärkte Markierung oder eine Übermarkierung als Frau riskieren, die im Machtkampf um das höchste Regierungsamt als strategisch ungünstig eingeschätzt werden könnte.
3. Der Zugewinn an repräsentativer Macht von Frauen geht mit dem Verlust von Definitionsmacht bei den Inhalten einher.
Eine gängige Meinung in der Öffentlichkeit ist, dass Frauen und Männer bereits gleichberechtigt sind. Angela Merkel wird als Kanzlerkandidatin in der Argumentation genutzt, um zu zeigen, dass Frauen in der Politik in der Repräsentation vermeintlich mit den Männern gleichgezogen sind. In dieser Situation wird den gleichstellungspolitisch engagierten Frauen in der Union die Diskussionsgrundlage und -berechtigung mit einem »wir haben eine Frau an der Spitze. Gleichstellung ist vollbracht. Was wollt ihr noch?« oder »das ist doch mehr als genug...« entzogen. So verlieren gleichstellungspolitische Inhalte im Programm ihren Platz.
4. Gleichstellungspolitik wird an Ursula von der Leyen delegiert.
Da von der Leyen in der öffentlichen Wahrnehmung einer Personifizierung (»Mutter der Nation« [Süddeutsche Zeitung Magazin, 27.01.2006, Titel]) von Frauenpolitik gleichkommt, bedarf es keiner weiteren inhaltlichen Verankerung im Wahlprogramm von Angela Merkel. Von der Leyen wird sogar oft eine Übererfüllung dieser Rolle zugeschrieben.

Vom Patriarchat bis zum Gender Mainstreaming. Ein Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die untersuchten Parteien im Bundestagswahlkampf 2005 die Geschlechterpolitik zu Gunsten von Familienpolitik einschränkten. In deren Zentrum stand die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In den explizit gleichstellungspolitischen Konzeptionen der Parteien ließen sich allerdings schon Unterschiede in der Logik ausmachen. Diese lassen sich am besten an den jeweils verwandten Begriffen nachzeichnen.

Die Regierungsparteien setzten vor allem auf das Konzept des Gender Mainstreaming. Dabei war die SPD die einzige Partei, die den Begriff »Gender Mainstreaming« als zentral für ihre Konzeption von Gleichstellung offen propagierte. Die Grünen beschrieben ihre Politik zwar mit diesen Merkmalen (Stichwort Querschnittsaufgabe), der Begriff »Gender Mainstreaming« selbst wurde im Gegensatz zum Programm von 2002 bewusst vermieden. Möglicherweise trugen die Grünen dadurch einem Teil der WählerInnenschaft Rechnung, die mehr auf die Potentiale klassischer Frauenpolitik setzten. Außerdem wurde diesem Begriff ein neoliberaler Impetus nachgesagt, von dem sich die Grünen im Wahlkampf distanzieren wollten. Sie setzten dem Begriffe wie »Frauenrechte als Menschenrechte« und die »paritätische Teilhabe« entgegen. Hierin näherten sie sich der Linkspartei.PDS an. Diese positionierte sich allerdings sehr viel klarer der klassischen Frauenpolitik zugehörig. Die Linkspartei.PDS stellte den Gerechtigkeitsimpetus in den Vordergrund. Gleichstellung wurde zur »Geschlechtergerechtigkeit«, und ein »patriarchales System« müsse mit Frauenförderung durchbrochen werden.

Das Wahlprogramm der Unionsparteien enthielt keinen Begriff von Gleichstellung. Die FDP verwendete wie die SPD den Begriff »Gender Mainstreaming«. Allerdings tat sie das in einem völlig anderen Zusammenhang: Ihr ging es nicht um die Gleichstellung der Geschlechter, sondern um das ökonomische Ausschöpfen »weiblicher Potentiale«. Sie begriff Gender Mainstreaming als eine Strategie des Human Resource Management.

Literatur

- Baer, Susanne; Kletzing, Uta (2004): Strategien der Gleichstellungspolitik – Zur Debatte um Gender Mainstreaming, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 4, S. 3-20
- Europäische Union (1999): Gender Mainstreaming. Conceptual framework, methodology and presentation of good practices, Strasbourg
- Holtz-Bacha, Christina (2006): Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7, S. 11-19
- Nohr Barabra; Veth Silke (Hrsg.) (2002): Gender Mainstreaming – Kritische Reflexionen einer neuen Strategie, Berlin
- Stiegler, Barbara (2002): Gender Macht Politik. 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming, Bonn
- Stiegler, Barbara (2003): Gender Mainstreaming. Postmoderner Schmusekurs oder geschlechterpolitische Chance?, Bonn
- Wetterer, Angelika (2002): Strategien rhetorischer Modernisierung – Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 3, S.129-148

Zitierte Artikel und Wahlkampfprogramme

- Emma, Sept./Okt. 2005: Das steht bei uns im Programm? (Schwarzer, Alice; Louis, Chantal), www.emma.de/05_5_cdu_frauenpolitikerinnen.html (gesichtet am 20. 06. 2006)
- Süddeutsche Zeitung Magazin, 27. 01. 2006: Die Mutter der Nation (Poelchau, Nina), S. 1
- Die Zeit, 11. 08. 2005: Kinder, Küche, Karriere? Nicht bei uns. Deutschland hat weltweit eine der niedrigsten Geburtenraten. Und es sind vor allem die Akademikerinnen, die sich auf ein Leben ohne Kinder einstellen. Helfen kann nur ein neuer Geschlechtervertrag (Gaschke, Susanne), S. 3
- Bündnis 90/Die Grünen (2002): Grün wirkt! Unser Wahlkampfprogramm 2002-2006
- Bündnis 90/Die Grünen (2005): Eines für alle: das grüne Wahlprogramm 2005
- CDU/CSU (2002): Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten. Regierungsprogramm 2002-2006
- CDU/CSU (2005): Regierungsprogramm 2005-2009
- FDP (2002): Bürgerprogramm 2002
- FDP (2005): Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005
- PDS (2002): Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert die Zukunft. Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002
- Linkspartei.PDS (2005): Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005: Für eine neue soziale Idee
- SPD (2002): Erneuerung und Zusammenarbeit – Wir in Deutschland: Regierungsprogramm 2002-2006
- SPD (2005): Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD

Anlage I: Gleichstellungspolitik im Bundestagswahlkampf 2005

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
TITEL	»Regierungsprogramm 2005-2009«	»Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD.«	»Eines für alle: Das grüne Wahlprogramm 2005.«	»Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005: Für eine neue soziale Idee.«	»Arbeit hat Vorrang. Deutschlandprogramm 2005.«
FAMILIE	<p><i>Kapitel 2: Zukunft für Familien – Bildung und Erziehung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Die Familie ist die wichtigste Form des Zusammenlebens. [...] Das können Ehe, Familie und andere Formen des Zusammenlebens sein, die Lebenssinn, Geborgenheit und Glück vermitteln.« - »Vorrang für Familien und Kinder!« - »familienfreundliches Klima in Deutschland fördern« 	<p><i>Programmschwerpunkt 13: Wir wollen, dass Deutschland familienfreundlicher wird</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Ziel: Mütter und Väter teilen sich familiäre Pflichten.« - »Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion« (»Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten, Elternzeit in Anspruch zu nehmen«) - »Herkunft eines Kindes darf nicht über Bildungschancen entscheiden« (Eltern-Kind-Zentren) - »Familienkasse & »lokale Bündnisse für Familien« 	<p><i>Kapitel: Vorfahrt für Kinder. Kinder achten und fördern & Familien unterstützen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Familie ist für uns da, wo Kinder sind.« - »Anreize für Väter schaffen, ihren Teil der Erzeugungsleistung zu übernehmen.« - »Kindergrundsicherung« (Kinderzuschlag) 	<p><i>Kapitel: Hochwertige Bildung für alle! Gegen Kinderarmut! Jedem Kind einen guten Start ins Leben!</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe« - »Kindergeld soll von 154 € auf 250 € erhöht werden« - »Kindererziehungszeiten für Väter und Mütter getrennt festlegen« - »Für Väter und Mütter müssen Voraussetzungen geschaffen werden, Kindererziehung und Beruf zu vereinbaren.« 	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe – Die Familie muss wieder gestärkt werden</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. [...] Deshalb wollen wir nicht nur eine starke Familienpolitik, sondern auch eine gezielte Kinder- und Jugendpolitik.« - »Finanzielle Entlastung« - »Grundfreibetrag von 7700 € für jedes Kind« - »Wir machen uns für eine familienfreundliche Personalpolitik stark.« (Work-Life-Progr.) - »Familienfreundlichkeit muss als Standortfaktor erkannt und gezielt verstärkt werden.«
KINDER-BETREUUNG	<p><i>Kapitel 2: Zukunft für Familien – Bildung und Erziehung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf forcieren. Die Schaffung familien- 	<p><i>Kapitel 11: Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Mit dem von uns auf den Weg gebrachten Tagesbetriebsausbaugesetz werden bis 2010 rund 230.000 zusätzliche Plätze in Kinder- 	<p><i>Kapitel: Anspruch auf Bildung und Betreuung – Jedes Kind gehört dazu</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Jedes Kind ist begabt. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind unabhängig von Geschlecht, 	<p><i>Kapitel: Hochwertige Bildung für alle. Unterkapitel: Gegen Kinderarmut! Jedem Kind einen guten Start ins Leben</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder, uneingeschränkter Rechtsanspruch 	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe – Die Familie muss wieder gestärkt werden</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - »Mehr Betreuungsangebote« - »keine Rundum-Erziehung von Kindern

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
noch KINDER- BETREUUNG	<p>freundlicher Unternehmensstrukturen gehört zu den zentralen Aufgaben eines erfolgreichen Managements. Die unionsgeführten Länder bauen Ganztagsangebote bedarfsorientiert aus.«</p> <p>->Wir werden ab dem 1.1.2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 € als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen.«</p> <p>->Wir werden einen Kindergrundfreibetrag von 8000 € einführen.«</p>	<p>gärten,Krippen und in der Tagespflege entstehen. Für Mütter undVäter heißt das echte Wahl zwischen unterschiedlichen Betreuungs-möglichkeiten und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.«</p> <p>->Mit dem Ganztagsschulprogramm stellen wir den Kindern bis 2008 rund 4 Mrd. € für die Einrichtung von 10000 zusätzlichen Ganztagsschulen zur Verfügung.«</p> <p>->Wir bauen Quantität und Qualität der Tagesbetreuung aus, wie wir es mit der Tagesbetreuung für die unter 3-jährigen begonnen haben. Der Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem 2. Lebensjahr hat Priorität und soll bis 2010 erreicht werden.«</p>	<p>Herkunft oder Behinderung die bestmögliche Förderung bekommt und Teilhabechancen hat.«</p> <p>->kostenfreies Vorschuljahr«</p> <p>->Ganztagsschulprogramm«</p> <p>->Rechtsanspruch auf einen qualitativ hochwertigen Tagesbetreuungsplatz auch für Kinder unter 3 Jahren«</p> <p>->Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr«</p>	<p>auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an«</p> <p>->Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters«</p> <p>->Bildungsaufgaben im Kindergarten«, »Einsatz ausgebildeter Fachkräfte«</p> <p>->Soziale Integration von Kindern aus eingewanderten Familien«</p>	<p>durch staatliche Institutionen«</p> <p>->Chancengerechtigkeit für alle Kinder.«</p> <p>->»Ein kinderfreundliches Land«</p> <p>->Frühe Vorbereitung auf die Schule«, »Schon der Kindergarten hat einen Erziehungs- und Bildungsauftrag«</p>
FRAUEN- POLITIK/ GLEICH- STELLUNG	<p>L. Im Wahlprogramm der CDU/CSU gibt es kein Kapitel zum Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik. Das Wort »Gleichberechtigung« an sich taucht an keiner Stelle im Wahlprogramm auf!</p>	<p><i>Programmschwerpunkt 12:</i> Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind</p> <p>->Frauen- und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von</p>	<p><i>Kapitel: Gleiche Rechte – Gleiche Chancen – Selbstbestimmung für Frauen</i></p> <p>->Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und Männer die Hälfte der Verantwortung bekommen.«</p> <p>->Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen, politischen und</p>	<p><i>Kapitel: Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen. Unterkapitel 5. Geschlechtergerechtigkeit und Frauenaufwertung</i></p> <p>->Wir fordern die Gleichstellung aller Lebensweisen.«</p> <p>->Wir brauchen Gleichstellungs-gesetze, auch für die Privatwirtschaft.«</p>	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe – Die Familie muss wieder gestärkt werden</i></p> <p>Vertrauen und Teilhabe – Die Familie muss wieder gestärkt werden</p> <p>->Liberaler Frauenpolitik baut auf die Qualifikationen, Stärken und Leistungs-bereitschaft von Frauen.«</p> <p>->stärkere Wertschätzung</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEIPDS	FDP
noch FRAUEN- POLITIK/ GLEICH- STELLUNG		<p>Geschlechtergerechtigkeit in allen politischen Bereichen konsequent angewandt wird.«</p> <p>-> Wir wollen, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten.«</p> <p>-> gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit«</p> <p>-> Netzwerke«, »Mentoring-Angebote«, »Erweiterung des Berufswahlspektrums von Frauen«</p> <p>-> Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent steigern«</p> <p>-> Förderung betrieblicher Weiterbildung und arbeitsloser Frauen«</p> <p>-> Alg II: Grundsatz Geschlechtergerechtigkeit beachten«</p> <p>-> Krankenversicherungs-, Pflegeversicherungsschutz für Nichtleistungsempfängerinnen gewährleisten«</p> <p>-> Arbeitsmarkt- und Arbeitslosen-daten geschlechtsspezifisch erstellen«</p> <p>-> Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern«</p> <p>-> Starke institutionelle Verankerung: Gender-Kompetenz-Zentrum, europäisches Genderinstitut«</p>	<p>gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel unserer Politik.«</p> <p>-> Das Frauenthema muss Querschnittsaufgabe bleiben, in allen Politikfeldern, auf allen Ebenen und auch in den Haushalten verankert werden. Wir brauchen endlich ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.«</p> <p>-> Die eigenständige Existenzsicherung ist Ziel unserer Frauenpolitik. Frauen brauchen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.«</p>	<p>-> Frauenförderungsprogramme«</p> <p>-> unabhängige Existenzsicherung von Frauen durch Erwerbsarbeit bzw. soziale Leistungen«</p> <p>-> gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit«</p> <p>-> zielgerichtete Ausbildungsförderung für Mädchen und Frauen in technischen Berufen«</p> <p>-> Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper: Abschaffung des § 218«</p>	<p>und Integration weiblicher Potentiale in Wirtschaft und Gesellschaft«</p> <p>-> Gender Mainstreaming« (Zentrale Handlungsfelder: Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Familienpolitik)</p> <p>-> Beruf/ Karriere und Familie für Frauen und Männer vereinbaren«</p> <p>-> Beseitigung von Barrieren – Herstellung faktischer Gleichberechtigung«</p> <p>-> Bessere Chancen für Frauen sind mehr Chancen für Deutschland.«</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
EHEGATTEN-SPLITTING	<p><i>Unterkapitel 1.6: Steuern: einfach, weithverträglich und gerecht</i></p> <p>- »Das Ehegattensplitting als Ausdruck des besonderen grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie bleibt erhalten. Es ist keine Steuer-ergünstigung, sondern Ausdruck der Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft Ehe und Familien.«</p>	<p><i>Kapitel 17: Wir wollen, dass sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen</i></p> <p>- »Wir werden den Aktionsplan gegen Frauen fortschreiben.«</p> <p>- »Wir werden weiter für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen eintreten, für eine konsequente Täter- bestrafung sorgen und einen bundesweiten Notruf für Frauen einrichten, die von Gewalt betroffen sind.«</p> <p>- »Wir dulden keine Zwangs- heirat. Damit diese Tatsache stärker in das Bewusstsein der betroffenen Gruppen rückt, werden wir die Zwangsheirat explizit</p>	<p><i>Kapitel: Gleiche Rechte – Gleiche Chancen – Konsequente Geschlechterpolitik</i></p> <p>- »Das Ehegattensplitting setzt falsche Anreize, ist ökonomisch unsinnig, sozial ungerecht und muss schrittweise aufgehoben werden. Das Ehegattensplitting belohnt die Mütter, die zu Hause bleiben.«</p>	<p>- »Abschaffung des Ehegattensplittings und aller Regelungen, die die Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen begünstigen«</p> <p>ungerechtes monatlichen Netto- gehalten durch die Steuerklasse V subjektiv demotiviert werden, ins Berufsleben zurückzukehren.«</p>	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand</i></p> <p>- »Steuerklasse V abschaffen« (»In der Regel sind es verheiratete Frauen, die wegen des niedrigen monatlichen Netto- gehalten durch die Steuerklasse V subjektiv demotiviert werden, ins Berufsleben zurückzukehren.«)</p>
GEWALT GEGEN FRAUEN ZWANGS- HEIRAT	<p><i>Unterkapitel 5.2: Konsequenter Kampf gegen Terror, Kriminalität und Vandalismus</i></p> <p>- »Die DNA-Analyse muss zum Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts werden.«</p> <p>- »Die Zwangsverheiratung ist verboten. Die Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand.«</p>	<p><i>Unterkapitel: Frauenrechte sind Menschenrechte</i></p> <p>- »Wir treten konsequent für den Schutz von Frauen vor Gewalt ein. Es bedarf eines breiten Netzwerks von Frauen- häusern und Beratungsstellen für alle Frauen, die Opfer von Gewalt werden. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Täter, die Frauen nachstellen und sie bedrohen.«</p> <p>- »Häusliche Gewalt, Zwangs- verheiratung und Ehrenmorde- müssen konsequent bekämpft werden.«</p> <p>- »Ins Ausland zwangs- verheirateten Migrantinnen</p>	<p><i>Unterkapitel: Geschlechter- gerechtigkeit und Frauenförderung</i></p> <p>- »Gewalt an Frauen muss konsequent öffentlich geächtet und entschieden verfolgt werden. Betroffene Frauen und Kinder brauchen Rechts- schutz, ein funktionierendes Netz von Unterstützungs- und Beratungsstellen sowie Frauenhäusern.«</p>	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe. Für ein offenes und tolerantes Miteinander</i></p> <p>- »Religionsfreiheit darf nicht als Vorwand für Gewalt und Unterdrückung von Frauen, Zwangsheirat oder für Hass- predigten missbraucht werden.«</p> <p>- »Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und muss als solche deutlich öffentlich geächtet werden.«</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
noch GEWALT GEGEN FRAUEN ZWANGS- HEIRAT		als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufnehmen.«	wollen wir eine längere Rückkehroption nach Deutschland eröffnen.« - »Wir wollen gemeinsam mit den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten das Recht auf Freiheit, Gleich- heit und vor allem körperliche Unversehrtheit von Frauen erkämpfen, wo immer es möglich ist.« - »Wir unterstützen mit Nach- druck Projekte und Programme, mit denen benachteiligte Frauen und Mädchen gefördert und Frauenrechte gestärkt werden.« - »Gewaltschutzgesetz«		
(ZWANGS- PROSTITUTION	<i>Unterkapitel 5.2: Konsequenter Kampf gegen Terror, Kriminalität und Vandalismus</i> - »Um Frauen vor Menschen- handel besser zu schützen, werden wir Freier von Zwangsprostituierten bestrafen. Wir werden eine Strafvorschrift einführen, in der die sexuelle Ausbeutung von Opfern des Menschen- handels explizit unter Strafe gestellt wird.«	<i>Kapitel 12: Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind</i> - »Wir werden wirksame Maßnahmen gegen Menschen- handel und Zwangsprostitution ergreifen.«	<i>Unterkapitel: Frauenrechte sind Menschenrechte</i> - »Frauenhandel ist eine Form von Sklaverei und ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenwürde. Wir haben die Strafbarkeit beim Menschen- handel und bei der Zwangsheirat verschärft und den Opferschutz verbessert. Wir wollen weitere Maßnahmen zur Stärkung der Opfer zur besseren Verfolgung der Täter ergreifen. Dazu gehören ein Zeugnisverweigerungsrecht		

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
noch (ZIWANGS) PROSTITUTION			für die Fachberatungsstellen und die Weiterbildung von Justiz und Polizei genauso wie eine europaweite Notrufnummer und eine verbesserte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene.« ->Beim Prostitutionsgesetz geht es uns darum, seine Durchsetzung sicher zu stellen, damit die Beschäftigungsverhältnisse auch Wirklichkeit werden.«		
INTEGRATION	<p><i>Kapitel: Zuwanderung begrenzen, Integration stärken</i> ->Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.« ->Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aktiv fördern und schützen.« ->Wir werden die Teilnahme an Integrationskursen von Ausländern konsequent ein-</p>	<p><i>Programmschwerpunkt 15: Wir wollen alle integrieren, die legal und dauerhaft in Deutschland leben</i> -> Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Wir haben diesem Umstand endlich Rechnung zu tragen.« ->Wir wollen Kindern und Jugendlichen ausländischer Herkunft eine adäquate Zukunftsperspektive in Deutschland geben und ihnen den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.« ->Beim Integrationsprozess von Frauen ausländischer Herkunft stehen ihre gleichberechtigte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und</p>	<p><i>Kapitel: Offene Gesellschaft und demokratische Teilhabe – Bürgerrechte stärken</i> ->Weg von der alten Ausländer- und Aussiedlerpolitik, hin zur Integrationspolitik als gesellschaftspolitischer Zukunftsaufgabe. Für uns ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Unser Land muss sich interkulturell öffnen – vor Ort in den Städten, in den sozialen Regeldiensten, in Verbänden, Verwaltung und Politik.« ->Wir setzen uns ein für die</p>	<p><i>Unterkapitel: Die Bundesrepublik Deutschland – Einwanderungsland – Gleichstellung verwirklichen</i> ->Wir verteidigen das Grundrecht auf politisches Asyl und treten für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht ein. Für Hunderttausende, die hier illegalisiert leben und oft Opfer skrupelloser Ausbeutung sind, wollen wir Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.« ->Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. [...] Gebrauch wird eine</p>	<p><i>Kapitel: Mehr FDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe. Für ein offenes und tolerantes Miteinander</i> ->Wir fordern ein Konzept, das sich gezielt des Problems der schon länger hier lebenden Zuwanderungsgruppen annimmt und die Angebote verbessert.«</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
noch INTEGRATION	fordern und das rechtliche Instrumentarium dafür nutzen. Wir wollen, dass nachziehende Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben.«	kulturellen Leben, die Vermittlung der deutschen Sprache für den Einstieg in Bildung und Beruf im Vordergrund.«	erleichterte Einbürgerung und die großzügige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft.« ->Bürger- und Menschenrechte für Zugewanderte und die Einhaltung humanitärer Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen sind und bleiben Kernanliegen grüner Politik.«	Migrations- und Integrationspolitik, die die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft Leitkultur, sondern Grund- und Menschenrechte müssen die Basis des Zusammenlebens sein. Ein demokratisches Einwanderungs- und Niederlassungsgesetz muss Migrantinnen und Migranten gleichstellen.« ->Die Linkspartei/PDS setzt sich dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen gegenüber Minderheiten wie Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben erfüllt.« ->Die doppelte Staatsbürgerschaft ist zulässig.«	
ANTI-DISKRIMINIERUNGSRECHT	<i>Kapitel: Weniger Vorschriften, mehr Freiheit</i> ->Wir setzen EU-Recht wie die Antidiskriminierungsrichtlinie nur noch 1:1 in nationales Recht um. So verhindern wir einseitige Belastungen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.«	<i>Kapitel 12: Wir wollen, dass Frauen und Männer in der Gesellschaft und im Beruf gleichgestellt sind</i> ->Wir wollen ein Deutschland ohne Diskriminierung. Das Antidiskriminierungsgesetz hilft, dieses Ziel zu erreichen. Dazu wird eine Gleichstellungsstelle eingerichtet.«	<i>Unterkapitel: Vielfalt hat Zukunft – Für eine Politik der Anerkennung und gegen Ausgrenzung</i> ->Wir brauchen ein Antidiskriminierungsgesetz – unbürokratisch, bürgerfreundlich und mit Augenmaß. Niemand soll wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Identität, des Alters oder wegen	<i>Kapitel: Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen</i> ->Diskriminierungen jeglicher Art sind menschenunwürdig. Noch werden Menschen wegen ihres Geschlechts und Alters, ihrer Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexuellen Orientierung benachteiligt. Um ihre Rechte zu gewährleisten, fordern wir,	<i>Unterkapitel: Für ein offenes und tolerantes Miteinander. Kapitel: Mehr EDP für mehr Bürgerrechte, Vertrauen und Teilhabe.</i> ->Den vorliegenden Gesetz-entwurf der Bundesregierung für ein Antidiskriminierungsgesetz lehnen wir ab.« (>1:1 Umsetzung der EU-Richtlinien«)

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	LINKSPARTEI/PDS	FDP
noch ANTI- DISKRIMINIE- RUNGSRECHT			einer Behinderung benachteiligt werden.« ->Gleichstellungsgesetz Privatwirtschaft.«	endlich ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz zu beschließen und zu realisieren.« -> Wir brauchen Gleichstellungsgesetze, auch für die Privatwirtschaft.«	

Anlage II: Gleichstellungspolitik im Bundestagswahlkampf 2002

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
TITEL	Leistung und Sicherheit Zeit für Taten Regierungsprogramm 2002-2006	Erneuerung und Zusammenhalt – Wir in Deutschland: Regierungsprogramm 2002-2006	Grün wirkt! Unser Wahlprogramm 2002-2006	Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert die Zukunft. Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002	Bürgerprogramm 2002
FAMILIE	<p><i>Kapitel: Vorrang für Familien</i> - »Für uns ist und bleibt die Familie auch in Zukunft die wichtigste Form des Zusammenlebens. Für CDU und CSU ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Wir halten daran fest, dass die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung besonders geschützt bleibt. Die meisten Paare haben heute den Wunsch, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Männer können und wollen immer seltener die alleinigen Ernährer der Familie sein. Immer mehr Männer wollen ihrer Rolle als Väter gerechter werden. Viele Frauen lehnen es nachdrücklich ab, ihren Lebensentwurf weit-</p>	<p><i>Kapitel: Familien im Zentrum</i> - »Familie ist, wo Kinder sind. Die Familien sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie leben Zusammenhalt, ermöglichen freie Entfaltung der Individuen und sind Lebensmittelpunkt. [...] Lebenspläne von Müttern und Vätern sind heute vielfältiger als in früheren Generationen. Vor allem wollen weit mehr junge Mütter als früher Familien- und Berufsleben miteinander verbinden, auch als Alleinerziehende. Jedes von den Familien gelebte Modell verdient gleichermaßen gesellschaftliche Anerkennung.« <i>Kapitel: Arbeitswelt familienfreundlich gestalten</i> - »Das Bündnis für Arbeit muss sich dem Ziel einer familienfreundlichen Arbeitswelt nachdrücklich annehmen. Es geht um Möglichkeiten flexibler</p>	<p><i>Unterkapitel: Privathaushalte und kleinere und mittlere Unternehmen entlasten</i> - »Wir wollen den Familien auch im Steuerrecht Vorrang einräumen. Wir wollen endlich unser Ziel eines für alle einheitlichen Kindergeldes erreichen.«</p>	<p><i>Unterkapitel: Politik für eine Verantwortungsgesellschaft</i> - »Im Mittelpunkt liberaler Gesellschaftspolitik steht die Politik für Familien und andere Verantwortungsgemeinschaften. Für Liberale ist Familie das Zusammenleben mit Kindern: Familie ist dort, wo Kinder sind. Eben diese Familien bedürfen unserer besonderer Förderung.« <i>Unterkapitel: Familie und Beruf</i> - »Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Familien- und Frauenpolitik.« <i>Unterkapitel: Familie und Steuern</i> - »Die Familie muss weiter steuerlich entlastet werden. Die FDP will einen einheitlichen steuerlichen Grundfreibetrag in Höhe von 7.500 € für jeden Bürger, also auch</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
noch FAMILIE	gehend als ausschließlich auf Haushalt und Kindererziehung ausgerichtet zu verstehen. Nach wie vor gibt es aber auch eine Vielzahl von Frauen, die sich zumindest eine gewisse Zeit allein den Kindern widmen möchten. Dies muss auch in Zukunft möglich und gesellschaftlich anerkannt sein.«	Arbeitszeit, Teilzeit, moderner Arbeitsorganisation, wie z. B. Telearbeitsformen, Weiterbildung und Kontakthalte- sowie Fortbildungsprogramme speziell während der Elternzeit, damit junge Eltern den Anschluss an die innerbetriebliche Entwicklung nicht verlieren. [...] Wir ermutigen die Betriebe, sich bei der Schaffung und Vermittlung von Betreuungsplätzen zu engagieren. Das Netz familien- und haushaltsbezogener Dienstleister mit sozial-versicherter Beschäftigung muss erweitert werden.«			für jedes Kind. Der besonderen Belastung von Familien einschließlich der Alleinerziehenden wird durch diese deutliche Erhöhung des Freibetrags für Kinder Rechnung getragen.«
KINDER- BETREUUNG	<i>Kapitel: Die Alternative »Familie oder Berufsüberwinden</i> - »Immer mehr Eltern wollen die Familienarbeit mit der Erwerbsarbeit verbinden können. Hier ist die Politik gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. CDU und CSU treten ein für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot: Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, dringlichste Aufgabe.	<i>Kapitel: Mehr Ganztagschulen</i> - »Ganztagschulen unterstützen auch die Eltern bei ihrem Wunsch, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.« <i>Unterkapitel: Familienfreundliche Politik seit 1998</i> - »Das Kindergeld wurde seit 1998 in mehreren Schritten deutlich erhöht, ebenfalls die steuerliche Entlastung bei Betreuungskosten für Kinder.« <i>Unterkapitel: Kinderbetreuung – dringlichste Aufgabe.</i>	<i>Kapitel 2.2: Kinderfreundliches Land</i> - »Kinderpolitik ist Querschnittsaufgabe. Wir sehen für ein kinderfreundliches Land.« <i>Unterkapitel: Vereinbarkeit von Kindern und Beruf verbessern – Kinderbetreuung flächendeckend ausbauen</i> - »Wir wollen, dass die Erziehungszeiten besser zwischen den Eltern aufgeteilt werden können. Als ein Instrument wollen wir in der nächsten	<i>Kapitel: Kinderrnnt besitzigen – eine Grundsicherung für Kinder schaffen</i> - »In den kommenden Jahren muss es darum gehen, das Leben mit den Kindern finanziell abzusichern, Erwerbsarbeit und berufliche Mobilität bei gleichzeitiger Kindererziehung bei Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung besser zu ermöglichen und die Überwindung der traditionellen Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen	<i>Kapitel: Bildung ist eine Aufgabe der Gesellschaft</i> - »Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss von den Bundesländern umgesetzt werden, damit er von den Eltern als Vertreter ihrer anspruchsberechtigten Kinder in Anspruch genommen werden kann.« - »Gemeinsam mit den Kommunen ist zusätzlich für ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder verschiedener Alters-

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
noch KINDER- BETREUUNG	<p>Kindergärten – auch in betrieblicher Trägerschaft – mit an den örtlichen Bedürfnissen orientierten Öffnungszeiten, Ganztagschulen, Schulen mit betreuendem Ganztagsangebot und Horten.«</p> <p>->Die Beziehungen zwischen Arbeitswelt und Familien müssen neu ins Gleichgewicht gebracht werden. Wir wollen familienrechtliche Jobs statt jobgerechter Familien.«</p> <p>->Wir wollen das bisherige Kindergeld und das bisherige Erziehungsgeld stufenweise durch ein neues Familiengeld ersetzen. Damit wollen wir die Familien materiell stärken. Das Familiengeld wird grundsätzlich nur für Kinder bezahlt werden, die in Deutschland leben. Die Auszahlung sollen die Familienkassen übernehmen.«</p>	<p>->Ein anspruchsvolles, bedarfsorientiertes und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Hortalter ist erforderlich und zu fördern. [...] Wir streben an, im Einvernehmen mit den Ländern in den nächsten Jahren ein Programm »Zukunft, Bildung und Betreuung« auch von Seiten des Bundes über vier Jahre mit jährlich 1 Mrd. € zu fördern.«</p>	<p>Legislaturperiode das schwedische Modell prüfen, Lohnersatzleistungen an Eltern zu zahlen und an die Aufteilung der Erziehungszust zwischen Frauen und Männern zu binden.</p> <p>Wir wollen durchsetzen: - Ausbau des Kinderbetreuungsangebots für alle Kinder von 0-14 Jahren - die flächendeckende Einführung von Ganztagsangeboten an Schulen - kostenfreier Besuch von Kindertagesstätten«</p>	<p>zu erleichtern und stabile soziale Netze aufzubauen.«</p> <p>->Die heutige Ehe- und Familienförderung muss konsequent in eine Förderung umgewandelt werden, die an das Zusammenleben mit Kindern gebunden ist.</p> <p>Wir wollen das gegenwärtige Kindergeld stufenweise zu einer existenzsichernden Grundsicherung für Kinder ausbauen, die das soziokulturelle Existenzminimum der Kinder altersgerecht deckt.«</p> <p>->Wir wollen die Kinderbetreuung ausbauen, nicht nur, weil Kinder andere Kinder brauchen, sondern auch, damit Mütter und Väter Beruf und Erziehung besser vereinbaren können – unabhängig von der Höhe des Erwerbseinkommens.</p> <p>Wir wollen für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf institutionelles, öffentlich gefördertes ganztägiges Betreuungsangebot bzw. öffentlich geförderte Freizeitgestaltung.«</p>	<p>stufen zu sorgen. Kindergärten, die vorschulische Aufgaben übernehmen, müssen gebührenfrei sein.«</p> <p>->Die FDP fordert die Einführung des so genannten Kita-Card-Modells. Mit der Kita-Card treten die Eltern auf dem Markt der Anbieter als Nachfrager auf und suchen sich die von ihnen gewünschte Leistung aus.«</p> <p><i>Unterkapitel: Für eine solide Grundausbildung</i></p> <p>->Die FDP lehnt ein Modell der Ganztagschule, das ausschließlich verstanden wird als Verlängerung der Halbtagschule, ab.«</p> <p>->Im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz soll Kinderbetreuung kostenlos sein. Um die Förderlücken zwischen dem 2. und 3. Lebensjahr zu schließen, müssen in diesem Bereich verstärkt Kinderbetreuungslplätze angeboten werden.«</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
FRAUEN- POLITIK/ GLEICH- STELLUNG	<p><i>Kapitel: Gleichberechtigung verträglich</i></p> <p>->CDU und CSU wollen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen. Wir wollen immer noch bestehende Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. Frauen und Männer sollen sich in Freiheit und Verantwortung so entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht.</p> <p>Deshalb treten wir ein: - für bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit; - für mehr Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen während der Elternzeit; - für mehr Hilfestellungen beim Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Familienpause; - für Chancen- und Lohn-gleichheit sowie den Abbau von Benachteiligungen im Erwerbsleben;</p>	<p><i>Kapitel: Arbeitsmarkt</i></p> <p>->Die Erwerbsquote bei Frauen steigt in Deutschland – auch durch die Erfolge unserer Politik, sie ist aber noch zu niedrig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit beitragen.“</p> <p><i>Kapitel: Gleichstellung der Geschlechter</i></p> <p>->Soziale Gerechtigkeit heißt auch: Chancengleichheit der Geschlechter. Die Chancen der Frauen müssen weiter verbessert werden. Unsere Politik zielt auf ein selbstbestimmtes, selbstver-ständlich partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. [...] So streben wir an, das Beruf-spektrum für Frauen zu erweitern, insbesondere in der IT-Branche und in technischen Berufen. Bis zum Jahr 2005 wollen wir den Frauenanteil in den entsprechenden Studien-gängen auf 40% steigern. [...] Die gleichberechtigte Betei-ligung von Frauen und Männern an der Erwerbsarbeit, an der</p>	<p><i>Kapitel 3.2: Die Hälfte der Macht den Frauen</i></p> <p>->Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming als Methode der Überprüfung von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in allen Bereichen beschleunigt und verstärkt wird und dass die Bundesregierung über getroffene Maßnahmen regelmäßig berichtet.“</p> <p>->Die Hälfte der Macht für die Frauen, das bedeutet aber auch: Die Hälfte der Verantwortung für die Männer.“</p> <p>->Die Gerechtigkeitslücke zwischen Frauen und Männern wollen wir schließen. Dies betrifft zum Beispiel die Förderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer und insbesondere die Teilhabe an Entscheidungs- und Machtpositionen.“</p> <p>->Wir brauchen verbindliche Vorgaben für die Einstellung und Beförderung von Frauen, gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit, quifizierte Ausbildungsplätze und für die</p>	<p><i>Unterkapitel: Den sozialen und ökologischen Umbau von Arbeit</i></p> <p>->Die PDS wird mehr auf gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft bestehen. Frauen sollen dort, wo sie bisher wenig beschäftigt werden, bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingesetzt und befördert werden.“</p> <p>->Wenn die unbezahlte geleistete Arbeit – vor allem in den Familien und Lebensgemeinschaften – nicht in das Konzept der Arbeitszeitverkürzung einbezogen wird, kann sich an der Benachteiligung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft nichts ändern. Familien-gerechte Arbeitszeitmodelle sowie mehr und bessere Ein-richtungen zur Betreuung und Förderung von Kindern sind dafür ein entscheidendes Mittel.“</p> <p><i>Unterkapitel: Start in ein eigenverantwortliches Leben</i></p> <p>->Die Einrichtung von Frauenstudiengängen sowie Frauen- und Geschlechter-</p>	<p><i>Unterkapitel: Familie und Beruf</i></p> <p>->Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele liberaler Familien- und Frauenpolitik.“</p> <p><i>Unterkapitel: Frauen</i></p> <p>->Die FDP begreift liberale Frauenpolitik nicht als weibliche Spartenpolitik. Sie muss als politische Querschnittsaufgabe begriffen werden, »Gender Mainstreaming«, die mit jedem Politikfeld Berührungspunkte hat.“</p> <p>->Die FDP verkennt nicht, dass Frauen, um gleich-berechtigte, selbstbestimmte Verantwortung realisieren zu können, Unterstützung in Gesellschaft und Politik brauchen. Die FDP setzt darauf, dass zunehmend erkannt wird, dass Wirtschaft und Gesellschaft die Potentiale und Fähigkeiten von Frauen brauchen und nicht länger ausgrenzen können.“</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
<p>noch</p> <p>FRAUEN- POLITIK/ GLEICH- STELLUNG</p>	<p>- für die umfassende Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft.«</p> <p>- »Gleichberechtigung wird nur verwirklicht werden können, wenn das herkömmliche Rollenverständnis von Männern und Frauen überwunden wird und sich mehr Männer als bisher an der Familienarbeit beteiligen, die Kindererziehung als gemeinsame Aufgabe betrachten und ihren Kindern ein partnerschaftliches Miteinander vorleben.</p> <p>Jährlich werden in Deutschland mehr Stunden Haus- und Familienarbeit als Erwerbsarbeit geleistet. Diese Leistung wird überwiegend von Frauen erbracht. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Leistung stärker gesellschaftlich anerkannt wird.</p> <p>Die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen müssen als Qualifikation bewertet und auf dem Arbeitsmarkt anerkannt</p>	<p>Familienarbeit und in Cesellschaft und Politik bleibt unser Ziel:</p> <p>- Die erklärte Bereitschaft der Unternehmen, die Berufschancen von Mädchen und Frauen in der Privatwirtschaft umfassend zu verbessern und Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen einzuräumen, muss bald zu positiven Ergebnissen führen. Sonst werden wir der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft 2003 mit gesetzlichen Regelungen zum Durchbruch verhelfen.</p> <p>- Junge Frauen verfügen heute über hervorragende Qualifikationen, die in der Arbeitswelt aber noch zu wenig anerkannt werden. Wir können in Deutschland international aber nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn erstklassig ausgebildete und leistungsbereite Frauen ihre Fähigkeiten auch beruflich nutzen können.</p> <p>- Die Frauenerwerbsquote muss auf das Niveau vergleichbarer Industrieländer steigen;</p> <p>- Frauen, die den Sprung in die Selbständigkeit wagen wollen, werden wir gezielt unterstützen.</p>	<p>Frauen und Männer die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren.«</p> <p>- »Wir setzen uns für die verbindliche Durchsetzung einer Quotierungsregelung ein.«</p> <p>- »Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen. Dazu gehört das Recht sich selbstbestimmt und ohne äußeren Druck für oder gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden.«</p>	<p>studien ist aktiv zu fördern. Wir wollen mehr Frauen in die Hochschulen und Forschung.«</p> <p><i>Unterkapitel: Diskriminierung beseitigen, Gleichstellung verwirklichen</i></p> <p>- »Wir treten weiter für die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen ein.</p> <p>Für den Bereich der politischen Teilhabe werden wir ein Quotierungsgesetz für alle Listen von Parteien zu Wahlen vor legen. Wir werden weiter die Privatwirtschaft mit der Quotierungsregelung drängen.«</p> <p>- »Frauen müssen das Recht haben, ihr Leben umfassend selbst zu bestimmen.</p> <p>So halten wir auch weiter an der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 fest.</p> <p>Ob Frauen ein Kind bekommen wollen, muss allein ihre Entscheidung sein.«</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
	<p>werden. Dem öffentlichen Dienst kommt hier eine Vorbildfunktion zu.«</p>	<p>Die Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, die bei allen politischen Entscheidungsprozessen in Sinne des Gender Mainstreamings mit bedacht werden muss.« ->Berichtspflicht mindestens einmal in der Legislaturperiode: Regierungserklärung zur Lage der Gleichstellung« ->Gender Institut«</p>			
EHEGATTEN-SPLITTING	<p><i>Kapitel: Steuerpolitik: gerecht und leistungsfördernd</i> ->Am Ehegattensplitting halten wir fest. Das Ehegattensplitting ist keine beliebige gestaltbare Sondervergünstigung, sondern notwendiger steuerrechtlicher Ausdruck der Lebens- und Fürsorgegemeinschaft der Ehepartner:«</p>	<p><i>Unterkapitel: Familienförderung entwickeln</i> ->Wir werden das Ehegattensplitting nicht abschaffen, aber zugunsten der Förderung von Kindern umgestalten. Steuermaßnahmen, die sich daraus ergeben, werden für Familienförderung und Kinderbetreuung eingesetzt.«</p>	<p><i>Unterkapitel: Kinderarmut bekämpfen – Kindergrund-sicherung schaffen</i> ->Wir werden die Kinder aus einkommenschwachen Familien unterstützen. Unser Modell einer Kindergrundsicherung bewirkt einen Zuschlag zum Kindergeld für die Familien und stockt das Kindergeld um bis zu 100 € auf. Die Kosten von 2,5 Milliarden € wollen wir durch ein konsequentes Abschmelzen des Ehegattensplittings im oberen Einkommensbereich finanzieren.«</p>		<p><i>Unterkapitel: Familie und Steuern</i> ->Zugunsten einer verstärkten Berücksichtigung von Kindern sollte das Ehegattensplitting in ein Realsplitting umgewandelt werden, d. h. in eine individuelle Besteuerung mit Berücksichtigung von Ehegatten und Kindern in Form von deutlich erhöhten Freibeträgen.«</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
GEWALT GEGEN FRAUEN	<p><i>Kapitel: Kriminalität und Gewalt entschlossen bekämpfen</i></p> <p>-> Wir werden bei allen Delikten mit sexuellem Hintergrund eine DNA-Analyse vorschreiben, damit die DNA-Daten zur Überführung und Abschreckung der Täter noch wirksamer wird.«</p>	<p><i>Unterkapitel: Familienfreundliche Politik seit 1998</i></p> <p>-> Wir haben den Schutz der Kinder und der Frauen vor Gewalt in der Familie verbessert. Wegen der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen müssen bei den weiteren familienpolitischen Maßnahmen zwingend Prioritäten gesetzt werden.«</p> <p><i>Kapitel: Gleichstellung der Geschlechter</i></p> <p>-> Mit dem nationalen Aktionsplan haben wir der Gewalt gegen Frauen erfolgreich den Kampf angesagt. Gemeinsam mit allen beteiligten Institutionen werden wir diesen Weg fortsetzen.«</p> <p><i>Kapitel: Hilfe für Opfer verbessern</i></p> <p>-> Mit dem Gewaltschutzgesetz und dem Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung haben wir erfolgreich die Weichen zur Bekämpfung von Gewalt gestellt. [...] Durch eine Reform der Strafprozessordnung werden wir die Verfahren modernisieren und beschleunigen. Opfer als Zeugen werden besser als bisher vor unnötigen Belastungen geschützt.«</p>	<p><i>Kapitel 3.2: Die Hälfte der Macht den Frauen</i></p> <p>-> Mit dem Gewaltschutzgesetz haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt: Häusliche Gewalt wird nicht weiterhin als Privatangelegenheit betrachtet und es garantiert, dass nicht mehr Opfer, sondern die Täter die gemeinsame Wohnung verlassen müssen.«</p>	<p><i>Kapitel: Angriffe auf körperliche Unversehrtheit konsequent ächten und ahnden</i></p> <p>-> Die PDS steht für die verstärkte Anstrengung zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Kindern. Der straf- und zivilrechtliche Schutz von Frauen und Kindern gegen sexualisierte Gewalt muss verbessert werden. Hierzu zählen mehr Opfer- und Zeugenschutzprogramme, die flächendeckende Finanzierung von Frauenschutzhäusern und Interventionsstellen, Kinderberatungsstellen und Notrufinitiativen.«</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
(ZWANGS-) PROSTITUTION			<p>Kapitel 3.2: Die Hälfte der Macht den Frauen</p> <p>-> Wir haben das Aufenthaltsgesetz für ausländische Ehefrauen verbessert, und durch das Prostitutionsgesetz die Stellung der Prostituierten gegenüber den Freiern verbessert und die Doppelmoral zulasten der Frauen beendet.«</p> <p><i>Unterkapitel: Frauenrechte sind Menschenrechte</i></p> <p>-> Um Frauen und Mädchen auch bei uns wirksam zu schützen müssen Zwangsheirat und Zwangsarbeit wie der Menschenhandel verboten werden.«</p>		
ZUWANDERUNG INTEGRATION	<p><i>Kapitel: Zuwanderung steuern und begrenzen</i></p> <p>-> Deutschland ist ein weltweites und gastfreundliches Land. Die Zuwanderung erfolgt also überwiegend nicht in Arbeitsplätze, sondern in die sozialen Sicherungssysteme. Deutschland kann aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Situation aber kein klassisches Einwanderungsland wie etwa Australien oder Kanada werden.«</p>	<p><i>Unterkapitel: Ausbildungschancen</i></p> <p>-> Maßnahmen zur gezielten Förderung ausländischer Jugendlichen sollen verstärkt werden, damit eine bessere Integration in die Gesellschaft gelingen kann.«</p> <p><i>Kapitel: Zuwanderung</i></p> <p>-> Deutschland ist ein weltoffenes und ausländerfreundliches Land.«</p> <p><i>Unterkapitel: Zuwanderung steuern und begrenzen</i></p> <p>-> Im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe geht es nicht um das ob. von Zuwanderung,</p>	<p><i>Kapitel 3.1: Lebendige Demokratie</i></p> <p><i>Unterkapitel: Einwanderungsland Deutschland gestalten</i></p> <p>-> Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen Einwanderung aus wirtschaftlichen und demographischen Gründen. Außerdem bietet Migration die Chance zur Erweiterung und kulturellen Bereicherung unserer Gesellschaft. [...] Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe. Ziel muss sein, Angebote für alle Migrantinnen und</p>	<p><i>Kapitel: Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland</i></p> <p>-> Zu uns kommen immer mehr Menschen, die nicht nur >Arbeitskräfte sind. Sie brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts. Die durch Arbeitsmigration seit langem in Deutschland lebenden ethnischen Gruppen haben das Recht auf Schutz und Förderung der Pflege ihrer</p>	<p><i>Kapitel: Bildung ist eine Aufgabe der Gesellschaft</i></p> <p>-> Die FDP fordert ein breiteres Angebot an integrativen Kindergärten für deutsche und ausländische Kinder. Auch muss die Förderung deutscher Sprachkenntnisse, bei ausländischen Kindern, integraler Bestandteil der Vorschulbildung werden.«</p>

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
noch ZUWAN- DERUNG INTEGRATION	<p>-> Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher.</p> <p>Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demographischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.«</p> <p><i>Kapitel: Integration fördern und fördern</i></p> <p>-> Wir wollen Ausländer integrieren. Wir erwarten zugleich von ausländischen Mitbürgern, dass sie sich integrieren wollen. Ziel der Integration sind verbindende Überzeugungen.«</p> <p>-> Wir werden entschieden den Tendenzen einer selbstgewählten Isolierung von Menschen mit gemeinsamem Herkunftsland entgegenreten. Die Entwicklung von Parallelgesellschaften darf nicht hingenommen werden.«</p>	<p>sondern darum, wie sie im Interesse Deutschlands gesteuert werden kann. Eine vernünftige Arbeitsmigration begrenzt die Zuwanderung daher auf das volkswirtschaftlich sinnvolle und am Arbeitsmarkt notwendige, ohne die Aufnahmefähigkeit des Landes zu überfordern.«</p>	<p>Migranten sowie Flüchtlinge zu öffnen und nach unterschiedlichem Bildungsstand zu differenzieren«</p> <p>-> Die Staatsbürgerschaftsreform wollen wir weiterführen, für die erste Generation der Einwanderer die Möglichkeit des so genannten Doppelpasses einführen und die Einbürgerung von Kindern weiter erleichtern.«</p> <p>-> Wir setzen uns für eine durch Toleranz und Menschlichkeit geprägte Altfallregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt ein.«</p>	<p>Sprache, Kultur und Traditionen.«</p> <p>-> Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik für die die einwandern, und für jene, die schon lange oder immer hier leben.«</p> <p><i>Unterkapitel: Offene Grenzen für Menschen in Not</i></p> <p>-> Die PDS setzt sich dafür ein, dass nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt werden.</p> <p>Wir treten weiter für die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen, wie es das Asylbewerberleistungsgesetz oder die Residenzpflicht sind, ein. Hunderttausende von Menschen leben illegalisiert hier. Sie sind oft Opfer skrupelloser Ausbeutung. Für sie müssen wir Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.«</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
ANTI-DISKRIMINIERUNGSRECHT	<p><i>Kapitel: Ein menschliches Deutschland gestalten</i></p> <p>-> Wir respektieren die Entscheidungen von Menschen, in vielfältigen Formen des Zusammenlebens ihren Lebensentwurf zu verwirklichen. Dies gilt für nicht-eheleiche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Das gilt ebenso für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Eine rechtliche Gleichstellung solcher Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen CDU und CSU ab.«</p> <p><i>Kapitel: Leben schützen und erhalten</i></p> <p>-> Als Teil unserer Gesellschaft haben Behinderte und ihre Familien Anspruch auf Solidarität und Unterstützung. Integration statt Isolation ist der richtige Weg. Wir wollen erreichen, dass Behinderte soweit wie möglich Chancen erhalten, zusammen mit Nichtbehinderten zu arbeiten.</p>	<p><i>Unterkapitel: Qualität der Arbeit</i></p> <p>-> Zur Gestaltung der Welt von morgen gehört auch, dass wir Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen weiter sichern und unsere Konsequenzen und erfolgreiche Behindertenpolitik auf der von uns seit 1998 geschaffenen Grundlage Schritt für Schritt fortsetzen.«</p>	<p><i>Kapitel: Leberndige Demokratie</i></p> <p>-> Wir wollen ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz, mit dessen Hilfe sich die Betroffenen gegen Diskriminierung im Alltag mit zivilrechtlichen Mitteln wehren können.«</p> <p><i>Kapitel 3.2: Die Hälfte der Macht den Frauen:</i></p> <p><i>Unterkapitel: Chancengleichheit und Karriere</i></p> <p>-> Wir fordern mit Nachdruck ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.«</p>	<p><i>Kapitel 3.2: Die Hälfte der Macht den Frauen: Chancengleichheit und Karriere</i></p> <p>-> Wir fordern mit Nachdruck ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.«</p> <p><i>Kapitel: Leben</i></p> <p>-> Für Menschen mit Behinderung wollen wir ein eigenständiges Nachteilsausgleichsgesetz schaffen, mit dem bisherige Hilfen in einem einheitlichen Leistungsgesetz vereinigt werden.«</p> <p>-> Politik für und mit den seit Jahrhunderten hier lebenden Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma«</p> <p><i>Unterkapitel: Diskriminierung beenden, Gleichstellung vernünftigen</i></p> <p>-> Wir wenden uns gegen jegliche juristische und gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität und fordern, dass Bedingungen für volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen in der Gesellschaft geschaffen werden. Wir wollen die Gleichstellung aller Lebensweisen.«</p>	

PROGRAMME	CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	PDS	FDP
noch ANTI-DISKRIMINIERUNGSRECHT	Wir wollen uns dafür einsetzen, damit es in unserer Gesellschaft von morgen normal sein wird, verschieden zu sein.«			-> Wir werden weiter auf ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit der Quotierungsregelung drängen.« <i>Unterkapitel: Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland</i> -> Ein Antidiskriminierungsgesetz muss gegen den alltäglichen Rassismus, gegen Ausgrenzung schützen.«	

Doppelspitze und Doppelmoral Zu den Personaldebatten bei den Grünen und der Linkspartei.PDS

Wie die Analyse der Wahlprogramme gezeigt hat (vgl. den Beitrag von Schimeta; Kaykhanidi in diesem Band), waren Bündnis 90/Die Grünen zusammen mit der Linkspartei.PDS die Parteien mit der am weitesten ausgebauten Gleichstellungs- bzw. Frauenpolitik. Auch parteiintern schlug sich dies in hohen Frauenanteilen und harten Quotenregelungen nieder. Die Grünen hatten ihrer Satzung bereits 1986 ein Frauenstatut beigefügt, welches eine Mindest-Quote von 50 Prozent vorsah. Diese so genannte positive Diskriminierung ging unter anderem so weit, dass alle Wahllisten zumindest alternierend besetzt sein mussten, wobei Frauen grundsätzlich die ungeraden Plätze und damit die Spitzenpositionen vorbehalten waren. Auch die Linkspartei.PDS resp. PDS hat seit ihrer Gründung eine Quote, die einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent gewährleisten sollte. Die CDU/CSU hingegen konnte sich erst verhältnismäßig spät und nach langer parteiinterner Diskussion zu einer ähnlichen Regelung durchringen. Das Quorum, wonach Frauen an Parteiämtern und Mandaten zu mindestens einem Drittel beteiligt sein sollen, ließ aber im Vergleich zu den anderen beschriebenen Modellen weit mehr Spielraum zu und konnte einfacher umgangen werden (vgl. Inhetveen 2002, 108 f.).

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes, in welchem ironischerweise ausgerechnet die konservative Unionspartei eine Frau als Spitzenkandidatin stellte, sahen sich besonders die Grünen unter einem gewissen Aufklärungszwang. Vehement wurde darauf hingewiesen, dass das Novum einer weiblichen Kanzlerkandidatin mitnichten auf die geschlechterpolitischen Ziele bzw. Strukturen der CDU/CSU zurückzuführen sei, sondern letztlich auf Grüner Vorarbeit basiere. So erschien kurz nach der Bundestagswahl eine Anzeige, welche ein Porträt der neuen Kanzlerin mit »Danke Grüne!« betitelte und der Bildunterschrift »Gern geschehen, Frau Merkel« noch den gehaltvollen Zusatz folgen ließ: »Ohne die 25-jährige Frauenpolitik von uns Grünen wäre eine Bundeskanzlerin immer noch undenkbar.« Darüber hinaus fand sich in der Zeitschrift *Emma* eine, an den Layout-Stil der CDU-Kampagne angelehnte Anzeige, die über einem Foto der genüsslich lachenden und klatschenden Politiker Stoiber, Wulff, Rüttgers, Müller und Koch den Slogan setzte: »Wir haben eine Kanzlerkandidatin – und ihr könnt wieder an den Herd!« Erst eine im unteren Bildteil positionierte (wie ein nachträglich über die vermeintliche CDU-Werbung gesetzter Aufkleber wirkende) Textbox ließ das ganze als »kleine Warnung« der Grünen erkennen.

»Frauen verdienen eine Politik, die ihre Interessen ernst nimmt«, hieß es dort, deshalb: »Ja, zu Grün«.



Auch die Linkspartei.PDS warb mit einem geschlechterparitätisch orientierten Leitbild. In schwarz-weißer Sachlichkeit präsentierte sich die Parteispitze Gysi/Lafontaine mit dem einvernehmlichen Claim »Dass nicht wenigstens einer von beiden eine Frau ist, muss bis zur nächsten Wahl geändert werden.«



Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund verwunderten die internen Postendebatten während bzw. kurz nach dem Wahlkampf, die die gleichstellungspolitischen Grundsätze beider Parteien in Frage stellten. Im Folgenden wird zunächst der zeitliche Ablauf der Personaldebatten rekonstruiert und anschließend das Medienecho qualitativ analysiert.

Sagt »Ja! zu Joschka!«¹ Zur Debatte bei den Grünen

Kurz nachdem die Entscheidung für die vorgezogene Neuwahl fiel, traf sich die grüne Parteispitze und beschloss im Alleingang Joschka Fischer zum Spitzenkandidaten zu küren (Süddeutsche Zeitung, 10. 07. 2005). Der Beschluss stellte nicht nur einen Verstoß gegen die eigene Satzung (vgl. oben) und die sonst übliche Praxis der Doppelspitze dar (vgl. Parteivorsitz Roth/Bütikofer; Fraktionsvorsitz Künast/Kuhn), sondern übergang darüber hinaus auch das Prinzip der Basisdemokratie. Nachdem sich zunächst nur vereinzelt ParteikollegInnen kritisch zu Wort meldeten, kam es auf der Bundesdelegiertenkonferenz schließlich doch noch zur offenen Debatte. Der Kreisverband Pankow hatte einen Antrag auf Führungsdiskussion eingereicht. Während die Führung Nichtbefassung vorschlug, wollte knapp die Hälfte der Delegierten diskutieren und brachte den Vorstand in Bedrängnis: Es musste argumentiert werden. Die Argumente für eine Doppelspitze präsentierten sich durchaus schlüssig: Nicht nur der Satzung wäre Folge geleistet, der CDU/CSU als einziger Partei mit einer Frau an der Spitze wäre zudem eine grüne Spitzenpolitikerin entgegengestellt. Auch Fischers durch die Visa-Affäre angekratztes Image wurde als Begründung aufgeführt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 06. 2005). Nach der Darlegung dieser Punkte jedoch sprangen »sogleich die profiliertesten Grünen-Frauen [...] für Fischer in die Bresche« (Die Zeit, 21. 07. 2005), indem sie demonstrativ von einer Nachnominierung Abstand nahmen und erklärten, dass sie für eine Kandidatur nicht zur Verfügung ständen. Demonstrativ, da wenig inhaltlich, waren auch die Gründe, welche sie zur Untermauerung ihrer Standpunkte anführten. Es »sei taktisch und strategisch richtig, auf den stärksten Mann zu setzen«, appellierte Renate Künast (Süddeutsche Zeitung, 10. 07. 2005), obwohl sich niemand gegen die Aufstellung des stärksten Mannes ausgesprochen hatte, sondern lediglich für die zusätzliche Aufstellung der stärksten Frau. Bärbel Höhn hingegen sprach von einem »bretterharten Wahlkampf« (Süddeutsche Zeitung, 11. 07. 2005), konnte jedoch nicht begründen, weshalb dieser gegen eine Doppelspitze spräche (vgl. politicianscreen.de). Und Claudia Roth rundete ihr Plädoyer auf Fischer mit der Behauptung ab, sie »habe nicht das Gefühl, dass die Frauen zu kurz« kämen (Die Zeit, 21. 07. 2005). Nach dieser politischen Selbstentlebung (vgl. Süddeutsche Zeitung, 11. 07. 2005) der drei möglichen Kandidatinnen wurde der Antrag auf eine Doppelspitze zwar mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt, die seltsame Debatte rächte sich jedoch mit einer unwillkommen großen medialen Präsenz.

Eine qualitative Analyse der Berichterstattung brachte ein aus geschlechtersoziologischer Sicht besonders interessantes Ergebnis ein. Wie sich bereits bei der Schilderung der Ereignisse vereinzelt abgezeichnet hatte, kamen die

1 Claim auf einem Wahlplakat der Grünen.

AutorInnen zu einer recht einheitlichen Interpretation der Debatte, indem sie deren Ausgang auf Fischers patriarchale Machtansprüche zurückführten. Dieser »machte [...] gleich klar« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 06. 2005), dass er »eine alleinige Kandidatur bevorzuge« (Friedberger Allgemeine, 27. 06. 2005) und sei anschließend »muffig von dannen gestapft« (Süddeutsche Zeitung, 10. 07. 2005). Daraufhin musste die Partei »sich fügen« (ebd.), »andernfalls nämlich hätte Fischer den Bettel hingeschmissen« (Frankfurter Rundschau, 12. 07. 2005). Während Fischer den starken Mann machte (Das Parlament, 25. 07. 2005), blieben die »Grüne[n] bescheiden – vor allem die Frauen« (Taz, 11. 07. 2005) und »Niemand nennt den wichtigsten Grund für Fischers Solo: Fischers Ego« (ebd.). Es sei daher definitiv »kein Sommer der Emanzipation« (Frankfurter Rundschau, 22. 08. 2005).

Scholz' These, dass »durch die Kanzlerkandidatur einer Frau die Männlichkeit von Politik in einem bisher unbekanntem Maß öffentlich thematisiert wurde« (Scholz 2006), kommt auch bei der Grünen-Debatte zum Tragen. Obwohl es sich Reinhard Bütikofer zufolge noch nicht einmal »um einen Sturm im Wasserglas« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 06. 2005) gehandelt habe, kann im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl zumindest von einem starken Gegenwind gesprochen werden. 2002 war Fischer zum ersten Mal alleiniger Spitzenkandidat gewesen – zu einer vergleichbaren Reaktion ist es damals nicht gekommen. Man kann darüber streiten, inwiefern erst die Grüne Politik eine Kanzlerin möglich gemacht hat. Am Ende jedoch scheint es beinahe so, als habe sich Merkel revanchieren können: Ihre Kandidatur hat bei den Grünen eine längst fällige gleichstellungspolitische Debatte heraufbeschworen. Danke, Merkel.

»Gerecht geht anders«² – Zur Debatte bei der Linkspartei.PDS

Als Lothar Bisky für den Posten der Bundestagsvizepräsidentschaft nominiert wurde, kam es bei der Linkspartei.PDS zu einer ganz ähnlich strukturierten Debatte. Nachdem bereits die drei höchsten Ämter rein männlich besetzt worden waren – die doppelte Fraktionsspitze mit Gysi und Lafontaine und der Parteivorstand ebenfalls bereits mit Bisky –, hatte sich eine Fraueninitiative innerhalb der Linkspartei.PDS gebildet und gefordert, den letzten Spitzenposten mit einer Frau zu besetzen. Die frauenpolitische Sprecherin der Linkspartei.PDS Evrim Baba verwies darauf, die Tatsache, dass der Wahlkampf »männlich dominiert« gewesen sei, habe zu signifikanten Stimmverlusten bei Frauen geführt (Berliner Zeitung, 23. 09. 2005). Auch Gesine Lötsch kritisierte die Problematik offen und merkte an, dass es sinnvoll wäre, »wenn wir das, was wir an feministischen Positionen vertreten auch vorleben« (Taz, 28. 09. 2005). Lötsch, die zusammen mit Petra Pau die PDS allein im letzten Bundestag vertreten hatte,

2 Claim auf einem Wahlplakat der Linkspartei.PDS.

wollte sich konsequenterweise für den Posten bewerben. Der Parteivorstand einigte sich jedoch auf Bisky, und auch die Fraueninitiative distanzierte sich von ihren Forderungen: Glücklicherweise habe Lothar, so Dagmar Enkelmann beschwichtigend, »auch ein gewisses weibliches Element, was ihn ja sehr praktisch macht« (Taz, 28. 09. 2005). Am 18. Oktober konnte Bisky jedoch, u. a. auf Grund seiner vermeintlichen Stasiverbindungen, auch nach dem dritten Wahlgang nicht die nötige Mehrheit erreichen. Die Wahl (eigentlich reine Formalie) wurde abgebrochen, was die Linkspartei.PDS jedoch nicht davon abhielt, drei Wochen später noch einen vierten Versuch mit Bisky als Kandidaten durchzuführen – auch dieser führte nicht zum Erfolg. Der Posten blieb fünf Monate unbesetzt; seit dem 7. April 2006 vertritt nun Petra Pau die Linkspartei.PDS als Bundestagsvizepräsidentin. Um einer Geschlechtergerechtigkeit innerhalb des Fraktionsvorstandes näher zu kommen, wurden – angestoßen durch die Bundestagsvize-Debatte – eigens StellvertreterInnenposten geschaffen. Unter anderem kam dadurch Enkelmann ein zusätzlicher Posten als parlamentarische Geschäftsführerin zu – ursprünglich war hierfür nur Ulrich Maurer vorgesehen.

Schlussbetrachtung

Es ist nachvollziehbar, dass »die Linkspartei.PDS ihre beiden berühmtesten Frontmänner zu Spitzenkandidaten ernannt« (Neues Deutschland, 18. 11. 2005), wie es auch bei den Grünen nur konsequent erscheint, »ihren stärksten Mann« (Süddeutsche Zeitung, 11. 07. 2005) Fischer ins Rennen zu schicken. Doch dass die einen auch die restlichen Spitzenposten männerbündlerisch verteilen und ihre »Fraktionsfrauen mit ein paar Stellvertreterposten abspeisen« (Neues Deutschland, 18. 11. 2005), während die anderen angesichts der hybrischen Allüren eines »Polit-Machos« (Frankfurter Allgemeine, 27. 06. 2005) von ihren gleichstellungspolitischen Prinzipien abrücken, bringt beiden Parteien ein Glaubwürdigkeitsproblem ein. Rechtfertigungsansätze wie »Die Partei hat noch nie die Frauenrechte verraten« (Roth, politikerscreen.de, 11. 07. 2005) und »wichtig ist, dass das Frauenportfolio innerhalb der Fraktion insgesamt stimmt« (Kipping, Taz, 28. 09. 2005) erscheinen in diesem Licht als rein rhetorische Strategien, die »de facto vorhandene Ungleichheit als Gleichheit ›uminterpretieren‹ und an der Konstruktion einer ungleichen Situation als ›gleichberechtigt‹ aktiv mitarbeiten« (Rerrich 2002, 22). Auch innerhalb der beiden progressivsten Parteien bleibt es somit in Bezug auf die Spitzenpositionen bei einer rein »rhetorischen Modernisierung« (Wetterer 2003): Die altbekannten Geschlechterarrangements müssen ihr »strukturbildendes Potential« (ebd., 315) erst noch verlieren.

Literatur

- Inhetveen, Katharina (2002): Institutionelle Innovation in politischen Parteien. Geschlechterquoten in Deutschland und Norwegen, Wiesbaden
- Rerrich, Maria (2002): Von der Utopie der partnerschaftlichen Gleichverteilung zur Realität der Globalisierung im Haushalt, in: Gather, Claudia; Geissler, Birgit; Rerrich, Maria (Hrsg.): Erwerbsverhalten und Arbeitsmarktsituation von Frauen im nationalen und internationalen Vergleich. Arbeitspapiere aus dem Arbeitskreis Sozialwissenschaftlicher Arbeitsmarktforschung, Gelsenkirchen, S. 127-175
- Scholz, Sylka (2006): Von »Rüpel« , »Testosteronbomben« und einem »Engel ... der über Leichen geht« – Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005, in: Femina politica, Heft 2, S. 56-66
- Wetterer, Angelika (2003): Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen, in: Knapp, Gudrun-Axeli; Wetterer, Angelika: Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II, Münster, S. 286-319

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Berliner Morgenpost, 22. 09. 2005: Linkspartei.PDS: Frauen wollen Männern die Posten abjagen (Fahrun, Joachim)
- Berliner Zeitung, 10. 09. 2005: Die Sonne scheint nicht immer (Hollersen, Wiebke), S. 3
- Berliner Zeitung, 23. 09. 2005: Linke Frauen wollen Bundestagsvizepräsidentin, S. 19
- Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. 06. 2005: Unter Fischer sollen alle Grünen gleich sein (Löwenstein, Stephan), www.faz.net/s/RubAC861D48C098406D9675C0E8CE355498/Doc~EA7220E92DE9C410EB4457CC835AB52B4~ATpl~Ecommon~Scontent.html (gesehen am 20. 02. 2006)
- Frankfurter Rundschau, 12. 07. 2005: Spitze, aber ohne Frau (Gaserow, Vera)
- Frankfurter Rundschau, 22. 08. 2005: Kein Sommer der Emanzipation (Kappus, Monika)
- Friedberger Allgemeine, 27. 06. 2005: Im Bundestag geht das große Zittern um, www.friedberger-allgemeine.de/Home/Specials/Bundestagswahl/Hintergrund/sptnid,2121_regid,6_arid,494362.html (gesehen am 20. 02. 2006)
- Neues Deutschland, 18. 11. 2005: Wie feministisch ist die Linkspartei.PDS? (Behrend, Hanna)
- Neues Deutschland, 18. 11. 2005: Die phallische Dreieinigkeit (Scheub, Ute)
- Das Parlament, 25. 07. 2005: Fischer macht den starken Mann (Schuler, Ulrike), www.das-parlament.de/2005/30-31/Dokumentation/001.html (gesehen am 20. 02. 2006)
- Politikerscreen.de, 11. 07. 2005: Fischers Solo, www.politikerscreen.de/direct.asp?page=/static/blickpunkt/2005/Parteitagb90gruene2005/2.html (gesehen am 20. 02. 2006)
- Rheinische-Post: 02. 06. 2005: »Fischer soll Frau an die Seite bekommen«, www.rp-online.de/public/article/nachrichten/politik/deutschland/92382 (gesehen am 20. 02. 2006)
- Süddeutsche Zeitung, 10. 07. 2005: Zur Schwitzkur ins Velodrom. Wie beim Parteitag der Grünen Joschka Fischers Kür als einziger Spitzenkandidat plötzlich doch noch spannend wurde (Rossmann, Robert), www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/494/56438/ (gesehen am 20. 02. 2006)
- Die Taz, 11. 07. 2005: Grüne bescheiden – vor allem die Frauen (Wallraff, Lukas), S. 6
- Die Taz, 28. 09. 2005: Bisky ist weiblich genug für die Linkspartei.PDS (Jansen, Klaus), S. 5
- Die Taz, 23. 09. 2005: Frauen an die Macht, S. 7
- Die Taz, 20. 10. 2005: Und täglich grüßt die Bisky-Wahl, S. 1
- Die Zeit, 21. 07. 2005: Die Quotenfrau (Soboczynski, Adam), www.zeit.de/2005/30/Worschech_30 (gesehen am 20. 02. 2006)
- Die Zeit, 25. 08. 2005: Niemand will mehr Opfer sein (Busse, Tanja), www.zeit.de/2005/35/Quotenfrau (gesehen am 20. 02. 2006)



169 S., Broschur, dietz berlin 2005, 9,90 €, ISBN 978-3-320-02900-5

Bestellungen über:

- Buchhandel
- Karl Dietz Verlag Berlin, info@dietzberlin.de
- Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Tel.: 030 44310-123 · Fax: 030 44310-122, info@rosalux.de

»Weil sie eine Frau ist?«¹

Merkel und die Geschlechterfrage

»Was ich allerdings relativ häufig erlebt habe ist, dass man als Frau doch mit bestimmten Nachteilen zu kämpfen hat. Das ist einmal die hohe Stimme und die meistens ja doch kleine Körpergröße«, äußerte sich Angela Merkel zu ihrem Frau-Sein (Roll 2005, 162). Seit Beginn des Bundestagswahlkampfes 2005, als die Frage anstand, ob Merkel Schröder ablösen wird, stürzten sich die Medien auf Merkel: Auf ihre politische und menschliche Kompetenz, auf ihr »Frau-Sein« und auf das »nicht einer Frau angemessene« Verhalten.

In den Rufen der Medien lassen sich zwei kontroverse Argumentationslinien differenzieren. Zum einen die Forderung an Angela Merkel, *Identitätspolitik* zu betreiben. Diese Ebene beinhaltet die Forderung nach Frauen- und Geschlechterpolitik qua Geschlecht. Die Forderung ist nicht weiter verwunderlich, da in der Vergangenheit Frauenpolitik und Geschlechterpolitik im öffentlichen Diskurs häufig gleichgesetzt und hauptsächlich den Frauen zugeschrieben wurde. Debatten um Frauen in Arbeitswelt, Familie und Politik werden oft unter dem Begriff der Frauenfrage diskutiert. Diese Bezeichnung, die aus dem historischen Kontext der Arbeiterbewegungen Mitte des 19. Jahrhunderts stammt, betrachten wir als unangemessen für die heutige Zeit und haben uns daher für den Begriff Geschlechterfrage entschieden, der den verengten Blick auf Frauen und einseitige Zuschreibungen aufbrechen und um mögliche andere Geschlechter erweitern soll.

Zum anderen findet sich eine Argumentationslinie, die Hoffnung und Vertrauen auf die *symbolische Kraft* einer ersten Kanzlerin setzt. Diese Ebene impliziert alles, was unter Rollenstereotype mit dem weiblichen Geschlecht in Verbindung gebracht werden kann. Innerhalb dieser zweiten Ebene steht die Identifikation mit einer Frau an der Spitze im Vordergrund.

Die beiden Argumentationsstränge, der der Identitätspolitik und der der symbolischen Kraft einer Frau als Kanzlerin, wurden oft getrennt voneinander diskutiert. Wir denken, dass diese kontroversen Ansichten miteinander vereint werden müssen, um einer einseitigen Betrachtung entgegenzuwirken. Klar ist, dass sich mit Merkels Kanzlerinnenkandidatur Diskussionsfelder eröffnet haben, die es in diesem Umfang zuvor nicht gab. Auch ist es gut, dass Forderungen nach Gleichstellungspolitik laut werden. Merkel wurde jedoch auf beiden Ebenen auf ihr Frau-Sein minimiert. Zum einen, weil sie Frauen-

1 Titelzeile der *Zeit* vom 25. 08. 2005, S. 1.

politik qua Geschlecht betreiben soll, zum anderen, weil ihr biologisches Geschlecht² ausreichen soll, um die Gleichstellung von Mann und Frau voranzutreiben. Wie diese beiden Ebenen in den Medien diskutiert wurden und welche Gefahren wir bei solchen Ansichtsweisen sehen, wird im Folgenden diskutiert.

Im ersten Abschnitt widmen wir uns Alice Schwarzer, Begründerin der *Emma* und zentrale Stimme innerhalb der Medien, die sich für Merkel als erste Bundeskanzlerin einsetzte und damit der symbolischen Ebene eine größere Bedeutung beimaß. Ein weiteres Untersuchungsfeld waren Artikel von Seiten kritischer Journalistinnen. Drittens haben wir zwei Artikel von Seiten der Geschlechterforschung untersucht. Im letzten Abschnitt »Frau = Frauenpolitik! Und was macht Merkel?« wollen wir jene Fragen klären, die sich innerhalb unserer Studien aufgetan haben. Anhand der beiden Argumentationsstränge »Identitätspolitik« und »Symbolische Kraft« soll aufgezeigt werden, dass von Seiten Merkels die Vermeidung geschlechterpolitischer Themen und die Nicht-Betonung des eigenen biologischen Geschlechts notwendig war, um auf den Posten an der Regierungsspitze zu gelangen.

»Wir sind Kanzlerin!« Alice Schwarzer und die Bundeskanzlerin

Das politische Frauenmagazin *Emma*, 1977 von der Herausgeberin Alice Schwarzer gegründet, richtet sich als »politisches Magazin von Frauen« vorwiegend an weibliche Leserinnen. Es hat eine Auflage von etwa 60 000 Heften und wird von rund 120 000 Frauen und Mädchen gelesen. Es handelt sich vorrangig um 20- bis 30-jährige Frauen. Der Bildungsstand der Leserinnen liegt laut einer Leserinnen-Analyse weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt, und alle *Emma*-Leserinnen sind erwerbstätig. Die Leserinnen dieser Zeitschrift sind demnach gebildet, privilegiert und verfügen über finanzielle Ressourcen (Leserinnen-Analyse 2002).

Der gesellschaftliche Diskurs über die »Frauen-« bzw. »Geschlechterfrage« ist ein vorrangig von Frauen geführter Diskurs. Schwarzer nimmt in diesem öffentlichen Diskurs eine dominierende Stellung ein. Denn auf Grund ihrer politischen Karriere hat sie sich in den vergangenen 30 Jahren als mediale Figur und »als bekannteste Vertreterin der neuen deutschen Frauenbewegung« (www.wikipedia.de) einen öffentlichen und machthabenden Standpunkt erarbeitet.

Alice Schwarzer als Mitinitiatorin der Pariser Frauenbewegung (Mouvement de Liberation des femmes, MLF) und der deutschen Frauenbewegung war an zahlreichen Initiativen und Kampagnen beteiligt, beispielsweise an dem »Stern-

2 Mit dem Begriff des biologischen Geschlechts sind die rein anatomischen Unterschiede von Mann und Frau gemeint. Dieser Begriff beinhaltet nicht Merkmale des psychischen Wesens eines Menschen oder gar Charakterzuschreibungen.

Prozess« von 1977, als zehn Frauen den Stern wegen frauerniedrigender Titelbilder verklagten. Diesem Prozess schloss sich u. a. der »Deutsche Frauenrat« mit sechs Millionen Mitgliedern an. Oder an der Aktion »Ich habe abgetrieben« von 1971, in der sich 374 Frauen öffentlich zu einem Schwangerschaftsabbruch bekannten. Diese Aktion ist zum Auslöser der großen Kampagne gegen den Paragraphen 218 und der deutschen Frauenbewegung geworden.

Als Herausgeberin des einzigen unabhängigen politischen Frauenmagazins (vgl. Schwarzer 2002, 24) und als Autorin von 21 Monografien und 16 Veröffentlichungen als Herausgeberin ist sie eine der bedeutenden öffentlichen »feministischen« Stimmen unserer Zeit im deutschsprachigen Raum (vgl. Dünnebieber; v. Paczensky 1998) und gilt als »Ikone der deutschen Frauenbewegung« (vgl. Spiegel, 24. 12. 2005).

Im Bundestagswahlkampf 2005 trat sie als engagierte Journalistin in der Wahlkampfphase auf, denn schon »seit den 80ern warte ich auf eine Kanzlerin«, sagte sie in einem Interview mit der italienischen Nachrichtenagentur ANSA (ANSA, 11. 09. 2005). Als öffentliche Figur trat sie als Befürworterin einer Frau als Bundeskanzlerin auf, machte aktiv Wahlkampf für Angela Merkel und gewann dadurch wiederum an Popularität (vgl. Presseservice der SPD, 24. 08. 2005).

In der Wahlkampfphase nutzte Schwarzer die erneute Veröffentlichung eines von Angela Merkel verfassten Artikels, um die Leserinnen von deren »feministischer« Einstellung zu überzeugen. In dem Artikel von 1993, den Angela Merkel, damals im Amt der Frauenministerin, für die *Emma* geschrieben hatte, äußerte sie sich als »Frauenrechtlerin«. Es handelte sich um eine Rezension des Buches von der amerikanischen Feministin Susan Faludi *Backlash* (1991). In dem Artikel machte Merkel deutlich, dass sie die Ungleichbehandlung von Frauen und die benachteiligende Ressourcenverteilung innerhalb der Gesellschaft erkenne und bekämpfen wolle. Frauen sollten sich die Erkenntnisse Faludis nutzbar machen und dementsprechend handeln, und sie sollten an der gesellschaftlichen Macht partizipieren, so Merkel. Schon die Überschrift des erneut veröffentlichten Artikels *Für mich ist Emanzipation gleiche Rechte und Pflichten und der Griff zur Macht!* sollte die politische Überzeugung der früheren Frauenministerin deutlich machen und so die »frauenpolitische« Einstellung Merckels aktualisieren.

In der Ausgabe 05/2005 der *Emma* erschien ein Interview von Schwarzer mit Merkel mit der Überschrift *Warum sollten wir Sie wählen, Frau Merkel?* In diesem Interview, sechs Wochen vor dem Wahltag, betonte die KanzlerInkandidatin³, dass sie sich »für Frauen einsetzen würde, denn sie möchte später nicht hören, dass sie selber Karriere machte, sich allerdings nicht für Frauen eingesetzt« hat. In diesem Gespräch distanzierte sie sich von »den Feministinnen«, indem

3 Zum vermeintlich doppelt gemoppelten der Schreibweise KanzlerInkandidatin vgl. die Glosse von Luise F. Punsch unter <http://www.fembio.org/news/columns.shtml>.

sie »einfach handelt«; sie sei »nicht so sozialisiert, die Dinge krampfhaft zu betreiben«. Sie betrachte sich in erster Linie als Naturwissenschaftlerin und nicht als Frau. Dennoch konstatierte Merkel, dass sie in ihrer bisherigen politischen Laufbahn noch nie so sehr als Frau wahrgenommen worden sei wie zur heutigen Zeit und betonte: »Im Gegenzug habe ich mich in einem für mich ungewohnten Maße auch öffentlich zu meinem Frausein bekannt. Und damit meine ich nicht nur das Schminken, sondern auch einen sicher eher weiblichen Stil – wie ein bestimmter Humor oder eine manchmal andere Sprache« (Emma 05/2005, 40).

Das Interview ermöglichte Merkel, vor der bevorstehenden Wahl gezielt Frauen anzusprechen. Sie erhielt in der *Emma* einen Raum, um ihre Beziehung zur »Weiblichkeit« deutlich zu machen und damit Wählerinnen anzuziehen. Eine Stellungnahme zu ihrer »Weiblichkeit« ermöglichte den Leserinnen auch eine Identifizierung und eine Vergleichbarkeit mit ihr als Frau. Insgesamt sollte die Symbolwirkung einer politisch erfolgreichen Frau durch das Interview verstärkt werden, das jedoch mehr einem neutralen Fragenkatalog als einem kritischen journalistischen Interview ähnelte. Obwohl Alice Schwarzer betonte, sie habe sich noch »nie für einen Wahlkampf einspannen lassen« (Emma 05/2005, 40) und die LeserInnen einzig informieren und Tatsachen analysieren wolle, so trugen sie und ihre Zeitschrift zu dem Positiv-Diskurs bei. Sie verstand eine Bundeskanzlerin als Ergebnis der Kämpfe der feministischen Bewegung (Bund, 07.09.2005). Dabei spielte die politische Couleur für sie eine untergeordnete Rolle, denn eine Frau als Bundeskanzlerin habe zum einen Vorbildcharakter, zum anderen führe Merkel ein modernes Leben im Gegensatz zu den Frauen der SPD, was für Schwarzer schwer wiegt (vgl. Emma 05/2005, 6 f.; ANSA 11.09.2005). So werde »eine Kanzlerin [...], egal was sie tut, ein formidables Rollenbild sein« (ANSA, 11.09.2005), wie auch Thatcher ein »formidables Lehrbeispiel für Frauen« war. Merkel sei »ein ermutigendes Rolemodel für alle kleinen Mädchen in Deutschland!« (Weltwoche, 26.05.2005), die sich »künftig fragen: ›Soll ich Friseur werden oder Bundeskanzlerin?‹, und das ist doch schon mal was« (Spiegel, 24.12.2005).

Schwarzer wünschte sich von Merkel nach der Wahl, dass sie den Männerbünden ein Frauennetzwerk entgegenstelle und die Frauen nicht vergesse (ANSA, 11.09.2005). »Wenn auch bei ihrem Weg an die Spitze in den letzten Jahren leider der Eindruck entstand, sie habe das schon wieder vergessen« (Weltwoche, 26.05.2005), dass sie ein Kind der feministischen Bewegung sei, so Schwarzer, so würde sie jedoch »ihre Wurzeln verleugnen«, wenn sie sich nicht für die Frauen einsetzen würde (Bund, 07.09.2005). Demnach müsse sich Merkel früher oder später für Frauen einsetzen, da sie eine Frau sei.

Das heißt, Schwarzer argumentiert identitätspolitisch. Der Vorbildcharakter Merkels als Bundeskanzlerin hat für sie eine übergeordnete Funktion. Sie argumentiert für den Symbolwert und schlussfolgert automatisch eine Geschlechterpolitik qua Geschlechtszugehörigkeit. Merkel müsse demnach Frau-

enpolitik betreiben, weil sie eine Frau sei. Merkels Tabuisieren von geschlechterrelevanten Fragen nahm Schwarzer jedoch in Schutz: Dass Merkel Aussagen zu geschlechterpolitischen Fragestellungen vermied, erklärte Schwarzer mit der gesellschaftlichen Inakzeptanz. Merkel habe sich demnach, da sie Kanzlerin werden wolle, »gehütet, über Frauen zu sprechen« (Bund, 07. 09. 2005).

Insgesamt ist auch Alice Schwarzer der »Frauenfrage« aufgesessen, denn sie erhofft sich ein frauenpolitisches Engagement qua Geschlecht und setzt den Symbolcharakter einer Frau für eine Geschlechterpolitik als Notwendigkeit voraus. Sie versucht die »Objektivität der Journalistin« (ANSA, 11. 09. 2005) beizubehalten, um ihre LeserInnen nicht zu beeinflussen. Diesem Statement widersprechen jedoch ihre Interviewführung und ihre permanente Betonung, dass eine Frau als Bundeskanzlerin eine Veränderung des role making böte und somit ein Meilensprung in der Entwicklung der Frauenbewegung sei. Und so sei eine Niederlage Angela Merkels im Wahlkampf »als eine Niederlage einer Frau, schlimmer noch: als Niederlage aller Frauen« zu interpretieren (AFP, 22. 09. 2005).

Für ihr Engagement im Bundestagswahlkampf wurde Alice Schwarzer Ende 2005 von einer prominenten Jury im Auftrag der Journalistenzeitschrift *MediumMagazin* (*MediumMagazin* 01/2006) zum »Journalist des Jahres« gekürt. Die Begründung für die Nominierung lautete: »Das Kanzlerinnen-Wahljahr 2005 war auch das Jahr der Alice Schwarzer, die mit Wortgewalt und spitzer Feder für die Selbstverständlichkeit von Frauen in Führungspositionen streitet. Mut zu streitbaren Positionen, Klarheit in der Analyse, überzeugte Haltung statt populistischer Meinungsmache zeichnen Alice Schwarzer als Journalistin, Kommentatorin und Blattmacherin der ›Emma‹ aus. 2005 ist sie endgültig zur unüberhörbaren Stimme geworden« (*MediumMagazin* 01/2006).

Unter der Hand zeigt sich in dieser Ehrung, dass die Kandidatur einer Frau, auch wenn dies in den Medien immer wieder bestritten wurde, eng an die Geschlechterfrage geknüpft ist, denn Alice Schwarzer thematisierte gerade diesen Aspekt in allen Artikeln, Interviews und zahlreichen Talk-Show-Auftritten. Und auch Schwarzer erhielt den Preis für ihren Einsatz als Frau für eine Frau, nicht vorrangig auf Grund ihrer journalistischen Fähigkeiten. Diese Ehrung kann somit auch als eine Stigmatisierung angesehen werden, die auf der kulturellen Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit beruht und zeigt, »dass Auszeichnungen ganze Lebenswerke lächerlich machen können« (Taz, 03. 04. 2006).

Eine Kanzlerin um jeden Preis? Kritische Journalistinnen

Die Debatte um die Bedeutung einer möglichen ersten deutschen Kanzlerin fand auch in deutschen Tages- und Wochenzeitungen statt. Hier waren es v. a. Journalistinnen, die die Ebene der Identitätspolitik und die des Symbolwertes aufgegriffen und diskutiert haben. Anhand einiger Beiträge werden im Folgenden die wesentlichen Punkte dieser Debatte dargestellt.

In einem Artikel der *Zeit* wurde die Frage »Weil sie eine Frau ist?« von zwei Journalistinnen unterschiedlich beantwortet: Susanne Mayer, seit 1986 bei der *Zeit* und dort u. a. für den Bereich Familienpolitik zuständig, plädierte *dafür*, Merkel auf Grund ihres Geschlechts zu wählen, auch wenn sie keine Frauenpolitik betreibt (Die *Zeit*, 25. 08. 2005). Mayer nannte als Begründung den symbolischen Wert, den eine Kanzlerin ihrer Meinung nach hätte, und der Fortschritte erzwingen würde. Mit der Betonung des symbolischen Wertes argumentierte sie also auf dieselbe Weise wie Alice Schwarzer. Sie begründete ihren Standpunkt außerdem damit, dass die CDU-Fraktion des Bundestages mit 23 Prozent zwar »eine blamable Frauenquote« (Mayer, ebd.) aufweise, dass jedoch auch eine faire Frauenrepräsentanz »kein Garant für gute Frauenpolitik« (ebd.) sei. In diesem Zusammenhang wies sie auf die sieben Ministerinnen in Schröders Kabinett hin, denen es auch nicht gelungen sei, die Gleichstellung von Frau und Mann als zentrales Thema in der Gesellschaft zu verankern.

Demgegenüber sah Susanne Gaschke, die als Redakteurin mit den Schwerpunkten Familien- und Bildungspolitik ebenfalls bei der *Zeit* tätig ist, *keinen* Sinn in einem symbolischen Wert, denn den haben Frauen in Deutschland ihrer Ansicht nach nicht mehr nötig. Was für Gaschke zählte, waren die Programme der Parteien und damit im konkreten Fall die Inhalte der Politik, die Merkel vertritt. Mayer realisierte in ihrem Pro-Beitrag zwar die Tatsache, dass die CDU für ein konservatives Frauen- und Familienbild und nicht etwa für Gleichstellungspolitik steht, vernachlässigte dies aber zu Gunsten des Symbolwertes einer Kanzlerin. Gaschke hingegen ging es eben nicht um die symbolische Bedeutung von Merkels Geschlechterrolle, sondern gerade um die Inhalte ihrer Politik und auch um die Art und Weise, wie sie diese Politik betreibt. In diesem Zusammenhang kritisierte die Autorin die ihrer Ansicht nach für Merkel typischen Eigenschaften Rücksichtslosigkeit und Machtwillen. Gaschke nahm somit die Contra-Position ein und sprach sich *gegen* eine Wahl Merkels aus.

Zwei der Argumente, die Mayer aufführte, sind auch in einem Artikel von Susanne Fengler in der *Berliner Zeitung* zu finden. Fengler ist freie Schriftstellerin und veröffentlichte 2004 den Roman *Fräulein Schröder*, in dem es um den politischen Betrieb der Hauptstadt geht. Sie selbst hat zweieinhalb Jahre für die CDU gearbeitet, u. a. auch für Merkel. Auch sie räumte in ihrem Beitrag ein, dass das Wahlprogramm der Union auf das Thema Frauenpolitik höchstens am Rande eingehe und dass dies inzwischen zu Recht kritisiert worden sei (Berliner *Zeitung*, 10./11. 09. 2005). Aber – und hier argumentierte sie wie Mayer – auch die anderen Parteien wie Die Grünen und Linkspartei.PDS stünden nicht mehr für eine zeitgemäße Frauenpolitik, was an der männlichen Besetzung der Spitzenjobs innerhalb dieser Parteien deutlich würde. Auch was den Symbolwert einer Kanzlerin anbelangt, vertrat Fengler dieselbe Meinung wie Mayer. So schrieb sie, »dass allein die schiere Existenz einer leibhaftigen Kanzlerin mehr für die Situation der Frauen in Deutschland bewirken würde als viele Förderprogramme zusammen« (ebd.).

Evelyn Roll, die als feministische Autorin gilt und von der das Buch *Die Erste*, eine Biographie über Merkel, stammt, ist Redakteurin bei der *Süddeutschen Zeitung*. Für diese hat sie bereits mehrere Artikel über Merkel geschrieben und kam darin auch auf die Bedeutung von Merkels Geschlecht und den symbolischen Wert einer Kanzlerin zu sprechen. In ihrem Artikel »*Wie wirkt der Merkel-Faktor bei den Frauen? Disharmonie bestimmt die Damenwahl*« ging sie der Frage nach, inwieweit die Tatsache, dass es sich bei Merkel um eine Frau handelt, bei der Entscheidung für oder gegen die Kandidatin eine Rolle spielt (*Süddeutsche Zeitung*, 10. 09. 2005). Dabei richtete die Autorin den Fokus auf die Wählerinnen und hielt mit Bezug auf die Aussagen von Wahlforschern und Ergebnissen von Umfragen fest, dass für etwa 80 Prozent der Frauen am Ende Kompetenzzuordnungen zählen. Um deutlich zu machen, was das in Bezug auf das Wahlverhalten genau heißt, ließ Roll die Sängerin Judith Holofernes stellvertretend für diese 80 Prozent sprechen: »*Ich wähle doch keine Partei, nur weil der Spitzenkandidat eine Frau ist.*« (ebd.) Die Autorin erwähnte jedoch auch, dass laut Umfragen 20 Prozent der befragten Wählerinnen sagen, eine Frau könne ihrer Ansicht nach besser regieren als ein Mann. Zehn Prozent würden sogar angeben, dass das Geschlecht des Spitzenkandidaten eine Rolle für ihre Wahlentscheidung spiele.

In einem weiteren Artikel mit dem Titel *Deutschlands erste Kanzlerin. Ein Rollenmodell probt seine Rolle* ging die Autorin auf den bereits angesprochenen Symbolwert ein und präzisierte diesen Begriff, indem sie den Ausdruck »*Rollenmodell*« ins Spiel brachte (*Süddeutsche Zeitung*, 22. 11. 2005). Das Rollenmodell einer Kanzlerin, das es bislang noch nicht gab und das Merkel jetzt neu erfinden müsse, besitzt ihrer Meinung nach eine Vorbildfunktion. Diese Vorbildfunktion, so Roll, gelte neben der Quotenregelung als einzig messbar taugliches Instrument zur Frauenförderung.

Es lassen sich also zwei Hauptstränge in der Diskussion um Merkels »Wählbarkeit« zur ersten deutschen Bundeskanzlerin nachzeichnen. So steht der Verweis auf die Bedeutung des symbolischen Wertes als Plädoyer für die Wahl Merkels dem Appell gegenüber, primär ihre Rolle als CDU-Politikerin in die Entscheidung für oder gegen sie einfließen zu lassen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die Debatte, die von den Journalistinnen geführt wurde, den öffentlichen Diskurs widerspiegelt, der vor der Wahl auch auf Seiten der Bevölkerung stattgefunden hat.

Schweigen ist Silber. Reden ist Gold. Geschlechterforscherinnen

In der Mediendebatte um Merkel als mögliche erste Kanzlerin kamen in kurzen Statements immer wieder auch Frauen- und Geschlechterexpertinnen zu Wort (vgl. u. a. *Stern*, 04. 08. 2005). Im Mittelpunkt der folgenden Analyse stehen zwei Artikel, in denen Geschlechterforscherinnen ausführlich zu Wort kamen.

Ingrid Kurz-Scherf, Politologin und Geschlechterforscherin an der Philipps-Universität Marburg, äußerte sich in dem Interview mit der *Publik-Forum* (Zeitung kritischer Christen) zur Bedeutung einer Kanzlerschaft Angela Merkels: »Für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse in unserem Land wird das wenig bedeuten.« (Publik-Forum, 23. 06. 2005, 11) Im Hinblick auf unsere zwei Analyseebenen werden wir die aus unserer Sicht problematische Sichtweise Kurz-Scherfs darstellen, die die Erwartung an Merkel als Kanzlerin beinhaltet, sich qua Geschlecht für Frauen einzusetzen. Damit vertritt sie eine identitätspolitische Einstellung. Des Weiteren geht Kurz-Scherf von spezifisch »männlichen« und »weiblichen« politischen Strukturen aus, indem sie vergleichend feststellt: »Als Frau Schwan im letzten Jahr Kandidatin für die Bundespräsidentenschaft wurde, hat sie eindeutig eine andere politische Kultur verkörpert als die männliche [...]. Angela Merkel dagegen lässt sich an Maßstäben messen, die für männliche Machtpolitik gelten.« (ebd., 11) Zum anderen betont sie das fehlende Gefühl und den fehlenden Instinkt Merkels für die richtige Politik, womit sie der heutigen Kanzlerin vermeintlich weibliche Kompetenzen abspricht. Damit greift sie gleichzeitig das traditionelle Rollenverständnis auf und spricht den Frauen eine ‚natürliche‘ Emotionalität und Feingefühl zu: »Sie gibt sich sehr viel Mühe, ihre Geschlechterzugehörigkeit möglichst nicht zum Thema zu machen. Was auf der einen Seite positiv ist, denn sie versucht nicht zu punkten mit dem oberflächlichen Slogan ›ich bin eine Frau‹. Auf der anderen Seite lässt sie aber jegliche Sensibilität, was die Geschlechterfrage anbelangt, vermissen.« (ebd., 10) Begriffe wie »die gescheiterte Frau« oder »schlechte Staatsmännin« legitimiert Kurz-Scherf, indem sie Merkel die Verliererposition zuschreibt, gemessen an dem Duell der Kanzlerkandidatin mit dem heutigen Ex-Kanzler Schröder und den erniedrigenden Wahlergebnissen. Dabei geht die Autorin davon aus, dass »Frau Merkel [...] in Wahrheit Kanzler und nicht Kanzlerin werden [will].« Kurz-Scherf vergisst dabei, dass es dazu gehört, sich bei einem Duell zu duellieren und seine/ihre Machtposition und Kräfte dabei auszuspielen. Des Weiteren spricht sie, im Sinne der traditionellen Rollenzuschreibung, Merkel die Stärke und Kompetenz ab, sich mit einem Mann zu messen: »Eine, die sich in den letzten Wochen vor der Wahl nicht sehr staatsmännisch präsentiert hat – obwohl sie doch staatsmännisch wirken will.« (ebd., 10) Die Bezeichnung »Staatsmännin« halten wir ebenso für unangebracht, da sie nicht dem heutigen Denken von Gleichstellung entspricht. Warum der Begriff Staatsfrau nicht verwendet wurde, ist rätselhaft.

Die Kraft der schweigenden Bio-Frau⁴

Die Argumentationsrichtung, von Merkel Frauenpolitik qua Geschlecht abzuverlangen, entspricht nicht der einzigen der Geschlechterforschung. Die Ambivalenz der Frage nach dem Geschlecht stellte sich auch in einem weiteren

4 Der Begriff der Bio-Frau wird von uns ausschließlich durch die anatomischen Unterschiede von Mann und Frau definiert.

Artikel: Christel Eckart, seit 1993 Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Kassel, verweist in ihrem Artikel »Politik des Privaten. Was hinter einer Kanzlerkandidatin sichtbar wird« (Kommune 5/2005) auf die positive symbolische Kraft einer Kanzlerin, die »[...] mehr ausdrückt, als die bloße Tatsache, dass die Kandidatin eine Frau ist, und (die) wirkt, auch ohne dass die Politikerin sich dazu selbst artikuliert« (ebd., 13). Die fehlende Stellungnahme Merkels zu frauenpolitischen Themen ist für sie akzeptabel vor dem Hintergrund, dass »[...] die offene Betonung weiblicher Differenzen [im Machtkampf] eher hinderlich [ist]« (ebd., 13). Kurz-Scherf hingegen sieht andere Ursachen für die ausgesparten »Frauenthemen«: »[...] ihre Rolle als Frau ist ihr in gewisser Weise gleichgültig. Das hat sicher auch mit ihrer DDR-Sozialisation zu tun.« (Publik-Forum, 23. 06. 2005, 10)

Im Zusammenhang mit dem Anliegen Eckarts an eine Sozialpolitik, die ihre Begriffe den politischen Diskussionen und den heutigen Verhältnissen pluralisierter Lebensformen anpassen muss, hat »Die Kanzlerkandidatin [...] als Frau die Fantasien heftig bewegt« (ebd., 13). Trotz der positiven Hervorhebung der Kanzlerkandidatur Merkels als historisches Ereignis machte Eckart deutlich, dass Merkel nicht Vertreterin »der Frauen« sei. Es bleibt offen, um welche Frauen sich es dabei handeln soll – um Mütter, berufstätige Mütter oder Frauen, die feministische Politik betreiben?

Im Gegensatz zu Eckart, die ein Umdenken und Engagement der Institution Familie erwartet und positiv von Merkels »Irritationen im männlichen Gehäuse der Politik« (ebd., 14) spricht, wirft Kurz-Scherf ihr ein ungenügendes Bewusstsein für die Problematik der männlichen Strukturen vor und stellt die Forderung, sich von diesem patriarchalen System zu lösen: »Ihr Problem ist, dass sie die tief verwurzelte patriarchale Kultur von Politik nicht verstanden hat, sie im Grunde weiter fortsetzt und dabei selbst zum Opfer dieser Kultur wird.« (ebd., 10) Betrachtet man die Forderung von Kurz-Scherf anhand der Bedeutung der durch die Frauenbewegung eingeführten Quotenregelung, so ist zu sagen, dass die KanzlerInnenschaft Merkels nicht das Ziel, sondern der Weg ist hin zu einer gleichberechtigten Gesellschaft. Ohne Machtposition kann kein Umdenken stattfinden. Es geht dabei nicht nur um eine gerechte Verteilung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen Positionen. Es geht um Werte, Charakter, soziale Konstruktionen von Mann und Frau, um Leistung, Arbeit, Demokratie und Liebe (vgl. Haug 1996, 35). Mit ihrer ganz persönlichen Strategie löst Merkel eine Diskussion aus, die weit mehr als nur Symbolcharakter hat: »Der Gesamtzusammenhang der Gesellschaft samt seiner symbolischen Artikulation steht in Frage.« (ebd.).

Warum in diesem Kontext Frauen mit emanzipatorischem Hintergrund Merkel ihre Kompetenz absprechen, weil sie keine Frauenpolitik qua Geschlecht betreibt, ist schwer zu verorten. Warum gerade aber diese Erwartungen an die Kanzlerin auftreten, ist eindeutig: Die Hoffnung auf eilige Unter-

stützung durch eine Frau, die es bis nach oben geschafft hat. Leider unter Nicht-Beachtung, dass es »die Frau« nicht gibt und »es [...] darum [geht], für alle gleiche Chancen zu erstreiten, [und darum], dass Ungleichheit gelebt werden kann« (ebd., 40).

Frau = Frauenpolitik! Und was macht Merkel?

Wann kommt die Geschlechterfrage ins Spiel?

In der gesamten Bundestagswahlkampfperiode 2005 wurden von Merkel Themen ausgespart, die auf ihr biologisches Geschlecht anspielen. Außer im Kontext der Zeitschrift *Emma* und in Frauenzeitschriften wie *Brigitte* (vgl. auch Gesing in diesem Band) vermied Merkel alle möglichen Zuschreibungen, das bzw. ihr »Frau- Sein« betreffend. Anhand dieser Beobachtung erweist sich die Frage als interessant, warum Angela Merkel keine Frauenpolitik betrieben hat. Unsere These bezüglich der fehlenden Frauenpolitik Merkels ist: Ihr blieb keine andere Wahl, als sich so zu positionieren, wie sie es tat – ob gewollt oder ungewollt. Denn »[...] frauenpolitisches Engagement [führt] zu Vorurteilen und Abwehrreaktionen und dazu [Politikerinnen] und ihre Arbeit abzuqualifizieren.« (Rudolph; Schirmer 2003) Im Folgenden wollen wir mögliche Gründe aufzeigen, die zur Klärung der Frage beitragen sollen, warum manche Frauen es vermeiden, sich auf frauenspezifische Themen zu beziehen. Bevor wir auf Merkel im Bundestagswahlkampf 2005 zurückkommen, möchten wir erst auf einige Beispiele aus der Vergangenheit eingehen.

Es gibt Frauen in der Politik, die sich selbst als solche darstellen bzw. positionieren. Die Medien sprechen auch gerne von dem »*Frauenbonus*« (Tacheles. 02-Chat 2004). Erinnern wir uns an die BundespräsidentInnenwahl im Mai 2004, die mit einer knappen Mehrheit für Köhler ausging. Dabei erhielt die sozialdemokratische Kandidatin Gesine Schwan in der Bevölkerung prozentual weitaus mehr Sympathie als der Unions-Kandidat Horst Köhler (www.glow-boell.de). Im Sinne unserer These ist festzuhalten: Schwan erhielt mehr positive Stimmen von den BürgerInnen, *obwohl* sie sich als Frau positionierte und sich für »weibliche« Qualitäten in der Politik aussprach: Es wäre »gut«, so Schwan, »und wichtig, wenn eine Frau dieses höchste Amt im Staat übernimmt« (heute-online, 05. 04. 2004). Laut Kurz-Scherf hat Gesine Schwan eine deutlich andere politische Kultur verkörpert als die männliche und so einen hohen Sympathiewert bei den Frauen der Bundesrepublik erlangt (vgl. Publik-Forum, 23. 06. 2005, 11). Damit geht unsere anfängliche These, dass Merkel keine andere Wahl hatte als frauenpolitische Themen auszuspüren, in die Richtung, in der man/frau sich fragen muss, wann die Geschlechterfrage ins Spiel kommt.

Bei der Wahl zum Bundespräsidenten/ zur Bundespräsidentin gab es in der Vergangenheit bereits mehrere Kandidatinnen. So z. B. 1979 Annemarie Renner von der SPD, die auf Grund einer als sicher geltenden Mehrheit der CDU

keine wirkliche Chance hatte. 1984 wurde die parteilose Schriftstellerin Luise Rinser zur Kandidatin gewählt, die mit deutlich weniger Stimmen gegen Richard von Weizsäcker verlor. Ob aus der Not heraus zur Kandidatin gekürt oder rein symbolisch aufgestellt, die Frauen hatten in ihrer Kandidatur als Bundespräsidentin keine faire Chance (heute-online, 18.05.2004). Gesine Schwan wuchs durch ihre »erfrischende Persönlichkeit« (Frida-Magazin) zwar über das Amt der chancenlosen Zählkandidatin hinaus, dennoch hatte sie mit dem Überhang an WählerInnenstimmen aus dem Gegenlager keine reelle Chance auf Erfolg. 22 Stimmen aus dem Gegenlager hätten für sie stimmen müssen (Emma 03/2004). Als Antwort auf die Frage, wann die Geschlechterfrage ins Spiel kommt, lässt sich feststellen, dass Position und reelle Machtchancen der jeweiligen Kandidatinnen ausschlaggebend sind.

Geschlechtsneutralität als Ressource?

Auch im wissenschaftlichen Kontext fanden wir unsere These bestätigt, dass Frauen keine andere Wahl haben, als »Frauenthemen« auszusparen, wenn sie auf der politischen Bühne Gehör finden und erfolgreich sein wollen. »Denn die Erwartungen und Einschätzung der politischen Haltung und der Forderungen der (Politikerinnen) werden also von den Männern, mit denen sie zusammenarbeiten [...], eng verknüpft mit Einschätzungen über ihr Auftreten als Person und als Frau.« (Rudolph; Schirmer 2003, 87) Als Beispiel hierfür kann die oft gelobte Sachlichkeit und Fachlichkeit Merkels angeführt werden. Evelyn Roll bemerkt in ihrem im Jahre 2004 erschienenen Buch *Die Erste. Angela Merkels Weg zur Macht*: »Bei den 800 Mitarbeitern im Ministerium war seit Anfang Januar 1995 jedenfalls klar, wer der Boss ist. Die Leute sagen einem, dass Angela Merkel eine harte Chefin war, die auch unangenehm werden konnte. Sie loben aber vor allem ihren Sachverstand und ihre Detailkenntnisse, erzählen, dass Merkel die bisher Erste und Einzige gewesen ist, die die Vorgänge und Zusammenhänge ihres Ministeriums wirklich von Grund auf verstand und nachvollziehen konnte.« Mit dieser Ressource konnte Merkel einer Personalisierung ihrer Arbeit entgegenwirken, indem sie einen vermeintlich geschlechtsneutralen Ort einnahm, um einen gemeinsamen Gesprächs-Konsens herzustellen (vgl. Rudolph; Schirmer 2003, 86). Von den Medien wurde sie dafür als Neutrum »das Merkel« (vgl. Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Band) abgetan, was als diskriminierend gewertet werden kann, da ihr selbst damit die Identifikationsmöglichkeit mit einem Geschlecht abgesprochen wird. Auch den Lesern und Leserinnen wird eine klare Zuordnung entzogen.

Genau dies deutet aber auch auf das Potential hin, das durch die Diskussionen um Merkel zu Tage gefördert wird: Um Veränderungen zu erreichen, sind subversive Verhaltensweisen und Aktionen notwendig (vgl. Rudolph; Schirmer 2003, 96). Dies tut Angela Merkel, indem sie sich gegen traditionell eingeforderte Strukturen stellt und sich nicht an Themen aufhängt, die an-

scheinend nur sie als Frau zu betreffen haben. Sie eröffnet Möglichkeiten zur Diskussion, die erst durch die Nicht-Identifikation mit der von der Öffentlichkeit eingeforderten Identifikation als Frau entstehen. Natürlich versuchte Merkel, keinerlei Angriffsfläche zu bieten, die ihre Kompetenzen anzweifeln lassen könnten. Doch auch hier wurde sie für das kritisiert, was sie nicht tat: sich als Frau zu positionieren.

Symbolische Wirkung statt politischer Inhalte?

Auf Grund des langen Ausschlusses von Frauen aus der politischen Sphäre⁵ besteht die Gefahr, gewissermaßen in eine Falle zu tappen. Damit ist gemeint, dass Frauen in politischen Machtpositionen auf Grund ihrer Rolle als »Ausnahmeerscheinung« nach anderen Kriterien beurteilt werden als Männer in den entsprechenden Positionen, da diese Politikerinnen auch heute noch eine Minderheit darstellen. »Die öffentliche Wahrnehmung von Politikerinnen [...] ist untrennbar mit der Wahrnehmung ihres Geschlechts verbunden. So erfährt die Präsenz von Frauen auf der politischen Bühne eine starke symbolische Aufladung.« (Lukoschat 1995, 304) Dies stellt auch in Bezug auf Merkel ein gewisses Problem dar, da ein Teil der Bevölkerung dadurch die Inhalte ihrer Politik möglicherweise als »zweitrangig« ansieht und stattdessen ihr Geschlecht sowie den Symbolwert in den Vordergrund stellt. Als Folge daraus ergibt sich, dass die Objektivität und die Beurteilung nach rein politischen Kriterien nicht immer gewährleistet sind.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf den Aufsatz von Karin Hausen *Die Polarisierung der Geschlechtscharaktere* aus dem Jahre 1976 hinweisen. Danach werden »Emotionalität«, »Liebe«, »Güte« und »Sympathie« mit dem Weiblichen, »Rationalität«, »Verstand« und »Vernunft« mit dem Männlichen assoziiert (vgl. Hausen 1976, 166). Die Konzentration auf das »Private«, »Persönliche« und »Emotionale« bei Politikerinnen sowie das damit einhergehende »In-den-Hintergrund-Treten« der politischen Inhalte und Absichten ist mit der Zuschreibung dieser so genannten Geschlechtscharaktere an Frauen und Männer zu erklären. Die politische Sphäre ist außerdem traditionsgemäß männlich codiert und auch das Amt des Bundeskanzlers wurde bislang »automatisch« mit einem Mann in Verbindung gebracht. Dies sind Gründe dafür, weshalb Politikerinnen häufig immer noch als »Abweichung« vom Gewohnten und daher primär in ihrer Rolle als Frau wahrgenommen werden. Daraus folgt schließlich, dass Frauen innerhalb der politischen Sphäre gemäß der Zuschreibung der »Geschlechtscharaktere« beurteilt werden und nicht im selben Maße nach ihren politischen Intentionen, wie es bei Politikern der Fall ist.

5 Siehe dazu Barbara Schaeffer-Hegel in ihrem Aufsatz »*Eigentum, Vernunft und Liebe: Paradigmen des Ausschlusses der Frauen aus der Politik*« aus dem Jahre 1990. Schaeffer-Hegel beschreibt ausführlich, wie es zu diesem Ausschluss kam und welche Folgen er bis heute für das Politik- und Machtverhalten von Frauen hat.

Ein weiterer Aspekt, der möglicherweise mit dazu beiträgt, dass Merkel von einem Teil der Bevölkerung nicht primär als eine nach Macht strebende Politikerin wahrgenommen wird (wie es z. B. bei Kohl und Schröder der Fall war), sondern als Frau, ist die Tatsache, dass Macht nach wie vor überwiegend männlich gedacht wird, und dass immer noch eine negative Beurteilung von machtbewussten Frauen stattfindet. Schaeffer-Hegel erklärt dies mit den gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts stattgefunden haben (vgl. Schaeffer-Hegel 1990, 162). Damals hat sich »[...] die strikte institutionelle Trennung von Vernunft und Liebe, Familie und Politik [...]« (ebd.) endgültig durchgesetzt. Frauen waren fortan für das Private und die Familie, Männer für das Öffentliche, die gesellschaftliche Produktion und somit auch für institutionalisierte Macht und Politik zuständig (ebd.). Durch diese Aufteilung der Geschlechter in getrennte Zuständigkeitsbereiche »[...] haben sich auch für den Umgang mit Macht und Politik geschlechtsspezifisch unterschiedliche Verhaltensmuster und Wertvorstellungen entwickelt, die als kulturelle Normen bis in unsere Tage wirksam sind« (ebd.). So wurden Machtstreben und Machtausübung in Bezug auf Frauen zum Tabu erklärt und diese aufgefordert, »[...] Gegenwerte von Macht – nämlich Liebe zu repräsentieren« (ebd., 163).

Der bereits erwähnte lange Ausschluss von Frauen aus dem Bereich der Politik sowie die genannten Zuschreibungen bestimmter Eigenschaften an Männer und Frauen haben des Weiteren dazu geführt, dass sich in unserer Gesellschaft »[...] weibliche Identität eher mit Ohnmacht und Unterordnung« verbindet als mit Macht und Dominanz (Schöler-Macher 1994, 24). Dies führt dazu, dass die »Abweichung« von dieser »Tradition«, also eine Frau, die sich zur Macht bekennt, oft als »unweiblich« und damit als negativ empfunden und gewertet wird. Auf Grund dieser moralischen Verurteilung haben Frauen eine »[...] ambivalente Distanz [...] zur männlichen Macht und Politik [...]« (Schaeffer-Hegel 1990, 163) entwickelt, so dass auch viele Politikerinnen selbst Macht als etwas Negatives empfinden. Dies könnte als Erklärung dafür dienen, weshalb Merkel sich nicht nur in Bezug auf ihr »Frau-Sein«, sondern auch in Bezug auf die Demonstration ihrer Macht zurückhaltend verhält und weshalb ein Teil der Öffentlichkeit Merkel nicht in erster Linie mit Macht in Verbindung bringt.

Ausblick

Es kann nicht richtig sein, einer Frau ihre Kompetenz abzusprechen, nur weil sie keine Frauenpolitik betreibt. Es ist aber auch nicht richtig, eine Frau auf ihr bloßes Frau-Sein zu reduzieren und sie allein deswegen zu wählen. Die zwei voneinander getrennten Argumentationsstränge müssen in Verbindung gebracht werden: Bei der Annahme, dass Merkel nur Kanzlerin geworden ist,

weil sie Frauenthemen ausgespart hat, besteht die Gefahr, Frauen Macht auch nur dann zuzusprechen, wenn sie keine Frauenpolitik betreiben. Die ausbleibende Machtposition innerhalb frauenpolitischer Ebenen würde damit reproduziert und unterstützt werden. Bei der Reduzierung des symbolischen Wertes auf das biologische Geschlecht tappen wir ebenfalls in die Falle der Reproduktion stereotyper Geschlechterrollen.

Wie wir aufgezeigt haben, hätte eine Betonung des biologischen Geschlechts Merkels für eine Kanzlerinnenschaft wahrscheinlich hinderlich gewirkt. Und als Frau, die Geschlechterthemen behandelt, wäre sie vermutlich nicht Kanzlerin geworden. Denn es gibt »[...] gesellschaftlich mannigfache, mehr oder minder ausgesprochene und bewusste Widerstände gegen die Besetzung von Machtpositionen mit Frauen [...], die auf unterschiedlichen Ebenen das Thema ›Frau‹ repräsentieren – sei es in ihrer feministischen Überzeugung, sei es in ihrer Lebensweise, sei es in ihrer persönlichen Ausstrahlung« (Lukoschat 1995, 304 f.). Außerdem zeigen die Erfahrungen vieler Politikerinnen, dass sie in der Politik weniger angreifbar sind, wenn sie lernen, ihr Geschlecht zu »neutralisieren«, um dem so genannten *Double Bind* zu entgehen (ebd., 293). Damit ist gemeint, dass Politikerinnen es häufig schwer haben, wenn sie sich entweder »zu weiblich« oder »zu männlich« geben.

Zu fragen gilt, ob das, was von uns als irritierend empfunden wird, genau die Schranken aufweist, die es zu brechen gilt? Steckt hinter der Bezeichnung »Neutrum« nicht gerade das, was wir vor lauter Fragen nach den Frauen und Männern und deren »spezifischem« Verhalten in Alltag und Politik vergessen? Dass niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden darf (vgl. BGB. § 3 Abs. 3). So könnten wir den Umgang Merkels mit ihrem biologischen Geschlecht und die Verlagerung ihres Interessengebietes auf ihre Kompetenzen und Fachlichkeit als emanzipiert begreifen. Besser gefragt: Ist dieser Umgang nicht das eigentliche Ziel emanzipatorischer Bestrebungen, nämlich dass eine Frau innerhalb der politischen Sphäre nicht mehr als eine Ausnahme und als etwas Besonderes, das hervorzuheben ist, wahrgenommen wird?

Unserer Meinung nach ist es immer noch nötig, »Geschlecht« zu thematisieren bzw. im Falle von Merkel die Tatsache zu betonen, dass es sich bei ihr um eine Kanzlerin handelt, und zwar so lange, bis es zur Normalität geworden ist, dass Frauen politische Führungspositionen besetzen. Aus diesem Grunde wäre es wünschenswert, dass eine Frau in einer politischen Führungsposition ihre Macht (auch) für die Gleichstellung von Frauen einsetzt.

Ziel für die Zukunft muss beides sein: Eine Frau in einer politischen Führungsposition, von der nicht nur ein Symbolwert ausgeht, sondern die auch ein Bewusstsein für die Relevanz von Geschlechterpolitik besitzt, an bestehenden Ungleichheiten etwas ändern möchte und innerhalb ihrer politischen

Position dementsprechend agiert. Darüber hinaus sollte es das Anliegen aller sein, Fragen, Wünsche und Wahlentscheidung in Richtung Kompetenzen zu verlagern. Dies darf in Zukunft nicht allein die Aufgabe von Frauen sein. In diesem Sinne wäre nicht nur die Frauenfrage, sondern auch die Geschlechterfrage hinfällig.

Literatur

- Dünnebieber, Anna; Paczensky von, Gert (1998): Das bewegte Leben der Alice Schwarzer, Köln
- Faludi, Susan (1991): Backlash. The uncleared War against American Women, New York, [Deutsch: (1993): Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können, Reinbek bei Hamburg]
- Haug, Frigga (1996): Frauen-Politiken, Berlin; Hamburg
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, S. 363-393
- Lukoschat, Helga (1995): Geschlecht und Politik. Die Spezifika der Skandalisierung weiblicher Politiker am Beispiel des rot-grünen Senats in Berlin 1989/90, in: Schaeffer-Hegel, Barbara et al.: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler, S. 265-305
- Punsch, Luise F.: Kanzlerkandidatin zum ersten, <http://www.fembio.org/news/columns.shtml> (gesehen am 10. 01. 2006)
- Rudolph, Clarissa; Schirmer, Uta (2003): Beruf: Frau(enbeauftragte), in: Kurz-Scherf, Ingrid; Arlt, Hans Jürgen (Hrsg.): Arbeit, Bildung und Geschlecht. Prüfsteine der Demokratie. Festschrift für Jutta Roitsch, Frankfurt am Main
- Schaeffer-Hegel, Barbara (1990): Eigentum, Vernunft und Liebe. Paradigmen des Ausschlusses der Frauen aus der Politik, in: Dies. (Hrsg.): Vater Staat und seine Frauen. Erster Band. Beiträge zur politischen Theorie, Pfaffenweiler
- Schöler-Macher, Bärbel (1994): Die Fremdheit der Politik. Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten, Weinheim
- Schwarzer, Alice (2002): Alice im Männerland – Eine Zwischenbilanz von Alice Schwarzer, Köln

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- AFP, 22. 09. 2005: Interview mit Alice Schwarzer, zitiert nach: www.aliceschwarzer.de/632621293462868.html (gesehen am 15. 02. 2006)
- ANSA, 11. 09. 2005: Interview von Flamina Bussotti mit Alice Schwarzer. zitiert nach: www.aliceschwarzer.de/632621293462868.html (gesehen am 15. 02. 2006)
- Berliner Zeitung, 10./11. 09. 2005: Das Ende der Ausreden. In diesem Wahlkampf fragt sich, was wir eigentlich unter Feminismus verstehen (Fengler, Susanne), S. 31
- Bund, 07. 09. 2005: Viele Küchenmesser im Rücken (Interview von Fritz Dinkelmann mit Alice Schwarzer), www.aliceschwarzer.de/632616785990754.html (gesehen am 01. 02. 2006)
- Emma Leserinnen-Analyse von 2002, zitiert nach: www.emma.de/emma_leserinnen.html (gesehen am 02. 02. 2006)
- Emma, Nr. 03/1993: Der Marsch zur Macht (Merkel, Angela)
- Emma, Nr. 03 (Mai/Juni) 2004: Zu wenig Herz und zu viel Hirn?, www.emma.de/04_3_bundespraesidentin.html (gesehen am 20. 07. 2006)
- Emma, Nr. 04 (Juni/Juli) 2005: Für mich ist Emanzipation gleiche Rechte und Pflichten und der Griff zur Macht! Das schrieb Frauenministerin Merkel anno 1993 in Emma, als sie für uns Susan Faludis »Backlash« rezensierte. Sie hat ihre Ratschläge beherzigt, S. 10-11

- Emma, Nr. 05 (August/September) 2005: »Warum sollten wir Sie wählen... Frau Merkel, fragte Alice Schwarzer die Kanzlerkandidatin beim Gespräch im CDU-Parteihaus am 9. August 2005. Also knapp sechs Wochen vor den Wahlen. Bis dahin kann noch viel passieren.«, S. 40-43
- Frida-Magazin: 20 Fragen an Gesine Schwan, www.frida-magazin.de/html/schwan.html (gesehen am 26. 03. 2006)
- Heute-online, 18. 05. 2004: Ladies an der Spitze von Staat und Regierung, www.heute.online.de (gesehen am 15. 02. 2006)
- Heute-online, 05. 04. 2004: Zurück zur Sachlichkeit. Gesine Schwan im heute.online-Interview (Teller, Sabine; Frowein, Nicole), www.heute.online.de (gesehen am 23. 06. 2006)
- Kommune, Nr. 5/2005: Politik des Privaten. Was hinter einer Kanzlerkandidatin sichtbar wird (Eckart, Christel), S. 13-14
- MediumMagazin, Nr. 1/2006. Frankfurt, zitiert nach: <http://www.aliceschwarzer.de/632621293462868.html> (gesehen am 15. 02. 2006)
- Presseservice der SPD, 24.08.2005: Ach, EMMA! – Von der Schwierigkeit einer Feministin, einer Kanzlerkandidatin Angela Merkel eine klare Absage zu erteilen (Junker, Karin)
- Publik-Forum. Zeitung kritischer Christen, 23.06.2005: Das Kreuz nach der Wahl. »Frau Merkel will Kanzler werden, nicht Kanzlerin.« Ist das matte Wahlergebnis der Union der Partei selbst verschuldet – oder ihrer Spitzenkandidatin? Fragen an die Politologin Ingrid Kurz-Scherf (Kurz-Scherf, Ingrid), S. 12-14
- Punsch, Luise F.: Kanzlerkandidatin zum ersten, <http://www.fembio.org/news/columns.shtml> (gesehen am 10.01.2006)
- Der Spiegel, 24. 12. 2005: Bundeskanzlerin Angela Merkel im Spiegel-Jahresrückblick 2005: Die erste Kanzlerin, zitiert nach: www.emma.de/06_2_presse.html (gesehen am 15. 01. 2006)
- Der Stern, 04.08.2005: Der Faktor Frau (Franziska Reich), S. 22-32
- Süddeutsche Zeitung, 10. 09. 2005: Wie wirkt der Merkel-Faktor bei den Frauen? Disharmonie bestimmt die Damenwahl (Roll, Evelyn), www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/304/60244/ (gesehen am 25. 07. 2006)
- Süddeutsche Zeitung, 22. 11. 2005: Deutschlands erste Kanzlerin. Ein Rollenmodell probt seine Rolle (Roll, Evelyn), www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/768/64704/print.html (gesehen am 25. 07. 2005)
- Tacheles.02-Chat 2004, zitiert in: Tagesspiegel, 06. 05. 2004: Gesine Schwan. Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, www.tagesspiegel.de/tso/drucken.asp?TextID=38364 (gesehen am 26. 03. 2006)
- Taz, 03. 04. 2006: zitiert nach: http://www.emma.de/06_2_presse.html (gesehen am 04. 05. 2006)
- Weltwoche, 26. 05. 2005: »Ihre größte Schwäche: Sie ist eine Frau«. Interview von Thomas Widmer mit Alice Schwarzer, zitiert nach: www.aliceschwarzer.de/632536670150105.html (gesehen am 15. 01. 2006)
- Wikipedia: Alice Schwarzer, http://de.wikipedia.org/wiki/Alice_Schwarzer (gesehen am 15. 02. 2006)
- Die Zeit, 25. 08. 2005: Weil sie eine Frau ist? (Mayer, Susanne; Gaschke, Susanne), http://zeus.zeit.de/text/2005/35/Pro_Contra_Merkel (gesehen am 08. 12. 2005)

Politik machen und Brötchen kaufen Frauenzeitschriften und die Konstruktion normativer Weiblichkeit im Bundestagswahlkampf 2005

Vor der Bundestagswahl 2005 standen sich die an den Symbolgehalt einer weiblichen Kanzlerin geknüpften Hoffnungen einerseits und die Forderungen nach einer expliziten Frauen- und Geschlechterpolitik andererseits als scheinbar unversöhnliche Positionen gegenüber (vgl. Fantke; Schmidt; Zeidler in diesem Band). Dabei wurde innerhalb dieses hauptsächlich von Frauen öffentlich bestrittenen Diskursfeldes eine wenig differenzierte Sicht auf Geschlecht deutlich. Sowohl der Ruf nach einem neuen *role model* wie auch die Bemänglung von politischen Leerstellen in den Wahlprogrammen schienen unberührt von der in der Frauen- und Geschlechterforschung längst als Konsens gehandelten Erkenntnis, dass die Rede von einem einheitlichen Subjekt »Frau« der Wirklichkeit nicht gerecht werden kann. Denn Geschlecht ist untrennbar verwoben mit anderen Kategorisierungen wie sozialer Schicht, Ethnizität, Alter oder sexueller Orientierung, durch die Ressourcen, Möglichkeiten und Erfahrungswelten beeinflusst sind. Werden diese Interdependenzen nicht mitbenannt, ist meist davon auszugehen, dass implizit von weißen, mittelständischen, heterosexuellen Frauen gesprochen wird. Ebenso wenig schien die soziale Konstruiertheit von Zweigeschlechtlichkeit berücksichtigt worden zu sein, was etwa in den essentialisierenden Diskursen über weibliche Kompetenzen – von Merkel erwartet oder ihr abgesprochen – zum Ausdruck kam. Ein Ort dieser eindimensionalen Debatte über das Geschlecht der Kandidatin waren verschiedene Frauenzeitschriften, denen Merkel wenige Wochen vor der Wahl Interviews gab. Die von mir analysierten Interviews erschienen im August 2005 in *Brigitte* (*Brigitte* 18/2005, 82-86) bzw. *Freundin* (*Freundin* 20/2005, 96-100).

Bevor ich mich jedoch der Analyse des empirischen Materials zuwende, gehe ich zunächst auf die Funktion von Frauenzeitschriften als Bestandteil eines breit definierten Geschlechterdiskurses ein.

Das Medium Frauenzeitschrift

Sowohl *Brigitte* als auch *Freundin* erfüllen die von der Kommunikationswissenschaftlerin Jutta Röser genannten Kriterien einer explizit auf Frauen ausgerichteten Publikumszeitschrift: die Ansprache der Zielgruppe qua Geschlecht in Titel, Editorial, Rubriken und Werbung, ein geschlechtsspezifisch zuge-

schnittenen Querschnittsangebot an Themen, ein expliziter Geschlechterdiskurs und Identitätsangebote, die sich auf die Bedeutung des Frauseins beziehen sowie eine zu mindestens 70 Prozent weibliche LeserInnenschaft (Röser 2005, 24). Der Frauenzeitschriftenmarkt differenziert sich zunehmend nach sozialer Schichtung und Alter der anvisierten Zielgruppen, wobei die von mir analysierten Titel als Vertreterinnen der »klassischen« (Klaus 1998, 265), d. h. an einem breitem Mittelstandspublikum orientierten Frauenzeitschriften gehandelt werden.

Eine Perspektive, die die Rezipientinnen berücksichtigt, ist auch für die kommunikationswissenschaftliche Analyse von Frauenzeitschriften notwendig. Während die frühe Forschung der 1970er und 1980er Jahren ihren Fokus auf Vermarktungsinteressen legte und die Leserinnen lediglich als Opfer der Internalisierung eines reaktionären und ausschließlich konsumorientierten Frauenbildes beschrieb, haben neuere Ansätze von diesen deterministischen und statischen Interpretationsmodellen Abstand genommen (vgl. Klaus 1998, 263-279). Gerade aus einer geschlechterwissenschaftlichen Perspektive wird deutlich, dass die große Verbreitung dieser Zeitschriften auch auf einen hohen Gebrauchswert für ihre Leserinnen hindeutet, der eine gewisse Offenheit für gesellschaftliche Veränderungsprozesse vermuten lässt. So stellt Jutta Röser fest, dass Frauenzeitschriften dem Wertewandel ihrer Leserinnen – etwa einer zunehmenden Individualisierung und Berufsorientierung – aufmerksam folgen und eine gewisse »Parteilichkeit für Frauenrechte« (Röser 2005, 27) zeigen. Dabei werden jedoch frauenpolitische Themen meist nicht als solche benannt und diskutiert. Vielmehr werden Problematiken, die aus den teilweise widersprüchlichen gesellschaftlichen Rollenanforderungen an Frauen entstehen, subjektiviert, also als individuell zu lösende Probleme behandelt (Röser 1992, 187 f.). Zudem orientieren sich die Zeitschriften an einem kleinsten gemeinsamen Nenner, d. h. sie behandeln Themen, über deren Relevanz und Angemessenheit bereits gesellschaftlicher Konsens besteht. Indem mit einem solchen Ansatz auf Thematiken zugegriffen wird, die als frauenspezifisch gelten sollen, haben Frauenzeitschriften implizit einen normativen Anspruch auf die Definition angemessener weiblicher Lebensentwürfe. Obwohl dieser Konsensbereich von »Frausein« als Zugeständnis an die sich ausdifferenzierenden Lebensentwürfe der Zielgruppe unbestimmter geworden ist, bewegt sich das Themenspektrum weiterhin um spezifische Ausprägungen von Alltagserfahrungen, die sich auf ein vereinheitlichtes Subjekt »Frau« beziehen. Ich spreche daher im Folgenden vom Effekt einer Normalisierung von Weiblichkeit.

Ihre große Reichweite macht diese Medien zu einem ernstzunehmenden Faktor öffentlicher Meinung. Dass das in *Brigitte* erschienene Interview auch auf der Homepage von Angela Merkel verlinkt ist¹, deute ich dahingehend,

1 www.angela-merkel.de, hier zu finden unter Politik – Überzeugungen – Familie und Soziales (gesehen am 05. 05. 2006).

dass hier bewusst Anschluss an Diskurse über Merkels Geschlechtszugehörigkeit gesucht wurde, indem Foren einer »Frauenöffentlichkeit« (Klaus 1998, 397) für die Repräsentation der Kandidatin genutzt wurden. Die ausgewählten Exklusivinterviews wirken dabei als ein journalistisches Format, das eine spezifische Mischung aus Selbst- und Fremdrepräsentation erzeugt. Der relativ große Gestaltungsfreiraum für die interviewte Kandidatin eröffnet Möglichkeiten, bestimmte Inhalte zu transportieren und dabei im Vergleich zu Wahlwerbung die Glaubwürdigkeit für die Rezipientinnen deutlich zu erhöhen.

In der nun folgenden Analyse arbeite ich heraus, wie der spezifische Geschlechterdiskurs von Frauenzeitschriften geeignete Anknüpfungspunkte für eine Selbstdarstellung der Kanzlerkandidatin bieten kann, die auf an Merkels Geschlechtszugehörigkeit gerichtete Erwartungen potentieller Wählerinnen zugeschnitten ist. Aus Gründen der Übersichtlichkeit konzentriere ich mich zunächst auf das *Brigitte*-Interview und stelle der Analyse dann die wesentlichen Punkte aus dem *Freundin*-Interview zur Seite. Danach werde ich die Weiblichkeitsrepräsentation der Kanzlerkandidatin innerhalb von Wahlkampfstrategien verorten und darauf eingehen, welche Bedeutung hier der Reproduktion symbolischer Zweigeschlechtlichkeit zukommt.

Die Interviews

Schon die Untertitelung als »ein persönliches Gespräch mit Angela Merkel« sowie die Wahl des Fotos von Merkel in legerer Freizeitkleidung, aufgenommen im Ostseebad Binz², geben eine programmatische Richtung des *Brigitte*-Interviews vor. Der Fragenkatalog orientierte sich an Begriffspaaren, aus denen Merkel jeweils ein Thema auswählte: Frühstück oder Abendessen; Freundschaft oder Konkurrenz; Angst oder Einsamkeit; Liebe oder Ehe; Osten oder Westen; Relativitätstheorie oder Hirnforschung. Strukturiert durch diese Themenblöcke wurden Anschlussfragen formuliert, die teilweise bestehende Diskurse wie Merkels naturwissenschaftliche Sozialisation, die Rolle ihres Ehemannes und Merkels Kinderlosigkeit aufgriffen, aber auch neue Frageperspektiven aufwarfen. So gab Merkel darüber Auskunft, ob sie Freundschaften eher mit Frauen oder auch mit Männern führe und warum sie ihren zweiten Mann so spät geheiratet habe. Auch die Einstiegsfrage nach dem Abendessen zielte darauf ab, wie oft das Ehepaar Merkel/Sauer zusammen speist. Diese Strategie einer Privatisierung des »Gesprächs« durch Thematiken, die mit den persönlichen Beziehungen der Interviewten zusammenhängen, wurde zugespitzt durch die Fragen: »Wie wirkt sich das privat aus, wenn Probleme auftauchen? Werden Sie dann auch zur Chefin?« (Brigitte 18/2005, 85) und »Was finden

2 Dieses Foto ist eines der wenigen von Merkel freigegebenen Fotos in »privater« Pose und kein von *Brigitte* exklusiv aufgenommenes.

Sie an einem Mann attraktiv?« (ebd.). In anderen Zusammenhängen würden diese Fragen unangemessen wirken, im Kontext der Frauenzeitschrift jedoch wird ein berechtigtes Interesse der Leserin an solchen Themen konstruiert.

Die eingangs genannte Erwartung an eine Kanzlerin, Geschlechterpolitik zu betreiben, fand im Interview keinen Niederschlag. Konkrete politische Ziele und Programmatiken wurden an keiner Stelle thematisiert. Strukturelle Achsen des Geschlechterverhältnisses wurden an zwei Punkten gestreift, jedoch wie beschrieben subjektiviert: Die Frage »*Gibt es etwas, worum Sie Männer beneiden?*« (ebd.) deutete Merkel hin auf eine rein biologische Differenz, es sei die tiefere Stimme, die den Männern mehr Autorität verleihe. Damit wird die symbolische Ebene – warum gilt eine tiefere Stimme als mächtiger – ausgelklammert. Danach befragt, ob ihre Karriere auch mit Kindern vorstellbar gewesen wäre, griff Merkel zur Strategie der Personalisierung, indem sie auf ein Gespräch mit der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland verwies. Frauen mit Kindern würden danach eher spät politisch Karriere machen; das Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf fiel nicht.

Angela Merkel als politische Person wurde aus einem anderen Blickwinkel fokussiert: Unter dem Stichwort »Einsamkeit« wurde der Umgang mit Macht und Entscheidungsbefugnissen thematisiert. Diese Perspektive auf Merkels Führungsposition bietet den Leserinnen Anknüpfungspunkte; die Herausforderungen in den Funktionen als Parteivorsitzende und Kandidatin werden so zu Alltagsproblemen einer Karrierefrau.

Die Frage nach dem symbolischen Wert der ersten Kanzlerkandidatur einer Frau wurde gestellt, jedoch von Merkel unter dem Aspekt eines allgemeinen Erwartungsdruckes behandelt, dessen Geschlechtsgebundenheit sie nach ihrer Aussage nicht einschätzen könne. Hier erklärte Merkel, um diesem Druck standhalten zu können, suche sie »Normalität« und »Bodenhaftung«, die sie wie folgt erlange: »*Wenn ich aber dann ganz normale Dinge mache wie Einkaufen, merke ich, dass alles so ist, wie es vorher auch war. Die Brötchen kommen nicht schneller in den Wagen.*« (ebd., 84)

Insgesamt findet die für Frauenzeitschriften typische Fokussierung auf weiblich kodierte Erfahrungsbereiche statt. An die von *Brigitte* vorausgesetzten Alltagserfahrungen von Frauen wie Familie, Beziehung, Freundschaften, Karriere und Haushalt ist die Selbstrepräsentation der Kanzlerkandidatin im Sinne einer »normalen« Weiblichkeit anschlussfähig. Zieht man das *Freundin*-Interview hinzu, bestätigt sich die These. Auch hier nimmt die Inszenierung von Normalität einen Raum ein, der implizit vergeschlechtlicht ist. Die von Merkel unter dem Stichwort »*[Ich bin] auch gern häuslich*« (*Freundin* 20/2005, 100) genannten Ausgleichstätigkeiten wie Kochen, Wäsche aufhängen oder Spülmaschine einsortieren gleichen eher der Aufzählung klassischer Haus(frauen)arbeit und wirken als Hobbys einer akademisch gebildeten, kulturell interessierten Spitzenpolitikerin fragwürdig. Der Tenor des *Freundin*-Interviews ist dabei insge-

samt ein anderer als der des *Brigitte*-Textes. Während das Thema Geschlecht in *Brigitte* durch die oben genannten Themenbereiche sozusagen durch die Hintertür kommt, nahm *Freundin* sehr viel deutlicher schon im Titel den Geschlechtsbezug auf: »Was wollen Sie für uns tun, Frau Merkel?« hieß es hier. Zwar wurden auch in *Freundin* die schon genannten Fragen nach Freundschaften, Beziehung und Naturwissenschaft gestellt, anders als in *Brigitte* wurde aber auch explizit auf politische Programmatik und Merkels Rolle als weibliche Politikerin abgestellt. Dabei wurden zwei Ebenen des Geschlechterdiskurses von Merkel auch unterschiedlich gehandhabt. Auf Fragen nach Familienpolitik und Vereinbarkeit (auf andere geschlechterpolitische Instrumente wurde nicht eingegangen) verwies Merkel ausschließlich auf eine scheinbar geschlechtslose Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. »Eine solide Haushaltspolitik [ist] schon heute Familienpolitik« (ebd., 97), so Merkel. Die Verbesserung der allgemeinen Arbeitsmarktsituation solle die – damit von Merkel als Nebenwiderspruch gewertete – Vereinbarkeitsproblematik lösen, d. h. mehr Jobs für alle bedeute auch eine Integration von Frauen, speziell Müttern, in den Arbeitsmarkt. Während hier also auf strukturpolitischer Ebene eine geschlechtsneutrale Rhetorik gepflegt wurde, verhielt sich Merkel gegenüber der Inblicknahme ihrer eigenen vergeschlechtlichten Person uneindeutig. Zwar nahm sie für sich in Anspruch, sich trotz Kinderlosigkeit besser in »die Lage der Frauen« (ebd., 98) hineinversetzen zu können. Damit werden jedoch zwei unausgesprochene Akzente verhandelt: Sie kann es besser als ein Mann, und die Lage »der Frauen« ist in sich kohärent. Merkel führte hier die Problematik auch aus: immer gut aussehen, gut koordiniert und strukturiert sein usw. Diese ungewohnte Positionierung löste Merkel jedoch sofort wieder auf, indem sie verkündete: »Ich glaube, ich kann ein Beispiel sein, wie es funktioniert, ohne dass ich jeden Tag speziell über Frauen spreche.« (ebd.) Damit knüpft sie an die eingangs genannten Diskurse an und beruft sich auf einen Symbolwert, der sie zugleich von jeglicher ihr zugeschobener politischer Verantwortung für »die Frauen« freisprechen soll. Weitere Zugeständnisse an Geschlechterdiskurse fanden nicht statt. Merkel konstatierte, dass die Welt glücklicherweise nicht mehr in (Geschlechter-)Rollen eingeteilt werde und sie »einfach ein anderer Typ« (ebd., 100) sei als Kanzler Schröder, das Geschlecht dabei also keine Rolle spiele.

Wahlkampf im System Zweigeschlechtlichkeit

Beide Artikel reihen sich m. E. nahtlos in die von Christina Holtz-Bacha beschriebene »allgemeine Vertrauensstrategie« (Holtz-Bacha 2006, 7) ein, die den Wahlkampf in Zeiten abnehmender Parteienbindung der WählerInnen bestimmt. Geschlecht fungiert hier innerhalb dieser Strategie als Faktor, der nicht dem schnellen Themenwechsel unterlegen scheint. Dies ist jedoch mit der eingangs vermuteten Ausblendung von Differenzen unter Frauen verbunden.

Obwohl die in den letzten Wahlkämpfen beobachteten Tendenzen zu einer Privatisierung und Emotionalisierung (vgl. ebd.) für Merkels Selbstrepräsentation untypisch sind, lese ich die Interviews als Zugeständnisse in diese Richtung. Denn ohne einen klaren Bezug auf die symbolische Ordnung der Zweigeschlechtlichkeit, ohne eine klare vergeschlechtlichte Subjektposition, lässt sich keine Vertrauensstrategie verwirklichen und kein Wahlkampf gewinnen. Die Geschlechtlichkeit der Kandidatin wird damit zu einer Voraussetzung, die politisches Handeln erst ermöglicht. Frauenzeitschriften mit ihrem als einheitlich vorausgesetzten Subjekt Frau bieten Angela Merkel Anknüpfungspunkte für die Konstruktion einer normativen, d. h. normalisierten Weiblichkeit, die sich innerhalb bestimmter als weiblich definierter Erfahrungsbereiche bewegt. Gleichzeitig ist Merkels Ausblendung von Geschlechterverhältnissen auf politischer Ebene auch anschlussfähig an die Leugnung struktureller Diskriminierung und Subjektivierung von Problemlagen, wie sie in Frauenzeitschriften zu finden ist. Das für diese Medien spezifische Spannungsverhältnis zwischen einer Normalisierung von Weiblichkeit und der gleichzeitigen Individualisierung gesellschaftlicher Strukturen kommt damit der Selbstpositionierung Angela Merkels geradezu passgenau entgegen.

Literatur

- Holtz-Bacha, Christina (2006): Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 7, S. 11-19
- Klaus, Elisabeth (1998): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus, Opladen
- Röser, Jutta (1992): Nur Kinder, Küche und Konsum? Frauenzeitschriften im Zeichen von Differenzierungsprozessen, in: Fröhlich, Romy (Hrsg.): Der andere Blick. Aktuelles zur Massenkommunikation aus weiblicher Sicht, Bochum, S. 183-206
- Röser, Jutta (2005): Männerzeitschriften – Frauenzeitschriften. Systematisierung eines gemeinsamen Forschungsfeldes, Medien Journal, Heft 1, S. 23-34

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Brigitte 18/2005, 17. 08. 2005: »Wenn man mit der Politik anfängt, ist die Gefahr groß, dass man nicht mehr herauskommt.« Vor der Entscheidung: ein persönliches Gespräch mit Angela Merkel, S. 82-86
- Freundin 20/2005, 31. 08. 2005: Was wollen Sie für uns tun, Frau Merkel?, S. 96-100

»Männer reden Merkel klein«¹ Männlichkeitskritiken im Bundestagswahlkampf 2005²

Im 15. Bundestagswahlkampf, der von Schröder als »Ich oder der«-Kampf ausgerufen worden war (Holtz-Bacha 2003), spielte die Tatsache, dass es sich bei den Kandidaten Schröder und Stoiber um Männer handelte, keine Rolle. Zu selbstverständlich war es bisher, dass ein Spitzenpolitiker, insbesondere ein Kanzler, männlichen Geschlechts ist. Das Geschlechterthema gelangte nur über das Frauenbild der Kandidaten in den Wahlkampf (vgl. ebd.): So warb Kanzler Schröder um die Gunst der Wählerinnen mit seinem fortschrittlichen Frauenbild; ein Wahlkampfplakat zeigte ihn mit seiner Frau, abgedruckt war der Claim: *»Wie wichtig es ist, dass Frauen Kinder und Karriere vereinbaren können, höre ich jeden Tag. Zu Hause.«* Darüber hinaus betrieb die SPD mit Plakaten und einem Wahlspot im Kino ein »negativ campaigning« gegen Stoibers vermeintlich rückschrittliches Frauenbild, war doch dessen Ehefrau zu Gunsten der Erziehung der Kinder zu Hause geblieben und entsprach damit dem CSU-Frauenleitbild der Mutter und Hausfrau. Die Wahlkampfstrategen der Partei versuchten daraufhin, Stoibers negatives Image mit Bezug auf seine Töchter zu verbessern. Insbesondere Tochter Constanze wurde zur Verkörperung der modernen Frau stilisiert: berufstätige Anwältin, Ehefrau und Mutter. Diese Art der Thematisierung folgte der modernen Logik der Zweigeschlechtlichkeit, welche Geschlecht mit Weiblichkeit gleichsetzt, während das Männliche als das Menschliche und Allgemeine gilt.

Im 16. Bundestagswahlkampf hingegen wurde durch die Kanzlerkandidatur einer Frau die Männlichkeit von Politik in einem bisher unbekanntem Maß öffentlich thematisiert. Statt der bisher gängigen Hypostasierung von Männern zum Allgemein-Menschlichen (vgl. u. a. Simmel 1985; Meuser 1998) erfolgte nun in einer Reihe von Presseartikeln eine Demaskierung des Allgemein-Menschlichen als Männliches. Im Zuge des Wahlkampfes geriet das bisher gültige männliche Politikerleitbild immer mehr in die Kritik. Um diese These in dem folgenden Artikel zu belegen, rekonstruiere ich in einem ersten Schritt dieses Leitbild und stelle dar, wie sich der moderne politische Raum als ein männlich kodierter Raum entwickelte und Politik zu einer »Männersache« wurde. Zweitens zeige ich, wie über einen längeren Zeitraum anhand von Merkels

1 Titelzeile der *Bildzeitung* vom 12. 10. 2005.

2 Die Ausgangsthese dieses Artikels wurde bereits in Scholz 2006 entwickelt, für diesen Beitrag aber wesentlich theoretisch und empirisch erweitert.

politischem Aufstieg zunehmend die (westlichen) männlichen Rekrutierungsstrategien in der Politik in den öffentlichen Blick gerieten und analysiere drittens die massiven Männlichkeitskritiken im Bundestagswahlkampf 2005. Der Artikel schließt viertens mit einem Resümee und Ausblick ab.

Männlichkeit und Politik

Max Weber analysierte in seinem berühmten Aufsatz »Politik als Beruf« aus dem Jahre 1919 die Professionalisierung von Politik hin zu einem Beruf (Weber 1992). Dabei unterschied er sieben Typen von Politikern im Kultur- und Zeitvergleich. Für die parlamentarische Demokratie seiner Zeit machte er zwei Typen aus: den Parteibeamten und den politischen Führer. Zentrales Kriterium von Politik war für Weber der Kampf um Macht: Politik sei »Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen den Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt« (ebd., 159). Weber fragte, »was für ein Mensch man sein muss, um seine Hand in die Speichen des Rades der Geschichte legen zu dürfen« (ebd., 227) und bestimmte vor allem drei Qualitäten: Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit, sachlich gehaltenes Verantwortungsgefühl und Augenmaß im Sinne einer distanzierten Haltung zu den Dingen, die zur Debatte stehen und zu den Menschen, deren Interessen verhandelt werden.

Diese Kompetenzen sah Weber in den spezifisch männlichen Tätigkeitsbereichen seiner Zeit, der kapitalistischen Ökonomie und dem Militär, verwurzelt. Sie waren deshalb vor allem männlichen Akteuren zugänglich und vertraut. Die »Politik einer klugen Frau« hingegen sei es, so heißt es gleich zu Beginn des Aufsatzes, »ihren Mann zu lenken« (ebd., 157). Frauen wurden somit von Weber in der Sphäre der Familie verortet. Er folgte damit der für moderne Gesellschaften konstitutiven Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, die jeweils einem der beiden Geschlechter zugeordnet wurden: das öffentliche Leben den Männern und das private den Frauen (Hausen 1976). Damit verbunden war die Zuschreibung von spezifischen Charakter- und Verhaltenseigenschaften, die nur je einem Geschlecht zugänglich waren (vgl. den Aufsatz von Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Buch). Und gerade die von Weber geforderte Sachlichkeit und Distanziertheit galten als männlich. Das Politikerideal konnte demnach nur von Männern vertreten werden, was Weber in seinem Aufsatz auch explizit benennt. Während sich Weber um die Politikfähigkeit von Frauen nicht weiter kümmerte, widmeten andere Zeitgenossen diesem Thema eine »ausufernde Literatur« (Schwinger 2000, 85), in der sie nachweisen wollten, dass Frauen auf Grund ihrer vermeintlich natürlich bedingten physischen und psychischen Andersartigkeit unfähig zur politischen Mündigkeit seien.

Das moderne männliche Politikerideal stand jedoch von Anfang an in einem eigenwilligen Kontrast zum Ideal des männlichen autonomen Subjekts

(Kreisky 1995).³ Denn politische Karrieren waren an die Unterordnung und Gefolgschaft unter den politischen Führer gebunden. Diese bedingten die Einschränkung der Gestaltungsgrade von individueller Freiheit und Freizügigkeit, die jedoch für das moderne männliche Subjekt konstitutiv waren. Dies galt umso mehr, als dass Politik und Staat in Deutschland vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts männerbündisch organisiert waren.⁴ Die Teilhabe an politischer Macht war somit an die rigide Unterwerfung unter den Führer und die bündischen Regeln gebunden. Insofern setzte »der Staat, der die Superstruktur männlicher Überlegenheit verkörpert, [...] gleichzeitig auch das Ideal unabhängiger Männlichkeit außer Kraft: Er verwandelt das Wunschbild initiativer und selbständiger Männlichkeit in das Zerrbild einer abhängigen und inferioren Untertanenschaft« (Kreisky 1995, 115). Das Paradox zwischen einer solchen politisch konstruierten Männlichkeit und der Figur des autonomen Individuums kann nicht aufgelöst werden. Es wird, so Kreiskys Argumentation, in gewisser Weise befriedet, indem Männlichkeit und Individuum symbolisch und rechtlich in eins gesetzt werden.

Das von Weber beschriebene moderne Politikerideal hat bis heute seine Gültigkeit behalten. In Befragungen von Politikerinnen aus den 90er Jahren nannten diese ein hohes Maß an Kampfbereitschaft; die Bereitschaft und Fähigkeit zur optimalen Nutzung jeglicher Machtchance; die Fähigkeit und Lust zur effektiven Selbstinszenierung; die Überzeugung emotionsfrei, also sachlich und mit der »Stimme der Vernunft« zu sprechen als zentrale Kompetenzen (vgl. Schaeffer-Hegel et al. 1995; auch Meyer 1997; Weber et al. 1998). Doch inwieweit ist das Politikerideal immer noch männlich? In dieser Hinsicht lässt sich zunächst einmal feststellen, dass trotz des sukzessiven Einzugs von Frauen in die Politik, ihr Anteil in den Länderparlamenten, im Bundestag und bei den deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament mittlerweile jeweils etwas über dreißig Prozent (DJI 2005, 342 ff.) beträgt, die Mehrheit der Politiker, eben knapp 70 Prozent, männlich ist. Diese quantitative Dominanz von Männern wird in den Medien noch verstärkt. Ein Vergleich internationaler Studien belegt (Pantti 2005, vgl. auch die Untersuchung von Hardmeier; Klöti 2004; Hardmeier 2004), dass Politikerinnen nicht entsprechend ihres Anteils in den Medien vertreten, also unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus werden bestimmte Politikfelder als männlich konstruiert, auch wenn anteilig vermehrt Frauen in diesem Feld tätig sind. Ein weiterer Mechanismus ist die Nutzung einer männlich konnotierten Sprache aus den Bereichen Krieg und Sport (vgl. auch Kreisky 2000). Insgesamt wird der politische Raum durch diese Mechanismen als ein »männlicher« Raum (re-)konstruiert.

3 Zur Herausbildung des modernen Ideals männlicher Subjektivität vgl. u. a. Kreisky 1995, Mehlmann 1998.

4 Vgl. ausführlich zu diesem Aspekt u. a. Kreisky 1995; Sombart 1996; Reulecke 2001.

Zwar gilt auf »offizieller« Seite die politische Partizipation von Frauen nicht mehr als legitimationsbedürftig, sondern als wünschenswert; auf der Seite gesellschaftlicher Wünsche, Bilder, Vorstellungen ist »Weiblichkeit [immer noch] ein ungewohnter, irritierender, störender oder gar ablehnender Faktor auf der politischen Bühne« (Lukoschat 1995, 303). Auf Grund des langen historischen Ausschlusses müssen Frauen ihre Politikfähigkeit immer wieder neu beweisen, während Männer vermeintlich qua Geschlecht über politische Kompetenz verfügen (Schaeffer-Hegel et al. 1995; Pantti 2005). Erschwert wird die Position von Politikerinnen durch die männerbündische politische Kultur⁵, die sich trotz des Einzuges von Frauen bisher noch nicht wesentlich gewandelt hat (Schaeffer-Hegel et al. 1995; Meyer 1997). Ein parteiinterner Aufstieg (vgl. zu diesem Aspekt Hoecker 1998) ist nicht nur enorm zeitaufwendig und an einer kontinuierlichen männlichen Erwerbsbiographie orientiert, sondern auch an die Einbindung in informelle Entscheidungs- und Machtstrukturen gebunden. Bedeutsam ist ebenso eine kulturelle Homogenität. Somit sind der Aufstieg von einem lokalen Führungsgremium und die allmähliche Verankerung in der parteiinternen Hausmacht, die als Voraussetzung für die Normierung im Bundestag gilt, vorrangig Männern mit ähnlichen Leistungsorientierungen und kulturellen Interessen möglich. Die männerbündischen Strukturen erschweren jedoch nicht nur Frauen, sondern auch Männern mit anderen Orientierungen und Interessen politische Karrieren.

Die spezifische moderne Verknüpfung von Männlichkeit und Politik, so lässt sich zusammenfassen, ist immer noch recht stabil. Sie wird jedoch seit den 1980er Jahren durch den langsamen Marsch der Frauen durch die politischen Institutionen an die Spitze brüchig und gerät, dieser Aspekt soll an dieser Stelle zumindest erwähnt werden, auch durch den Einzug von männlichen Politikern aus der Ökologiebewegung zunehmend unter Spannung.⁶ Der Griff einer Frau nach der höchsten Position in der Regierung entfachte nun eine neue Dynamik in diesem Prozess.

- 5 Nicolaus Sombart macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem reinen Männerbund um einen Idealtypus handelt. Männerbünde kommen in der Realität eher selten vor, sie sind eher ein »Phantasma, in dem eine bestimmte Realität sich spiegelt, überhöht wird, einen von der Realität abgesetzten Ausdruck findet, der aber als solcher wieder eine historisch-gesellschaftliche Realität wird, die das Denken und Handeln der Menschen prägt; um eine Ideologie also, die form- und stilbildend wirkt und dadurch zu einem für die politische Kultur in Deutschland ausschlaggebenden Gestaltungsfaktor wird.« (Sombart 1996, 142). Dieses Phantasma zeigt sich aktuell in dem so genannten CDU-Andenpakt, den ich weiter unten beschreiben werde.
- 6 Dies bedeutet nicht, dass alle Männer aus der Ökologiebewegung neue politische Männlichkeitsideale vertreten, jedoch veränderte sich die politische Landschaft der Bundesrepublik durch den Einzug der Grünen ins Parlament erheblich und war doch gerade mit dieser Partei auch der vermehrte Einstieg von Frauen verbunden.

Sensibilisierungen: Merkels »GirlsCamp« und ihr Kampf gegen den »Andenpakt«

Es wäre eine lohnende Aufgabe, über den gesamten Zeitraum von Merkels politischer Karriere zu analysieren, ab welchen Zeitpunkt die männlichen politischen Rekrutierungsstrategien öffentlich kritisiert wurden. Nach meiner Wahrnehmung geschah dies in den letzten Jahren über zwei Themen: zum einen Merkels Machtkampf gegen die ambitionierten männlichen Kollegen in der CDU, insbesondere den so genannten Andenpakt; zum anderen Merkels eigene Rekrutierungsstrategien und ihr so genanntes GirlsCamp.

Der Männerbund »Andenpakt« wurde auf einer Reise in die Anden in den 1970er Jahren u. a. von den heutigen Ministerpräsidenten Christian Wulff, Roland Koch und Peter Müller gegründet. Sie waren damals aufstrebende Mitglieder der Jungen Union und schworen sich gegenseitige Unterstützung, Gefolgschaft und Treue (vgl. Roll 2005; Langguth 2005). In den Medien tauchte dieser Geheimbund im Umfeld der Bundestagswahl 2002 auf (Roll 2005). Angeblich war Merkels Rückzug von der Kanzlerkandidatur ein von langer Andenpakthand geplantes Unternehmen, an dessen Spitze Roland Koch stand, der seinerzeit selbst Anspruch auf die Kanzlerschaft erhob. Roll vertrat die These, dass der Andenpakt *»in der Folgezeit von den Medien sehr überhöht und zu einem gefährlichen Geheimbund hoch geschrieben wurde«* (Roll 2005, 308). Auch im Wahlkampf 2005 war immer wieder vom Andenpakt zu lesen, der als größte Bedrohung für Merkel beschrieben wurde. Interessant ist nun, dass der Bund in den Medien zugleich aber auch kritisiert wurde als ein *»Westmännerkreis«* (Spiegel Online, 03. 11. 2005), der eigentlich illegitime Rekrutierungsstrategien verfolgt.

Merkel hingegen habe ihre eigenen Rekrutierungsstrategien: Sie bevorzuge in ihrem nahem Umfeld nur Frauen, die wie sie selbst nicht in den (hierarchischen) Strukturen der eigenen Partei verankert seien. Zugleich geriet damit aber in den Blick, dass es sich dabei um männliche Strukturen handelt: *»Tatsächlich kann sich Angela Merkel schlecht abends in der Kneipe blicken lassen, fehlt ihr das Kameradschaftsgeflecht, das andere in männlichen Ritualen pflegen.«* (Tagesspiegel, 21. 12. 2003) Eine wichtige Rolle spielten die Büroleiterin Christine Baumann und Eva Christiansen, zunächst Merkels Pressesprecherin, später GirlsCamp sprecherin. Dieses Trio wurde in den Medien immer wieder als GirlsCamp charakterisiert und Gerd Langguth schrieb es in seiner stark beachteten Biographie hoch zum *»schlagkräftigsten Team, vielleicht [...] das schlagkräftigste Team seit dem Untergang der Amazonenherrschaft«* (Langguth 2005, 296).

Die in den Medien viel besprochenen Biographien der Politolog_innen Evelyn Roll und Gerd Langguth können wiederum selbst als Teil des Sensibilisierungsprozesses angesehen werden. Bereits 2001 hatte die linksliberal und feministisch orientierte Evelyn Roll, die als Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung

tätig ist, ihre Merkel-Biographie unter dem Titel *Die Erste. Angela Merkels Weg zur Macht* vorgelegt. Diese erschien im Juni 2005 mit zwei ergänzten Kapiteln in zweiter Auflage. Roll analysierte kritisch Merkels Weg durch die männlichen westdeutschen Institutionen und deckte dabei die männlichen Rekrutierungsstrategien und Machtspiele auf. Auch die von Gerd Langguth, der Politische Wissenschaft an der Universität Bonn lehrt, im Sommer 2005 vorgelegte Biographie mit dem schlichten Titel *Angela Merkel* wendete sich ausführlich diesem Thema zu und analysiert, wie das *System Merkel* (ebd., 270 ff.) dennoch funktioniert.

Aus meiner Perspektive lässt sich auch der Erfolgsroman *Fräulein Schröder* der Kommunikationswissenschaftlerin Susanne Fengler (2004) in diesen Prozess einreihen. Die Autorin beschrieb anhand eigener Erfahrungen den Wahlkampf 2002 einer *großen Partei*, bei der es sich ohne Zweifel um die CDU handelte (vgl. dazu die zahlreichen Rezensionen; exemplarisch *Die Zeit*, 09.09.2004). Im Mittelpunkt stand dabei der Geschlechterkampf zwischen IHM und IHR, den die Autorin mit den Machtkämpfen am altgriechischen ptolomäischen Hof vergleicht. Die weibliche Hauptfigur wurde immer wieder mit Königin Berenike II. in Bezug gesetzt, die selbst gegen männliche Gegner um die Macht kämpfte. Damit wurde zugleich eine historische Tradition des Kampfes von Frauen um die Macht entworfen, den SIE 2002 zunächst noch verliert.

Die lange schon vor dem Wahlkampf 2005 einsetzende Thematisierung der männlichen Rekrutierungspraktiken und männlichen Rituale ist meines Erachtens eine Voraussetzung für die nun folgenden Männlichkeitskritiken. Geschlechtersoziologisch betrachtet kann man den Bogen aber noch etwas weiter spannen: Denn seit der Frauenbewegung in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts gerät die männliche Herrschaft zunehmend unter Legitimationszwang, sie kann sich nicht mehr, wie Pierre Bourdieu das formuliert, mit der Evidenz der Selbstverständlichkeit durchsetzen (Bourdieu 1997). Ich verstehe die Kritik an der Männlichkeit von Politik als Teil dieses Delegitimierungsprozesses männlicher Herrschaft.

Das große »Männlichkeits-Outing« im Bundestagswahlkampf 2005

Im Folgenden gehe ich zunächst auf die Demaskierung von Schröders Geschlechtszugehörigkeit ein und wende mich anschließend der Kritik an seiner Männlichkeit zu. In diesem Wahlkampf wurde Schröder explizit als »Mann« markiert: Er habe ein »*Männergesicht*«, einen »*nicht großen aber kraftvollen Körper*«, sei ein »*echter Kerl von ganz unten*«, sei ein »*männlicher Kanzler*«, ein »*Mann von unten*«, »*Privatmann in der Familie*«. Als Politiker wurde er als »*Machtmensch*« und »*Spieler*« beschrieben, als »*Alphatier*«, »*Rüttler am Gitter des Kanzleramtes*«, als jemand, der »*den Sieg will*«, »*den Kampf an sich liebt*«, »*kurzer offener Kampf*«.

Das ist die Logik der Macht« (Berliner Zeitung, 14. 09. 2004, 3). Schröder entsprach demnach dem idealtypischen Bild des Politikers, als dessen zentrales Charakteristikum der Machtkampf gilt.

Katharina Rutschky behauptete gar: »Mit Schröder ist zum ersten Mal ein Mann Bundeskanzler gewesen.« (Berliner Zeitung, 23./24. 07. 2005, 27) Was für ein Paradox angesichts der Ahnengalerie der deutschen Kanzler! Das Zitat belegt jedoch die »Verallgemeinmenschlichung« der bisherigen Kanzler und die Demaskierung von Männlichkeit im Wahlkampf 2005. Jedoch geriet diese »neue« Männlichkeit des Kanzlers auch gleich wieder in die Kritik. Dabei lassen sich drei Phasen ausmachen: Zunächst fand eine zögerliche Kritik am machohaften Gebaren Gerhard Schröders statt. Nach seinem Auftreten in der so genannten Elefantenrunde am Wahlabend des 18. 09. 2005 setzte eine massive Kritik an seinem Verhalten ein, die auch auf den ehemaligen Vizekanzler Fischer und nach der Infragestellung der Richtlinienkompetenz der nominierten Kanzlerin auf weitere Politiker ausgeweitet wurde. Diesen Prozess werde ich im Folgenden rekonstruieren.

Bereits in der Woche vor der Wahl beanstandete bspw. Harald Jähner (Berliner Zeitung, 12. 09. 2005, 3), dass Schröder sich als »Gefühlsmensch« inszeniere und seine »Männlichkeit als Menschlichkeit aus[s]piele[.]. Auf dem zentralen Wahlplakat, auf das der Autor hier anspielte, hieß es bekanntlich: »kraftvoll, mutig, menschlich«. Dieser Wahlkampf sei ein »letztes Aufgebot von Gefühl, Augenmaß und dem Anschein politischer Instinktsicherheit«, aber wahrscheinlich vergebens: »Die Ära des Alleinvertretungsanspruches jener vierschrotigen Kerle, die Politik geradezu tierhaft verkörperten, als reflexsicher agierende Stiere, Luchse, Bären, Uhus oder Raben, ist vorbei.« Der »Authentizitätskult in der deutschen Politik« war für ihn an sein Ende gekommen, weil die Menschen politikverdrossen seien und genug hätten von den »sich selbstverliebt und arrogant vor den Mikrofonen [...] aalenden Politikern«.

Es fanden sich eine ganze Reihe von Artikeln, in denen Schröders Auftreten, sein »triumphierendes Grinsen« (Berliner Zeitung, 26. 08. 2005, 30) und sein Dominanzverhalten bei Fernsehauftritten, wie etwa in *Sabine Christiansen; Bürger fragen, Politiker antworten; Die Favoriten*, als unangemessen und anmaßend kritisiert wurde, auch wenn es meist nicht so pointiert mit Männlichkeit in Verbindung gesetzt wurde. Dies war erst in der Folge des Auftritts in der *Berliner Runde* der Fall, dem Höhepunkt von Schröders »Männlichkeits-Outing«, wie es im Beobachtungsprotokoll *Angela Watch* des Journalistinnenbundes (o. J.) heißt. Die *Bildzeitung* (23. 09. 2005, 1) bspw. bildete Schröder als Julius Caesar ab und fragte: »Ist Schröder im ›Caesarenwahn‹?« und konstatierte: »Die spinnen, die Römer-Genossen!« Auch *Der Spiegel* (26. 09. 2005, 1) bildete Schröder auf dem Titelblatt als starken Zirkusmann im Caesaren-Outfit ab und bezeichnete ihn im redaktionellen Teil als »Testosteronbombe«, als »Rüpel« und »Rabauken«. Unter der »Ära Schröder/Fischer« habe sich im Bundestag »der Umgangston der

Straße und auch das Regelwerk von dort« eingeschlichen. »Wichtig war das, was die Spanier cojones nennen, jene Körperteile, die beim Mann über die Virilität entscheiden. Nur wer mit größeren cojones ausgestattet ist, zählt, darf mitreden, wird nicht verlacht. Und umgekehrt: Wer sich sogar traut die Wirklichkeit herauszufordern, ist natürlich der Allervirilste. Es gibt auch ein Kanzlerwort zu diesem Komplex: »Nur die Harten kommen in den Garten.« (Der Spiegel, 26. 09. 2005, 44-53)

War schon vor der Wahl debattiert worden, dass die Ära des dominanzorientierten, auf mediale Selbstinszenierung ausgerichteten Politikertypus, der überdies in seiner Partei keinen Widerspruch duldet, sich dem Ende zuneigt, so wurde dies nach der Wahl zur medialen Gewissheit. Die Kritik weitete sich von Schröder auf andere Politiker aus. Als Müntefering und Stoiber noch am Tag der Nominierung von Merkel zur Kanzlerin ihre Macht beschränken wollten, indem sie die »Richtlinienkompetenz« der zukünftigen Kanzlerin in Frage stellten, wurde dies sowohl in der Boulevard als auch der seriösen Presse als ungerechtfertigte Einmischung der »Männer« interpretiert und zurückgewiesen. So schrieb bspw. Stephan-Andreas Casdorff: *»Die Dame ist noch kaum im Kanzleramt, schon kommt Edmund Stoiber und gibt den »Kini«, wie sie den König in Bayern nennen und erklärt der stauenden Öffentlichkeit, es sei ihm doch egal wer unter ihm regiere. [...] So sollen die Herren, die älteren mal gar nicht erst anfangen.«* (Tagesspiegel 12. 10. 2005, 1) Und *Bild* (12. 10. 2005, 1) titelte: *»Das geht ja gut los! Männer reden Merkel klein«* und kommentierte auf der zweiten Seite: *»Die Diskussion um die Richtlinienkompetenz einer Kanzlerin Merkel macht überdeutlich, wie weit wir von echter Gleichberechtigung entfernt sind. Herrjemine, was muss es die Herren schmerzen zu akzeptieren, dass der Boss unseres Landes tatsächlich eine Frau wird.«* Dieser Aspekt war bereits bei der männlichen Besetzung der Spitzenkandidaten bei Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei.PDS kritisiert worden, wie Julia Chojecka in ihrer Analyse zeigt (in diesem Band).

Gut zwei Wochen später, am 31. 10. 2005, gab ein weiteres Ereignis Anlass zur Männlichkeitskritik. Der SPD-Vorsitzende Müntefering wollte den Bundesgeschäftsführer Kai Wasserhövel zum neuen Generalsekretär der SPD küren, jedoch kandidierte Andrea Nahles gegen ihn und gewann mit 23 zu 14 Stimmen. Müntefering trat nach dieser Niederlage zurück. Diesen Rücktritt nahm wiederum der bayrische Ministerpräsident Stoiber zum Anlass, sich nach harschen Auseinandersetzungen um die Größe und Kompetenz des zukünftigen Wirtschaftsministeriums, die er teilweise gegen die designierte Bildungsministerin Anette Schawan verloren hatte, nach Bayern zurückzuziehen.

»Seid ihr Politiker irre? Münze schmeißt hin. Stoiber will nicht mehr. Große Koalition vor dem Aus? KEINER denkt an unser Land!« titelte die Bildzeitung (01. 11. 2005, 1) und brachte damit, wie gewohnt pointiert und überspitzt, die medialen Reaktionen auf den Punkt. Drei Aspekte zogen sich durch die mediale Kritik: der Vorrang eigener Machtinteressen vor Parteieninteressen; der

undemokratische Alleinvertretungsanspruch und das Nichtakzeptieren von Niederlagen gegenüber Frauen.

Insbesondere Stoiber war schon in den vorangegangenen Wochen wiederholt dafür kritisiert worden, dass er vor allem seinen Machteinfluss vergrößern wolle, um in einer Großen Koalition als »Reservekanzler« bzw. »heimlicher Regent« (Der Spiegel, 17. 10. 2005, 24) zu agieren, der sich eigentlich »für alles zuständig fühlte« (ebd., 28) und gegen die Interessen der CDU/CSU handele. Bei Müntefering, der bis zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender eigentlich als der disziplinierte »Parteisoldat« (ebd., 42) galt, richtete sich die Kritik gegen seinen undemokratischen Alleinvertretungsanspruch: »Alleinherrscher Müntefering« (ebd., 34). Seine Abwahl sah nicht nur Der Spiegel als »eine Antwort auf einen Führungs- und Kommunikationsstil, der auf harte Autorität und bedingungslose Loyalität setzte« (ebd.). In dieser Debatte fungierte Müntefering nur als Stellvertreter der »Altherrenriege« (ebd., 41), deren Zeit abgelaufen sei.

Der Rückzug der beiden Politiker wurde auch als Resultat eines ungerechtfertigten Festhaltens an männlichen Führungsansprüchen interpretiert: »Nach dem verlorenen Kampf um die Kanzlerschaft sollen sie sich in Machtstrukturen einfügen, in denen viele Positionen von Frauen besetzt sind – nicht nur in der Bundesregierung, sondern in beiden Fällen auch in den eigenen Parteien. Im letztmöglichen Akt männlicher Solidarität haben sich beide nun gegen die Unterwerfung [...] unter die große Mutter – Angela Merkel« entschieden (Berliner Zeitung, 02. 11. 2005, 23).

Argumentiert wurde, dass die Zeit reif sei für einen »anderen Politikertypus [...] als die Kämpfernaturen Schröder und Fischer ihn verkörpern« (Tagesspiegel, 14. 10. 2005, 3) und manchem galt Stoibers und Münteferings »unmännlicher« Abgang gar als ein positives Signal für eine »erweiterte Beschäftigung der Männer mit sich selbst« und dem Aufbruch zu einer anderen Männlichkeit (Berliner Zeitung, 02. 11. 2005, 23; auch Berliner Zeitung, 18. 11. 2005, 25). Debattiert wurde der neue Politikertypus vor allem an der Person Matthias Platzeck, der nach Münteferings überraschendem Rücktritt zum neuen Hoffnungsträger der SPD avancierte. In diesem Zusammenhang ist nun interessant, dass zwar über den gesamten Untersuchungszeitraum auch Angela Merkel als Vertreterin eines neuen politischen Stils galt, jedoch erst gemeinsam mit Platzeck einen neuen Typus verkörpern konnte. Bild titelte euphorisch am Tag nach der Wahl von Platzeck zum neuen Chef der SPD: »Ossis sind jetzt die Bossis« (Bild, 01. 11. 2005, 1) und Der Spiegel verkündete einen »Aufbruch Ost« (Der Spiegel, 07. 11. 2005, 1) mit Merkel und Platzeck als sozialistischem Propagandapaar auf dem Titelblatt.



Die beiden Ostdeutschen standen nun für eine »Erneuerung des Landes« (ebd., 24), auch wenn »dem Aufbruch Ost eine Abdankung West vorausgegangen« (ebd., 25) sei, so *Der Spiegel*, »ist es ein Anfang, dem nun doch ein gewisser Zauber innewohne« (ebd., 26). Denn beide verkörpern das genaue Gegenteil der bisher herrschenden männlichen westlichen Politiker: »Dieser Typus« sei »wagemutiger als die Kollegen aus dem Westen [...] nüchterner, illusionsloser, manchmal auch härter [...] Sie gehen die Dinge pragmatisch an, sind zuerst an Lösungen interessiert und erst in zweiter Linie dann an Ideologie und Taktik.« Ihre Karriere beruhe auf »nüchterner Sacharbeit« und nicht auf »Reden in rauchigen Hinterzimmern« (ebd., 26-27). Ihr Ziel sei

eben nicht die eigene Karriere, und im Gegensatz zu den westdeutschen Politikern, die »darauf versessen [sind], immer aufs Neue die Karten für später zu mischen, anstatt die Probleme von heute anzupacken« (ebd., 25), täten sie eben gerade dies.

Vordergründig trat in dieser Konstruktion die Kategorie Geschlecht hinter die Kategorie Ostdeutsch zurück.⁷ So betonte *Der Spiegel* die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Politikern: Beide stammten aus »bürgerlichen Familien«, seien »sehr bürgerlich, sehr kirchlich« erzogen worden, beide seien »Naturwissenschaftler und damit Teil der einzigen ostdeutschen Elite, die die DDR weitestgehend unbeschadet überstanden hat« (ebd., 27-28). Jedoch blieb die Kategorie Geschlecht präsent, indem Platzek und Merkel als ein (sozialistisches) Paar auf dem Titelbild dargestellt wurden. Auch wenn der Text keinerlei Hinweise darauf gab, dass in dieser Paarkonstellatation der Mann der Frau überlegen ist, stellt sich doch die Frage, ob nur ein männlicher Politiker den neuen Politikertypus glaubhaft verkörpern konnte. Denn obwohl Merkel auf der einen Seite als ModernisiererIn der erstarrten westdeutschen Parteienlandschaft galt, wurde doch über die ganze Zeit des Wahlkampfes immer wieder die Frage gestellt: »Kann die das?« (exemplarisch *Die Zeit*, 08. 09. 2005, 13; vgl. auch Scholz 2006). Mit dem »richtigen« Mann an ihrer Seite schien nun auch Merkels Wahlsieg endlich an Zauber zu gewinnen.

Auch das Wahlergebnis bestätigte das Vertrauen in Platzek: Der »Anti-Bastamann« (*Berliner Zeitung*, 16. 11. 2005, 2) wurde am 15. 11. 2005 in Karlsruhe mit überragender Mehrheit von 99,4 Prozent zum neuen Parteivorsitzenden

7 Vgl. zu diesem Aspekt den Ansatz von Ina Dietzsch (2005) sowie den Beitrag von Sandra Noack in diesem Band.

der SPD gewählt. Angela Merkel erhielt am 22. 11. 2005 zwar die notwendigen Stimmen, um Deutschlands erste Kanzlerin zu werden, jedoch stimmten von 612 Politiker_innen 202 gegen sie, 51 davon aus den Reihen der Großen Koalition. Am Ende dieses Prozesses, so lässt sich konstatieren, war ein neuer Politikertypus medial kreiert, der stärker von einem männlichen als von einem weiblichen Politiker verkörpert wurde.

Fazit und Ausblick

Nach der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert fest: »Dies ist ein starkes Signal für die Frauen und für manche Männer auch.« Er verwies mit dieser doppeldeutigen Aussage darauf, dass dieser Bundestagswahlkampf nicht nur in der Hinsicht als historisch begriffen werden kann, dass nun eine Frau Regierungschefin dieses Landes ist, sondern dass auch eine spezifische (westdeutsche) Politikermännlichkeit verstärkt in die Kritik geriet und ihre zentralen Repräsentanten, wie Gerhard Schröder, Joseph Maria (Joschka) Fischer, Edmund Stoiber und Franz Müntefering ihre Positionen verloren oder aufgegeben haben. Kritisiert wurden an der Politikermännlichkeit folgende Aspekte:

- Persönliches Machtstreben vor politischen Inhalten und Parteieninteressen.
- Undemokratischer Alleinvertretungsanspruch (»Basta Politik«).
- Männliches Dominanzgebaren.
- Selbstverliebte Medieninszenierung.
- Nichtakzeptanz von Politikerinnen.

Wendet man sich der Frage zu, wer auf der medialen Seite die Akteure dieser Männlichkeitskritik waren, so fällt auf, dass es sich dabei vor allem um männliche Journalisten handelte (vgl. auch Journalistinnenbund o. J.). Dass also »Männer Merkel klein reden«, wurde gerade von Männern kritisiert und dies ist ein ganz beachtlicher Befund. Zu fragen ist, wofür diese Männlichkeitskritik steht. Handelte es sich um eine »reflexhafte Abwehr der Medienschelte« (Bruns 2005, 27)? Rächten sich die männlichen Journalisten an dem jahrelangen Spiel, das die medienverliebten Politiker, insbesondere der »Medienkanzler« Gerhard Schröder, mit ihren »Eitelkeiten« (Schwennicke 2005) gespielt hatten? Dann würde es sich nur um ein weiteres »männliches Spiel« (Bourdieu 1997) um Dominanz – hier zwischen Politikern und Journalisten – handeln. Meines Erachtens lässt der Umfang der Kritik jedoch vermuten, dass es sich weniger um ein weiteres männliches Spiel, sondern mehr um einen weitreichenden Wandel von kulturellen Männlichkeitskonstruktionen im Politikbereich handeln könnte.

Auch wenn es sich bei der Medienberichterstattung um Konstrukte handelt, die einer bestimmten Logik folgen (vgl. Scholz in diesem Band), so verweisen die Presseberichte doch auch darauf, dass die im zweiten Abschnitt beschrie-

bene Spannung der modernen politischen Männlichkeitskonstruktion zwischen dem Ideal unabhängiger Männlichkeit und der geforderten Unterwerfung unter die Parteiführung und Parteidisziplin aufbricht. Denn es waren gerade die (männlichen und weiblichen) Berufspolitiker der jüngeren Generationen, die die »Basta Politik« und die Alleinvertretungsansprüche der Parteispitzen in Frage stellten und auf mehr demokratischem Mitspracherecht beharrten. Auch die Kritiken an politischen Karrieren, die nicht nur, aber ganz wesentlich undemokratisch in verrauchten Hinterzimmern gemacht werden und auf dem Prinzip der Unterwerfung und Anciennität beruhen, zielten in eine ähnliche Richtung.

Was die Bundestagswahl 2005 langfristig für den Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik bedeuten wird, ist eine offene Forschungsfrage. Es ist aus meiner Perspektive ein lohnendes Unternehmen für die Geschlechterforschung, die derzeitigen Prozesse in der politischen Kultur zu untersuchen. Dabei sollte zum einen analysiert werden, ob und wie sich die politische Kultur durch den zunehmenden Anteil von Spitzenpolitikerinnen verändert. Mit Hardmeier plädiere ich dafür, nicht nur die weiter vorhandene Unterrepräsentanz von Frauen zu untersuchen, sondern auch die »Erfolgsbilanz von Kandidatinnen« (Hardmeier 2004, 168) in den Blick zu nehmen. Das Augenmerk sollte sich jedoch auch stärker als bisher auf Handlungsweisen und Erfahrungen männlicher Politiker und Berichterstatter richten, denn die bisherige dominanzorientierte Politikerkonstruktion gerät verstärkt in den männlichen Reihen in die Kritik.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1997): Männliche Herrschaft, in: Dölling, Irene; Kraus, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt am Main, S. 153-217
- Bruns, Tissy (2005): »Glaubt denen nicht«. Schröder, das Volk, die Medien, in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Heft 12, S. 27-30
- Dietzsch, Ina (2005): Die Erfindung der Ostdeutschen, in: Schäfer, Eva et al. (Hrsg.): Irritation Ostdeutschland. Geschlechterverhältnisse seit der Wende, Münster, S. 92-106
- DJI [Deutsches Jugendinstitut] (2005): Gender-Report. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Auftrag des BFSFJ, Herausgeberin: Cornelißen, Waltraud
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main
- Fengler, Susanne (2005): Fräulein Schröder, Berlin
- Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Conze, Werner (Hrsg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, S. 363-393
- Hoecker, Beate (1998): Zwischen Macht und Ohnmacht: Politische Partizipation von Frauen in Deutschland, in: Hoecker, Beate (Hrsg.): Handbuch politischer Partizipation von Frauen in Europa, Opladen, S. 65-90
- Journalistinnenbund (o. J.): Is' was, Kanzlerin? Das Besondere an weiblicher Macht oder wie Männer wieder richtige Männer wurden. Eine Analyse des Journalistinnenbundes zur Darstellung von Angela Merkel in den Medien, www.journalistinnenbund.de/aktuell/pdf/journalistinnenbund_angelawatch.pdf (gesichtet am 07. 12. 2005)
- Kreisky, Eva (1995): Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung, in: Becker-Schmidt, Regina; Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main; New York, S. 85-124
- Kreisky, Eva (2000): Geschlechtliche Fundierung von Politik und Staat, in: Janshen, Doris (Hrsg.): Blickwechsel. Der neue Dialog zwischen Frauen- und Männerforschung, Frankfurt am Main; New York, S. 167-192
- Langguth, Gerd (2005): Angela Merkel, München
- Lukoschat, Helga (1995): Geschlecht und Politik. Die Spezifika weiblicher Politiker am Beispiel des rotgrünen Senats in Berlin 1989-90, in: Schaeffer-Hegel, Barbera et al.: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler, S. 265-305
- Mehlmann, Sabine (1998): Das vergeschlechtlichte Individuum – Thesen zur historischen Genese des Konzepts männlicher Geschlechtsidentität, in: Bublitz, Hannelore (Hrsg.): Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz, Frankfurt am Main; New York, S. 95-119
- Meuser, Michael (1998): Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster, Opladen
- Meyer, Birgit (1997): Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute, Frankfurt am Main; New York
- Pantti, Mervi (2005): Literaturüberblick für das Projekt Portraying Politics. Gender, Politik und Medien, www.portrayingpolitics.org/research.php (gesichtet am 20. 12. 2005)
- Reulecke, Jürgen (2001): »Ich möchte einer werden so wie die...« Männerbünde im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main
- Roll, Evelyn (2005): Die Erste. Angelas Merkels Weg zur Macht, Reinbek
- Schaeffer-Hegel, Barbera et al. (1995): Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler
- Schwinger, Elke (2000): »Politisches Handeln«: Ein Beruf? Eine Frage des Geschlechts oder etwa eine Frage spezifischer Handlungskompetenz?, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 1/2, S. 81-100
- Schwenicke, Christoph (2005): Für eine professionelle Distanz! Eine Widerrede auf die Medienschelte, in: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Heft 12, S. 30-33
- Simmel, Georg (1985): Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter, Frankfurt am Main
- Sombart, Nicolaus (1996): Männerbund und politische Kultur in Deutschland, in: Kühne, Thomas (Hrsg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte, Frankfurt; New York, S. 136-155
- Weber, Max (1992): Politik als Beruf, in: Mommsen, Wolfgang (Hrsg.): Max Weber – Gesamtausgabe, Band 17, Tübingen, S. 156-252

Weber, Ulla; Esch, Marion; Schaeffer-Hegel, Barbara (1998): Politikerin als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23, S. 3-11

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Bild, 23. 09. 2006: Ich, Gerhard, Julius Caesar, S. 1
Bild, 12. 10. 2005: Das geht ja gut los! Männer reden Merkel klein, S. 1
Bild.de: Merkel gegen Schröder. Macht sie es wirklich besser?,
www.bild.t-online.de (gesehen am 20. 08. 2005)
Bild, 01. 11. 2005: Seid ihr Politiker irre?, S. 1
Bild, 03. 11. 2005: Ossi sind jetzt die Bossis, S. 1
Berliner Zeitung, 23./24. 07. 2005: Eine(n) bessere(n) kriegt ihr nicht! (Rutschky, Katharina), S. 27
Berliner Zeitung, 26. 08. 2005: »Das gehen wir gleich morgen an« Gerhard Schröder stellte sich Fragen der Bürger (Brunst, Claudia), S. 30
Berliner Zeitung, 12. 09. 2005: Die Leninistin der Marktwirtschaft (Jähner, Harald), S. 3
Berliner Zeitung, 14. 09. 2005: Ein offenes Buch mit sieben Siegeln (Sylvester, Regine), S. 3
Berliner Zeitung, 02. 11. 2005: Gekränkt, feige, verweiblicht? (Balzer, Jens), S. 23
Berliner Zeitung, 16. 11. 2005: Der Anti-Basta-Mann soll's richten (Schellenberger, Rouven; Fras, Damir), S. 2
Berliner Zeitung, 18. 11. 2005: Der Minister hat geweint (Stephan Speicher), S. 25
Der Spiegel, 26. 09. 2005: Ich oder Ich. Nervenkrieg um die Macht (Titelbild), S. 1
Der Spiegel, 11. 07. 2005: Was will (kann) Angela Merkel?, S. 38-52
Der Spiegel, 26. 09. 2005: Putsch gegen die Wirklichkeit (Kurbjuweit, Dirk et al.), S. 44-51
Der Spiegel, 26. 09. 2005: Weil sie kein Mädchen ist (Ludwig, Udo; Meyer, Cordula), S. 52-53
Der Spiegel, 17. 10. 2005: Die Zähmung der Tiger (Kurbjuweit, Dirk et al.), S. 22-38
Der Spiegel, 07. 11. 2005: Aufbruch Ost (Titelbild), S. 1
Der Spiegel, 07. 11. 2005: Das Experiment (Feldkirchen, Marcus et al.), S. 24-50
Spiegel Online, 03. 11. 2005: »Anden-Pakt« nimmt Friedrich Merz auf (Schumacher, Hajo),
www.spiegel.de (gesehen am 03. 11. 2005)
Der Tagesspiegel, 21. 12. 2003: Die Frau hinter ... Angela Merkel (Austilat, Andreas)
Der Tagesspiegel, 12. 10. 2005: Nach der Entscheidung. Die Trümmerfrau (Casdorff, Stephan-Andreas), S. 1
Der Tagesspiegel, 14. 10. 2005: An der Seite der Kanzler (Haselberger, Stephan et al.), S. 3
Die Zeit, 09. 09. 2004: Merkels Mädchen (Kohlenberg, Kerstin)
Die Zeit, 08. 09. 2005: Kann die das? (Ulrich, Bernd), S. 13-14

»Säbel, Florett und Pistole«¹ Geschlechteraspekte im »Kanzlerduell«

Geschlechterdifferente Orientierungen und Werte liegen dem alltäglichen Handeln mehr oder weniger unbewusst zugrunde. Wie das Doing Gender zwischen Angela Merkel und Gerhard Schröder im TV-Duell vom 04. 09. 2005 gekennzeichnet war, soll daher die Leitfrage der folgenden Analyse sein. Die Interpretation erfolgt dann vor dem Hintergrund des historischen Duell-Rituals und unter Zuhilfenahme von Methoden aus der kognitiven sprachbegleitenden Gestenforschung (McNeill 1992; Müller 1998) und der Gesprächsanalyse (Hutchby; Wooffitt 1998; Sandig; Selting 1997).

Das Duell im Wandel der Zeit

Das historische Duell war ursprünglich dem Adel vorbehalten und bezeichnete den »ehrenhaften« Zweikampf unter Männern einer satisfaktionsfähigen Gesellschaft, die den gleichen ständischen Ehrbegriff teilten (Frevort 1991, 23). Dieser Ehrbegriff manifestierte sich in einem ritterlichen Männlichkeitsideal, in welchem Ehre höher geschätzt wurde als das Leben. Das heißt, bei jeder vermuteten Beleidigung seitens eines anderen Mitglieds dieses Standes musste der Beleidigte darauf bestehen, dass der Beleidiger ihm für ein Duell zur Verfügung steht (»Satisfaktion« gibt) und damit bestätigt, dass er ihn als Standesgenossen anerkennt. Eine Nichtforderung oder Ablehnung zog schwere gesellschaftliche Folgen nach sich, wie die Aberkennung der Satisfaktionsfähigkeit und damit den Ausschluss aus dieser Gesellschaft, was in der Regel die Vernichtung der gesellschaftlichen Existenz zur Folge hatte.

Im Unterschied zu den Raufereien der so genannten gemeinen Leute waren Duelle in Bezug auf Teilhabe, Ablauf und Waffenwahl stark formalisiert. Der Beleidigte konnte die Waffen bestimmen, wobei ungewöhnliche Waffen oder Bedingungen der Zustimmung beider Seiten bedurften. Das Aushandeln darüber oblag den Sekundanten, die außerdem den gerechten Ablauf des Duells zu überwachen hatten.

- 1 Anmerkung: Wenn in diesem Beitrag ausschließlich von Männern die Rede ist, benutze ich die männliche Form, ebenso in direkten Zitaten. Ansonsten stehen aus rein praktischen Gründen bei Personen immer die weiblichen Formen, wobei Männer jedoch regelmäßig mitgemeint sind.
- 2 Zur Erläuterung s. auch die Einleitung von Scholz in diesem Buch.

In der Zeit der Aufklärung erweiterte sich die Teilhabe am Ehrenhabitus und wurde nun auch vom Bildungsbürgertum in Anspruch genommen (ebd., 179 ff.). Eine ständische Abschließung gegen unterbürgerliche Schichten blieb jedoch erhalten. Desgleichen wurde die Zugehörigkeit zu der eindeutig männlich definierten Domäne gegen die schleichende Feminisierung der Gesellschaft verteidigt (ebd., 214 ff.).

Die Geschichte der neueren Form des TV-Rededuells begann 1960 im US-amerikanischen Fernsehen, als die Präsidentschaftskandidaten Nixon und Kennedy gegeneinander antraten (Maurer; Reinemann 2003, 10). In Deutschland gab es erstmalig im Jahr 2002 ein solches Rededuell, bei dem Kanzlerkandidat Stoiber, also der politische Herausforderer, den amtierenden Kanzler Schröder zum Duell forderte, indem er »das Angebot des Kanzlers zu einem Fernsehduell gerne annimmt« – und zwar, noch bevor Schröder eine Duellforderung übermittelte (ebd., 39).

Bei dem TV-Duell zwischen Angela Merkel und Gerhard Schröder dagegen forderte nicht die politische Herausforderin den amtierenden Kanzler Schröder zum Duell, sondern umgekehrt – Schröder forderte Merkel zum Duell und dies bereits drei Tage vor ihrer offiziellen Nominierung zur Kanzlerkandidatin (Die Welt, 27. 05. 2005). Dennoch lässt sich eine Gemeinsamkeit dahingehend ausmachen, dass beide Forderungen zu einem unangemessenen Zeitpunkt erfolgten.

Im Ablauf des ersten Fernsehduells zwischen Stoiber und Schröder waren noch die formalen Regeln, wie Begrenzung der jeweiligen Redezeit und Verzicht auf Diskussionen zwischen den beiden Kandidaten, vorherrschend. Dieses zu Beginn relativ starre Regelkorsett des TV-Duells in Form eines nur Frage-Antwort-Formats zwischen Journalisten und Kandidaten wurde nach heftigen Kritiken durch die Parteien etwas gelockert, so dass im zweiten Duell nun auch Wortwechsel zwischen den Kandidaten Stoiber und Schröder stattfinden konnten (Maurer; Reinemann 2003, 43). Im TV-Duell Merkel gegen Schröder wurde zunehmend mehr Gebrauch davon gemacht.

Bedingungen beim TV-Duell

Trotz dieser Lockerung unterliegt die Kommunikationssituation beim TV-Duell speziellen Regeln, die sich von denen der Alltagskommunikation stark unterscheiden und somit Einfluss auf die Darstellung haben. Auf einige Besonderheiten soll daher verwiesen werden:

1. Themen werden nicht von den Kandidatinnen frei ausgehandelt, sondern von der Moderation vorgegeben.
2. Im Medienkonzept grenzen sich die Kontrahentinnen durch Angriffe auf die soziale Identität und das Image der anderen gegenseitig ab. Im Alltagskonzept dagegen versuchen die Interaktionspartnerinnen, die soziale Identität und das Image der anderen eher nicht zu verletzen (Bausch 1993, 175-193).

3. Das Ziel des TV-Duells ist es, Wählerinnen zu überzeugen, für die eigene Partei zu stimmen. Die Antworten müssen also *kurz, einprägsam, öffentlichkeitswirksam* und *leicht zu konsumieren* sein. Dabei werden häufig auch Konzepte professioneller Beratungsunternehmen übernommen.

Analyse und Auswertung

Meiner Analyse des TV-Duells vom 04. 09. 2005 zwischen dem amtierenden Bundeskanzler Gerhard Schröder und seiner Herausforderin Angela Merkel lag die Annahme zugrunde, dass sich Geschlechterrollen und -klischees auch in der TV-Duell-Situation (re)produzieren.

Mit seiner Forderung zum Duell hatte Schröder Merkel als satisfaktionsfähiges Mitglied des »Polit-Adels« anerkannt. Die Voraussetzung an der Teilhabe zum Ehrenweikampf schien damit gegeben. Auch den zeremoniellen Bedingungen wurde Genüge getan, indem zwei männliche und zwei weibliche Sekundantinnen (Sabine Christiansen, ARD; Maybrit Illner, ZDF; Peter Klooppel, RTL und Thomas Kausch, Sat1) für einen gerechten Ablauf sorgen sollten. Formal war Frau Merkel also akzeptiert – aber wie steht es um die »gelebte Gleichberechtigung« im Duell? An drei gewählten Ausschnitten soll nun exemplarisch das Doing Gender herausgestellt werden.

1. Filmsequenz (Thema Familie, Frage 48-51.1; Anhang I³)

In dieser Szene lassen sich gleich zwei Männlichkeitskonstruktionen aufzeigen. Die erste besteht darin, dass Klooppel hier nicht nur seine Rolle als Sekundant, sondern auch als Moderator überschreitet, indem er als »weißer Ritter« für »Dame« Merkel in Aktion tritt – wir haben es also mit einer echten historischen Duellkonstellation zu tun, in der die Verteidigung der Ehre als »unveräußerliches Mannesrecht« galt, auch wenn es um die Ehre der Frau ging.

Klooppel fordert von Schröder Genugtuung für die Beleidigung seiner Dame (deine Dame »Doris« hat meine Dame »Merkel« beleidigt. Sie mischt sich in Dinge ein, die sie nichts angehen). Er bezieht sich dabei auf ein Interview der Wochenzeitung *Die Zeit*, in welchem Doris Schröder-Köpf gesagt hatte: »Frau Merkel verkörpert mit ihrer Biographie nicht die Erfahrungen der meisten Frauen. Die beschäftigt, wie sie Familie und Job unter einen Hut bekommen [...] Das ist nicht Merkels Welt.« (Die Zeit, 36/2005)

Mit seiner Frage: »Wir kommen zu 'nem Interview, das eine Dame gegeben hat, [...] nämlich ihre eigene Frau [...]. Wieso mischt sich ihre Frau [...] ein?« (48), »damit disqualifiziert sie sehr bewusst ihre Gegnerin« (50) wirft er Schröder den Fehdehand-

3 Nummerierungen s. Transkriptionsanhänge I bis III am Ende des Textes. Fragen sind durchgängig nummeriert, die dazugehörigen Antworten wegen der besseren Übersicht als Unterpunkte zu den Fragen gekennzeichnet.

schuh als Forderung zum Duell hin. Schröder nimmt seinerseits nicht nur die Forderung an, sondern bestimmt auch die Waffen – Wahrhaftigkeit und Stolz –, indem er seine Frau und ihre Einmischung verteidigt: »Ich bin stolz, dass sie sich einmischt in eine ja wirklich notwendige Diskussion, die im Übrigen auch wahrhaftig ist [...] Meine Frau sagt, was sie denkt und sie lebt, was sie sagt« (48.1) und: »meine Frau hat das Recht, die Wahrheit zu sagen« (51.1).

Kloppel jedoch wehrt mit dem Vorwurf ab, dass es bei ihr (Doris) nur so aussehe, als lebe sie, was sie sagt, denn: »sie [...] lebt in einer Form [...]« und »das hat sie dann später auch noch gesagt. Sozialdemokratische Frauen bleiben zu Hause« (49). Seine Erwiderung entspricht allerdings auch nicht ganz der Wahrheit, denn tatsächlich lautete ihre Aussage: »Sozialdemokraten, das sind Leute [...]« (Die Zeit, 36/2005). Mit diesem Gegenangriff pariert er auf Schröders Griff zur Unwahrheit, da auch Doris Schröder-Köpf ihre Karriere zu Gunsten ihres Mannes zurückgestellt hat, um Kinder und Familie zu versorgen und damit eher nach einem traditionellen Frauenbild lebt, in dem Beruf und Familie nicht unter einen Hut gebracht werden müssen.

In dem folgenden Männerstreit darüber, welche Dame wahrhaftiger ist, wird Merkel aus dem Rededuell komplett ausgeschlossen. Die zweite Männlichkeitskonstruktion besteht also darin, dass beide Männer über Frau Merkel sprechen – wie sie zu sein hat, was sie denkt und wie sie fühlt. Merkels Anwesenheit scheinen beide aus ihrer Wahrnehmung völlig ausgeblendet zu haben, ihre Anwesenheit ist für dieses »Männerduell« eher unwesentlich. Weder wird sie von Kloppel gefragt, ob sie überhaupt verteidigt werden will, noch lässt Merkels Verhalten Mimosenhaftigkeit erkennen, wie Schröder unterstellt: »Also, so mimosenhaft sollte man nun wirklich (nicht)⁴ damit umgehen« (50.1). Allerdings reagiert sie selber auch nicht, sondern steht wie unbeteiligt dabei, ohne sich am Gespräch zu beteiligen. Sie lässt Kloppel also in diesem Themenkomplex um ihre Ehre kämpfen und nimmt somit selbst die historische Frauenrolle ein.

4 Dieses (nicht) ist sehr stark verschluckt von Schröder und kaum zu hören.



Das Ende dieses Duells zwischen Schröder und Kloeppel wird von Schröder eingeleitet, als er versucht, einen tödlichen Stoss gegen Kloeppel auszuführen, zu dem er bereits zuvor ausgeholt hatte. Zweimal setzte er schon mit der Äußerung an: »*das ist nicht zuletzt der Grund*« (48.1/49.1), wurde aber immer wieder von Kloeppel unterbrochen. Erst Illners Eingreifen (51) gibt Schröder die Möglichkeit zum Todesstoß. Er betont noch einmal durch mehrfache Wiederholung, dass er die Waffe Wahrheit benutzt, holt dann aber mit der Aussage: »*Das ist nicht zuletzt der Grund, warum ich sie liebe*« (51.1) zum entscheidenden Stoß aus, worauf Kloeppel nichts zurückgeben kann und mundtot gemacht wird. Die anderen scheinen zu erstarren, und es folgt eine unüblich lange Sprechpause von ca. 3 Sekunden, die einerseits als Gedenkminute für den Erschlagenen gewertet werden könnte. Sie könnte aber andererseits auch das Entsetzen der anwesenden Sekundantinnen über Schröders Griff zu einer unfairen Waffe ausdrücken, die Kloeppel nicht zur Verfügung steht. Schließlich kann er nicht gut sagen: »Ich liebe meine Dame Merkel auch.«

2. Filmsequenz (Thema Bilanz, Wahlkampf, Frage 72-73.1; Anhang II)

Das Duell nähert sich langsam dem Ende, als Kausch die Relevanz des Geschlechts von Merkel thematisiert: »Eine Frau als mögliche Kanzlerin und ein homosexueller Liberaler an der Spitze des Regierungspartners FDP [...]. Sind Sie Herrn Schröder nicht auch ein bisschen dankbar [...]?« (72) Hier fügt er Merkel eine Imageverletzung zu, die in eine ironische Äußerung verpackt ist und eine Anspielung oder einen Verweis auf negativ bewertetes Genderwissen (»klassische«, geschlechtshierarchisch geprägte Frauen- und Männerbilder) darstellt (s. dazu auch den Artikel von Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Band). Das überhebliche Lächeln von Schröder und der leicht säuerliche Blick von Merkel lassen darauf schließen, dass dieses Wissen von den Interaktionspartnerinnen geteilt und die Ironie somit verstanden wurde (zum weiteren Ironieverständnis s. auch Hartung 1998).

Im Verlauf der weiteren Szene zeigt sich jedoch, dass Angela Merkel den Spieß umdreht und mit der Geschlechtsthematik eine Waffe in die Hand bekommen hat, die sie in dieser Duellsituation auch als Waffe nutzt. Als sie antwortet, klingt ihre Stimme sehr ernst, ihre Aussage ist aber dennoch als deutlich ironisch zu werten. Sie hat also Kausch's Äußerung als Imageverletzung sehr wohl wahrgenommen und nutzt nun ihrerseits die Ironie als Waffe, in dem sie nur auf seine Äußerung der »Kanzlerin« eingeht: »Ich finde es sehr realitätsbezogen [...], dass ich Bundeskanzlerin sein werde.« (72.1) Sie demonstriert damit, dass sie in einer nicht zu unterschätzenden Position ist, was sie in einer weiteren Aussage »Wählen sie die Frau als Kanzlerkandidatin [...]!« (73.1) wiederholt und bestärkt. Des Weiteren werden ihre Aussagen zusätzlich durch ihre sehr nachdrückliche Stimme, aber auch durch ihre sprachbegleitende Gestik betont, indem sie beide Hände mit der Handinnenfläche vor ihrem Körper mehrfach nach oben hebt und sich damit selbst als ernstzunehmende Gegnerin präsentiert.



Ihr Eingehen: »Im Übrigen gibt's da Herrn Wowereit« (73.1) auf das angesprochene Thema der Homosexualität könnte als weitere Reaktion auf die deutlich geschlechtsbezogene Äußerung von Kausch, aber auch auf die Auswirkungen veränderter Geschlechtermodelle interpretiert werden (die Homosexuellen wurden bereits in den Polit-Adel aufgenommen, also warum nicht jetzt auch eine Frau).

3. Filmsequenz (Thema Bilanz, Wahlkampf, Frage 77-79; Anhang III)

In diesem Ausschnitt will der nach längerer Pause wieder auferstandene Kloepfel noch einmal das Recht des »weißen Ritters« für sich in Anspruch nehmen, erneut »seine Dame« zu verteidigen, nachdem Schröder Merkel mit dem Vorwurf angegriffen hatte, sie würde das Wahlergebnis zu ihren Gunsten vorwegnehmen und damit die Wählerinnen und Wähler nicht respektieren. Auch hier ist die sprachbegleitende Gestik von Angela Merkel besonders bemerkenswert. Denn diesmal verweigert sich Merkel ihrem weißen Ritter und stoppt ihn einerseits ganz vehement mit ihrer Aussage: »Herr Kloepfel, eine Sekunde.« (77.1)

Zum anderen nimmt sie jetzt die Waffe im wahrsten Sinne des Wortes selbst in die Hand. Ihre rechte Hand ist wie zu einer Pistole geformt (Zeigefinger ausgestreckt von sich weg, Daumen nach oben, die restlichen Finger zur Handinnenfläche gebeugt) und »erschießt« damit nicht nur ihren Duellpartner Schröder, sondern auch alle Sekundantinnen, was sich daran zeigt, dass sie diese Pistolenhand mehrfach vor sich im Halbkreis von Schröder zu Kausch und wieder zurück bewegt.



Bei dem daraufhin folgenden Wortgefecht zwischen Merkel und Schröder legt dieser die Finger seiner rechten Hand (Merkel steht rechts von ihm) in Herzhöhe an seinen Körper – er scheint getroffen zu sein.



Auf diese Treffer kann Schröder nicht mehr reagieren, da Kloeppel das Wortgefecht mit dem Satz beendet: »Frau Merkel, damit haben wir etwas geschafft, wovon wir niemals geglaubt hätten, dass es möglich wäre.« (79) Kloeppel scheint seine selbst gewählte (habitualisierte) Rolle als Beschützer und Verteidiger »seiner Dame« nicht so ohne Weiteres aufgeben zu wollen. Als »weißer Ritter« wurde Kloeppel »abgemerkelt«, also nimmt er sich das ihm zustehende Recht, als Moderator (und damit auch als Sekundant) den Kampf zu beenden.

Schlussbemerkung

In diesem Artikel konnten nur drei kurze Filmsequenzen aus den Themenbereichen Familie, Wahlkampf und Bilanz untersucht werden. Im Hinblick auf die gefundenen Ergebnisse zu den Darstellungen von Geschlechterrollen könnten weitere Untersuchungen zu Geschlechterbildern in den verschiedenen Themenbereichen des Duells, aber auch im Vergleich mit gleichen Themen im Duell zwischen Stoiber und Schröder zu weiteren Erkenntnissen in der Geschlechterforschung beitragen. So wäre eine Untersuchung darüber sicher sehr aufschlussreich, ob im Vergleich unterschiedlicher und scheinbar neutraler Themenkomplexe (z. B. Energie) auch unterschiedliche Rollen ein-

genommen werden und wie deren Darstellung jeweils erfolgt. Denn während Angela Merkel sich einerseits in der ersten Filmsequenz zum Thema Familie in die historische Frauenrolle begeben hatte, hatte sie andererseits in den darauf folgenden Sequenzen sehr aktiv ihr Duell selbst gekämpft, wie gerade auch an ihrer sprachbegleitenden Gestik in der dritten Filmsequenz deutlich wurde.

Weitere Untersuchungen könnten Aufschluss darüber geben, wie geschlechts-spezifische Ausrichtungen in gerade scheinbar »neutralen« Themenbereichen gekennzeichnet sind, woran sich implizite Geschlechterbilder erkennen lassen und wie diese vermittelt werden. Des Weiteren sollte auch das Augenmerk auf die Fragestellungen der Moderation gelegt werden, um die Darstellung möglicher vergeschlechtlichter Fragen und Antworten zur Geschlechterkompetenz deutlich zu machen.

Insgesamt lässt sich bei allen Lippenbekenntnissen zur Gleichberechtigung zeigen, wie in der Darstellung der Beteiligten dennoch alte Geschlechterrollen und -klischees verfestigt sind und reproduziert werden. Trotz Veränderung der Geschlechterverhältnisse, also vermehrter und besserer Repräsentanz von Frauen in der Öffentlichkeit, muss auch ihre Darstellung weiter im Blick behalten werden.

So gehört zu den Zielen, die noch zu erreichen sind, das Aufdecken:

- Wie in ihrer Gegenwart über sie gesprochen wird.
- Wie in ihrer Gegenwart gesagt wird, wie sie zu fühlen und zu denken haben.
- Wie in ihrer Gegenwart gesagt wird, was sie sind und wie sie zu sein haben. und wie sie darauf reagieren.

Literatur

- Bausch, Karl-Heinz (1993): Inszeniertes Argumentieren. Anmerkungen zum Argumentationsstil in Fernsehen und Alltag, Stilistik, Band III: Argumentationsstile, Hildesheim, S. 175-193
- Frevert, Ute (1991): Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München
- Hutchby, Ian; Wooffitt, Robin. (1998): Conversation Analysis, Cambridge
- Hartung, Martin (1998): Ironie in der Alltagssprache. Eine gesprächsanalytische Untersuchung, Wiesbaden
- Maurer, Marcus; Reinemann, Carsten (2003): Schröder gegen Stoiber. Nutzung, Wahrnehmung und Wirkung der TV-Duelle, Wiesbaden
- Müller, Cornelia (1998): Redebegleitende Gesten. Kulturgeschichte – Theorien – Sprachvergleich, Berlin
- McNeill, David (1992): Hand and mind: What gestures reveal about thought, Chicago
- Sandig, Barbara; Selting Margret (1997): Sprech- und Gesprächsstile, Berlin

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Die Welt (online), 27.05.2005: Schröder will Fernsehduell, CDU zögert. Großes Interesse zahlreicher deutscher TV-Stationen – Unklarheiten über die Vertrauensfrage des Kanzlers, www.welt.de (gesichtet am 07. 03. 2006)
- Die Zeit, 36/2005 (Leben): Die Frau im Kanzleramt (Niejahr, Elisabeth), www.zeit.de (gesichtet am 07. 02. 2006)

Anlage I

1. Filmsequenz: Thema Familie; Punkt 48 – 51.1., Zeit 1:06:51 – 1:08:52

NR./NAME	INHALT	GESTE
48/Kloppel	<p>Herr Bundeskanzler, wir kommen zu einem anderen Interview, das eine Dame gegeben hat, die Ihnen persönlich sehr nahe steht, nämlich Ihre eigene Frau, die gesagt hat: »Frau Merkel verkörpert mit ihrer Biographie nicht die Erfahrungen der meisten Frauen. Die beschäftigt, wie sie Familie und Job unter einen Hut bekommen, ob sie nach der Geburt für mehrere Jahre aussteigen wollen oder wie sie ihre Kinder am besten erziehen. Das ist nicht Merkels Welt.« Wieso mischt sich Ihre Frau mit solchen Thesen in den Wahlkampf ein?</p>	<p>Ton scheinbar sachlich mit leichtem, latentem Grinsen bei »nämlich ihre eigene Frau« (kann aber auch normaler Gesichtsausdruck von Kloppel sein)</p> <p>Ton scheinbar sehr betont sachlich</p>
48.1/Schröder	<p>Aber das ist 'ne merkwürdige Betrachtungsweise. Also meine Frau, die politische Journalistin ist, die klug ist und die engagiert ist, die darf sich nicht einmischen? Das ist ja sehr merkwürdig. Natürlich darf sie das, wie jeder andere von uns auch. Ich will Ihnen sagen: Ich bin stolz auf ihr Engagement. Ich bin stolz darauf, dass sie sich in dieser Weise äußert und sich einmischt in eine ja wirklich notwendige Diskussion, die im Übrigen auch wahrhaftig ist. Meine Frau sagt, was sie denkt, und sie lebt, was sie sagt. Und das ist nicht äh zuletzt der Grund...</p>	<p>Fast sich ans rechte Ohr, spricht langsam und sehr betont, Gestik nur mit rechter Hand und 2 Fingern. Merkel hat Hände übereinander auf dem Pult, ist Schröder zugewandt und lächelt mit geschlossenem Mund Kloppel unterbricht ihn, Illner unterbricht gleichzeitig und zeigt mit dem rechten Zeigefinger auf ihn</p>
49/Kloppel	<p>Ja, sie lebt ja schon in einer Form, wo man den Eindruck hat, Frauen nach dem Bild von Doris Schröder-Kopf bringen Familie und Job unter einen Hut. Gleichzeitig sagt sie aber auch: Ich bin eine sozialdemokratische Frau. Das hat sie dann später auch noch gesagt. Sozialdemokratische Frauen bleiben zu Hause, schmieren Butterbrote, gucken den Kindern über die Hausaufgaben</p>	<p>Schröder unterbricht »aber ich«, legt alle Finger der linken Hand aufs Herz und versucht weiter zu sprechen, hört dann mit offenem Mund weiter zu. Schröder unterbricht noch einmal »ist doch auch ihr gutes Recht« Kloppel wird lauter, setzt sich durch,</p>

<p>49.1 / Schröder</p>	<p>Warum darf sich meine Frau nicht äußern, wie es jeder von Ihnen auch darf? Das ist doch sehr merkwürdig. Aber darf ich das jetzt mal zu Ende führen? Sie äußert ... Entschuldigung</p>	<p>Schröder versucht, weiterzusprechen</p>
<p>50 / Kloppel</p>	<p><i>Damit disqualifiziert sie sehr bewusst Ihre Gegnerin.</i></p>	<p>Kloppel unterbricht wieder, lässt nicht locker</p>
<p>50.1 / Schröder</p>	<p>Ja, aber ich meine, Frau Merkel wird doch noch Kritik ertragen können. Ich muss sie doch auch ertragen. Was haben wir nicht alles erleben müssen, mitten aus der CDU heraus, was unsere Familie angeht. Also, so mimosenhaft sollte man nun wirklich (nicht) damit umgehen.</p>	<p>Schröder unterbricht wieder »Tschuldigung« und schlägt seine rechte Hand mehrfach flach und auch mit Handkante nach unten. Merkel erstmalig wieder ab »doch noch Kritik« bis »was unsere« im Bild: Sie lächelt und ist Schröder zugewandt, keine besondere Mimik</p>
<p>51 / Illner</p>	<p><i>Aber ist es klug, der Kanzlerkandidatin Kinderlosigkeit vorzuzwerfen?</i></p>	<p>Illner unterbricht, ist aber nicht im Bild</p>
<p>51.1 / Schröder</p>	<p>Darf ich ... Ob es klug ist oder nicht, darf ich sagen, was es wirklich ... um was es wirklich geht? Ich sage: Meine Frau hat das gute Recht, erstens die Wahrheit zu sagen, denn es ist die Wahrheit und zweitens sich zu äußern, wann immer sie das für richtig hält. Und sie äußert sich engagiert. Ich sage noch einmal: Sie lebt das, was sie sagt, und ich füge hinzu: Das ist nicht de... zuletzt der Grund, warum ich sie liebe.</p>	<p>Schröder wischt mit der rechten Hand Illners Einwurf weg. Schlägt rechte Hand mehrfach nach unten auch mit der Seite (Geste: abschneiden). Spricht sehr langsam und betont, ca. 3 Sek. Pause nach der Liebes- erklärung und keine weitere Reaktion</p>

Anlage II
 2. Filmsequenz: Thema Wahlkampf; Punkt 72 – 73.1, Zeit 1:30:48 – 1:32:25

NR./NAME	INHALT	GESTE
72/ Kausch	<p><i>Frau Merkel, ziehen wir mal ein bisschen Bilanz. Rot-Grün hat die Politik verändert. Sie sagen: vieles zum Schlechteren. Aber vielleicht gibt's ja auch was Positives. Daniel Cohn-Bendit sagte kürzlich: Eine Frau als mögliche Kanzlerin und ein homosexueller Liberale an der Spitze des Regierungspartners FDP, es wäre ohne Rot-Grün undenkbar gewesen. Sind Sie Herrn Schröder nicht auch ein bisschen dankbar, dass sich in diesem ja oft sehr biederen Deutschland ein weltoffenes Klima geschaffen hat?</i></p>	<p>Hat einen Stift in seiner rechten Hand, Schröder lächelt überheblich, Merkel schaut leicht verkniffen und säuerlich</p>
72.1/ Merkel	<p>Ich finde es sehr realitätsbezogen, dass sich Herr Cohn-Bendit mit der Frage auseinandersetzt, dass ich Bundeskanzlerin sein werde.</p>	<p>Antwortet sehr ernst und nachdrücklich</p>
73/ Kausch	<p>»Mögliche« sagte er.</p>	
73.1/ Merkel	<p>Denn der Bundeskanzler hat ja deutlich gesagt, dass er weder die große Koalition möchte noch ein Zusammengehen mit der Linkspartei. Und das heißt nichts anderes, als dass er in 14 Tagen keine Rolle mehr spielen wird in der sozialdemokratischen Partei. Im Übrigen gibt's da Herrn Wowerit, der bereits davon träumt, ab 2009 mit der Linkspartei zu kooperieren. Und das heißt, so wie ich Herrn Wowerit kenne, der aus der großen Koalition zu den Linken übergelaufen ist und heute mit der PDS zusammenarbeitet, dass er das natürlich sofort auch propagieren würde, wenn sich die Gelegenheit dazu gibt. Und deshalb kann ich den Wählerinnen und Wählern nur sagen: Wählen Sie die Frau als Kanzlerkandidatin bei CDU und CSU und FDP! Und Herr Cohn-Bendit ist herzlich eingeladen, sich an einer zukunftsfähigen Entwicklung in Deutschland weiter mit zu beteiligen. Was nun das Ergebnis von Rot-Grün anbelangt: Ich wurde neulich schon mal gefragt, ob ich ein Produkt von Rot-Grün bin. Da kann ich nur sagen: Wenn ich ein politisches Produkt bin, dann eines der deutschen Einheit. Darauf bin ich stolz: gesamtdeutsche Politikerin mit ostdeutschen Wurzeln zu sein. Und ansonsten bin ich ein Produkt meiner Eltern, und darauf bin ich auch stolz.</p>	<p>Schröder ist ihr zugewandt, lächelt – grinst fast Ab »im Übrigen« lächelt Merkel, hat den Kopf leicht nach hinten gelegt und schaut leicht von oben herab »Ergebnis«: hebt beide Hände nach oben – Handflächen nach oben</p>

Anlage III
3. Filmsequenz: Thema Bilanz; Punkt 77 – 79, Zeit 1:34:33– 1:35:31

NR./NAME	INHALT	GESTE
77/Kloppel	<i>Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir machen da jetzt ein Fass auf, über das wir noch ungefähr eine halbe bis Dreiviertelstunde diskutieren könnten.</i>	
77.1./Merkel	Herr Kloppel, eine Sekunde.	Merkel »schießt« mit der rechten Hand mehrfach von Kausch über Kloppel zu Schröder (alle werden getroffen)
78/Kloppel	<i>Gut, Frau Merkel, ganz kurz noch einmal; wir wollen´s ja gleich halten.</i>	
78.1./Merkel	Ich habe eben auf die Frage nach Herrn Cohn-Bendit geantwortet. Ich habe von Ihnen in der »Zeit« gelesen, dass Sie deutlich gemacht haben, Rot-Grün passte nicht in diese Zeit.	Merkel »schießt« noch, hebt dann beide Hände mit den Daumen schräg nach oben in Brusthöhe
78.2./Schröder	Ach, was man alles so liest!	
78.3./Merkel	Was man alles so sagt. Was man vor allen Dingen alles so sagt!	
78.4./Schröder	Das habe ich nicht gesagt, aber es passt in die »Zeit«.	grinst
78.5./Merkel	Das Zitat war nämlich, das war nämlich, das Zitat war nämlich von Ihnen. Sie hatten sich weit abgewendet. Und sie haben auch eben deutlich gemacht: Sie telefonieren wegen der Außenpolitik mit Ihrem Außenminister.	Linke Hand Richtung Schröder
78.6./Schröder	Ja, soll ich wegen des Wahlkampfes telefonieren oder was? Den muss er schon allein machen.	Legt Finger der rechten Hand gegen sein Herz

<p>78.7/Merkel</p> <p>Aber das ist genau das, das ist genau das Problem: Rot-Grün hat sich auseinandergeliebt. Aber noch schlimmer: Der Kanzler und seine Fraktion haben sich auseinandergeliebt. Deshalb diskutieren wir nämlich heute hier miteinander und nicht erst nächstes Jahr. Und das ist die Wahrheit und das müssen die Wählerinnen und Wähler auch wissen: Wir hätten keine Neuwahlen, wenn es einen Bundeskanzler gäbe, dem seine Fraktion folgt. Das tut sie nicht.</p>	<p>Lächelt</p> <p>»Deshalb«: Richtung Schröder, beide Handflächen nach oben, linke Hand Richtung Schröder Handfläche nach oben</p>
<p>79/Kloppel</p> <p><i>Frau Merkel, damit haben wir jetzt etwas geschafft, wovon wir niemals geglaubt hätten, dass es möglich wäre. Wir stoppen jetzt hier (...)</i></p>	

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Elefantenrunde oder die momentanen Risiken und Nebenwirkungen von Röcken und Hosen

*»Mit Angela Merkel? Er hat sie gedemütigt, er hat ihr bei seinem rüpelhaften Fernsehauftritt vom Wahlabend das Recht bestritten, Kanzlerin zu werden. Sie war schon vom Wähler schwer bestraft, und dann kam er und führte sich auf wie ein Scharfrichter.«
(Der Spiegel, 26. 09. 2005)*

Die so genannte Elefantenrunde am Abend des Bundestagswahlkampfes endete in einem Medienspektakel für Gerhard Schröder. Dass Angela Merkel als erste »Frau« in Deutschland zur Kanzlerin gewählt wurde, geriet dabei fast in Vergessenheit. Erst nachdem sich die Wogen um Schröders »suboptimalen« Auftritt geglättet hatten, wurde ihr Wahlsieg in den Medien präsent. Diese mediale Dominanz des ehemaligen Kanzlers soll hier mit Rekurs auf die Geschlechtersoziologie von Pierre Bourdieu und die Queer Theory genauer untersucht werden. Denn wir leben in einer Gesellschaft, die Menschen zwei hierarchisch organisierten Geschlechtern zuordnet. Die Elefantenrunde und ihr mediales Echo machen genau diese Machttechnologien sichtbar. Von der hier stattfindenden Imagination von Menschen als »Männer« oder »Frauen« und deren Auswirkungen handelt der folgende Text.

Den Anfang bildet ein kurzer Überblick über die Geschichte der Berliner Elefantenrunde und eine Kurzzusammenfassung der Elefantenrunde 2005, die als Ausgangspunkt unserer theoretischen Überlegungen dient. Die Analyse dieser Diskussionsrunde beginnen wir mit »Männlichkeitstheorien« von Bourdieu, die es möglich machen, die Elefantenrunde als »männliches Machtspiel« zu interpretieren. Es folgt eine Auseinandersetzung mit queer-feministischen Blicktheorien, die eine genauere Analyse der Konstruktion von Geschlecht in und durch die Medien erlauben. Den Schluss bildet ein Plädoyer für einen kritischeren Blick auf Geschlechterkonstruktionen und für das Tragen von Röcken und Hosen.

Was ist die Elefantenrunde?

Die Bezeichnung Elefantenrunde stand ursprünglich für eine informelle Beratungsrunde der CDU/CSU, auf der abseits der offiziellen Gremien Entscheidungen ausgearbeitet wurden. Nach dem Tod von Franz Josef Strauß wurden diese Treffen innerhalb der CDU/CSU nicht mehr weitergeführt. Der Name *Elefantenrunde* wurde in der Regierungszeit Helmut Kohls auf die an Bundes-

tagswahlhabenden stattfindenden Fernsehdebatten übertragen. An diesen von den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern veranstalteten Gesprächsrunden nehmen die Spitzenpolitiker_Innen der im Land- bzw. Bundestag vertretenen Parteien teil.¹

Am 18. September 2005 trafen Gerhard Schröder, Angela Merkel, Joschka Fischer, Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und Lothar Bisky im ZDF / ARD-Fernsehstudio aufeinander, um über das Wahlergebnis und mögliche Regierungskonstellationen zu diskutieren. Obwohl eindeutig feststand, dass die SPD an Wähler_Innenstimmen verloren hatte und die Stimmen nicht für eine rot-grüne Koalition reichen würden, bestand Gerhard Schröder weiterhin darauf, Kanzler zu sein. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits folgendes Wahlergebnis fest: CDU/CSU 35,4%; SPD 34,2%; FDP 10% plus/minus 1 bis 2 Punkte; Bündnis 90/Die Grünen 8,1% und die Linkspartei.PDS ebenfalls 8,1%.

Gerhard Schröder interpretierte das Wahlergebnis so, dass *»die Deutschen in der Kandidatenfrage eindeutig votiert haben«* (Elefantenrunde 2005). Er erklärte sich nur unter dem Umstand bereit, mit der CDU/CSU in Koalitionsverhandlungen zu treten, wenn Angela Merkel akzeptiere, dass er das Amt des Bundeskanzlers in einer großen Koalition innehaben werde. Guido Westerwelle, dessen Partei einen Wahlerfolg zu verzeichnen hatte, kontierte der selbstbewussten Stellungnahme Gerhard Schröders wie folgt: *»So gekünstelt, wie Sie hier Ihren Triumph feiern, das ist ja nicht mehr ernst zu nehmen«* (Elefantenrunde 2005) und verteidigte damit den Anspruch Angela Merkels auf das Kanzler_Innenamt. Auch Edmund Stoiber argumentierte für Angela Merkel, indem er auf eine knappe, aber doch klare Stimmenmehrheit für die CDU/CSU hinwies.

Nicht nur das laut Medienecho *»suboptimale«* Auftreten Gerhard Schröders, sondern ebenfalls die engagierten *»Gefühlsausbrüche«* von so manch anderem Teilnehmenden trugen zu einer breiten Rezeption in den Medien bei. Die Moderatoren Nicolaus Brender (ZDF-Chefredakteur) und Hartmut von der Tann (ARD), von denen man eine neutrale Position erwartet hätte, ließen sich von Gerhard Schröder provozieren und verteidigten sich engagiert. Ihre Argumentation wurde irrational und aggressiv. Auch Edmund Stoiber und Guido Westerwelle gingen auf die Provokationen des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Bundeskanzlers ein und verfielen in eine unsachliche Diskussion.

Im Gegensatz dazu hielten sich Angela Merkel, Joschka Fischer und Lothar Bisky an konventionelle Kommunikationsregeln und beteiligten sich nicht an dem *»Machtspiel«* der oben genannten Personen. Angela Merkel argumentierte sachlich, warum sie den Anspruch auf das Amt der Bundeskanzlerin erhebe (aufgrund der Wähler_Innenstimmen), während Gerhard Schröder seinen Machtanspruch damit verteidigte, dass er der Einzige sei, wie auch immer wieder im Wahlkampf betont, der über die Kompetenz für ein solches Amt verfüge.

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/Elefantenrunde>, Stand August 2006.

Wir sind der Meinung, dass Gerhard Schröder sich gegenüber einem von ihm als »Mann« wahrgenommenen Menschen nicht auf diese respektlose Art und Weise verhalten hätte. Dies soll im Folgenden mit Rückgriff auf Bourdieus Theorie männlicher Herrschaft erläutert werden.

Die Elefantenrunde als ein »männliches Spiel« um Macht und Herrschaft

In seinem Aufsatz *Die männliche Herrschaft* unternimmt Pierre Bourdieu einen Versuch, den Ursprung männlichen Dominanzverhaltens zu erklären. Demzufolge waren Frauen in der Vergangenheit lange Zeit vom politischen Leben ausgeschlossen, weshalb sie auch nicht die Möglichkeit hatten, an den Rivalitäten der Männer im öffentlichen Leben teilzunehmen. Das Ziel dieser rivalisierenden Kämpfe war bzw. ist eine Bewahrung der eigenen Ehre, welche Bourdieu als »point d'honneur« bezeichnet. Frauen wird hingegen unterstellt, mittels Verrat und Magie gegen Mittel des Rechts und der Stärke anzukämpfen und somit ein Potential an Schande und Unglück darzustellen. Für Männer ist es ein Muss, ihre Männlichkeit zu bestätigen: »Das ist ein Mann – ein Wesen, dessen Sein ein Sein-Sollen impliziert.« (Bourdieu 1997, 188)

Bourdies Theorie über die männliche Pflicht, seine Ehre zu verteidigen, lässt sich gut auf die Elefantenrunde übertragen, wo Gerhard Schröder Angela Merkel von Anfang an eine »Ebenbürtigkeit« bzw., mit Bourdieu gesprochen, die gleiche Ehre abspricht, weil er sie nicht auf gleicher »Augenhöhe« wahrnimmt. Dies zeigt sich bspw. daran, dass er in der Elefantenrunde über sie spricht und nicht direkt mit ihr. Dass Angela Merkel sich sachlich und direkt zu diesen Provokationen äußert, geht durch Edmund Stoibers und Guido Westerwelles echauffierte und »emotionale« Verteidigung Merkels unter. Auch mit der Interpretation der gesamten Situation durch unsere geschlechtlich kodierte Wahrnehmung kommt dieser Eindruck zustande, und wir bewerten Angela Merkels Reaktion auf das provokante Verhalten Gerhard Schröders als nicht »offensiv«, weil sie ihn nicht »emotional« zurückweist, sondern völlig sachlich-»rational« und ruhig argumentiert. Ihr Verhalten kann als »männlich« gedeutet werden, weil sachliche Argumentation »Männern« zugeschrieben wird, gleichzeitig wird unserer Meinung nach in der medialen Rezeption Angela Merkel »passive Weiblichkeit« vorgeworfen – was sich widerspricht (mehr dazu später im Absatz »Gender im Blick«).

Unserer Meinung nach haben in dieser Elefantenrunde Guido Westerwelle, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber und die beiden Moderatoren die »Röcke« an, weil ihr »Kampf um den Machtanspruch« auf einer rein »emotionalen« Ebene abläuft und »Emotionalität« in unserer Gesellschaft als »weibliche« Charaktereigenschaft bezeichnet wird (vgl. auch Erfurt; Haase; Roßhart in diesem Band).

Warum spielt Angela Merkel nicht nach den Regeln des »Spiels um die Ehre« mit? Würde Sie mitspielen, wäre es dann noch ein »Männerspiel« im

Sinne Bourdieus? Eine mögliche Erklärung bietet Nicolaus Sombart mit seiner These, dass das deutsche Politikverständnis für »Männer« auf der Dichotomie »Freund-Feind« beruht. »Freundschaft« sieht er als »männlich«, weshalb auch der »Staat«, welcher der »öffentlichen Sphäre« zugeordnet wird, »männlich« gedacht wird (Sombart 1996, 137). Als Basis des »Staates« gilt der »Männerbund«, welcher als ein kulturanthropologisches Phänomen bezeichnet werden kann (ebd., 138). Dieser Bund ist eine exklusiv von »Männern« geprägte Form der Gesellschaft. Es handelt sich hierbei interessanterweise um eine rein »emotionale« Bindung (ebd., 139), »Frauen« dagegen wird immer noch der Raum des »Privaten« zugeschrieben, wodurch es automatisch zu einem Ausschlussmechanismus bezüglich des »Öffentlichen« kommt.

In unserer Analyse der Elefantenrunde wird deutlich, dass das Spiel, welches Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Guido Westerwelle und die Moderatoren spielen, ein rein »männliches« ist. Angela Merkel nimmt in diesem Spiel eine beobachtende Rolle ein, ist also intellektuell und affektiv nicht auf gleiche Weise daran beteiligt. »Frauen« nehmen am Spiel mittels Stellvertreter teil, d. h. aus einer zugleich außen stehenden wie untergeordneten Position (Bourdieu 1997, 200).

In Angela Merkels Fall nehmen Edmund Stoiber und Guido Westerwelle die Rolle der Stellvertreter wahr. Beide Politiker vertreten die Meinung, dass Angela Merkel zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, und übernehmen wie selbstverständlich Angela Merkels Verteidigung. Angela Merkel hingegen reagiert selbst nicht direkt oder aktiv auf die Angriffe von Gerhard Schröder.

Wenn Angela Merkel sich an diesem »Männer«-Spiel auf gleiche Weise wie Schröder, Westerwelle und Stoiber beteiligt hätte, wäre möglicherweise das Medienecho auf ihre »weibliche Emotionalität« fokussiert worden. Für einen als »Mann« wahrgenommenen Menschen wie Gerhard Schröder scheint eine solche »Emotionalität« bzw. ein solches Machtspiel legitim, weil ihm (wie auch den anderen »Machtspielern«) auf Grund seiner Männlichkeit ein Subjektstatus zuerkannt wird. Dadurch erhalten Männer die Legitimation, auf diese Weise zu spielen. Das, was sonst als »weibliche Emotionalität« gilt, wird ausgeblendet und als »ganz normaler männlicher« Kampf um die Macht rezipiert. Gleichzeitig wird Angela Merkels »sachliches« und »unemotionales« Diskussionsverhalten hier nicht, wie sonst üblich, als »typisch männlich« gesehen. Das hierarchische Geschlechterverhältnis bleibt aufrecht, indem die Gleichsetzung emotional = weiblich und rational = männlich umgekehrt wird. Angela Merkel spielt insofern mit (»ist ganz Frau«), als dass sie nicht an der »emotionalen« Konfrontation teilnimmt.

Über die Elefantenrunde wurde nur im Zusammenhang mit Gerhard Schröders »suboptimalen« Auftritt berichtet. Angela Merkel tauchte so gut wie nicht auf. Inhaltliche Informationen fehlten. Gerhard Schröders Verhalten wurde psychologisiert und so als infantiler, »einmaliger, stressbedingter Ausfall« gewertet. Meistens wurde über die Elefantenrunde nur kurz in Artikeln,

in denen es um die Koalitionsverhandlungen ging, berichtet. Erst als Gerhard Schröder seine Niederlage eingestand, wurde wieder über Angela Merkel als mögliche Kanzlerin berichtet. Hinzu kommt der Aspekt, dass Angela Merkmals Wahl nicht medial gefeiert wurde, sondern »im Schatten« von Gerhard Schröders Rückzug stand. Zum Vergleich: Vor der Wahl war Angela Merkel als Kanzlerkandidatin in den Medien sehr präsent. Der Diskurs über ihren Wahlsieg lief über Gerhard Schröders Niederlage.

Dennoch ist Angela Merkel auch ein Beispiel für die sich verändernden Grenzziehungen in der binären Geschlechtersymbolik. Sie ist als Spitzenpolitikerin in einem »hegemonial männlich« gedachten Macht-Raum positioniert. Dies verweist auf die historische Verschiebung der Grenze zwischen »öffentlichem« und »privatem« Raum in Bezug auf die Kategorie Gender. Aber trotz aller Veränderungen, die mit der Frauenbewegung seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts einsetzten, existiert die Herstellung der binären Geschlechterordnung als gesellschaftsstrukturierendes und ausgrenzendes Element dennoch massiv weiter. Immer noch ordnen wir Menschen in das binäre Geschlechtersystem ein, bewerten und interpretieren ihr Handeln in Bezug darauf hierarchisierend. »Weiblichkeit« sowie »Männlichkeit« wird heute aber nicht mehr hauptsächlich durch klar getrennte Arbeitswelten konstruiert, sondern es ist eher die aktive Inszenierung von Körperlichkeit und Subjektivität, die die gender-performance reglementiert, normiert und einfordert.

So veränderte Angela Merkel ihr Äußeres parallel zum Machtzuwachs: Die »burschikose« Wissenschaftlerin hat sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr dem Druck Ihrer Parteigenoss_Innen und der Kritik an ihrem »unweiblichen« Erscheinungsbild, das regelmäßig Verrisssthema in den Medien war, gebeugt. Vom sportlichen Typ mit Bubikopfhaarschnitt entwickelte sie sich hin zur gepflegten »Dame« im Kostüm. Sogar ein Mimiktraining wurde erfolgreich absolviert, um, kombiniert mit entsprechender Kosmetik, aus den hängenden Mundwinkeln ein freundlich anmutendes Gesichtchen zu zaubern (vgl. Roll 2005).



Diesen Veränderungsprozess der äußerlichen Erscheinung sehen wir als Symbol für den Druck gegenüber Menschen mit dem zugeschriebenen Geschlecht »Frau«, dieses (noch immer) aktiv durch bestimmte Körperpraktiken sichtbar zu machen (zur Diskriminierung von Menschen auf Grund ihres äußeren Erscheinungsbildes siehe auch: www.lookism.info, Stand: August 2006). Angela Merkel ist nicht die einzige Spitzenpolitiker_In, die sich sichtlich »effeminiert« inszeniert. Auch Condoleezza Rice und Margaret Thatcher – nur um zwei weitere Beispiele aus der Spitzenpolitik zu nennen – gaben bzw. geben sich betont »weiblich«. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die These von Theresa Wobbe, die besagt, dass der noch immer tobende Geschlechterkampf vor allem in vormalig ausschließlich homosozial »männlichen« Berufsfeldern maßgeblich über die aktive Darstellung von Geschlecht – vor allem über Mimik, Gestik, Habitus – sichtbar wird und dies nur, um die eigene gleichwertige Kompetenz, Fähigkeit, Professionalität und damit auch den inhärenten (»männlichen«) Machtanspruch darunter zu verstecken, bzw. unsichtbar zu machen (Wobbe 2005, 470). Wenn klassisch männliche Attribute wie mächtig, aktiv, entscheidungsfreudig und »öffentlich« auch von Menschen mit dem zugeschriebenen Geschlecht »Frau« beansprucht werden, bedroht das die Logik, die hinter der althergebrachten »männlichen« Identitätskonstruktion steckt und stellt damit die Binarität der Geschlechter in Frage.

Die Maskerade Angela Merkels als »Dame« hingegen reproduziert das Geschlechtersystem. Ein aktuelleres Beispiel hierfür ist George Bushs Verhalten auf dem G8-Gipfel am 18. Juli 2006 in St. Petersburg Angela Merkel gegenüber: Bei der so genannten Minuten-Massage oder auch Liebesattacke packte er die Bundeskanzlerin aus dem Hinterhalt mit beiden Händen an den Schultern (www.bild.t-online.de, Stand: August 2006). Hätte sie sich das ihm gegenüber auch erlaubt? Hätte er das einem von ihm als »Mann« wahrgenommenen Teilnehmenden gegenüber gewagt?

Gender im Blick

Wesentlicher Aushandlungsraum für das heteronormative Geschlechtermodell, bzw. für die Grenzen zwischen den beiden angenommenen Geschlechtern, ist heute die mediale und soziale Interaktion, sowie diskursive und institutionelle Praktiken. Diese Machttechnologie wirkt normierend und stellt das binäre Gender-System überhaupt erst her. Angela Merkel wird in der Elefantenrunde außerhalb des »Männerbundes« wahrgenommen, obwohl sie, auf linguistischer Ebene betrachtet, die rhetorische Sieger_In ist (größte Anzahl ausgesprochener Worte, Logik ihrer Argumentation sachlich und »rational«, etc.). Ihre »männliche« Kompetenz wird wiederum sowohl durch ihre aktive Inszenierung als »Frau«, d. h. durch ihr äußeres Erscheinungsbild, die verhältnismäßig geringere Raumeinnahme durch Gestik, Lautstärke der Stimme und die ins-

gesamt weniger ausladende Mimik, als auch durch unsere binär sozialisierte Wahrnehmung weggeblendet (zum Thema Rhetorik und Gender vgl. Wagner-Egelhaaf 2002).

Erst bei genauem Hinsehen wird ihre Überlegenheit auch auf habitueller Ebene deutlich. In einem prekären Moment »erschießt« sie die »Duellanten« sogar mit einer eindeutigen Geste (mehr dazu im Beitrag von Böttcher in diesem Band). Doch wie wird unser Blick gegendert / getrübt?

Die mediale Inszenierung von Geschlecht ist nicht von der sozialen Positionierung von Subjekten durch und mit Geschlecht getrennt zu denken. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Entstehung neuer Bildmedien und die mit ihr einhergehende normierende, diskursivierende Macht der heutigen Bilderflut, sowie die Inkorporierung des sozialen Geschlechts durch Machttechnologien auf diskursiver und institutioneller Ebene. Die Art und Weise, mit der wir sehen und somit Dinge wahrnehmen, ist durch unsere Kultur geprägt. John Berger nennt das die soziale Ideologie des Blicks (vgl. Berger 2000, 8). Unsere Blickökonomie hat sich seit der Entstehung des Films und der Fotografie stark verändert. Organisierte die Zentralperspektive der Renaissance den Betrachtenden noch als Mittelpunkt der Welt, so fördert das Medium Film durch die entstandene Flut von bewegten und stehenden Bildern zum einen die Stürzung des Betrachtenden als Mittelpunkt der Welt und zum anderen die Möglichkeit, sich aus mehreren Positionen mit dem Abgebildeten zu identifizieren: von außerhalb aus der Perspektive der Kamera oder innerhalb durch die Identifikation mit den einzelnen Figuren, wobei bei einer Gruppe Abgebildeter eine sprunghafte und gleichzeitige Identifikation vollzogen werden kann. Die Ökonomie des Wirklichkeit generierenden Films/Blicks kann so auch als Komplize der binären Geschlechterpolitik gelesen werden: Die Kamera/der Blick ist gleichbedeutend mit dem als »männlich« bewerteten Subjekt, das aktiv auf etwas blickt, das außerhalb liegt, und das dadurch die Macht hat, es zu definieren und zu bewerten. Das Abgebildete ist der Definition »weiblich« gleich: Es wird erblickt und somit zum Objekt der Darstellung gemacht. Auch hier gibt es eine Parallele zur Symbolik: Die »Frau« erhält ihr Geschlecht unter anderem als Trägerin von »Schönheit«, »Anmut« etc., sie stellt ihr Geschlecht dar. Die Identifikationsmöglichkeiten mit den Figuren im Filmtext und mit der Kamera verweisen aber auch auf die Instabilität der Gender-Identität – mehr dazu später. Der Blick ist also Teil der Machttechnologie, die Geschlecht konstruiert und alltägliche Inszenierungen in Bezug auf Geschlecht interpretiert. Blick und Inszenierung sind durch ihre kulturelle Sozialisation nicht getrennt voneinander zu denken. Der »männlich« kodierte Blick ist eine Imagination, die durch die Annahme eines dem Blick vorhergehenden Subjekts als logisch begriffen wird. Der Blick auf sich selbst als anderer / als Konstruktion wird dadurch ausgeblendet und erzeugt erst die Wahrnehmung als »eigenes« Subjekt (Machtposition). Das andere wird so als das Objekt der Betrachtung konstru-

iert/erblickt und »weiblich« gedacht, um den eigenen Status als feststehend (naturalisierend) wahrzunehmen, um dann auf diskursiver Ebene eine Bedeutungsverhandlung vornehmen zu können. Aus einem Konglomerat der eigenen sozialen Praxis und der kulturellen Symbolik heraus wird somit das Gesehene interpretiert. Dem muss in unserer Kultur, in der Geschlecht in der Gesellschaftsordnung eine so elementare Rolle spielt, ein Wissen darüber voraus gehen, das erklärt, was Gender überhaupt ist, bzw. was »Mann«- und »Frau«-Sein bedeutet, um Menschen überhaupt diesen beiden Kategorien zuzuordnen zu können und sich selbst so zu inszenieren.

Es gibt also viele verschiedene visuelle Schlüssel und kulturelle Kompetenzen, die Interpellation, Identifikation und Voyeurismus des gegenderten Blickes generieren. Die Elefantenrunde ist eine »szenische Dokumentation«, denn Kameraführung, Schnitt etc. erzeugen eine ganz bestimmte Wahrheit, und diese ist nicht wertungslos beziehungsweise objektiv in Bezug auf Geschlecht, weil die oben erklärte Dominanz medialer Technologien auch hier ihre normierende Rolle spielen (man denke an den »Pistolenschuss«).

Resümee: Für eine queere Dekonstruktion

Angela Merkels Positionierung innerhalb der Elefantenrunde und die Rezeption der Medien macht unserer Meinung nach einerseits sichtbar, wie stark unsere deutsch-westlich, christlich, »weiße« Kultur auch heute noch von der hierarchischen Einteilung von Menschen in »Männer« und »Frauen« lebt und dass damit verbundene »heteronormative« Zwänge längst nicht überwunden sind. Auf der anderen Seite sind wir selbst in diesen Bildern gefangen und tragen durch diese Wahrnehmung und die damit verknüpfte Verwendung von Sprache zur Reproduktion des Ungleichgewichts bei. Der Mechanismus ist also eine Verbindung der momentanen Gender-Binarität und der Subjekt-/Objektperspektive, denn es gibt keinen »essentiell männlichen« Blick, kein »essentielles« vorausgehendes Subjekt, sondern kulturelle Aspekte und Kompetenzen, die das System durch den »Einzelnen« und die »Einzelne« reproduzieren. Dieser Umstand wird durch die Logik der Binarität ausgeblendet, und die entstehenden Widersprüche und Unschlüssigkeiten werden unsichtbar. Dafür spricht im diskursiven Zusammenhang auch, dass die Beschreibungen »emotional« und »rational« nur im binären Geschlechtersystem funktionieren und geschlechtlich bewertete, sprachliche Elemente sind, welche die Kategorien »Mann« – »Frau« reproduzieren. Bei unserer Auseinandersetzung stellen wir fest, dass sich die eben genannten Begriffe im Ganzen gesehen widersprechen und somit in ihrer Logik aufheben, weil sie auf alle Menschen zutreffen, jedoch zum einen auf Grund des sozialisierten Geschlechts unterschiedlich bedient werden und zum anderen durch unseren gegenderten Blick jeweils entweder in die Wahrnehmung rücken oder unsichtbar bleiben. Praktisch gesprochen

heißt das für uns, dass Angela Merkel auf Grund unserer sozio-kulturellen Situation »Frau«-Sein inszeniert, weil die binäre Ordnung diese Positionierung von ihr verlangt.

Die Reflektion über die eigene Positionierung, also ein fragender Blick, der bei der Wahrnehmung anderer auf sich selbst zurückgerichtet wird und dadurch den Subjekt-/Objektstatus sowie die Verknüpfung des hierarchisch binären Gender mitreflektiert, kann sich des Dilemmas bewusst werden, um eine Emanzipation daraus anzustreben (Evans; Gamman 1995, 47). Hilfreich kann dabei die Analyse von Identität und Machtverhältnissen, bzw. strukturellen Ungleichheiten, mit Hilfe der Queer Theory sein (Jagose 2005; Perko 2005; Quaestio 2000). »Identität« wird hier als sich im Prozess befindende Kategorie gedacht. Dadurch entsteht eine multiple, fließende und veränderbare Subjektposition, die eine »natürliche« Interpretation des eigenen Subjektes sowie der eigenen Wahrnehmung dekonstruiert, bzw. die historische Bedingtheit, die kulturelle Variabilität und interdependente, d. h. wechselseitig abhängige Kategorien überhaupt, die das Individuum in der Gesellschaft strukturell jeweils privilegieren oder benachteiligen, sichtbar macht. Queer Theory entnaturalisiert und dekonstruiert das binär organisierte Geschlechtersystem, schafft dadurch Raum für eine Neuorganisation/-definition von Identitäten und könnte somit ein Ausweg aus den unreflektiert-hierarchisch-binären Denkstrukturen bedeuten. Queere Politik überlässt folglich dem Subjekt die Definitionsmacht über sich selbst und denkt gleichzeitig interdependente Kategorien mit, um der Ausblendung/Verleugnung strukturell bedingter »Ohn-Macht« von Identitäten durch die Gesellschaftsorganisation entgegenwirken zu können.

Bildlich gesprochen, ist der Zustand einer Gleichwertigkeit aller Geschlechter (und damit meinen wir deutlich mehr als zwei) in der Differenz erst dann erreicht, wenn das Tragen von Röcken und Hosen für alle Menschen – egal mit welcher Geschlechtsidentität – ohne eine hierarchisierende Bewertung möglich ist.

Literatur

- Berger, John (2000): Sehen, das Bild der Welt in der Bilderwelt, Hamburg
- Bourdieu, Pierre (1997): Die männliche Herrschaft, in: Dölling, Irene; Kraus, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt am Main, S. 153-217
- Evans, Carolinne; Gamman, Lorraine (1995): The Gaze Revisited, or Reviewing Queer Viewing, in: Burston, Paul (Hrsg.): A Queer Romance: Lesbian, Gay Men and Popular Culture, London, S. 13-56
- Jagose, Annamarie (2005): Queer Theory, Berlin
- Perko, Gudrun (2005): Queertheorien, Köln
- Quaestio (Hrsg.) (2000): Queering Demokratie, Berlin
- Roll, Evelyn (2005): Die Erste. Angelas Merkels Weg zur Macht, Reinbek
- Sombart, Nicolaus (1997): Männerbund und Politische Kultur in Deutschland, in: Kühne, Thomas (Hrsg.): Männergeschichte – Geschlechtergeschichte, Frankfurt am Main; New York, S. 136-155
- Wagner-Egelhaaf, Martina (2002): Helena oder die Rede eines stummen Bildes. Rhetorik und Geschlecht, in: Baisch, Katharina; Kappert, Ines (Hrsg.) (2002): Gender Revisited, Subjekt- und Politikbegriffe in Kultur und Medien, Stuttgart, S. 289-306
- Wobbe, Theresa (2005): Stabilität und Dynamik des Geschlechts in der modernen Gesellschaft: Die sozio-biologische Perspektive, in: Bußmann, Hadumod; Hof, Renate (Hrsg.): Genus, Geschlechterforschung / Gender Studies in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Stuttgart, S. 444-481

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Der Spiegel, 26. 09. 2005: Putsch gegen die Wirklichkeit (Kurbjuweit, Dirk), S. 44-51
- Wikipedia: Elefantenrunde, <http://de.wikipedia.org/wiki/Elefantenrunde> (gesichtet am 25. 08. 2006)

Die Macht der Medien und das utopische Potential Merkels

Massenmedien und die Verknüpfung dieser mit dem politischen Geschehen spielen eine zunehmend große Rolle (vgl. auch Scholz in diesem Band). Da der permanente Wahlkampf zur Normalität im politischen Alltagsgeschäft geworden ist, stehen die politischen Akteure unter einer Dauerbeobachtung der Medien. Betrachtet man die wachsende Zahl an mediensozialisierten WechselwählerInnen, wird die Bedeutung von Print, Fernsehen und Radio als Forum des »Sich-zur-Schau-Stellens« klar: »Politik im Unterhaltungsformat ist [...] an der Schwelle vom 20. ins 21. Jahrhundert zu einer zentralen Bestimmungsgröße von politischer Kultur geworden.« (Dörner 2001, 31)

Der Logik des Politainment folgend, wird von den politischen Akteuren kommunikative Kompetenz abverlangt. Die Wähler und Wählerinnen am Bildschirm jedoch zu verzaubern, indem sie unterhalten werden, ist eine weitere Ebene des heutigen politischen Geschehens, denn: »Wo die Fiktionalisierung des Politischen und die Hyperrealisierung des Alltags zusammenkommen, werden Einschaltquoten gesteigert und Aufmerksamkeiten der Wählerschaft generiert.« (ebd., 131) Dabei wird der politische Akteur zum Entertainer, wenn er den Bürger erreichen will. Fragen, die es hier zu stellen gilt, sind die nach dem Zustandekommen einer hyperrealen Medienfigur, in der sich Realität und Fiktion zu einem neuen Sinngehalt vereinen, und der ihr zur Verfügung stehenden Macht. An Beispielen aus den Printmedien über den CDU-Bundesparteitag 2005 werde ich der Frage nachgehen, ob Merkel während der Wahlkampfphase den Platz einer *hyperrealen Medienfigur* einnehmen konnte. Wurde ihr die gleiche Macht zugesprochen wie einem männlichen Kollegen? Anhand des literarischen Genres der politischen Utopie werde ich auf das *utopische Potential* einer Vorreiterin eingehen, indem ich der symbolischen Kraft einer ersten Kanzlerin eine besondere Bedeutung zukommen lasse. Ambitioniert durch Vorstellungen, die nicht fiktiv bleiben müssen, komme ich zum Schluss auf mögliche Veränderungen des Mediums Sprache zu sprechen, durch das mit Hilfe der Öffentlichkeit Gleichstellung über den wissenschaftlichen Tellerrand hinaus manövriert werden könnte.

Realität + Fiktion = Hyperrealität

KandidatInnen und deren zugehörige Parteien sind abhängig von Wählern und Wählerinnen, die sich mit dem politischen Geschehen auseinandersetzen, und aus diesem Grunde für die jeweilige Partei stimmen. Da die Zahl der me-

diensozialisierten WechselwählerInnen steigt, sind die kandidierenden politischen Akteure und Parteien immer mehr auf die Gunst von deren Stimmen angewiesen. Die Partei muss, wie ein Unternehmen auch, für ihre Produkte werben. Dafür werden die Register des *Politainments*¹ gezogen. Der Logik der Symbiose von Medien und Politik folgend, treten Politiker als Entertainer auf der TV-Bühne in Talk-Shows, Game-Shows oder Soap Operas² auf. Dabei bekommen »die einen [...] Medienpräsenz und somit Machtressourcen, die anderen steigern ihre Einschaltquoten und über die Marktanteile auch ihre Werbeeinnahmen« (ebd., 135).

Die Entertainisierung des Wahlkampfs geht einher mit der *Fiktionalisierung* des Politischen. Am besten geeignet und mit einem großen Maß an Berechenbarkeit ist der Einsatz von Unterhaltungsformaten wie Film und Fernsehen, um die politischen Absichten zu vermitteln. Schröder wurde nicht umsonst als »Medienkanzler« bezeichnet, da er die geeignete Person für die Rolle der hyperrealen Medienfigur zu sein schien. So trat er zum Beispiel in der 1500. Folge der Daily Soap *Gute Zeiten Schlechte Zeiten* auf, die von weit über 6 Millionen Zuschauern gesehen wurde. In dieser Folge spielte Schröder »sich selbst – einen Kandidaten auf Wahlkampftour, der durch Zufall in den Polterabend des Serienpäarchens Flo und Andy hineingerät. In leichter Selbstironie macht der kurz zuvor erst wieder verheiratete Kandidat mit seinem Text (»Herzlichen Glückwunsch zur Hochzeit. Ich weiß, wie schwer das ist«) deutlich, dass die reale Welt in der Leichtigkeit des Seins einer unterhaltenden Als-ob-Welt aufgeht. Auch die Politik ist hier letztlich Bestandteil einer Endlosserie, die mal besser, mal schlechter unterhält, wo das Personal mitunter wechselt, aber allein die Serialität verbürgt, dass es trotz gelegentlicher Katastrophen schon immer irgendwie weitergeht. Was in jedem Fall bleibt, ist die gute Grundstimmung aller Beteiligten« (ebd., 121).

PolitikerInnen können sich also auf die fiktive Ebene begeben, indem sie entweder in einem fiktiven Medium, wie dem einer Serie, mitspielen oder aber indem sie bei einem ihrer Auftritte in der Öffentlichkeit zum einen als reale Person anwesend sind und gleichzeitig durch für den Zuschauer bekannte Filmszenarien oder Filmmusiken mit übermenschlichen Kräften einer bekannten Filmfigur überlagert werden. Vermischt sich die reale Person mit den fiktiven Darstellungen dieser, so ergibt sich daraus ein neuer Sinngehalt: Der politische Akteur oder die politische Akteurin werden zu einer *hyperrealen*

1 »Politainment bezeichnet eine bestimmte Form der öffentlichen, massenmedial vermittelten Kommunikation, in der politische Themen, Akteure, Prozesse, Deutungsmuster, Identitäten und Sinnentwürfe im Modus der Unterhaltung zu einer neuen Realität des politischen montiert werden. Diese neue Realität konstituiert den Erfahrungsraum, in dem den Bürgern heutzutage typischerweise Politik zugänglich wird« (Dörner 2001, 31).

2 Der gelungene erfolgreiche Talk- Show Auftritt von Politikern kann als Musterbeispiel für die symbiotische Struktur des modernen Politainment betrachtet werden (Dörner 2001, 135).

Medienfigur. Dörner drückt dies so aus: »Reales und Medienfiktion implodieren im Hyperrealen und formen dort eine neue spezifische Form von Wirklichkeit.« (ebd., 126)

Was aber macht eine hyperreale Medienfigur aus und welche Wirkung kann sie erzielen? »Medienfiguren sind hyperreale Größen, die an realen Personen anknüpfen und sie in einem semiotischen Prozess zu Zeichen transformieren, an denen sich Diskurspositionen festmachen lassen.« (ebd.) Die realen Körper und Biographien der politischen Akteure sind zum einen Mittel der Visualisierung und der Authentizitätsgenerierung. Zum anderen lagern sich, und dieser Punkt ist entscheidend, Bedeutungen, Werte und Sinnmuster im politischen Unterhaltungsdiskurs an diese Figuren an. Die Stärke der hyperrealen Medienfigur liegt darin, relativ fest gefügte Fronten in Bewegung bringen zu können. Es kann jedoch auch zu »Funktionsstörungen« kommen. Dies tritt dann auf, »wenn das in den Medien übliche Happy End ausbleibt und durch die harten Tatsachen realpolitischer Probleme und einer schlechten Leistung des gewählten politischen Personals ersetzt wird« (ebd. 128 f.). Diesen Vorgang beschreibt Dörner als *symbolische Kontamination*.

Merkel am Abgrund der Fiktion

Wenn man den Abgrund als Übergangsschwelle von festem Untergrund zu luftigen Weiten betrachtet, dürfte sich Merkel laut Medien an der Felskante hangelnd und nach oben strebend befinden, verwundert darüber, dass ihr doch noch jemand die Hand reicht.

Auf dem Parteitag 2005 in der Dortmunder Westfalenhalle hat sich bewiesen, dass die intendierte Glücks-Story einer ersten Kanzlerkandidatin nicht funktionierte. Auf dem Parteitag der CDU am 28. 08. 2005 waren rund 1 000 Delegierte und über 10 000 Unionsanhänger anwesend, die für Stimmung sorgten. Als »gewöhnungsbedürftig« bezeichnete die *Taz* den Parteitag, der »inzwischen aussehen [würde] wie Fußballstadien bei Länderspielen der holländischen Nationalmannschaft: tausende T-Shirts, tausende »Angie«-Pappschilder, alles in der neuen Parteifarbe Orange.« Diese negative Berichterstattung war kein Einzelfall. In dem Artikel *Angie und die Laser-Show – der Parteitag der CDU* (www.n24.de) hieß es: Mit »Trommler, Laser und Rock-Songs (wurde) Stunden vor dem Einzug der Kandidatin, ihres Wahlteams und der Regie der Ministerpräsidenten [...] dem Saalpublikum eingeheizt.« »Sieben Jahre nach dem Verlust der Macht wollte die Partei den Sieg fast herbeijubeln. Merkels Rede war Teil der Inszenierung.« Sie »passte sich in ihren 50 Minuten voll in dieses Konzept ein.« Die *Morgenpost* schrieb von einem »nach amerikanischen Muster inszenierten 19. Bundesparteitag der CDU mit den aprikotfarbenen Angie-Plakaten in den Delegiertenreihen und auf Großbildleinwänden eingespielten Videoclips [bei dem] es um Choreographie, nicht um Inhalt [ging] [...] Der Parteitag ist auf einen Höhepunkt zugeschnitten, und der heißt Merkel [...]

Und sie, die sonst selten als große Rhetorikerin auffällt, hat einen starken Tag.« (Morgenpost, 29. 08. 2005)

Auch hinter positiv klingenden Artikelüberschriften wie *CDU-Wahlpartei-tag in Dortmund voller Erfolg! Standing Ovationen für Angie Merkel!* (Weiße Rose Jugendbündnis, 28. 08. 2005) steckte lediglich die Erfolgsgeschichte Volker Kauders, der an diesem Tag mit 97,8 Prozent zum CDU-Generalsekretär gekürt wurde. Merkel wurde mit nicht einem Wort als Queen beschrieben, die Deutschland retten wird, wie durch die Inszenierung und den Songs von Queen *We are the champions* und den Rolling Stones *Angie* wohl intendiert war. Warum aber funktionierte der Prozess nicht, obwohl der realen Person Merkel mit Hilfe von Fiktionen politische Inhalte zugeschrieben wurden. So verwiesen die Laser-Show und Songs mit Inhalten wie »*With no loving in our souls and no money in our coats, you can't say we're satisfied*« auf den schlechten wirtschaftlichen Zustand Deutschlands, den sie laut ihren programmatischen Aussagen ändern wollte.

An dieser Stelle schließe ich meine These an, dass Merkel noch *keine Funktion einer hyperrealen Medienfigur* einnehmen kann. Wie oben beschrieben sind die Werte und Bedeutungen, die einem politischen Akteur eingeschrieben werden und die dieser/diese darstellt, von großer Bedeutung. Da sich aber um Merkel kein einheitliches Bild ergeben hat (vgl. auch Fantke; Schmidt; Zeidler in diesem Band), sondern verschiedene Diskurse aus der Irritation heraus eröffnet wurden, kann ihre Figur nicht durch fiktive Ereignisse überschrieben werden, um zu einer neuen politischen Realität zu gelangen. Eine Fiktionalisierung ihrer Person ist *noch* nicht möglich.

Merkels Macht

Es ist klar geworden, dass PolitikerInnen auf die Wirkung der Massenmedien angewiesen sind. »Das knappe Gut der Aufmerksamkeit derjenigen, die zugleich Fernsehpublikum und Wählerschaft sind, lässt sich [...] nur dann erobern, wenn man es mit Hilfe geschickter Inszenierungstechniken schafft, immer wieder präsent zu sein und die knappe Medienzeit möglichst markant zu nutzen. Wer diese Ressource erobert hat, kann sich dann auch im innerparteilichen Machtkampf leichter durchsetzen.« (Dörner 2001, 142) Der Spur der Macht möchte ich etwas länger folgen, um verstehen zu können, welche Potentiale in der Verknüpfung von Politik und Medien stecken. Des Weiteren soll dies zu einer Klärung meiner These führen, dass Merkel im Wahlkampf 2005 noch keine hyperreale Medienfigur sein konnte.

Macht hat nicht gleich die Person, die an der Spitze steht. Zur Macht braucht es Wille, sonst wäre die Macht nur eine Wirkung ohne Ziel. Der Wille allein lässt uns leider keine Berge versetzen. Die politischen Akteure erhalten dann Macht, wenn sie von den Menschen gesehen werden und deren Aufmerk-

samkeit geschickt auf sich lenken. »Macht ist ein Mittel von Politik, nicht der Inhalt«, schreibt Bodo Zeuner, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin. Vergleicht man diese Aussage mit dem obigen Zitat aus der *Morgenpost*, welches besagt, dass es bei dem Parteitag der CDU »[...] um Choreographie, nicht um Inhalt (ging)«, wird die Verknüpfung von Politik und Medien noch deutlicher: Allein die Choreographie ist bedeutend. Die PolitikerInnen wählen gezielt aus, wie sie sich verhalten und was sie sagen, im Wissen um die Auswahlkriterien der Medien. Schlussfolgernd könnte man meinen, dass nicht die Macht an sich bedeutend ist, sondern allein die Haltung (vgl. www.politikorange.de). Mit Haltung ist hier eben jene Medienkompatibilität gemeint, die der »Medienkanzler« Schröder zu nutzen wusste: ein strahlendes Lächeln, ein fester Schritt, gerade Schultern. Das gesamte Verhalten politischer Akteure muss auf einen starken Charakter der Person hinweisen. Da wir aber wissen, dass die Einschätzungen über eine andere Person sich immer an bestimmten Vorgaben orientieren, die wir innerhalb unserer Sozialisation mitbekommen haben, befinden wir uns erneut in einem Dilemma, welches zwangsweise dazu führen muss, sich den gegebenen Denkstrukturen und Rollencharakteren anzupassen, um Erfolg zu haben, um die »richtige« Haltung einzunehmen, um sich entertainen zu können und um in die Rolle der hyperrealen Medienfigur zu passen (dabei spreche ich nicht davon, der Forderung nach Frauenpolitik nachzukommen! Vgl. den Beitrag von Fantke; Schmidt; Zeidler in diesem Band). Auch an der heutigen Kanzlerin sind diese Anforderungen seit Beginn ihrer Kanzlerkandidatur nicht spurlos vorbei gezogen. Die unabhängige Zeitung zum Jugendmedienworkshop *Politikorange* schreibt: »Sie (hat) ihr Äußeres verändert und achtet bewusster als zuvor auf ihr Auftreten und auf ihr Äußeres. Sie steht nicht mehr so oft mit hängenden Schultern da, blickt nicht mehr so schüchtern. [...] Und doch strahlt ihre Haltung noch nicht die Macht aus, die ihr Vorgänger, der »Medienkanzler« Gerhard Schröder, auf uns ausgeübt hat.« (politikorange 12/2005, 7)

Weiterhin geht es um die Frage, inwieweit Merkel zum Zeitpunkt ihrer Kanzlerkandidatur Macht zugesprochen wurde oder nicht. Der bedeutende Politik- und Gesellschaftsforscher Karl W. Deutsch widmet sich dem Zusammenhang zwischen Macht und Willen und formuliert wie folgt: »Eine [...] Anleitung ist unentbehrlich für jedes System, dessen Macht nachhaltig und eindrücklich auf seine Umgebung wirken soll.« (Deutsch 1963, 170) Da nicht mehr die Parteiprogramme die WählerInnen anleiten, sondern über die KandidatInnen der jeweiligen Partei zum Ausdruck kommen sollen, möchte ich die politischen Akteure selbst an die Stelle der von Deutsch gemeinten »Anleitung« setzen. Dabei muss die »Anleitung« aus ihrem Charakter selbst gezogen werden (vgl. ebd.). Das bedeutet, dass wir die Beziehung der Macht zum Willen und Charakter untersuchen können, um das Wesen der Macht jedes Einzelnen Akteurs zu verdeutlichen. Ein System braucht einen stabilen Charakter und Medien, die dieses einheitliche Bild vermitteln, um die auf das Individuum

projizierte »Anleitung« vermitteln zu können. Bezogen auf Merkel hat dieser Prozess nicht stattgefunden. Sie wurde von der Öffentlichkeit alles andere als einheitlich dargestellt. Berichte über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union unterstrichen die sonstigen Irritationen rund um Angela Merkel. Durch das Zweifeln an ihrer Kompetenz und innerparteilich fehlende Unterstützung konnte sie somit auch kein festes Bild, kein stabiles System an die Öffentlichkeit weitergeben, zumindest nicht in dem Maße, wie die Presse es benötigt hätte, um auch tatsächlich darüber zu berichten. Merkel konnte nicht den Platz einnehmen, den sie gebraucht hätte, um zum einen die Macht zu verkörpern, die ihr auch zusteht und zum anderen, um mit dieser Macht als hyperreale Medienfigur wirken zu können. Die Medien haben keine stabile Beziehung zwischen ihrer Macht als eventuelle Bundeskanzlerin und ihrer politischen Ausrichtung geschaffen, was im Sinne der Personalisierung des Wahlkampfes gerne als persönlicher Charakter verkauft wird. Problematisch ist dabei, dass »die zu vermittelnden Inhalte [...] bei diesem Showdown im Medienpark gegen Null [tendieren und] die gesamte Inszenierung [...] einzig auf das Moment des Sensationellen und die damit verbundene knappe Währung der Aufmerksamkeit abgestellt [ist]« (Dörner 2001, 131). Damit wird ein großer Teil der »Anleitung« und inneren Stabilität des Charakters auf die Person an sich gerichtet, die dann unter einer Dauerbeobachtung des Politischen und Privaten von den Medien verkauft wird. Sicherlich können diese Strategien auch positiv genutzt werden, indem der private Bereich ebenfalls in den Medien so inszeniert wird, um die Aufmerksamkeit der WählerInnen auf sich zu lenken. Entspricht aber das private Leben eines Politikers oder einer Politikerin nicht den Erwartungen der meisten LeserInnen, werden die Medien sich genau daran aufziehen und die Lebensweise eines Akteurs versuchen an die Rollenstereotype anzupassen oder aber sie werden auf die »Missstände« aufmerksam machen. Warum aber das? Weil das, was nicht den Erwartungen der LeserInnen entspricht, nicht verkauft werden kann. Ein sich immer wieder zirkulierendes System?

Anhand der von Dörner beschriebenen *symbolischen Kontamination* möchte ich an zwei verschiedenen Möglichkeiten darstellen, ob und wenn ja wie Merkel den vollen Machtanspruch haben könnte: Scheitert Merkel innerhalb der nächsten vier Jahre, so kann sie auch keinen vollen Machtanspruch legitimieren. Die Chance einer weitreichenden Wirkung der symbolischen Kraft, die einer ersten Kanzlerin inne ruht, ginge weitgehend verloren. Alle anderen paradoxen Meinungen würden durch ein Scheitern von Merkels Politik und durch die Medien bestätigt werden. Rufe wie »Die kann das nicht« etwa vom ehemaligen Vizekanzler Fischer und damaligen SPD-Chef Müntefering (vgl. Scholz 2006) würden erneut ertönen. Werden Merkel und ihre Politik aber erfolgreich sein, so die zweite Möglichkeit, erhielte sie auch nach einer möglichen Wiederwahl den vollen Machtanspruch. Ihr würden keine Kompetenzen

mehr abgesprochen, und sie würde nicht für jede Entscheidung Überzeugungsarbeit leisten müssen. Sie könnte dann – auch ohne Gelächter und mit gewünschtem Ziel – als hyperreale Medienfigur wirken und als Entertainerin auftreten. Erst dann könnte Merkel auch frauenpolitische Themen anbringen, wenn sie und ihre Partei das möchten, ohne angezweifelt zu werden. Doch auch ohne dem wird die weit reichende Kraft ihre Konsequenzen haben auf den gesellschaftlichen Zustand und vielleicht einen Geschlechtervertrag herausfordern.³ Im Zeichen der Hoffnung, dass eines Tages Kompetenzen über das äußerliche Erscheinungsbild und Medienkompatibilität siegen mögen, soll im Folgenden der Blick in eine mögliche Zukunft gerichtet werden.

Utopische Potentiale

Merkel als neues Bundeskanzler? Was will pers⁴ für Deutschland tun? Was hat pers bisher getan? Ein mit Kompetenz beladenes Person auf dem Weg an die Spitze. So könnte ein Zeitungsartikel lauten, welcher sich von tradierten Rollenmustern abwendet und den Kandidaten oder die Kandidatin allein an den fachlichen Kompetenzen messen will. Mit der Kandidatur und dem Machtanspruch Merkels entstehen Irritationen und Utopien in mancherlei Köpfen.

Der Begriff der Utopie sei hier an den Utopie-Forscher Richard Saage gelehnt, der sich von der klassischen Definition des Irrealen abwendet und der postmodernen Utopie einen Wahrheitsanspruch zugesteht: Eine Utopie ist stets zukunftsorientiert, enthält damit den Anspruch auf die Realisierung und bleibt nicht fiktiv.

Die starke symbolische Kraft, die von einer ersten Bundeskanzlerin ausgeht, fördert Wünsche zu Tage, die sich irgendwann transformierend auf das historisch-gesellschaftliche Leben auswirken könnten, sei es in der Funktion einer »neuen Sprache« oder mit dem vielseitigen Ruf nach dem »neuen Menschen«. »[Der] »neue Mensch« muss [...] verstanden sein als Varianz, als dynamische Kategorie, als Richtung, in der Entwicklung angestrebt wird. Nur dann können Festlegungen und Ausgrenzungen vermieden werden.« (Roß 2001,

3 Der Begriff des Geschlechtervertrages sei an Frigga Haug gelehnt, die davon ausgeht, dass, solange keine Gleichstellung herrscht, auch kein Geschlechtervertrag zustande kommen kann. Dieser würde zeitökonomische Faktoren, ökologische und soziale Fragen, wie Reichtum, Identität und Lebensweise beinhalten. Dem zugrunde liegenden Vertragsbegriff schreibt sie dabei den Status der bloßen Metapher zu, der sich »auf notariell beglaubigtes Papier [beschränkt, der] utopischer Machtanspruch [wird und] gleichzeitig zur Verurteilung von Beziehungen und Verhältnissen als schnöde auf Tausch orientiert und zu ihrer utopischen Überhöhung als frei und gerecht [gilt]« (Haug 1996, 14 f.).

4 Den Begriff »pers« habe ich dem utopischen Roman Marge Piercys »Frau am Abgrund der Zeit« entlehnt. Das Original erschien 1976 mit dem Namen »Woman on the Edge of Time«. »Pers« kann für die Singularformen er, sie, es und die Pluralform sie eingesetzt werden. Dadurch wird eine Sprache ohne Geschlechtsmarkierung geschaffen. Dieser Utopie entnommen ist auch die Idee, die nominalen Formen ohne feminine oder maskuline Markierung zu gebrauchen (»Bundeskanzler« anstatt Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin).

154) Persönlich bin ich angetrieben, den »neuen Menschen« als eine gleichberechtigte Person zu sehen, die sich je nach Erfordernissen persönlicher Umstände und mit den gleichen Voraussetzungen frei entfalten kann.

Als Linguistin und begeisterte Leserin der Utopistin Marge Piercy bin ich der Meinung, dass es nicht zu einer wahren Gleichstellung kommen kann, ohne im gleichen Zuge auch die Sprache zu modernisieren. Der Kommunikationswissenschaftler Roland Burkhart macht darauf aufmerksam, dass Sprache ein Medium mit großer Macht ist (Burkhart 2002). Unser Wissen und unsere Symbole, die von Kultur zu Kultur anders ausgefüllt sind und interpretiert werden, sind zum einen von unserer Sozialisation geprägt und zum anderen durch die Begriffe, die wir benutzen. Ein Mensch kann nur das aussprechen, wofür ein Begriff vorhanden ist. Da sich mit verändernden Umständen auch die Sprache verändert, kann man hoffen, dass sich eine gleichberechtigte Sprache für Mann und Frau herausbildet. Unter der »neuen Sprache« verstehe ich also eine Sprache ohne Geschlecht. In der er und sie »pers« sind und der Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin »das Bundeskanz«. In diesem Sinne verstehe ich auch den »neuen Menschen«. Um meinem Beispiel zu folgen, würde mit neutralen Formen wie »Bundeskanz« oder »Parteiabgeordnets« auch das Denken der Menschen verändert werden. Es würden Kompetenzen nicht mehr mit dem weiblichen oder männlichen Geschlecht in Verbindung gebracht werden, zumindest nicht in dem Maße, wie es heutzutage noch der Fall ist: Wir Menschen hätten dann kein Begriffsrepertoire mehr, welches darauf ausgerichtet ist, zwischen den Geschlechtern zu differenzieren.

Des Weiteren ist eine erste Frau als Bundeskanzlerin ein weiterer Schritt auf dem Weg in die Gleichberechtigung. Doch zählen nicht allein quotierte Regelungen über die Verteilung der Geschlechter in Beruf und Politik. »Es gilt also nicht, Leistungszuschreibungen gerecht zu gestalten, sondern umgekehrt, das im Leistungsbegriff Verschluckte und Mitgemeinte, welches überhaupt Zustimmung ermöglicht, herauszuarbeiten.« (Haug 1996, 38) Wir würden uns nicht mehr fragen, ob Merkel ihre Kompetenzen abgesprochen oder besondere Forderungen gestellt werden, weil sie eine Frau ist, sondern uns darauf konzentrieren, was »jedes Politik« für Vorschläge hat und was die Inhalte dieser Ideen sind.

Wenn die Medien also über eine Kanzlerin als »Angie« sprechen, ja, die Partei diesen Einfall sogar selbst hatte, müssen wir uns fragen, wie diese Bezeichnung bei den mediensozialisierten Lesern und Zuschauern ankommen soll. Weder wird damit Merkels Kompetenz noch ein stabiles Medienbild unterstützt.

Literatur

- Burkhardt, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft, 4. Aufl., Wien; Köln; Weimar
- Deutsch, Karl W. (1969): Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven, Freiburg im Breisgau
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main
- Haug, Frigga (1996): Frauen-Politiken, Berlin; Hamburg
- Piercy, Marge (2000): Frau am Abgrund der Zeit, Hamburg
- Roß, Bettina (2001): Vergessene Modelle der Wirklichkeit. Politische Utopien von Frauen, in: Kühnel, Martin; Saage, Richard (Hrsg.): Modell und Wirklichkeit. Anspruch und Wirkung politischen Denkens. Festschrift für Richard Saage zum 60. Geburtstag, S. 142- 155
- Saage, Richard (2000): Politische Utopien der Neuzeit, Bochum. Band 11
- Scholz, Sylka (2006): Von »Rüpel« und »Testosteronbomben« und einem »Engel ... der über Leichen geht«. Mediale Geschlechterkonstruktionen im Bundestagswahlkampf 2005, in: femina politica, Heft 2, S. 56-66
- Zeuner, Bodo (2003): Macht Macht dumm?, in: Kurz-Scherf, Ingrid; Arlt, Ingrid (Hrsg.): Arbeit, Bildung und Geschlecht. Prüfsteine der Demokratie. Festschrift für Jutta Roitsch, Frankfurt am Main, S. 13 - 38

Zitierte Zeitungs- und Zeitschriftenartikel

- Morgenpost, 29. 08. 2005: CDU feiert die Kanzlerkandidatin. Parteitag leitet heiße Wahlkampfphase ein – Kirchof erhält trotz der Kontroverse um seine Steuerpläne großen Beifall (Graw, Ansgar; Leersch, Hans-Jürgen), www.morgenpost.de/content/2005/08/29/politik/776051.html (gesichtet am 08. 09. 2006)
- N24, 28. 08. 2005: Angie und die Laser-Show – der Parteitag der CDU (Scharlack, Ulrich; Reuter, Gerd), www.n24.de/politik/wahl-2005/index.php/n2005082819082600002 (gesichtet am 08. 09. 2006)
- Politikorange, Dez. 2005: Alles eine Frage der Haltung. Nina Marenberg auf der Suche nach dem Zusammenhang von Macht und Haltung (Marenberg, Nina), S. 7, www.politikorange.de/ausgabe/cdu (gesichtet am 08. 09. 2006)
- Taz, 29. 08. 2006: CDU im Angie-Fieber (Wallraff, Lukas), www.taz.de/pt/2005/08/29/a0089.1/textdruck (gesichtet am 07.08.2006)
- Weißerose Jugendbündnis, 28.08.2005: CDU-Wahlparteitag in Dortmund voller Erfolg! Standing Ovationen für Angie Merkel!, www.weisse-rose.info/modules.php?name=News&file=print&sid=295 (gesichtet am 07. 08. 2006)

Autor_innenverzeichnis

Böttcher, Karin

Studiengang: Gender-Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin/Linguistik an der Freien Universität Berlin; Interessen: Gender und Politik, Gender und Recht, Soziolinguistik, Gesprächsanalyse, Videoanalyse.

Chojecka, Julia

Geb. 1980; Studiengang: Gender-Studies / Germanistische Linguistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Gleichstellungspolitik, Verankerung von Gender Mainstreaming, Gender im Kontext von Sprache und Medien.

Erfurt, Philine

Geb. 1983; Studium: Gender-Studies / Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, derzeit an der University of Sussex (UK), Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung, seit 2005 studentische Mitarbeiterin am GenderKompetenzZentrum; Interessen: Gleichstellungspolitik und Strategien zur Vermittlung und Umsetzung von Gender-Wissen.

Fantke, Doreen

Geb. 1980; Studium: Gender-Studies / Erziehungswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Sozial- und Kulturwissenschaften.

Gesing, Brigitte Friederike

Geb. 1979, Studium: Gender-Studies / Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Körperpolitiken, Schönheitsnormen, Psychoanalyse und Geschlecht, Konzepte von Heterosexualität, Reproduktive Rechte, Gender und Globalisierung, Pathologie und Gesellschaft.

Haase, Anja

Geb. 1972; Studium: Gender-Studies / Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Politik, Medizin, Sprache, Psychologie.

Klarfeld, Roman_a

Geb. 1978; Studium: Geschichte an der Universität Wien, seit 2005 Gender-Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin und Jüdische Studien an der Universität Potsdam; Interessen: Queer Theory, Feministische Theorie, Antisemitismusforschung.

Kaykhanidi, Marina

Geb. 1979; Studium Linguistik und Interkulturelle Fachkommunikation an der Moskauer Staatlichen Universität für Fremdsprachen, seit 2001 Gender-Studies/Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Gesellschaftspolitik, migrations- und frauenpolitische Themen (Menschenhandel in die Zwangsprostitution, Zwangsheirat und eigenständiges Aufenthaltsrecht, Stalking, häusliche Gewalt) sowie Reisen, Literatur und Kunst.

Mann, Lena

Geb. 1980; Studium der Freien Malerei und Tapisserie an der Akademie der Bildenden Künste in Wien, Ausbildung zum Pferdewirt Schwerpunkt »Reiten«, derzeit Studium der Gender-Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin und Philosophie an der Technischen Universität Berlin; Interessen: Queer Theory, performance (Mitglied der performance-Truppe »Spicy Tigers On Speed«), subculture, Diskursanalyse, space.

Noack, Sandra

Geb. 1972; Studium: Soziologie an der Universität Potsdam, Gender-Studies/Neuere/Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin; Interessen: Gender und Arbeit, Gesellschaftskonzepte allgemein und jenseits der Arbeitsgesellschaft sowie Menschen, Reisen und Literatur.

Schmidt, Olga

Geb. 1973; Studium: Kunstgeschichte/Gender-Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin; Interessen: Gender im Kontext von Prostitution und Menschenhandel, Gender im Bereich der Sozialwissenschaften.

Schimeta, Julia

Geb. 1982; Studium: Gender-Studies/Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung; Interessen: Steuerung von Geschlechterverhältnissen in Wohlfahrtsstaaten, Gender Mainstreaming, Gleichstellungspolitik, Gender und Kunstgeschichte.

Roßhart, Julia

Geb. 1981; Studium: Soziologie/Gender-Studies/Europäische Ethnologie an der Universität Potsdam und der Humboldt-Universität zu Berlin. Interessen: Transgender als politische Bewegung, Arbeit und Subjekt im Postfordismus, Queer Studies.

Scholz, Sylka

Geb. 1964; Studium: Kulturwissenschaft/Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin; Promotion an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam; zur Zeit Gastprofessorin für Internationale Frauen- und Geschlechterforschung an der Stiftung Universität Hildesheim; Interessen: Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland und Osteuropa, theoretische und empirische Männlichkeitsforschung, Politik und Geschlecht, empirische Methoden.

Zeidler, Anett

Geb. 1983; Studium: Gender-Studies/Linguistik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Interessen: politischer Journalismus, der notwendige Einfluss gender-thematischer Debatten zur geschlechtergerechten Berichterstattung, sowie Gestaltung und Moderation von Radioprogrammen unter diesem Aspekt.

